Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

170. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Mai 2024

Inhalt:

Änderung der Tagesordnung	Zusatzpunkt 13:
Zusatzpunkt 12:	Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Vierten Geset-	Drucksache 20/11393
zes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwal-	Alexander Throm (CDU/CSU)
tung von Bürokratie (Viertes Bürokratie-	Daniel Baldy (SPD)
entlastungsgesetz) 21945 B	Dr. Bernd Baumann (AfD) 21963 B
Drucksache 20/11306	Lamya Kaddor (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Dr. Marco Buschmann, Bundesminister BMJ . 21945 B	Sandra Bubendorfer-Licht (FDP)
Dr. Günter Krings (CDU/CSU)	Christoph de Vries (CDU/CSU)
Dirk Wiese (SPD)	Dorothee Martin (SPD)
Stephan Brandner (AfD)	Dr. Christian Wirth (AfD)
Michael Kellner, Parl. Staatssekretär BMWK . 21950 A	Marlene Schönberger (BÜNDNIS 90/
Dr. Martin Plum (CDU/CSU)	DIE GRÜNEN) 21970 C
Dr. Thorsten Lieb (FDP)	Nina Warken (CDU/CSU)
Enrico Komning (AfD)	Muhanad Al-Halak (FDP)
Sonja Eichwede (SPD)	Dr. Silke Launert (CDU/CSU)
Dr. Ingrid Nestle (BÜNDNIS 90/	Dr. Lars Castellucci (SPD)
DIE GRÜNEN)	Alexander Throm (CDU/CSU)
Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU)	Martina Renner (Die Linke)
Esra Limbacher (SPD)	Helge Lindh (SPD)
Sören Pellmann (Die Linke)	
Stefan Schmidt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Tagesordnungspunkt 25:
Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU)	Unterrichtung durch die Bundesregierung: Be- rufsbildungsbericht 2024
Dr. Zanda Martens (SPD)	Drucksache 20/11311

Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin BMBF	Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin BMBF
Stephan Albani (CDU/CSU)	Stephan Albani (CDU/CSU)
Jessica Rosenthal (SPD)	Jessica Rosenthal (SPD)
Nicole Höchst (AfD)	Barbara Benkstein (AfD) 22000 B
Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 21982 A	Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Norbert Maria Altenkamp (CDU/CSU) 21982 C	Gitta Connemann (CDU/CSU)
Oliver Kaczmarek (SPD) 21983 C	Friedhelm Boginski (FDP)
Nicole Gohlke (Die Linke) 21984 B	Dr. Lina Seitzl (SPD)
Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 21985 A	Nicole Gohlke (Die Linke)
Thomas Jarzombek (CDU/CSU)	Ruppert Stüwe (SPD)
Hannes Walter (SPD)	Ruppert Stawe (SLD) 22004 C
Tagesordnungspunkt 28:	Tagesordnungspunkt 10:
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU: Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen	Antrag der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, weite- rer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Aufschwung für Deutschland – Starke Wirtschaft und soziale Verantwortung 22005 A Drucksache 20/11378
zwischen Deutschland und China 21987 A	Diucksache 20/113/8
Drucksachen 20/9323, 20/11424	Leif-Erik Holm (AfD)
Dr. Franziska Brantner, Parl. Staatssekretärin	Sebastian Roloff (SPD)
BMWK	Julia Klöckner (CDU/CSU)
Jens Spahn (CDU/CSU)	Chantal Kopf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 22009 B
Otto Fricke (FDP)	Manfred Todtenhausen (FDP)
Esra Limbacher (SPD)	Bernhard Loos (CDU/CSU)
Dr. Malte Kaufmann (AfD) 21991 B	Johannes Arlt (SPD)
Reinhard Houben (FDP) 21992 B	Felix Banaszak (BÜNDNIS 90/
Stefan Rouenhoff (CDU/CSU) 21993 B	DIE GRÜNEN)
Dr. Sandra Detzer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Robin Mesarosch (SPD)
Markus Töns (SPD)	
Christian Leye (BSW)	Zusatzpunkt 16:
Sebastian Roloff (SPD)	Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der AfD: Mögliche Zahlungen an CDU und SPD aus dem Umfeld mutmaßlicher
Tagesordnungspunkt 27:	Schleuser aufklären 22015 A
a) Erste Beratung des von der Bundesregie-	Stefan Keuter (AfD)
rung eingebrachten Entwurfs eines Be-	Peggy Schierenbeck (SPD)
rufsbildungsvalidierungs- und -digitali- sierungsgesetzes (BVaDiG) 21997 C	Alexander Throm (CDU/CSU)
Drucksache 20/10857	Marcel Emmerich (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
h) Autora dan Ahaarada (tan Niiral C. 111	Stephan Thomae (FDP)
b) Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Clara Bünger, Dr. André Hahn, weiterer	Kay Gottschalk (AfD) 22021 B
Abgeordneter und der Gruppe Die Linke:	Helge Lindh (SPD)
Ausbildungsqualität verbessern – Be-	Marc Henrichmann (CDU/CSU)
rufsbildungsgesetz umfassend novellie- ren	Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 22025 D
Drucksache 20/10801	Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP)
	()

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU)	Anlage 1
Matthias Helferich (fraktionslos)	Entschuldigte Abgeordnete
Hakan Demir (SPD)	
	Anlage 2
Nächste Sitzung 22030 C	Amtliche Mitteilungen

(A) (C)

170. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Mai 2024

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Bärbel Bas:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen wunderschönen guten Morgen. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor ich den ersten Punkt aufrufe, gebe ich noch einen Hinweis für die heutige Tagesordnung: Die Fraktion der AfD hat eine Aktuelle Stunde mit dem Titel "Mögliche Zahlungen an CDU und SPD aus dem Umfeld mutmaßlicher Schleuser aufklären" verlangt. Diese wird heute als letzter Tagesordnungspunkt aufgerufen.

(B) Ich rufe nun auf den Zusatzpunkt 12:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Drucksache 20/11306

Überweisungsvorschlag: Rechtsausschuss (f) Wirtschaftsausschuss Ausschuss für Arbeit und Soziales Verkehrsausschuss Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart.

Ich eröffne die Aussprache. Zuerst hat das Wort für die Bundesregierung der Bundesminister der Justiz, Dr. Marco Buschmann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

Dr. Marco Buschmann, Bundesminister der Justiz: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauerinnen, liebe Zuschauer! Deutschland leidet unter einem Bürokratie-Burn-out. Bürger, Betriebe, ja, selbst Behörden sind so erschöpft von immer mehr Gesetzen und Verordnungen, dass sie sich immer weniger um Innovation, Digitalisierung und andere Fragen kümmern können. In Zeiten knapper Fachkräfte müssen sie mehr und mehr personelle Ressourcen von produktiven Tätigkeiten abziehen und stattdessen für die Befriedigung bürokratischer Anforderungen einsetzen. Das schadet unserem Land. Diesen Trend müssen wir deshalb stoppen und umkehren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN – Konstantin Kuhle: So ist es!)

Das Bundeskabinett hat daher bei seiner Klausurtagung in Meseberg im Sommer letzten Jahres ein Bürokratieabbauprogramm beschlossen. Es umfasst eine (D) ganze Reihe von Maßnahmen. Dazu gehören das Wachstumschancengesetz, die Anhebung der Bilanzschwellenwerte und eben das Bürokratieentlastungsgesetz IV, das wir heute beraten. Dieses Paket führt zu einer jährlichen Entlastung unserer Unternehmen von einem Erfüllungsaufwand von mehr als 3 Milliarden Euro. Das ist fast dreimal so viel wie das bislang größte Programm zum Abbau von Bürokratie, das je von einer Bundesregierung umgesetzt wurde. Hierdurch sinkt der sogenannte Bürokratiekostenindex auf ein Allzeittief. Ich denke, hier werden auch kritische Stimmen zugestehen müssen, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

Das Bürokratieentlastungsgesetz IV widmet sich insbesondere dem Kampf gegen die Zettelwirtschaft. Das möchte ich an drei Beispielen belegen. Wir schaffen etwa die Hotelmeldepflicht weitgehend ab. Das bedeutet 90 Millionen Meldezettel im Jahr weniger, das ist eine Entlastung für Gäste und Hotelbetreiber gleichermaßen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

Arbeitsverträge können künftig in den meisten Fällen digital geschlossen werden, und Buchungsbelege müssen weniger lang aufbewahrt werden. Weniger Zettel, mehr

Bundesminister Dr. Marco Buschmann

(A) Wirtschaft: Das ist sicherlich genau die richtige Botschaft, gerade für die vielen kleineren und mittleren Unternehmen in unserem Land.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den vielen Unternehmen und Verbänden bedanken, die an der Vorbereitung des BEG IV mitgewirkt haben. Dafür haben wir nämlich eine digitale Konsultation durchgeführt. Über 400 Vorschläge sind eingegangen. 386 waren auch so konkret, dass wir sie prüfen konnten. Nicht alle betrafen das Bundesrecht, aber wir haben etwa 120 dieser Vorschläge aufgegriffen, entweder im BEG IV oder an anderer Stelle. Hier zeigt sich: Wirtschaft und Politik dürfen nicht gegeneinander arbeiten, sie müssen miteinander arbeiten. Das ist hier gelungen. Genauso sollten wir auch weiterarbeiten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lutz Goebel, der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates und sicherlich eine der prominentesten und auch kräftigsten Stimmen für den Bürokratieabbau hat das BEG IV – Zitat –: einen "starken Auftakt" für den Bürokratieabbau genannt.

(Dr. Martin Plum [CDU/CSU]: Er sagt aber auch, das sei zu wenig!)

Er hat aber auch angemahnt, dass es weitergehen muss, und damit hat er recht. Deshalb wird die Bundesregierung diesem Schritt auch weitere folgen lassen: Der Gesundheitsminister wird im Gesundheitswesen Bürokratie abbauen, der Wirtschaftsminister wird in Kürze Erleichterungen für das Vergaberecht vorschlagen. Denn Bürokratieabbau muss Querschnitts- und Daueraufgabe der gesamten Bundesregierung sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit unseren Freunden in Frankreich und anderen EU-Staaten setzen wir uns für Bürokratieabbau auf europäischer Ebene ein. Denn zur Wahrheit gehört, dass 57 Prozent des bürokratischen Erfüllungsaufwandes in Deutschland intellektuell nicht hier in Berlin entstanden sind. 57 Prozent der bürokratischen Belastungen stammen aus der Umsetzung europäischer Richtlinien. Auch hier muss in Zukunft gelten: Weniger ist mehr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

Bürokratieabbau ist wichtig. Bürokratieabbau ist ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif. Bürokratieabbau ist deshalb auch ein Beitrag zu einer Wirtschaftswende für mehr Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Genau das braucht unser Land jetzt dringend. Bürokratieabbau hat eine wichtige ökonomische Bedeutung. Er hat aber auch eine gesellschaftspolitische Bedeutung, und

auf diesen Aspekt möchte ich – gerade als Verfassungsminister – zum Schluss noch einmal hinweisen. Wir alle fragen uns, woher es kommt, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger dem Staat, der Politik und den Institutionen ein Stück weit das Vertrauen entziehen. Ich glaube, ein Teil der Antwort ist folgender: Wenn wir als Staat und Politik mit immer mehr kleinteiligem Mikromanagement des täglichen Lebens den Bürgerinnen und Bürgern die Botschaft senden, dass wir ihnen misstrauen, dann wird Misstrauen mit Misstrauen beantwortet.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind Bürokratieabbau und die Tatsache, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Vertrauen schenken, glaube ich, der richtige Weg; denn dann wird Vertrauen von Staat und Politik in die Bürgerinnen und Bürger auch mit Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Politik beantwortet werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Dr. Günter Krings.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Günter Krings (CDU/CSU):

(D)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem vor über 50 Jahren nicht die US-Amerikaner, sondern die Sowjets den ersten Satelliten ins Weltall geschossen hatten, wurde damals der Leiter der US-Raketenforschung gefragt, wie es denn möglich sei, dass die Sowjets hier vorne gelegen hätten. Seine Antwort:

"Bei der Eroberung des Weltraums sind zwei Probleme zu lösen: die Schwerkraft und der Papierkrieg. Mit der Schwerkraft wären wir fertiggeworden."

Ähnlich, meine Damen und Herren, würden heute wohl viele Unternehmer antworten, wenn sie danach gefragt werden, warum sie ihre Ideen nicht schneller und besser umsetzen können. Die Lage ist in den letzten Jahren, Herr Minister, schlimmer geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Genau!)

Der Normenkontrollrat bescheinigt dieser Bundesregierung: Der laufende Erfüllungsaufwand durch die Bundesgesetzgebung ist noch nie so stark gestiegen wie zurzeit.

(Enrico Komning [AfD]: So ist es!)

Unter Ihrer Regierung gibt es mehr Regulierung, mehr Kosten, mehr Aufwand, um das Misstrauen und den Formularhunger der Ampel zu befriedigen. Überbordende Bürokratie und Regulierung sind inzwischen das

Dr. Günter Krings

(A) größte Investitionshemmnis für den Wirtschaftsstandort Deutschland, so die Einschätzung des Normenkontrollrats

Allerdings gibt es auch eine gute Nachricht: Unionsgeführte Bundesregierungen haben seit 2005 gezeigt, dass steigende Bürokratielasten eben kein Naturgesetz sind, sondern dass die Politik gegensteuern kann. Wir haben damals die Bürokratiekosten aller Bundesgesetze erstmals seriös gemessen. Wir haben auf dieser Grundlage Einsparvorgaben in Höhe von 25 Prozent der Bürokratiekosten gemacht und diese bis 2011 verlässlich umgesetzt. Das war mit über 12 Milliarden Euro Einsparungen bisher das größte Programm zur Bürokratieentlastung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist übrigens das Zwölffache an Entlastungen im Vergleich zu denen des BEG IV, das wir hier heute beraten.

Wir haben dafür gesorgt, dass dauerhaft für jeden Euro neuer Bürokratiekosten mindestens 1 Euro an anderer Stelle eingespart wird. Das alles waren erfolgreiche, innovative, neue Ansätze. So geht Bürokratieabbau.

Die amtierende Bundesregierung hingegen zeigt sich der Größe dieses Problems nicht gewachsen. Eingefallen ist Ihnen ein hilfloser Serienbrief an die Wirtschaftsverbände. Dass Sie uns die pure Selbstverständlichkeit eines Dialogs mit den Betroffenen schon als methodische Innovation anpreisen, sagt viel über den Zustand dieser Regierung und ihre Wirklichkeitsferne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Von den über 440 Verbändevorschlägen haben es in dieses Bürokratieentlastungsgesetz immerhin 11 geschafft; das ist eine Quote von 2,5 Prozent.

Die Ampel ist insgesamt eben nicht Teil der Lösung des Bürokratieproblems. Sie ist das Bürokratieproblem. So verkündete der Finanzminister bei einer Bauerndemonstration Anfang des Jahres hier in Berlin, steuerlich müsse er die Landwirte leider stärker schröpfen, aber dafür wolle er die Bürokratie im Agrarsektor zurückfahren. Was ist seitdem passiert in der Hinsicht? Nichts. Im Gegenteil: Nicht nur die Überregulierung bleibt, sondern auch hinsichtlich des europarechtswidrigen und die Bauern belastenden Glyphosatverbots bekamen sie bis heute keinerlei Unterstützung von dieser Ampel.

Aufschlussreich war kürzlich die Schilderung von Ihnen, Herr Minister Buschmann, auf einer Veranstaltung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, an der wir beide teilgenommen haben, wie Sie zu Ihrer Zuständigkeit für Bürokratieabbau im Normenkontrollrat gekommen sind: Der Bundeskanzler habe Ihnen schon bei den Koalitionsverhandlungen signalisiert, dass er kein Interesse am NKR im Kanzleramt mehr habe – hochinteressant –,

(Dr. Marco Buschmann, Bundesminister: Das habe ich aber so nicht gesagt!)

kurz danach habe auch der Wirtschaftsminister seine (C) Federführung für Bürokratieentlastungsgesetze gerne an den Justizminister abgegeben. – In dieser Bundesregierung wirft man sich die Zuständigkeiten für den Bürokratieabbau offenbar wie eine heiße Kartoffel zu.

Meine Damen und Herren, was dieser Regierung fehlt, ist eine echte Strategie beim Bürokratieabbau. Ja, die Elemente des BEG IV gehen in die richtige Richtung – das will ich ausdrücklich sagen –, aber mehr Positives kann ich dann auch schon nicht mehr finden. Mit ein paar Änderungen bei Hotelmeldescheinen und Aufbewahrungsfristen ist es eben nicht getan. Angesichts dieser Lage reicht es nicht, an den Bürokratielasten nur ein wenig herumzuschrauben.

Nehmen Sie sich also ein Beispiel an den Meilensteinen, die die Union in der Vergangenheit gesetzt hat, und auch an den methodischen Vorschlägen, die wir erst vor wenigen Monaten hier im Hause gemacht haben – ich nenne nur ein paar davon –: "one in, two out", eine branchenscharfe Bürokratiebremse und eine Aufwertung des Normenkontrollrats.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor zehn Jahren war Deutschland noch Vorbild in Sachen Bürokratieabbau. Heute sind wir, dank der Ampel, nur noch abschreckendes Beispiel in Sachen Bürokratieaufbau.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Dirk (D) Wiese.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dirk Wiese (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede ein bisschen anders beginnen. Ich möchte zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Stadtverwaltungen, in den Kreisverwaltungen, in den Landesverwaltungen und in den Bundesverwaltungen einmal

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Mein Beileid!)

meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Denn dass wir ein demokratischer Rechtsstaat mit einer funktionierenden Verwaltung sind, das ist gerade in einer Zeit, in der wir 75 Jahre Grundgesetz feiern, wichtig. Die dortigen Mitarbeiter kriegen oftmals Schelte. Ja, an Stammtischen wird über den ein oder anderen Bürokratiewahn gesprochen. Aber an vielen Stellen ist das nicht gerechtfertigt; denn sie leisten täglich gute Arbeit für das Zusammenleben in diesem Land.

Ja, es ist richtig, dass wir die Frage stellen müssen, wie wir die Bürokratie, die zweifelsohne zugenommen hat, handhabbar machen. Ja, das ist so; wir alle wissen das

Dirk Wiese

(A) aus den Wahlkreisen. Viele Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer, das Handwerk, sie fühlen sich manchmal bei der ein oder anderen Erledigung, die sie machen müssen, wie Asterix und Obelix in dem berühmten Film, wenn sie den Passierschein A 38 beantragen wollen; viele kennen diesen Film. Dieses Beispiel steht symbolisch dafür, dass wir einiges an dieser Stelle zu tun haben.

Wir sehen ja, dass wir was zu tun haben. Wir sehen es durchaus bei Gesprächen mit Apothekern und im Pflegebereich. Wir sehen es bei Gesprächen mit Ärzten und mit Landwirten. Wir sehen es auch bei Gesprächen mit Handwerkern. Ich glaube, darum ist es richtig, dass die Bundesregierung genau hingeschaut hat, hingehört hat bei den Verbänden, bei denjenigen, die täglich damit zu tun haben, wie wir dagegen angehen können. Darum ist es gut, dass die Bundesregierung heute dieses Bürokratieentlastungsgesetz in den Deutschen Bundestag einbringt und wir hier mit den parlamentarischen Beratungen beginnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, wenn wir es angehen, wenn wir es schaffen wollen, hier tatsächlich etwas hinzukriegen, dann sind nicht nur wir auf der Bundesebene gefordert. Denn es sind nicht nur Bundesregelungen, die manchmal dafür sorgen, dass der eine oder andere sich wie Asterix und Obelix fühlt. Auch die Landesregierungen sind teilweise gefordert. Auch Bezirksregierungen sind teilweise gefordert. Es sind auch nicht immer Gesetze, die letztendlich dazu führen, dass es komplizierter wird, sondern manchmal auch Ausführungsbestimmungen.

Ich glaube, wenn wir generell auf allen Ebenen zu Erleichterungen kommen wollen, zu Vereinfachungen kommen wollen, das Leben der Bürgerinnen und Bürger einfacher machen wollen, dann müssen wir uns auch mehr zutrauen, dann müssen wir mehr Vertrauen haben.

Aber seien wir doch ehrlich: Wenn in der Bundesrepublik Deutschland etwas mal nicht funktioniert, wenn etwas nicht richtig gelaufen ist, wenn man sich nicht zu 110 Prozent abgesichert hat, dann wird sehr schnell geklagt. Das ist auch ein Teil des Problems; denn man versucht, sich abzusichern, und auch dadurch hat die Bürokratie an vielen Stellen zugenommen.

Aber – der Bundesjustizminister hat es angesprochen – auch die europäische Ebene muss in den Blick genommen werden. Es ist richtig, dass Deutschland gemeinsam mit Frankreich auf Initiative von Staatspräsident Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz eine Entlastungsinitiative auf den Weg gebracht hat. Lieber Günter Krings, ein bisschen könnte man ja auch daran denken, dass Sie die Kommissionspräsidentin stellen; aber das haben Sie in Ihrer Rede heute Morgen sicherlich vergessen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das ist Ihr einziges Argument!)

So viel ist an dem Punkt tatsächlich nicht passiert.

Ja, wenn wir gemeinsam etwas beim Bürokratieabbau hinbekommen wollen – ich nehme Sie da gerne mit in die Verantwortung –, dann müssen wir von der Zettelwirtschaft wegkommen, wie es der Bundesjustizminister gesagt hat. Wenn wir Verwaltungsleistungen digitalisieren wollen – Stichwort "Onlinezugangsgesetz" – und wir als Ampelkoalition etwas vorlegen, verstehe ich nicht, warum Sie dies dann im Bundesrat blockieren und aufhalten, sodass hier wieder einmal Verzögerungen dank der Blockade der CDU/CSU-Fraktion eintreten. Das versteht nun beileibe kein Mensch; da könnten wir was machen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir als SPD-Fraktion sind jedenfalls gewillt, ein gutes Gesetz noch besser zu machen. Wir wollen das Struck'sche Gesetz zur Anwendung kommen lassen. Wir wollen noch mal schauen, wo wir an der einen oder anderen Stelle auch noch eine Schippe drauflegen. Darum freue ich mich auf die parlamentarischen Beratungen, damit wir eine Verbesserung für die Unternehmen, für die Bürgerinnen und Bürger im Land hinkriegen, sodass sie sich nicht fühlen wie bei der Beantragung des Passierscheins A 38.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die AfD-Fraktion Stephan Brandner.

(Beifall bei der AfD)

(D)

Stephan Brandner (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Guten Morgen! Das Bundesjustizministerium, geführt von der angeblich irgendwann einmal wirtschaftsliberal gewesenen FDP, legt das vierte Bürokratieentlastungsgesetz vor. Wir sind schon jetzt gespannt, Herr Buschmann, wann das fünfte, sechste, siebte usw. kommt. Die Frage, Herr Buschmann, drängt sich auf: Gibt es im Ministerium eigentlich schon einen oder mehrere Gutebürokratieentlastungsgesetzenummerierungsundnachverfolgungsbeauftragte? Wurde diese Stelle schon bei Ihnen geschaffen? – Viel Spaß an die Stenografen!

(Beifall bei der AfD)

Wie auch immer. Meine Damen und Herren, FDP, fragt man sich, ist das nicht die Partei, deren Repräsentant sich gerade im Ellwanger/Aalener Raum in Baden-Württemberg Bahnhofstoiletten ableckend und mit Fäkalien einschmierend präsentiert hat? Das ist die FDP. Das ist die Qualität. Googeln Sie mal "Martin Neumaier". Da braucht es um die Qualität dieser Partei gar keine Fragen mehr

Ellwanger Raum, da fragt man sich, war das nicht da, wo noch vor Kurzem der CDU-Verteidigungsexperte ganz unbürokratisch das Sicherheitspersonal bei einem Volksfest als – Zitat – "KZ-Wächter" bezeichnet hat? Ganz unbürokratisch geht es zu bei der CDU.

CDU? Da fragt man sich: Ist das nicht die Partei im Hendrik-Wüst-Land, wo ehemalige Landräte der CDU mit SPDlern zusammen

Stephan Brandner

(A) (Zuruf des Abg. Dirk Wiese [SPD])

reichen Chinesen ganz unbürokratisch gegen Millionensummen Aufenthaltsrechte verschafft haben? Das ist ganz unbürokratische Arbeit bei der CDU.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was ist denn mit Ihrem Bystron und mit Ihrem Krah, mit Ihren Parteispitzen? Mit Chinesen und mit Putin kennen Sie sich doch aus!)

Und ganz unbürokratisch geht es in NRW dann auch weiter. Von diesen kriminellen Geldern wurden an die Wüst-CDU und an den Innenminister Reul tatsächlich fünfstellige Beträge gespendet. Ganz unbürokratisch geht es zu in dem Altparteienstaat Deutschland. Die Altparteien sind unterwegs, ganz unbürokratisch.

Meine Damen und Herren, aber auch was die gigantische Bürokratie in der Wirtschaft angeht, ist in Deutschland einiges los. Eine Anfrage von Verbänden hat gezeigt: 442 Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten, wurden angeregt. Davon wurde aber nur ein winzig kleiner Bruchteil umgesetzt.

Aus der Wirtschaft hört man für diesen kleinen Bruchteil, der umgesetzt wurde, trotzdem Lob. Da fragt man sich: Wie kann sich die Wirtschaft über diese Trippelschritte freuen? Das liegt daran, dass natürlich auch die Funktionäre alle auf Linie sind.

(Lachen des Abg. Stefan Schmidt [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

So war es dann auch in der Anhörung. Wir haben den Funktionär der Handwerkskammer in der Anhörung gefragt, welche konkreten Gesetze denn abgeschafft werden sollen. Und dem Funktionär der Handwerkskammer, der von der CDU vorgeschlagen wurde, fiel kein einziges Gesetz ein. Das muss man sich mal vorstellen!

(Zuruf des Abg. Dr. Günter Krings [CDU/CSU])

Die Funktionäre der Kammern schimpfen immer über Bürokratisierung. Und wenn man sie fragt: "Was soll den weg?", fällt ihnen nichts ein.

Wenn man allerdings mit den fleißigen Zwangsmitgliedern der Kammern spricht, dann sieht das schon ganz anders aus. Bürokratie und nicht etwa Arbeitskräftemangel oder Energiepreise sind mit Abstand das größte Investitions- und Wirtschaftshemmnis in Deutschland. Inzwischen gibt es 1 700 Gesetze, mehr als 50 000 Einzelnormen; hinzu kommen 2 800 Rechtsverordnungen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn jetzt eigentlich mit Ihrem Krah und Ihrem Bystron, Platz eins und zwei der Europaliste?)

In Deutschland regeln ungefähr 100 000 Normen das Leben. Das ist Bürokratie pur; das ist das Erbe des Altparteienstaats Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dirk Wiese [SPD])

2023 sind die Bürokratiekosten in Deutschland auf eine traurige Rekordzahl gestiegen: 65 Milliarden Euro – nur dafür!

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erzählen Sie uns doch mal was über Ihre Kumpanei mit Putin!)

- Frau Haßelmann, hören Sie auf, hier rumzuquäken!

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nee, Ihnen höre ich nicht zu!)

Sie können sich gerne zu einer Zwischenfrage melden. Haben Sie eine Frage an mich?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nee, auf keinen Fall!)

Dann stehen Sie auf, wie sich das gehört, und fragen Sie mich! Okay?

(Zurufe von der SPD und der FDP)

65 Milliarden Euro Bürokratiekosten im Jahr. Eine richtige Bürokratieentlastung würde dazu führen, dass wir einen Wirtschaftsaufschwung sondergleichen bekommen würden. Und das Schöne daran ist, die Bürokratieentlastung –

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Gestern war doch ein echt schlechter Tag für Sie!)

- Frau Haßelmann, jetzt hören Sie doch auf, hier rumzuplärren!

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Güte, das ist ja unerträglich. Kein Anstand. Kein Anstand!

(Katja Mast [SPD]: Sie schreien bei jeder Rede dazwischen!)

Das ist also ein Konjunkturpaket, das nichts kostet und draußen richtig einen Investitionsschub auslösen würde.

Unsere Wirtschaft steht vor einem Scherbenhaufen.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Brandner, wird Ihr Büro gerade durchsucht? – Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Ära Merkel hat ihre Schatten vorausgeworfen. Das, was Merkel angefangen hat, wird jetzt von der Ampelregierung beendet. Sie deindustrialisieren unser Land. Sie richten unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft zugrunde.

(Beifall bei der AfD)

Der Gesetzentwurf, den Sie jetzt vorgelegt haben, ist alles andere als ein großer Wurf. Aber wir sind schon froh, wenn Sie nicht mehr Schaden anrichten. Es ist ein winzig kleiner Trippelschritt in eine richtige Richtung, Herr Buschmann.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Kümmern Sie sich erst mal um Ihren Laden!)

Aber mehr Enthusiasmus, mehr Kraft dahinter, das wäre was, was wir uns wünschen. Vielleicht ergibt sich ja dann im Ausschuss noch die ein oder andere Verbesserung, die wir einbringen können und der Sie dann, entgegen Ihrem Gequäke, vielleicht auch zustimmen. Das könnte ja auch mal sein, oder?

(C)

(D)

Stephan Brandner

(A) (Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wurde Ihr Büro auch schon durchsucht?)

Wir werden einige Vorschläge machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt mal wieder zur Sache!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Bundesregierung der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Michael Kellner.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Michael Kellner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Krings! Liebe CDU! Lieber Herr Buschmann! Liebe FDP! Ich will mal ausdrücklich sagen: Zwischen demokratischen Parteien mag es Differenzen in der Sache geben, aber ich arbeite tausendmal lieber mit Ihnen zusammen an der Sache, als mir diese Verächtlichmachung hier im Deutschen Bundestag anzuhören.

(B) (Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Deswegen: Lassen Sie uns als Demokraten bei allen Unterschieden gemeinsam arbeiten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Martin Plum [CDU/CSU])

Franz Müntefering hat mal die berechtigte Frage gestellt: Wenn man länger als anderthalb Stunden über Bürokratieabbau spricht, ist es dann eigentlich Bürokratie? Über die Antwort ließe sich möglicherweise streiten. Statt das zu tun, hat die Bundesregierung sich auf den Weg gemacht und sich dem ernsthaften Abbau bürokratischer Hemmnisse und Barrieren gewidmet. Das hilft der Wirtschaft und macht das Leben einfacher.

Ein Teil dieser Antwort ist das Bürokratieentlastungsgesetz IV, das hier heute zur ersten Lesung vorliegt – über 100 Maßnahmen, insgesamt ein Entlastungsvolumen von über 1 Milliarde Euro. Eingeflossen sind in das Gesetz Vorschläge einer Vielzahl von Verbänden. Außerdem haben wir als Wirtschaftsministerium den Prozess genutzt, um uns alle Berichtspflichten im Haus anzuschauen und zu durchleuchten, und als Vertreter des Wirtschaftsministeriums sage ich sehr zufrieden: Unser Haus hat mit über 50 Maßnahmen die meisten Maßnahmen zum BEG IV beigesteuert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Nun wissen wir aber auch: Es geht noch mehr. Deshalb (C) freue ich mich auf die anstehenden parlamentarischen Beratungen, auf Ihre konkreten Ideen, damit das Paket noch größer wird.

Ich will an dieser Stelle aber auch schildern, wie mühsam und kleinteilig die Aufgabe Bürokratieabbau sein kann. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat 44 konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau vorgelegt. Wir sind diese in einem eintägigen Workshop mit dem ZDH und allen betroffenen Ressorts einzeln durchgegangen. Danke an die beteiligten Ressorts! Wir setzen jetzt zwei Vorschläge im BEG IV um.

Jetzt können Sie fragen: Nur zwei? Was ist mit den anderen 42? Es zeigt sich: Viele Vorschläge lassen sich nicht mit der Änderung eines einzelnen Paragrafen umsetzen. Die Problemlagen sind vielschichtig: Vielleicht braucht es eine europäische Lösung, oder das Thema kann nur durch die Bundesländer adressiert werden. Wir setzten diese zwei Vorschläge jedenfalls um, und für die anderen 42 haben wir konkrete Prozesse vereinbart, wie die Arbeit weitergeht. Ich danke dem Zentralverband des Deutschen Handwerks ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe dieses Beispiel gewählt, um zu zeigen, wie kompliziert Bürokratieabbau ist. Wir müssen uns den modernen Sisyphos als jemanden vorstellen, der nicht Steine, sondern Paragrafen den Berg hochrollt. Deshalb: Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir den Bürokratieabbau auf die BEGs beschränken. Wir müssen vielmehr komplexe Prozesse im Ganzen anschauen.

Als Bundesregierung haben wir übrigens bereits Beschleunigungspakete für den Wasserstoffhochlauf, den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Genehmigung von Industrieanlagen und die Beschleunigung bei Straßen- und Schieneninfrastruktur auf den Weg gebracht. Oftmals sind die Probleme gar nicht in den Gesetzestexten, sondern in der Ausführung oder im föderalen Zusammenspiel.

Deshalb haben wir im BMWK das Instrument des Praxischecks entwickelt. Damit untersuchen wir ganze Regelungsgebiete im direkten Austausch mit der Praxis und der Verwaltung und schauen, wo die Hemmnisse liegen. Wir identifizieren diese und können sie dann beseitigen.

Es freut mich sehr, dass diese Herangehensweise immer mehr Nachahmer in der Bundesregierung und auch in den Ländern findet. Erst vor wenigen Wochen hat unser Haus einen Workshop in der Stadt Hamburg zum Thema Schwerlasttransporte durchgeführt, davor zur Frage "Wind an Land" mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ergebnisse zum Praxischeck Solar sind in der Zwischenzeit größtenteils umgesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sebastian Roloff [SPD] und Philipp Hartewig [FDP])

(D)

Parl. Staatssekretär Michael Kellner

(A) Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat einen Praxischeck zum Lebensmittelhandwerk angekündigt; weitere werden folgen. Das braucht Zeit und gute Nerven, aber es zeigt: Wir kommen mit der neuen Herangehensweise beim Bürokratieabbau voran. Es geht über die einzelnen Paragrafen hinaus. Es geht um das Zusammenspiel zwischen Praxis und Verwaltung, über alle Ebenen.

Wenn wir Dinge regeln, müssen sie nachvollziehbar, erfüllbar und auf der Höhe der Digitalisierung sein. Darum muss es gehen. Wir brauchen gute Regeln in diesem Land. Das BEG ist ein Baustein bei einer der zentralen Aufgaben unserer Zeit, unser Land schneller und eindeutiger zu machen, Regeln zu haben, die klar und verständlich sind.

Lassen Sie es uns gemeinsam im Parlament noch besser machen! Wir als Wirtschaftsministerium werden noch eine Reform zum Vergaberecht vorschlagen. Ich hatte gestern erst ein Gespräch mit dem Startup-Verband, der sich über 150 Notarpflichten für Unternehmen, gerade in der Gründungsphase, beschwert. Ich würde mich freuen, wenn wir auch da vorankommen könnten und zumindest einige von ihnen abschaffen könnten. Lassen Sie uns daran arbeiten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb, um den Kreis zu schließen: Gut, dass diese Debatte nur eine Stunde und acht Minuten dauert. Franz Müntefering fände sie vermutlich immer noch zu lang. Lassen Sie uns die gesparte Zeit nutzen und im Konkreten herausfinden, welche Regeln wir verbessern oder abschaffen können! Das hilft der Wirtschaft und den Menschen im Land. Packen wir es an!

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Dr. Martin Plum.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Martin Plum (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den ersten Reden erscheint es mir angebracht, die Kennzahlen einzuordnen, die hier immer herumschwirren

Bei der Bürokratiebelastung müssen wir zweierlei unterscheiden: den Erfüllungsaufwand und die Bürokratiekosten. Der Erfüllungsaufwand umfasst alle Kosten für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung durch bundesrechtliche Regelungen. Wie hoch er insgesamt ist, wissen wir nicht. Die Statistik sagt uns lediglich, dass er seit 2011 um 27 Milliarden Euro angestiegen ist. 16 Milliarden Euro, also 60 Prozent dieses Anstiegs, entfallen allein auf die letzten zwei Jahre.

Die Bürokratiekosten umfassen dagegen nur die Kosten, die Unternehmen durch Informationspflichten haben. Bei ihnen kennen wir den Gesamtwert: Er betrug zuletzt 65 Milliarden Euro im Jahr. Dieser für die Unternehmen entscheidende Betrag wird durch das Bürokratieentlastungsgesetz um gerade mal rund 300 Millionen Euro gesenkt und damit um weniger als ein halbes Prozent.

Auch wenn wir auf das schauen, was Sie, Herr Minister Buschmann, gerne vollmundig als "Meseberger Entlastungspaket" verkaufen, kommt nicht wirklich viel heraus. Es senkt die Bürokratiekosten für Unternehmen um gerade mal rund 3,5 Prozent, weit weniger als erforderlich. Ich bezeichne es daher auch lieber als "Meseberger Entlastungspäckchen"; denn dann steht wenigstens drauf, was an Bürokratieabbau drinsteckt: viel zu wenig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Doch was bringt die ganze Rechnerei, wenn die Ampel dann Ende März heimlich, still und leise an einem frühen Freitagabend einen Referentenentwurf vorlegt, mit dem sie Unternehmen künftig zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet?

(Dr. Lukas Köhler [FDP]: Neue Richtlinie!)

Dadurch werden die Unternehmen mit neuen Bürokratiekosten in Höhe von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr belastet. Das übersteigt das Entlastungsvolumen des Bürokratieentlastungsgesetzes um rund das Fünffache.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört! – Dr. Lukas Köhler [FDP]: Woher kommt denn diese Richtlinie? Wer hat sich denn diese Richtlinie ausgedacht?)

Von Bürokratieabbau also keine Spur! Natürlich weiß ich, dass Sie damit eine europäische Richtlinie umsetzen.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Aber wer hat diesem Bürokratiemonster in Brüssel denn zugestimmt? Diese Bundesregierung und damit auch Sie, Herr Minister Buschmann, der sich doch sonst so gerne als Beschützer der deutschen Wirtschaft geriert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesen allgemeinen Befund reihen sich dann auch die konkreten Einzelmaßnahmen im Bürokratieentlastungsgesetz ein. So soll erstens die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre verkürzt werden. Das ist gut, aber wenig ambitioniert. Man muss sich daher auch fragen, Herr Minister Buschmann, in welcher Welt Sie eigentlich leben, wenn Sie dazu allen Ernstes sagen: "Berge von Papier könnten so aus den Lagern deutscher Unternehmen verschwinden und Platz für neue Ideen schaffen." Weite Teile der deutschen Unternehmer lagern ihre Belege schon heute nicht als Papier, sondern digital. Die wirkliche Bürokratie ist doch nicht das Lagern, sondern das Sammeln, Sortieren und Ablegen der Belege. Hier ändern Sie gar nichts. Hier schaffen Sie deshalb auch keinen Platz für neue Ideen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens soll die Hotelmeldepflicht abgeschafft werden, allerdings nur für deutsche Staatsangehörige; sie müssen künftig keinen Hotelmeldeschein mehr ausfüllen.

Dr. Martin Plum

(A) Dafür muss bei allen Gästen künftig geklärt werden, ob sie Deutsche oder Ausländer sind. Ausländische Gäste dürfen weiter Hotelmeldescheine ausfüllen.

(Dr. Lukas Köhler [FDP]: Wer ist noch mal Kommissionspräsidentin?)

Auch für viele deutsche Gäste ändert sich rein gar nichts. Denn überall dort, wo Bettensteuern oder Kurtaxen erhoben werden, müssen auch sie weiter Daten angeben. Das alles ist mehr ein großes Kuddelmuddel als ein echter Befreiungsschlag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drittens – das haben wir heute wieder gehört – sollen Arbeitsverträge künftig vollständig digital abgeschlossen werden können. Das hätten Sie mit uns hier schon vor zwei Jahren haben können. Da haben wir das beantragt, und Sie haben es abgelehnt. Und wichtig ist der Zusatz "in den meisten Fällen". Denn anders als wir sagen Sie nicht Ja zu digitalen Arbeitsverträgen für alle. Weite Teile der deutschen Wirtschaft, etwa das Hotel- und Gaststättengewerbe, das Speditions- und Transportgewerbe, die Forstwirtschaft oder der Messebau, sollen nach Ihren Vorstellungen auch künftig Arbeitsverträge auf Papier abschließen. In Summe verweigern Sie jedem fünften Beschäftigten in Deutschland digitale Arbeitsverträge. Herr Minister Buschmann, ich frage Sie: Warum dieses pauschale Misstrauen gegenüber Hoteliers, Gast- und Forstwirten, Messebauern, Spediteuren, Logistikern und vielen anderen redlichen Unternehmern? Warum weiter Papierarbeitsverträge für 8,5 Millionen Beschäftigte? Warum keine digitalen Arbeitsverträge für alle?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Fazit: Das Bürokratieentlastungsgesetz ist mehr Schein als Sein. So befreit man Bürger nicht von leidiger Bürokratie. So schafft man keine neuen Freiräume für Unternehmen. So bringt man Deutschland nicht voran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die FDP-Fraktion Dr. Thorsten Lieb.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Thorsten Lieb (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Buschmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle in diesem Raum kennen bestimmt das Gefühl, völlig erschlagen zu sein. Manche im Haus haben vielleicht den Frühjahrsputz schon hinter sich. Man hat sich vorgenommen, auszumisten, endlich Ordnung zu schaffen, unnötigen Kram, von dem man seit Jahren nicht mehr weiß, warum man ihn überhaupt mal angeschafft hat, endlich zu entsorgen. Aller Anfang ist schwer. Manches bleibt auf der Strecke liegen. Aber wenn man es umsetzt und konsequent zu Ende führt, ist das Ergebnis beachtlich: Dinge sind schneller und einfacher aufzufinden. Es spart Zeit, Geld und vor allem Energie.

Die Analogien zum Bürokratieabbau liegen auf der (C) Hand. Alle reden darüber, insbesondere sonntags. Manches ist angefangen, vieles ist versucht worden, aber viel zu wenig ist am Ende wirklich dabei herausgekommen. Es ist höchste Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich das ändert. Deswegen legen wir heute diesen Entwurf vor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist der neue Ansatz, der hier gewählt worden ist. Wir haben die Verbände abgefragt, diejenigen also, die unmittelbar von Bürokratie betroffen sind. Aber damit sind wir natürlich noch nicht am Ende. Denn die Bekämpfung der Bürokratiehydra – und das ist es ja im wahrsten Sinne des Wortes: man baut ab, und gleich ist sie wieder da – ist und bleibt eine Daueraufgabe der Politik.

Wo stehen wir heute? Die Zahl ist schon mal genannt worden: 65 Milliarden Euro Bürokratiekosten gibt es derzeit. Jetzt muss ich die Kollegen von der Union mal ein bisschen informieren, weil der Hintergrund dieser Zahl anscheinend nicht richtig verstanden worden ist. Es ist ja die Rede davon, man habe bis 2011 unglaublich viel an Bürokratie abgebaut. Danke für das Lob! 2011 war die FDP mit an der Bundesregierung beteiligt. Dieser Beitrag war wichtig und erforderlich.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sich jetzt aber die drei Bürokratieentlastungsgesetze – 2015, 2017, 2020 – auf die Fahne schreiben wollen, sich hierhinstellen und sagen, Sie hätten damit maßgeblich zum Bürokratieabbau beigetragen, dann gucken wir doch mal genau hin, was der Normenkontrollrat in seinem Jahresbericht schreibt: Die 65 Milliarden Euro Bürokratiekosten – das ist nämlich die Wahrheit – standen da schon vor zehn Jahren drin. Lesen Sie den Jahresbericht 2021 durch!

(D)

(Dr. Martin Plum [CDU/CSU]: Richtig lesen, bitte!)

Sie erzählen hier was von Bürokratieabbau, aber Ihre eigene Regierungsbilanz zwischen 2011 und 2021 zeigt doch: Bürokratieabbau genau null Euro; es ist bei 65 Milliarden Euro geblieben. Das müssen wir mit diesem Gesetz ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema ist bekanntlich nicht neu. Man kann weit in die Geschichte zurückschauen. Aber ein Zitat fand ich besonders spannend. Der österreichische Kabarettist Karl Farkas hat mal formuliert: "Zum Abbau der Bürokratie fehlen uns einfach die nötigen Beamten." Ich glaube, das macht sehr deutlich, welche Notwendigkeiten wir hier haben. Wir müssen das Thema Bürokratie grundlegend neu denken.

Wenn wir auf die Steuerschätzung von gestern gucken, wird ja noch mal deutlich, wie wichtig es ist, dieses Thema anzugehen. Wir müssen die Bürokratie in diesem Land endlich abbauen. Bürokratieabbau ist ein Konjunk-

(D)

Dr. Thorsten Lieb

(A) turprogramm zum Nulltarif, und das ist gestern noch mal klar geworden. Deswegen packen wir das jetzt an, liebe Kolleginnen und Kollegen. Machen wir die Bürokratiewende zum Teil der Wirtschaftswende, und vertrauen wir endlich mehr den Menschen und Unternehmen in diesem Land!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich freue mich auf die parlamentarischen Beratungen. Es ist Zeit, mit dem Reden aufzuhören und mit echtem Bürokratieabbau anzufangen. Ich freue mich auch auf Ihre konkreten Vorschläge.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die AfD-Fraktion Enrico Komning.

(Beifall bei der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Guter Mann! Einer der besten!)

Enrico Komning (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Staatssekretär Kellner zitiert Franz Müntefering. Die FDP zitiert einen österreichischen Kabarettisten. Mir sei es mit Erlaubnis des Präsidiums gestattet, den von mir viel geschätzten Otto von Bismarck aus dem Jahre 1891 zu zitieren. Er sagte: "Die Bürokratie ist es, an der wir alle kranken."

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Damals gab es die AfD noch nicht!)

Deutschland, meine Damen und Herren, liegt im Jahr 2024 im bürokratischen Koma, und diese Bundesregierung ist dafür verantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Kern heutigen Regierungshandelns ist: kontrollieren, auskundschaften, vorschreiben, verbieten und bei Ungehorsam gängeln. Und genau deshalb kranken Handwerk und Wirtschaft, genau deshalb wandern immer mehr Unternehmen ins Ausland ab, wandern immer mehr Fachkräfte ins Ausland ab, oder sie geben eben ganz auf. Liebe Kollegen, wir brauchen weniger Staat und mehr Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Steuerdschungel, Berichts- und Dokumentationspflichten, Statistikpflichten, gar nicht zu reden von den unsäglichen Gesetzen wie dem Heizungsgesetz oder dem Lieferkettengesetz, Ihrem ganzen religiös-ökologischen Firlefanz – und alles, was der Bundesregierung einfällt, ist die Verkürzung von Aufbewahrungspflichten für Belege von zehn auf acht Jahre. Dieses Bürokratieentlastungsgesetz verhöhnt Unternehmer und Arbeitnehmer. Es ist ein 190 Seiten langer Witz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Mehr als ein Drittel der wöchentlichen Arbeitszeit eines Gastwirts geht heute für Bürokratie drauf. Ich frage mich: Wie sollen die denn den ganzen Wust an Datenschutzregeln, Kassenbonpflichten etc., etc. stemmen? Fast ein Jahr wabert dieser Gesetzentwurf nun durch die Hallen der Bundesregierung. Fast alle Vorschläge von den Unternehmensverbänden – mein Kollege Brandner hat darauf hingewiesen – wurden pfleglich ignoriert. Was kommt nun raus? Laut Gesetzentwurf werden die Bürger an Erfüllungsaufwand um insgesamt gerade einmal 3,7 Millionen Euro pro Jahr entlastet, die Wirtschaft lediglich um 944 Millionen Euro. Das ist eine Ohrfeige für Bürger und Unternehmen.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage Ihnen auch, warum. Dr. Plum hat bereits auf den Erfüllungsaufwand hingewiesen. Wenn ich mir das anschaue: Allein das Gebäudeenergiegesetz bedeutet einen einmaligen Erfüllungsaufwand von 127 Millionen Euro für die Bürger und 12,5 Milliarden Euro für die Unternehmen, gar nicht zu reden von den zusätzlichen Aufwendungen in Höhe von etlichen Milliarden.

Nein, links-grüne Politik und Entbürokratisierung passen nicht zusammen; denn das würde mehr Freiheit bedeuten, und Freiheit scheuen Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, wie der Teufel das Weihwasser.

(Beifall bei der AfD)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag – das ist ein Vorschlag an alle vernunftbegabten Kräfte in diesem Haus –:

(Stephan Brandner [AfD]: Vorschläge sind immer gut!)

Machen wir einfach die Ampelpolitik der letzten zweieinhalb Jahre rückgängig! Das wäre rechtsstaatlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich ein Riesenfortschritt für Deutschland.

(Stephan Brandner [AfD]: Klasse Vorschlag!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Stefan Schmidt [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Schmeißen wir die AfD aus dem Parlament! Das ist ein großer Fortschritt!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Sonja Eichwede.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sonja Eichwede (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Sehr geehrter Herr Minister Buschmann! Das Leben der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land leichter zu machen, das ist unsere Aufgabe. Das nehmen wir uns vor, und das tun wir mit vielen Gesetzen und vielen Initiativen hier im Haus.

Sonja Eichwede

(A) Was haben nun Bürokratieabbau und Bürokratie hiermit zu tun? Was ist eigentlich Bürokratie? Schauen wir in die Rechtstheorie, redet man von Schreibstubenherrschaft. Schauen wir in die Praxis, sprechen wir mit den vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Wahlkreis, ist die Rede von Burn-out, von Ballast, von Belastungen. Das sind ganz viele Begriffe, die zeigen, dass Bürokratie häufig mit dem Gedanken einhergeht, dass man einander nicht genug vertraut, dass es mehr ist als Paragrafen, als Anträge, als Verwaltung, sondern tatsächlich ein Gefühl aus sehr vielen einzelnen Erfahrungen. Unsere Aufgabe in unserem Land, in unserem Rechtsstaat ist es auch, einander zu vertrauen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir mit diesem Gesetz die Bürokratieentlastung angehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Genau deshalb haben wir viele Abfragen gemacht mit der Wirtschaft, mit der Verwaltung. Das Ganze wurde strukturiert angegangen, viele wurden angesprochen. Die Vorschläge, die sich jetzt im Gesetzentwurf finden, kamen aus der Fläche, von den Verbänden und aus der Wirtschaft. Das ist eine Win-win-Situation; denn auf der einen Seite haben wir die Einbindung von Zivilgesellschaft und Unternehmen, und auf der anderen Seite haben wir einen großen Monitoringbericht der Bundesregierung, wo detailliert eingesehen und transparent nachvollzogen werden kann, wie die einzelnen Vorschläge bewertet wurden.

Was mir sehr wichtig ist, ist, dass wir beim Bürokratieabbau darauf achten, dass Doppelungen und unnötige Belastungen vermieden werden, dass es keine Überschneidungen gibt und dass Regelungen abstrakt-generell sind. Was aber nicht gemacht werden darf, ist, die Anzahl der Gesetze mit Bürokratie gleichzusetzen; schließlich brauchen wir auch ein Gesetz zum Bürokratieabbau. Deshalb halte ich es auch nicht für richtig, Forderungen wie "One in, one out" zu erheben oder, sehr verehrter Herr Krings, wie Sie gesagt haben: "One in, two out". Wir sind doch dazu aufgerufen, seriöse Politik zu machen. Wir müssen stetig Regelungen überprüfen. Wir können auch vier Regelungen streichen und eine schaffen, wenn es geht, diese Regelungen zu streichen, weil sie ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Aber wir müssen vom Menschen her denken und dürfen hier keine mathematischen Gleichungen aufstellen; denn, wie ich eingangs sagte: Wir müssen das Leben der Menschen in unserem Land leichter machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dabei steckt der Teufel sehr oft im Detail. Aufgabe von Rechtsetzung ist es, dass sie einfach ist, dass sie verständlich ist, dass sie abstrakt-generell ist. Wenn sie zu speziell wird, wenn man den Anspruch hat, jeden Einzelfall zu regeln, dann führt das oft zu Widersprüchen und dazu, dass man Einzelfälle nicht mehr regeln kann. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung diesen Prozess im parlamentarischen Verfahren angestoßen hat im Einvernehmen mit der Wirtschaft und nach Diskussionen mit der Wirtschaft, um hier besser zu werden. Ein gutes

Beispiel – es wurde in der Debatte schon angesprochen – ist der Wegfall des Hotelmeldescheins. Da möchte ich unseren Tourismuspolitikern danken, die sich schon sehr lange dafür eingesetzt haben, wodurch Wirtschaft, Hotelbetriebe und eben auch die Gäste entlastet werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sehr wichtig ist ein weiterer Aspekt. Wenn immer wieder von Regelungen, von Regulierungen, von Bürokratie, von Belastungen gesprochen wird, dürfen wir nicht vergessen, dass das häufig auch ausgenutzt wird, um notwendige Schutzregelungen auszuhöhlen. Das wird mit uns nicht möglich sein. Gerade wir als SPD-Fraktion schauen sehr genau darauf, dass Regelungen, die wichtig sind, gerade für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aufrechterhalten bleiben; denn diese dienen ja dazu, das Leben der Menschen in unserem Land leichter zu machen und sie zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch das bedeutet Regeln und Rechtsstaat.

Einen Satz möchte ich noch zur Verwaltung sagen. Es wurde oft gesagt: Die Bürger kommen in der Verwaltung mit dem Staat in Berührung. Die Verwaltung ächzt unter zu vielen Regeln. Die Bürger sehen das auch. Hier müssen wir schauen, welche Regelungen überflüssig sind. Hier müssen wir auch besser werden im Bereich EDV – Stichwort "Systembrüche" –, gerade auch hinsichtlich der Digitalisierung. Dieses Thema zeigt doch, dass Bürokratieentlastung mehr ist als nur dieses eine Gesetz. Deswegen machen wir auch im Bereich "Digitalisierung und Entlastung" sehr viel für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir freuen uns auf die parlamentarischen Beratungen. Packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Dr. Ingrid Nestle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Ingrid Nestle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig: Wir brauchen Bürokratieentlastung. Denn so gut die Gründe waren, die bei der Einführung jeder einzelnen Regel angeführt worden sind – über die Jahre ist zu viel zusammengekommen, und in der Summe sind die Regeln in der Praxis oft nicht mehr umsetzbar. Wir sind uns alle einig; deswegen ist die große Frage: Wie kann Bürokratieentlastung funktionieren? Ich muss sagen: Die Ansätze in den letzten Legislaturperioden haben schlichtweg gar nicht funktioniert. Da ist dieser markige "One in, one out"-Ansatz oder – Herr Krings, Sie haben es gerade erwähnt – das Bürokratie-

Dr. Ingrid Nestle

(A) kostenmessprogramm. Oder war es doch eher ein Bürokratieerzeugungsprogramm?

> (Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Das Standardkostenmodell! Weltweit gelobt!)

Das hat nicht zu Bürokratieentlastung geführt. Sonst würden auch Sie heute nicht hier stehen und den Stapel an Bürokratie beklagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Sonja Eichwede [SPD] - Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Schauen Sie sich doch mal an, was da gemacht worden ist!)

Die Erfahrung hat gezeigt: Mit dem Holzhammer geht Bürokratieabbau nicht. Wer sich nicht die Mühe macht, zu unterscheiden zwischen wirklich wichtigen Regeln und verzichtbaren Regeln, der wird sich nicht nur gegen die wirklich wichtigen Regeln stellen, nein, er wird auch beim Bürokratieabbau scheitern, weil er natürlich völlig zu Recht einen Sturm des Widerstandes entfesselt, wenn er versucht, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Er wird starten wie der brüllende Tiger und landen wie der Bettvorleger. Der Holzhammer ist kein Erfolgsmodell für Bürokratieabbau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dabei geht Bürokratieabbau. Das haben wir im Energiebereich von Anfang an gezeigt. Wir haben weniger mit großen, markigen Forderungen agiert, aber wir haben Bürokratieabbau gemacht. Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren schon ganz entscheidend beschleunigt, den Ausbau der Netze sogar noch mehr - durch Bürokratieabbau.

Das reicht uns noch nicht. Deswegen freue ich mich so sehr, dass das BMWK mit Minister Habeck den Praxischeck entwickelt hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Martin Plum [CDU/CSU])

der von den Unternehmen und den Menschen ausgeht. Ich möchte Ihnen das am Beispiel "Solar" darstellen. Am Anfang standen Gespräche mit Energieberatern, Handel, Mittelstand, Verbänden, Kirchen, Bürgern, und entwickelt wurden 57 konkrete Vorschläge aus der Praxis. Man hat festgestellt: 41 können in Gesetzen und Verordnungen umgesetzt werden. 35 befinden sich bereits in Umsetzung oder sind schon umgesetzt, ein ganz großer Teil davon im Solarpaket, das letzte Sitzungswoche den Bundestag passiert hat. Wir haben einmal mehr gezeigt: Bürokratieabbau ist möglich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Aber auch das reicht uns nicht. Deshalb diskutieren wir heute über das Bürokratieentlastungsgesetz, das ganz viele Politikfelder anspricht, auch den Energiebereich. Hier ist zum Beispiel die oberflächennahe Geothermie zu nennen, deren Einsatz entscheidend dadurch entlastet wird, dass sie künftig nicht mehr unter das Bergrecht fällt. Die Berichtspflichten – sie wurden schon erwähnt – sind durchforstet worden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir aus der Ampel auch schon vor der heutigen ersten Lesung begonnen haben, weitere Punkte zu identifizieren, und (C) dass wir in den kommenden Wochen mit voller Kraft daran arbeiten werden, noch mehr gute Entlastungsmaßnahmen in dieses Gesetz einzubringen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Mit einem feinen Instrumentarium die Punkte identifizieren, an denen man wirklich entlasten kann, mit langem Atem, aber vor allem im engen Dialog mit Unternehmen und Bürgern – das ist unser Erfolgsrezept, und damit werden wir als Ampel in den nächsten Wochen gemeinsam an diesem sehr wichtigen Gesetzentwurf arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Dr. Volker Ullrich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tageszeitung "Die Welt" hat gestern getitelt: "Europa wächst wieder – nur Deutschland fällt immer weiter zurück". Das ist die Einschätzung unseres Wirtschaftswachstums: Schlusslicht unter allen G-7-Staaten, innerhalb der Europäischen Union auf einem der letzten Plätze. Wirtschaftswachstum schafft aber Arbeit und sorgt dafür, dass wir unseren Sozialstaat finanzieren können, ja, mehr noch, dass das Wohlstands- und Aufstiegs- (D) versprechen in unserem Land eingelöst werden kann. Wenn wir ein immer geringeres Wirtschaftswachstum haben, dann wird all das nicht mehr in diesem Umfang gewährleistet. Und ich kann Ihnen für unsere Fraktion sagen: Wir sind nicht bereit, das zu akzeptieren. Wir brauchen wieder Impulse für wirtschaftliche Stärke in unserem Land.

Wenn Sie die Menschen fragen, um was es geht, nennen sie drei Punkte: Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials, Kostenstruktur und Energiepreise, aber vor allen Dingen auch das Thema Bürokratie. Wenn Sie sich mit Handwerksbetrieben, Unternehmen und Mittelständlern in den Wahlkreisen unterhalten, dann sagen die: Schafft uns die Belastungen durch Bürokratie vom Hals! Lasst uns arbeiten, lasst uns wirtschaften! – Wenn man sich dieses Gesetz ansieht, muss man feststellen, dass es leider hinter dem zurückbleibt, was die Menschen in unserem Land vom Bürokratieabbau erwarten, meine Damen und Herren.

Mit dem Artikelgesetz, das Sie vorgelegt haben, wird einiges angeschoben, was im Kleinen sicherlich einzelne Verbesserungen bringen kann. Aber das entspricht doch nicht den Erwartungen. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel: Sie werden im Umsatzsteuergesetz den Schwellenwert für die monatliche Pflicht zur Umsatzsteuervoranmeldung von 7 500 Euro auf 9 000 Euro an jährlichem Umsatz erhöhen. Das ist gut, weil weniger monatliche Umsatzsteueranmeldungen weniger Bürokratieaufwand bedeuten. Wissen Sie aber, aus welchem Jahr die Zahl 7 500 Euro stammt? Aus dem Jahr 2009. Warum nehmen

Dr. Volker Ullrich

(A) Sie eine Erhöhung des Schwellenwerts für die Umsatzsteuervoranmeldung vor, die hinter der Inflationsrate zurückbleibt? Warum sind Sie nicht bereit, hier einen wesentlich größeren Schritt zu tun und die Unternehmen an dieser Stelle stärker zu entlasten? Warum nicht 10 000 Euro oder 12 000 Euro? Das wäre ein echter Schritt, gerade für kleine Mittelständler. Aber dazu fehlt Ihnen die Kraft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen in unserem Land auch darüber reden, wie wir mit diesem Thema insgesamt umgehen. Aus vielen guten Gründen sind Dokumentationspflichten und Vorschriften entstanden; sie sind entstanden, um Risiken zu minimieren. Aber vielleicht brauchen wir in unserem Land auch die Überzeugung, dass es nicht allein darum gehen kann, Risiken um jeden Preis zu minimieren, sondern dass wir den Menschen auch wieder mehr Verantwortung und mehr Eigenständigkeit zutrauen sollten, dass sich Behörden und Unternehmen zutrauen, selbst zu entscheiden, und dass wir aus diesem Grund Dokumentationspflichten, Aufzeichnungspflichten und Bürokratiekosten insgesamt reduzieren könnten. Das wäre der wesentlich bessere Ansatz, als kleinteilig in einem Artikelgesetz um nur 900 Millionen Euro zu entlasten. Die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft in unserem Land erwarten mehr von Ihnen - wir auch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

(B) Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Esra Limbacher.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Esra Limbacher (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin hat die AfD über die Entlastung der Justiz gesprochen. Und in der Tat: Die Justiz in Deutschland ist momentan sehr belastet. Aber die Wahrheit ist auch: Einen erheblichen Anteil zu dieser Belastung – das haben wir in den letzten Tagen gesehen – tragen Sie von der AfD bei. Sie belasten die Justiz mit Ihren kriminellen Machenschaften. Das erleben wir in diesen Tagen leider viel zu oft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Sagen Sie mal was zu Nordrhein-Westfalen und dem Korruptionsskandal, in dem die SPD steckt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unnötige Bürokratie in unserem Land kostet Zeit und Geld. Sie stellt jeden Tag normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor hohe Hürden im Alltag und bremst unsere Wirtschaft. Jeder weiß das, jeder beklagt das, und jeder mit oder ohne politische Verantwortung sagt: Da muss sich endlich was ändern. – Man müsste mal, man könnte mal, man sollte mal. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz machen wir aus "man könnte mal" ein "Wir machen es".

(Kay Gottschalk [AfD]: Wir schaffen das!) (C)

Das geht nicht mehr so weiter. Wir schaffen es, das Ruder rumzureißen.

(Enrico Komning [AfD]: Sie schaffen es! Genau!)

Darum geht es bei diesem Gesetz.

Überbordende Bürokratie entspricht oft der Geisteshaltung, alles in jeder Möglichkeit und jeder Situation absichern und regulieren zu wollen. Bei uns ist Bürokratie bereits so stark vertreten, dass Deutschland wahrscheinlich das einzige Land ist, in dem selbst in Gefängnissen Fluchtpläne aufgehangen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Dr. Thorsten Lieb [FDP])

Man weiß ja nie, sicher ist sicher. – Bei "Gefängnis" sollten Sie aufpassen, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Enrico Komning [AfD]: Wen meinen Sie? Mich? Immer schön vorsichtig, Herr Kollege!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geisteshaltung, immer alles absichern und regulieren zu wollen, ist ja genau das Problem. Es gibt keine absolute Sicherheit. Wenn der Staat und die Unternehmen nur noch Risikominimierung betreiben, übersehen wir Chancen. Was wir brauchen, ist mehr Vertrauen in die menschliche Vernunft. Das Bürokratieentlastungsgesetz IV ist ein erster (D) großer Schritt in die richtige Richtung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Koalition haben den Anspruch, es nicht dabei zu belassen. Wir wollen dieses Gesetz im parlamentarischen Verfahren besser machen,

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Schlechter geht ja nicht mehr!)

wir wollen es stärker machen, wir wollen in dieser Legislatur weitergehende Regelungen treffen und bei der Bürokratieentlastung nach vielen Jahren stärkerer Belastung den großen Wurf wagen. Dafür braucht es viel mehr; einiges ist schon auf dem Weg. Deswegen ist es auch richtig, dass wir jetzt für ein gesellschaftliches Bündnis aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik zum Bürokratieabbau werben und dieses ermöglichen. Es sind eben nicht nur die theoretischen Erwägungen beim Bürokratieabbau entscheidend, sondern die ganz konkreten Erfahrungen der Menschen vor Ort. Deswegen ist der Vorschlag von Lars Klingbeil richtig – ich unterstütze ihn ausdrücklich –, einen der nächsten Bürgerräte zur Reduzierung des Bürokratieballasts einzusetzen.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Bürgerräte braucht man nicht! Das ist Quatsch! – Dr. Martin Plum [CDU/CSU]: Wer nicht mehr weiterweiß, gründet einen Arbeitskreis!)

(D)

Esra Limbacher

(A) Wir sollten die Erfahrungen der Menschen in unserem Land einbeziehen und nicht über sie reden, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern immer versuchen, mit ihnen mehr zu erreichen.

Gerade hier und heute ist es, glaube ich, wichtig zu sagen, warum die SPD das Thema Bürokratieabbau so vorantreibt, warum uns das so wichtig ist. Es geht eben nicht um die Profitmaximierung großer Konzerne, es geht eben nicht um die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, es geht erst recht nicht um Sozialabbau. Es geht darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Leben der Menschen in unserem Land einfacher zu machen, aber auch den unternehmerischen Alltag, insbesondere für mittelständische Betriebe, unkomplizierter werden zu lassen. Darum geht es, und dieses Ziel verfolgt die SPD beim Bürokratieabbau.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Thorsten Lieb [FDP])

Das wird auch bei den jetzt beginnenden parlamentarischen Beratungen des Bürokratieentlastungsgesetzes IV die entscheidende Rolle spielen. Nehmen wir das Beispiel der – nennen wir sie – "Familie Musterfrau". Ein Elternteil arbeitet in einem Unternehmen, angestellt, das andere Elternteil gründet eine Firma und ist selbstständig – mehrere Kinder, ein Eigenheim, mehrere Autos. Unser Ziel als SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist, am Ende der Beratungen dieses Bürokratieentlastungsgesetzes einer solchen Familie sagen zu können: Wir haben etwas für euch rausgeholt; wir entlasten euch an vielen Punkten in eurem Alltag ganz konkret von (B) Bürokratie – nicht auf dem Papier, nicht in der Theorie, sondern im echten Leben.

Darum geht es uns als SPD-Fraktion, und dafür werden wir in den nächsten Wochen beraten. Ich freue mich jedenfalls auf die beginnenden Beratungen mit meinen geschätzten Kollegen in der Koalition.

Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Gruppe Die Linke Sören Pellmann.

(Beifall bei der Linken)

Sören Pellmann (Die Linke):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürokratieabbau ist seit Jahren in aller Munde und ein Dauerversprechen aller Bundesregierungen; aber die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Seit 2011 haben sich die Bürokratiekosten kaum verändert und liegen jährlich bei 65 Milliarden Euro. Die Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht genervt. Von 580 Behördendienstleistungen können Bürgerinnen und Bürger bundesweit nur 81 komplett online in Anspruch nehmen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [Die Linke])

Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland (C) auf Rang 21, also auf einem der hintersten Plätze.

Nun liegt das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz vor, vollmundig als "Konjunkturpaket zum Nulltarif" angepriesen. Doch dieses Gesetz ist ein Wohlfühlgesetz, welches niemandem wehtut.

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Gesetze sollen nicht wehtun, sondern guttun!)

Es senkt keine Kosten und ändert keine Strukturen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bürokratie ist nicht per se schlecht. Sie ermöglicht Leistung und Effizienz; sie ist notwendig und funktional, um einen Rechtsstaat zu gewährleisten, Gleichbehandlung zu ermöglichen und vor politischer Willkür zu schützen.

(Beifall bei der Linken)

Doch es gibt leider viel zu oft den realen Bürokratieirrsinn. Wenn Sie zum Beispiel ein Wohnhaus mit Kita und Büro bauen möchten, dann sollten Sie besser auf Treppen verzichten und es ebenerdig bauen; denn leider widersprechen sich hier die Vorgaben von Treppenhandlaufhöhen und Geländerstäbeabständen in unlösbarer Weise.

Es gibt unglaubliche 3 500 Baunormen und knapp 20 000 Bauvorschriften. Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines einzigen Windrades dauert es circa fünf bis sieben Jahre, zehn Jahre vom Bauantrag bis zum Baubeginn bei Mietshäusern. Sie werden mir beipflichten: So kann man weder die furchtbare Wohnungsnot beseitigen noch die Klimakatastrophe abwenden.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus gibt es Bereiche, in denen Bürokratie nur als Gängelung empfunden werden kann. Das betrifft den kompletten Bereich des Sozialrechts. Wer in diesem Land auf Sozialleistungen angewiesen ist, der ist in Vollzeit damit beschäftigt. Und damit meine ich nicht alleine die Anträge auf Sozialleistungen. Ein Beispiel: Eltern schwerbehinderter Kinder müssen jedes Jahr aufs Neue nachweisen, dass sie auf ein Auto und damit auf einen Sonderparkausweis angewiesen sind. Das ist echter Bürokratiewahnsinn, dem Einhalt geboten werden muss.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Katja Mast [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest Teilen dieser Koalition geht es aber überhaupt nicht um solche Dinge; für die ist Bürokratieabbau ein Vorwand dafür, ihre eigene Klientelpolitik zu betreiben.

Die FDP beispielsweise hat sich auf die Lieferkettenrichtlinie der Europäischen Union eingeschossen.

(Dr. Thorsten Lieb [FDP]: Zu Recht!)

Diese Richtlinie soll sicherstellen, dass bei der Produktion von Importwaren menschen- und umweltrechtliche Standards eingehalten werden. Das muss durchgesetzt werden.

(Christoph Meyer [FDP]: Nee! Das muss verhindert werden!)

Sören Pellmann

(A) Das muss nachgewiesen werden, und dafür brauchen wir eine gut funktionierende Bürokratie.

Die Frage ist am Ende wie immer: Wem nutzt es?

(Christoph Meyer [FDP]: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Thorsten Lieb [FDP])

Das wird für uns auch ganz klar der Maßstab für die weiteren Beratungen sein – letzter Satz, Frau Präsidentin. Auf dass es in unserem Land eines Tages auch mehrstöckige Wohnhäuser mit Kitas und Büros geben kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Stefan Schmidt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Stefan Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bürokratie zu schaffen, ist immer leichter, als Bürokratie abzubauen – eine wahre, wenn auch eine bittere Binsenweisheit. Trotzdem ist es uns in der Koalition gelungen, den Bürokratieabbau weiter voranzubringen.

(B) Über viele Punkte freue ich mich, aber über einen als Tourismuspolitiker ganz besonders: Endlich schaffen wir den Hotelmeldeschein für deutsche Gäste und damit für 80 Prozent aller Hotelgäste in Deutschland ab. Damit entlasten wir unsere Hotels massiv.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Der Hotelmeldeschein ist ein Paradebeispiel für verstaubte und überflüssige Bürokratie. Verstaubt als Relikt aus der NS-Zeit nicht nur im übertragenen Sinn, sondern auch wortwörtlich: Allein 2023 haben unsere Hotels mehr als 148 Millionen Gästeankünfte von deutschen Gästen verzeichnet. Diese vielen Millionen Meldescheine – alle händisch unterschrieben und aus Papier – verstauben für ein ganzes Jahr in irgendwelchen Aktenordnern und Schubladen. In Zukunft fallen sie weg. Das bedeutet eine massive Bürokratieentlastung für unsere klein- und mittelständisch geprägte Hotelwirtschaft; das bedeutet für die Gäste Entspannung und Erholung schon beim Einchecken.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Überflüssig ist der Meldeschein, weil er seinen eigentlichen Zweck nicht erfüllt; der liegt nämlich in der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Aber wie groß ist der tatsächliche Nutzen? Allenfalls marginal.

(Beifall der Abg. Susanne Menge [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]) Die Fälle, bei denen der Hotelmeldeschein dabei geholfen hat, Straftaten aufzudecken, kann ich an einer Hand abzählen. Wir brauchen den Hotelmeldeschein nicht, und das will ich auch klar in Richtung des Bundesrates betonen, auch wenn er heute hier nicht sehr präsent ist.

(Beifall des Abg. Philipp Hartewig [FDP])

Jetzt kann man einwenden, manche Kommunen nutzen die Gästedaten der Meldescheine auch für Tourismusabgaben, für Kurbeiträge, für Gästekarten. Das stimmt. Deswegen werde ich mich im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, dass wir diesen Kommunen ausreichend Zeit geben, damit sie sich neu aufstellen können. Aber auch für weitere Vorschläge sind wir natürlich aufgeschlossen.

Und klar, wir hätten uns gewünscht, den Hotelmeldeschein auch für ausländische Gäste abzuschaffen. Das EU-Recht erlaubt das bisher leider nicht. Deshalb ist es gut, dass wir die Experimentierklausel für die weitere Digitalisierung entfristen. Ich bin überzeugt: Die vollständige Digitalisierung ist nur eine Frage der Zeit.

Wenn ich jetzt höre, wie die CDU/CSU gegen die Abschaffung des Meldescheins wettert, kann ich nur sagen: Bürokratieabbau mit scheinheiligen Argumenten wie der vermeintlichen Diskriminierung verhindern zu wollen, wollen Sie doch nicht wirklich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Daniel Rinkert [SPD])

Herr Dr. Ullrich, Herr Dr. Krings, Herr Dr. Plum, Frau Karliczek, ich verstehe, dass es wehtut, dass wir schaffen, (D) was Sie Jahre und Jahrzehnte nicht auf die Reihe gekriegt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber lassen Sie uns, statt den Erfolg kleinzureden, ihn lieber gemeinsam vergrößern!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Klaus-Peter Willsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und an den Bildschirmen! Lieber Herr Minister Buschmann, es war ja schön, mit anzuhören, wie Sie gesagt haben, dass Bürokratieabbau Querschnittsaufgabe ist. Ich habe dazwischengerufen – Sie sind nicht darauf eingegangen; darum gebe ich Ihnen noch mal die Gelegenheit dazu –: Deshalb war er ja früher beim Kanzleramt angesiedelt. Und da war er richtig aufgehoben, weil er eine Querschnittsaufgabe ist und

Klaus-Peter Willsch

(A) von der Zentrale der Regierung aus gesteuert werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun sehe ich Ihnen das nach. Sie haben halt genommen, was noch auf dem Grabbeltisch lag, und so den Bürokratieabbau gekriegt, nachdem die Aufgaben verteilt waren und das Kanzleramt so aufgeblasen wurde, dass dort für die Normenkontrollratsleute kein Platz mehr war. Sie hätten aber mal ein bisschen schneller anfangen können zu laufen. Zweieinhalb Jahre mit dem Gesetzentwurf zu warten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

finde ich schon ein bisschen unehrgeizig, um das mal so zu formulieren, angesichts all dessen, was hier an Dringlichkeit usw. in den Vordergrund gestellt wurde.

Jetzt hat sich bei den Redebeiträgen erstaunlicherweise – weil zwei bei der SPD gesprochen haben, die das letzte Mal noch nicht dabei waren – gezeigt, dass sich bei der SPD keine grundlegende Veränderung ergeben hat. Wir haben ja gemeinsam mit der SPD versucht, Bürokratie abzubauen. Es waren mühsame Gespräche, kann ich Ihnen sagen,

(Christoph Meyer [FDP]: Nicht genug Schwerpunkte offensichtlich!)

wegen des verqueren Unternehmerbilds, das die Sozis haben. Sie denken, Menschen würden nur Unternehmen gründen, um Steuern zu hinterziehen und Mitarbeiter auszubeuten oder zu entrechten.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Leif-Erik Holm [AfD] – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Solche Leute kenne ich gar nicht bei mir im Wahlkreis. Aber das ist sowohl bei Ihnen, Frau Eichwede, als auch bei dir, Esra Limbacher, durchgeschienen.

Wer sich die Wirklichkeit am Arbeitsmarkt – Stichwort "Fachkräftemangel" – mal anschaut, der weiß, dass diese Zeiten lange vorbei sind, wenn es sie denn überhaupt mal gab.

(Zuruf der Abg. Sonja Eichwede [SPD])

Wir haben heute als Arbeitsmarkt einen Arbeitnehmermarkt und keinen Arbeitgebermarkt mehr. Sie können sich aussuchen, wo Sie hinwollen. Wenn es den Leuten nicht mehr gefällt, sagen sie: Tschüss, Chef, ich gehe zum anderen; der sucht auch gute Leute. – Da müssen Sie also einfach mal an sich arbeiten

(Sonja Eichwede [SPD]: Sie müssen zuhören!)

und dieses Narrativ beenden.

Ich habe Lutz Goebel diese Woche auch getroffen, Herr Minister. Nun mag es auch an der unterschiedlichen Erwartungshaltung liegen, dass Sie für sich positive Teile heraushören und ich höre, dass man das nicht für ehrgeizig genug findet. Vielleicht muss man das einfach mal wieder zusammen machen, um ein gemeinsames Bild zu kriegen. Aber Tatsache ist eben, dass hier viel Luft nach oben ist und dass es wirklich nicht besonders ehrgeizig ist, was Sie hier vorgelegt haben.

Es ist so, dass Bürokratieabbau ein wirklich kosten- (C) freies Konjunkturpaket darstellt,

(Stephan Brandner [AfD]: Das habe ich auch gesagt! Dann scheint es ja zu stimmen!)

wenn er richtig gemacht wird. Das brauchen wir in Deutschland. Leider haben Sie das hiermit nicht vorgelegt.

Wir werden weiter hartnäckig für Bürger- und Unternehmerinteressen eintreten, damit dieses Kujonieren durch öffentliche Verwaltungen weniger wird bzw. aufhört

Sie müssen sich ja eigentlich nur unseren Antrag vom April letzten Jahres anschauen. Da waren wir schon weiter, als Sie es jetzt sind. Darin sind 22 sehr konkrete Entlastungsvorschläge enthalten, zum Beispiel die Erweiterung von "One in, one out" zu "One in, two out".

(Dr. Thorsten Lieb [FDP]: Das ist doch nicht konkret! Das ist das Gegenteil von konkret!)

Das ist natürlich wichtig, weil wir doch die Erfahrung gemacht haben in der ganzen Zeit, dass wir --

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nichts Konkretes!)

Nein, nein, Sie müssen an die Strukturen rangehen.
 Wenn Sie den Einzelnen fragen, ob seine Vorschrift notwendig ist, dann findet er Tausend Begründungen dafür.

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Man muss sich schon den Umfang anschauen!)

Sie müssen die Verwaltung beim Abbau von Verwaltung zum Mitarbeiten bringen, und das geht, indem Sie Regeln wie "One in, one out" zu "One in, two out" weiterentwickeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Günter Krings [CDU/CSU])

Ich sage: Erledigen Sie Ihre Aufgabe! Ich gestehe Ihnen zu, dass es schwer ist. Die SPD hat das Bild vom Unternehmer, wie ich es eben gesagt habe. Die Grünen halten sowieso alle Leute für unmündig und wollen sie alle zum guten veganen menschlichen Menschen und was weiß ich was erziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Haben wir die ganze Zeit drüber geredet heute Morgen!)

Und die FDP hat immer Probleme mit dem Datenschutz.

Aber wir arbeiten mit. Das haben wir bei der Novelle des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes gezeigt. Da haben wir Ihnen eine Rechtsverordnungsermächtigung reingeschrieben, damit wir die anderen vergessenen Gesetze damit auch noch erledigen können.

Wir sind immer bereit, hier über kluge Vorschläge zu reden und daran mitzuarbeiten, weil wir Erfahrung haben und weil wir, im Gegensatz zu Ihnen, wissen, wie es geht.

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Na ja! Na ja! Und dann wollen Sie mitarbeiten? Ja, klar!) (D)

(B)

Klaus-Peter Willsch

(A) Aber trotzdem hoffen wir, dass Sie ein bisschen was vorwärtsbringen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Ingrid Nestle [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gegenteil haben Sie gezeigt!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Dr. Zanda Martens.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Zanda Martens (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Wie viele leerstehende Ladenlokale haben Sie beim letzten Spaziergang durch die Innenstadt gezählt? Wie oft ist es Ihnen passiert, dass der geliebte kleine Laden in der Innenstadt plötzlich verschwunden war und dort stattdessen eine große Kette eingezogen ist? Tote oder wenig einladende Innenstädte sind mehr als nur ein versagender Wirtschaftsfaktor, sie zeigen fehlende Lebensqualität.

Gerade der stationäre Einzelhandel sorgt gemeinsam mit Cafés, kleinen Nachbarschaftstreffs und sozialen Einrichtungen für lebendige Innenstädte - Lebendigkeit, die wir nicht missen möchten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Deswegen haben Sie die Umsatzsteuer in der Gastronomie wieder erhöht!)

Die Entwicklung geht jedoch in die andere Richtung: Unser Konsumverhalten hat sich dramatisch verändert. Wir kaufen immer öfter online ein und machen es uns zu Hause bequem.

Parallel sind die Gewerbemieten jedoch explodiert und können, außer vielleicht noch von den großen Ketten, von keinem mehr erwirtschaftet und bezahlt werden. Das stellt kleine Betriebe vor gewaltige Herausforderungen. Deshalb brauchen wir einen klaren, einheitlichen und sozialen Rahmen für das Gewerbemietrecht – ein soziales Gewerbemietrecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des **BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)**

Insbesondere in der jetzigen Situation angespannter Mietmärkte brauchen wir spezielle mietrechtliche Schutzmaßnahmen auch für schutzbedürftige und -würdige Gewerbebetreibende; denn die Mietenkrise beschränkt sich nicht nur auf den Wohnbereich.

Neben den hohen Mieten ist auch eine Vorschrift aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch verantwortlich für den Austausch von Kleingewerbe durch große Ketten. Das extrem strenge Schriftformerfordernis für Gewerbemietverträge plagt insbesondere kleinere Gewerbetreibende und schadet unserem Wirtschaftsstandort. Derzeit muss nämlich nicht nur der ursprüngliche Mietvertrag in Schriftform abgeschlossen sein, also mit Originalunterschriften, sondern auch jede noch so kleine, aber (C) vertragswesentliche spätere Änderung. Darunter fallen selbst kleinste Vereinbarungen zu Umbaumaßnahmen, da solche ja den Vertragsgegenstand betreffen. Wer als Gewerbetreibender also eine Steckdose verlegen möchte, darf dies korrekterweise nicht per SMS oder Anruf mit seinem Vermieter klären, sondern beide müssen dafür eine zusätzliche Vereinbarung unterschreiben.

Ein Schriftformmangel liegt auch dann vor, wenn eine Anlage zum Vertrag – etwa der Bauplan, in dem vermietete Räume und der Keller eingezeichnet sind - mit einer Büroklammer angeheftet wird. Notwendig ist eine feste körperliche Verbindung, etwa durch Tackern. Man kann darüber lachen, aber diese Fälle zeigen: Wir müssen dringend etwas tun; denn das ist nicht mehr zeitgemäß und stellt viele Betriebe vor unrealistische Anforderun-

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Konsequenzen, wenn man eine solche Vereinbarung doch per SMS oder Anruf trifft, sind verheerend und den allermeisten Gewerbebetreibenden gar nicht bewusst: Ein für eine bestimmte Zeit abgeschlossener Mietvertrag, der eigentlich bis zum Ende der Vertragslaufzeit nicht kündbar ist, wird zum unbefristeten Mietvertrag, der plötzlich mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden darf. - Mittlerweile werden deshalb reihenweise Anwälte beauftragt, um ebensolche Schriftformmängel zu suchen und zu finden, damit die Vermieter sich aus bestehenden billigen Verträgen lösen oder Neuverhandlungen – dann natürlich über die Frage der Miethöhe – (D) erzwingen können.

An dieser Stelle kommt das Bürokratieentlastungsgesetz ins Spiel, das sich genau dieser Thematik annehmen möchte. Die im Gesetzentwurf gewählte Lösung, die Schriftform pauschal und für alle durch einfache Textform zu ersetzen, ist vielleicht die einfachste, jedoch nicht unbedingt die beste. Dass Verträge in Schriftform geschlossen werden müssen, hat schon seine Berechtigung; denn schließlich erfüllt die Schriftform immer auch eine wichtige Warnfunktion und ermöglicht insbesondere einem Erwerber einen direkten Überblick über bestehende Vereinbarungen. Die Entwicklung zeigt jedoch, dass das Schriftformerfordernis heute in erster Linie für vorzeitige Kündigungen unliebsamer Verträge missbraucht wird und den Gepflogenheiten in einer digitalen Welt nicht entspricht.

Wir werden die Zeit nutzen, die das Bürokratieentlastungsgesetz hier im Bundestag verbringen wird, und nach einer Lösung suchen, die rechtssicher und zeitgemäß ist, damit sich künftig keiner mehr um die Zukunft seines Geschäfts sorgen muss, wenn er im Jahr 2024 kleine Verabredungen mit seinem Vermieter per SMS trifft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Ich schließe die Aussprache.

(C)

Präsidentin Bärbel Bas

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs (A) auf Drucksache 20/11306 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe keine anderen Überweisungsvorschläge. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den Zusatzpunkt 13:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU

Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen

Drucksache 20/11393

Überweisungsvorschlag: Ausschuss für Inneres und Heimat (f) Auswärtiger Ausschuss Rechtsausschuss Finanzausschuss Ausschuss für Arbeit und Soziales Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Ausschuss für Digitales Haushaltsausschuss

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 68 Minuten vereinbart. - Ich sehe, die Platzwechsel haben überwiegend stattgefunden.

Ich eröffne damit die Aussprache, und zuerst hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Alexander Throm.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Throm (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und (B) Kollegen! Im 75. Jahr des Grundgesetzes ist unsere freiheitliche Demokratie vielen Anfeindungen ausgesetzt, links- wie rechtsextremistisch. Aber auch die massive Ausbreitung des politischen Islam wird eine immer stärker anwachsende Gefahr für unseren Staat, unsere Sicherheit und die Art, wie wir leben und leben wollen. Deshalb muss die so vielbeschworene Wehrhaftigkeit der Demokratie sich hier auch beweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da gehen Tausende auf die Straße, fordern ein Kalifat, eine neue Ordnung unter Islam und Scharia, Tausende, die von unserem Wohlfahrtsstaat verwöhnt sind, die die Freiheiten unseres Grundgesetzes genießen, die sie anderswo nicht hätten – alles ordentlich nach Geschlechtern getrennt und mit Kind und Kegel. Und wo ist die Bundesinnenministerin?

(Dorothee Martin [SPD]: Krank!)

- Heute ja; aber die letzten Wochen war sie auf Tauchstation:

(Dorothee Martin [SPD]: Das stimmt nicht!)

kein von ihr so geliebter Aktionsplan, keine schnell einberufene Sonderinnenministerkonferenz und vor allem auch keine von ihr bevorzugte Pressekonferenz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Faeser ist im Kampf gegen den Islamismus in den letzten zwei Jahren schlichtweg ein Totalausfall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Akteure des politischen Islam wollen die Kämpfe aus ihren Heimatländern nach Deutschland hineintragen. Das wird aber die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und in ihrer Vielfalt nicht hinnehmen. Derartige Bilder wie in Hamburg zerstören den gesellschaftlichen Frieden. Und ich will hinzufügen: Der Kampf gegen den Islamismus dient zugleich auch dem Kampf gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus. Deswegen ist es besonders fahrlässig, wenn Sie dies vernachlässigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr Nichtstun schadet auch den vielen bestens integrierten, liberalen und säkularen Muslimen, die Teil unserer Gesellschaft sind. Denn auch die müssen wir vor Verallgemeinerung und vor Generalverdacht schützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Aufgabe ist es nun, das, was in 75 Jahren Grundgesetz erschaffen wurde, zu schützen. Da müssen wir auch Fragen neu stellen und beantworten: Wie weit muss unsere Toleranz bei der Meinungsfreiheit gehen? Wo setzen wir in heutiger Zeit Schranken? Muss ein freiheitlicher Staat derartige Demonstrationen, die zur Abschaffung fundamentaler Werte führen sollen, tatsächlich ertragen?

Der Vizekanzler der Bundesregierung hat da offensichtlich eine klare Meinung, jedenfalls bei Markus Lanz: Das ist eine Demo – ich zitiere –, "die nicht mehr auf dem (D) Boden des Grundgesetzes steht". – Ich weiß nur nicht, ob der Philosoph Habeck dabei gewusst hat, was dieser Satz zu Ende gedacht bedeutet, nämlich ein Verbot dieser Demonstrationen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hamburg war nur die Spitze des Eisbergs. Deutschsprachige Tiktok- Prediger haben Hunderttausende Follower, Millionen von Likes; das fällt auf fruchtbaren Boden bei der muslimischen Jugend – keine Gegenwehr, keine Gegenerzählung dieser Bundesregierung. Nein, der Integrationsbericht wird von Ihrer Integrationsbeauftragten sogar noch zum Antirassismusbericht umgeschrieben. Misstrauen, Rassismusvorwürfe gegen die Polizei: Sie machen genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist. Sie stärken nämlich noch das Opfernarrativ dieser Szene, und das ist wirklich gefährlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen einen Aktionsplan Islamismus. Den haben wir Ihnen schon mehrfach vorgelegt, nicht erst heute. Es muss strafbar sein, wenn jemand zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufruft, insbesondere wenn es um einen islamistischen Gottesstaat geht. Und für Nichtdeutsche, die diesen Aufruf tätigen, muss dies zur Regelausweisung führen. Das heißt, ohne Wenn und Aber muss das Aufenthaltsrecht, egal welches Aufenthaltsrecht es ist, entzogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Throm

(A) Und wer dann Islamist ist, der kann auch in einen islamistischen Gottesstaat abgeschoben werden, etwa Iran oder Afghanistan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat auf dem Parteitag gesagt, dass wir den Rechtsextremismus zu lange unterschätzt haben. Er hat aber auch darauf hingewiesen, dass wir denselben Fehler nun gegenüber dem politischen Islam nicht wiederholen dürfen. Recht hat er. Und ich füge hinzu – an die Innenministerin gerichtet, der ich gute Genesung wünsche –: Auch durch Nichtstun kann man seinen Amtseid verletzen, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die SPD-Fraktion Daniel Baldy.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Daniel Baldy (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte zu den islamistischen Demonstrationen der letzten Woche ist ja bereits die zweite Debatte, die wir zu diesem Thema in dieser Woche führen. Der Antrag der Union, der vorliegt – und das möchte ich mal ausdrücklich betonen –, macht aber wenigstens den Versuch, ernsthaft eine Grundlage für eine Debatte hier im Plenum zu liefern, während die AfD-Anträge, über die wir am Mittwoch diskutiert haben, an Scheinheiligkeit ja nicht zu überbieten waren.

Ich möchte deshalb auch noch mal betonen: Gleich und Gleich gesellt sich gern. Das gilt auch für Demokratiefeinde, und das zeigen auch die gemeinsamen Ziele, die die AfD und Islamisten teilen. Wir brauchen von den Demokratiefeinden von rechts jedenfalls keinerlei Tipps, wie wir mit den Demokratiefeinden aus dem islamistischen Spektrum umzugehen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Unionsfraktion und lieber Herr Throm, lassen Sie mich mit zwei Feststellungen zu Ihrem Antrag starten, die wir wahrscheinlich beide teilen:

Die meisten Muslime – das haben Sie eben selber auch noch mal gesagt –, die in Deutschland leben, lehnen das, was da in Hamburg und in anderen Städten in den letzten Wochen passiert ist, genauso ab, wie sie und ich das tun, und vor allen Dingen sind sie froh, dass sie in einem Land leben, wo die Demokratie herrscht, dass sie also eben nicht in einem Kalifat leben.

Der zweite Punkt, den wir, glaube ich, teilen, ist: Die Forderung nach einem Kalifat ist nichts, was wir als Demokratinnen und Demokraten einfach unwidersprochen so stehen lassen dürfen. Deshalb will ich im Namen der SPD-Fraktion noch mal festhalten: Wir werden uns (C) dieser Forderung immer wieder entschieden entgegenstellen. 75 Jahre Grundgesetz sind doch kein Lippenbekenntnis, sondern das ist eben auch der Auftrag, immer wieder gegen Demokratiefeinde aufzustehen und sich ihnen entgegenzustellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die erste Forderung in Ihrem Antrag ist ja die Strafbarkeit des Aufrufs zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Da kann ich nur einen Blick in die Urteile des Bundesverfassungsgerichts empfehlen. 2007 haben die Richterinnen und Richter festgestellt, dass – ich zitiere – "Kritik an der Verfassung und ihren wesentlichen Elementen ebenso erlaubt ist wie die Äußerung der Forderung, tragende Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu ändern".

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Das ist etwas ganz anderes! Völliger Blödsinn!)

Diese Kritik an unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die da in Hamburg geäußert wird, muss uns nicht gefallen, und wir müssen ihr auch immer wieder widersprechen; aber wir dürfen sie eben leider nicht verbieten. Werteloyalität kann und darf nicht erzwungen werden; das sagt leider auch das Bundesverfassungsgericht.

Und es überrascht mich schon, dass Sie plötzlich Robert Habeck, den Sie das ganze Jahr über hier durch den Kakao ziehen und dem Sie immer jegliche Kompetenz absprechen, zum Kronzeugen ernennen und sagen: Der hat mehr Kompetenz als das Bundesverfassungsgericht.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Ich habe doch nur Fragen gestellt!)

Entscheiden Sie sich jetzt mal! Was wollen Sie eigentlich? Und vor allen Dingen: Akzeptieren Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Detlef Seif [CDU/CSU]: Das sagt was ganz anderes!)

Müssen wir die Aufrufe zur Kalifat-Errichtung deshalb tatenlos hinnehmen? Nein, ganz im Gegenteil! Das Gericht betont im Urteil auch die Möglichkeit, Beschränkungen für Versammlungen zum Schutz der öffentlichen Ordnung vorzugeben, wie das auch bei der letzten Demo in Hamburg geschehen ist. Wir sind eben gerade nicht handlungsunfähig gegen solche Demonstrationen. Also tun Sie bitte nicht so und werfen uns vor allen Dingen nicht vor, wir würden aus so einer angeblich falsch verstandenen Toleranz diesen Schwachsinn von diesen Idioten auf unseren Straßen zulassen!

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie lassen es aber zu!)

Das hat nichts mit falsch verstandener Toleranz zu tun. Ganz im Gegenteil: Wir achten im Gegensatz zu diesem Antrag das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, liebe Unionsfraktion.

Daniel Baldy

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Eine weitere Forderung von Ihnen ist der Entzug des Aufenthaltstitels für diejenigen, die zur Gründung eines Kalifats aufrufen. Auch hier gibt es bereits Regelungen und Rechtsprechungen. Der Fall Martin Sellner – der österreichische Hass- und Hausprediger der rechtsextremen Szene – zeigt doch, dass diese Regelungen von kommunalen Behörden auch angewandt werden. Es braucht für Ausweisungen oder den Entzug einer Aufenthaltsgenehmigung Ihren Antrag nicht, sondern es braucht Ausländerbehörden vor Ort, die geltende Regelungen anwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eines müsste Ihnen am Ende doch auch klar sein: Gegen diese Kalifat-Demos helfen keine Anträge wie dieser, die das Rad neu erfinden wollen oder die Forderungen aufstellen, von denen – seien wir doch mal ehrlich, Herr Throm; Sie sind Jurist –

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Sie sind kein Jurist, und das merkt man!)

Sie doch wahrscheinlich auch selbst wissen, dass sie spätestens in Karlsruhe kassiert werden würden.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Wenn man etwas versucht, wird einem etwas gelingen! Sie wollen es nicht! Das ist eine billige Ausrede!)

Was hilft, das ist Präventionsarbeit,

(Martin Hess [AfD]: Ihre Prävention funktioniert doch nicht!)

das ist die Durchsetzung von Auflagen für Versammlungen – und ja, es sind auch Verbote der Vereine, die diesen Hass schüren.

Daran arbeitet diese Koalition, daran arbeitet das Innenministerium, und daran werden wir auch weiterhin konsequent und vor allen Dingen in aller Sorgfalt arbeiten.

Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Bernd Baumann.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Bernd Baumann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland verändert sich rasant. Der Islam breitet sich aus und leider auch der Islamismus. Abertausende fordern schon eine Kalifat-Herrschaft für Deutschland. Mittlerweile sitzen sogar in öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten radikale Muslime, die den Gottesstaat rechtfertigen.

Gegen Islamismus bringt die CDU heute ein 14-Punkte-Papier ein. Die Richtung stimmt; denn es enthält Punkte, welche die AfD schon sieben Jahre lang im Bundestag fordert. Aber warum hat die CDU all die Jahre, in denen sie regierte, nichts – nichts! – von dem umgesetzt, was sie (C) heute fordert – zum Schaden des Landes? Die CDU ist nicht die Lösung für Deutschland, wie sie heute wieder vortäuscht.

(Beifall bei der AfD)

Die CDU ist das eigentliche Problem.

War die Union von Adenauer bis Kohl Schutz und Schirm gegen alle linken Spinnereien, begann sie danach, sich vor dem links-grünen Zeitgeist auf den Bauch zu werfen. Sie versprach den Bürgerlich-Konservativen zwar immer wieder eine Begrenzung der Einwanderung, öffnete dann aber Deutschlands Grenzen für alle Einwanderer dieser Erde.

(Anja Karliczek [CDU/CSU]: Das ist gelogen!)

Das war die Erfüllung des links-grünen Urtraums schlechthin. Kohl und Strauß hätten so was "Landesverrat" genannt. Und das war es auch, CDU!

(Beifall bei der AfD – Alexander Throm [CDU/CSU]: Mit Landesverrat kennen Sie sich ja aus! – Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier vor mir sitzen immer noch die gleichen CDU-Abgeordneten, die das alles begeistert beklatscht haben, Herr Throm

(Zuruf des Abg. Christoph de Vries [CDU/CSU])

Während die CDU hier im Bundestag wieder Anträge gegen Islamismus einbringt, macht sie zeitgleich in allen sieben Bundesländern, in denen sie selbst regiert, das Gegenteil. So verdammt sie hier heute die islamistischen Demos in Hamburg. Aber in Nordrhein-Westfalen, wo sie selber regiert mit den Grünen, lässt sie genau solche Kalifatsdemos zu. Schlimmer noch: Unter NRW-Regierungschef Wüst und Innenminister Reul dürfen in NRW sogar leibhaftige Taliban – die Jungs in Köln – öffentlich predigen.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Völliger Schwachsinn!)

Die jetzige Migrationspolitik der CDU in allen Bundesländern unterscheidet sich in nichts von Rot-Grün – in gar nichts! Das ist die Wahrheit, liebe CDU.

(Beifall bei der AfD)

Die Union hat also in der vergangenen Bundesregierung – man muss es so sagen – die Bevölkerung betrogen. Sie tut es in der Gegenwart in allen sieben Bundesländern, Herr Merz, und sie wird es auch in Zukunft tun. Sollte sie an die Regierung kommen, will sie ja nur mit SPD und Grünen regieren, also mit genau den beiden Parteien, die eingeschworene Feinde gegen jede Änderung der Migrationspolitik sind. Mit denen werden Sie nichts von dem umsetzen – und das wissen Sie –, was Sie heute fordern.

Dabei gibt es doch längst breite Mehrheiten von Bürgerlich-Konservativen in Deutschland. Sofort ließen sich die Grenzen schließen. Sofort ließe sich die ganze ver-

D)

Dr. Bernd Baumann

(A) rückte Klimapolitik beenden. Sofort ließen sich Heizungsgesetz, Atomausstieg, Gender-Gaga, Industrieabwanderung stoppen

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In China können Sie das haben!)

und der ganze links-grüne Wahnsinn,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: In China gibt's das umsonst, Herr Baumann!)

aber nicht mit SPD und Grünen. Aber nur mit denen wollen Sie ja koalieren. Also will die Union das, was sie heute fordert, nicht wirklich umsetzen –

(Zuruf der Abg. Dorothee Martin [SPD])

nicht gestern, nicht heute und auch nicht morgen. Die CDU will nur eins: an die Macht, um jeden Preis,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Die AfD nicht!)

und zwar auf dem leichtesten Wege: immer schön mitschwimmend im links-grünen Zeitgeist.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP] – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Den gibt's doch gar nimmer!)

Wer aber diesen ganzen Ungeist, der die Republik zerstört, wirklich aus diesem Land hinausfegen will,

(Michael Sacher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, oh, oh!)

(B) der kann nur AfD wählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Lamya Kaddor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Lamya Kaddor (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ein bisschen fühle ich mich wie bei "Und täglich grüßt das Murmeltier". Ihr Antrag wiederholt Positionen, die wir heute das xte-Mal austauschen.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Ja, weil Sie nichts tun! Haben wir doch gesagt!)

Sosehr ich Ihre guten Absichten auch teile, so irritiert mich doch das Resultat Ihres Antrags. Er zeigt Ihr schwieriges Verhältnis zu deutschen Musliminnen und Muslimen und riskiert weiter den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie machen den gleichen kommunikativen Fehler in der Ansprache der muslimischen Bevölkerung wie in Ihrem Grundsatzprogramm.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Es geht um die Extremisten, nicht um die Muslime!)

- Dann lesen Sie mal Ihren Antrag!

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Es ist unanständig, wie Sie es vortragen!)

(C)

Sie knüpfen ihre Zugehörigkeit an Bedingungen, anders übrigens als bei Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften. Ihrem Antragstext nach ist die "kulturelle Vielfalt" erst dann "ein Gewinn" für die Gesellschaft, wenn sich Musliminnen und Muslime "friedlich" und auf dem Boden des Grundgesetzes verhalten.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: So ist es ja auch!)

Klingt erst mal schlüssig, Herr Frei.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, natürlich!)

Was Sie aber nicht hören oder nicht hören wollen, ist das Vorurteil, das mitschwingt, nämlich dass alle Musliminnen und Muslime zunächst einmal unfriedlich seien und nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünden.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Quatsch! – Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Das stimmt überhaupt nicht! – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Was Sie hören! Sie hören etwas, was niemand sagt! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Unterstellungen!)

Vor allem repräsentiert das nicht die Realität. Mehr als 80 Prozent der Muslime in Deutschland halten die Demokratie für die beste Staatsform. Das entspricht den Zustimmungswerten innerhalb der deutschen Gesamtbevölkerung.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was sind das denn für Zahlen?)

Ihre schwierige Haltung zum Islam zeigt sich auch in der fast inflationären Nutzung des Begriffs "politischer Islam" – heute auch schon wieder.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, wir sagen, was ist! – Alexander Throm [CDU/CSU]: Das ist ein Fachbegriff!)

Zunächst: Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Vertretung des politischen Christentums in Deutschland dieses Thema aufsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Witzig! Echt witzig! – Christoph de Vries [CDU/CSU]: Nichts verstanden!)

– Dass Sie das nicht verstehen, wundert mich jetzt nicht. – Wenn man die Debatten verfolgt, ist der Begriff zu einem Kunstbegriff für Islamhasser geworden.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Dümmer geht's nimmer!)

Aufgrund seiner umstrittenen Definition stellt er eine "Projektionsfläche für Feindbilder und islamfeindliche Ängste" dar und stellt Musliminnen und Muslime unter Generalverdacht.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist das Problem der Grünen! Das ist genau das Problem der Grünen, genau das Problem, das Sie in Ihrer Partei haben!)

– Und das sage nicht ich, Herr Merz, sondern eine Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung.

Lamya Kaddor

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja, ja!) (A)

> Der Gipfel ist, dass Sie anscheinend selbst Schwierigkeiten haben, seine Bedeutung zu erfassen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Es ist kein Wunder, dass man mit Ihnen nichts hinbekommt!)

 Hören Sie doch einfach zu! – Sie setzen ein Kalifat mit einem Terrorstaat gleich in Ihrem Antrag,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ist er das, oder ist er das nicht? – Zuruf des Abg. Christoph de Vries [CDU/CSU])

und gleichzeitig war es die von Ihnen geführte Landesregierung in Hessen, die 2013 die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat-Gemeinde zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt hat - eine völlig auf dem Boden des Grundgesetzes stehende Gemeinde, die einen Kalifen als geistliches Oberhaupt hat. Das haben Sie gemacht.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Relativieren Sie jetzt die Forderung nach dem Kalifat? Das wäre nach unserem Antrag zukünftig straf-

Genau dieses Halbwissen und diese Unstimmigkeiten sorgen dafür, dass ich manchmal echt an Ihren sicherheits- und religionspolitischen Kompetenzen zweifeln

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das ist doch unglaublich!)

Statt vom politischen Islam sollten wir, wie die Fachwelt, von "legalistischem Islamismus" sprechen; denn genau darum geht es.

> (Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das ist doch Wortklauberei!)

– Bei Ihnen vielleicht. – Sie sehen, ich musste erst einmal einiges aufräumen mit Blick auf Ihren vorliegenden Antrag, bevor wir uns nun endlich, endlich über das eigentliche Problem austauschen können:

> (Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist genau das Problem, das die Grünen haben!)

die große Gefahr des Islamismus für uns alle.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Kein Wunder, dass man mit Ihnen nichts hinbekommt!)

Lassen wir uns davon nicht täuschen, dass Islamisten auf perfide Art und Weise versuchen, unsere Werte umzudrehen.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten! Also wirklich wahr!)

Bei ihrer Demo in Hamburg sprachen sie von "Zensur" und "Meinungsdiktatur", weil es etwa untersagt war, zu Hass und Gewalt aufzurufen. Sie griffen das reale Problem der Islamfeindlichkeit auf, um es für ihre radikale Agenda zu instrumentalisieren - mit dem schlimmen Effekt, dass so das Narrativ der Islamhasser und Rechtspopulisten wie auch hier der AfD bedient wird, wonach Islamfeindlichkeit nur eine Erfindung von Islamisten sei.

Wenn diese Demonstranten damit etwas bewirkt haben, dann das, nämlich das Leben von Musliminnen und Muslimen in diesem Land zu erschweren. Als Muslimin rufe ich diesen Menschen, die auf diese Demos gehen, durchaus entgegen: Wer in einem Kalifat leben will, der kann nach Afghanistan zu den Taliban,

(Beifall des Abg. Dr. Lars Castellucci [SPD])

der kann nach Syrien zum HTS, der darf meinetwegen auch gern in irgendeinen anderen Gottesstaat oder gar zum IS gehen. Aber hier ist kein Platz für irgendein Kalifat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der

Die neue Generation von Islamisten weiß sehr gut auf der Klaviatur westlicher Ideen zu spielen. Was wir in Hamburg erlebt haben, ist ein gutes Beispiel für den legalistischen Islamismus. Man gibt vor, sich an die Gesetze des Landes zu halten, aber eben nur bis zur Machterlangung. Und dann wird der Staatsumbau im Sinne ihres fundamentalistischen Verständnisses der Scharia vorangetrieben. Bund und Länder müssen gegen die Strukturen mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen, auch mit Verboten; daraus machen wir kein Geheimnis. Ein IZH oder "Muslim Interaktiv" oder auch andere Plattformen sind eine echte Bedrohung für unser Land.

Um extremistische Haltungen zu bekämpfen, braucht es also das Durchgreifen der Behörden. Um sie aber auch aus den Köpfen zu kriegen, muss Prävention und Deradikalisierung her. Hierzu ist das Demokratiefördergesetz (D) nötig; denn diese Arbeit gehört finanziell abgesichert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Zuruf des Abg. Christoph de Vries [CDU/ CSU])

Wer eine politische Ideologie bekämpfen will, muss auch die Geschichte erzählen, dass die große Mehrheit der Muslime ebenfalls vor dem Islamismus beschützt werden muss.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Habe ich gesagt! Habe ich gesagt!)

Und das passiert bei Ihnen kaum. Ich möchte einmal aus dieser unsäglichen Rede eines dieser Prediger aus Hamburg zitieren. Dann merken Sie vielleicht, worum es eigentlich geht. Ich zitiere - es sind ausdrücklich nicht meine Worte -:

"Und genau deswegen wollen wir sowohl den Politikern als auch den Medienschaffenden dieses Landes in Erinnerung rufen, wofür wir hier eigentlich stehen. Seit Jahren versucht ihr, die Muslime zu spalten, indem ihr sie in fiktive Schubladen steckt und anfangt, sie zu kategorisieren. Salafisten, radikale Islamisten, politische, fundamentalistische, ja sogar legalistische Islamisten sind nur einige Begriffe, die ihr uns seit Jahren an die Köpfe geworfen habt. Aber, meine lieben Geschwister, es muss doch nun mittlerweile jedem bewusst geworden sein, wen sie tatsächlich mit diesen sogenannten Islamisten meinen:"

Lamya Kaddor

(A) - Achtung! -

"Sie meinen damit jene Muslime, die fünfmal am Tag beten, die im Monat Ramadan fasten, die auf Alkohol und Schweinefleisch verzichten, die das Unrecht aufdecken und zum Guten aufrufen und vor allem die Allah und seine Gesandten in ihrem Leben kompromisslos an allererste Stelle setzen."

Genau darum geht es. Und genau das sprechen Sie nicht an. Sie sind eine Gefahr für Muslime.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD - Alexander Throm [CDU/CSU]: Und Sie verbreiten das jetzt vom Plenum aus! Glückwunsch! - Gegenruf der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Ich warne vor den Gefahren! -Gegenruf des Abg. Detlef Seif [CDU/CSU]: Sie spalten! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist genau das Problem, das wir mit dieser Fraktion haben! - Gegenruf der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sehen die Gefahren nicht! - Gegenruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU]: Machen Sie nur so weiter! Halten Sie weiter solche Reden! - Gegenruf der Abg. Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht mal das Problem erkannt! Sie verstehen nicht mal das Problem! - Sebastian Hartmann [SPD]: Was macht die Schleuserbande? - Gegenruf des Abg. Alexander Throm [CDU/CSU]: Selbst unter Ihrem Niveau, Herr Hartmann! Selbst unter Ihrem Niveau!)

Präsidentin Bärbel Bas:

(B)

Als Nächste hat das Wort für die FDP-Fraktion Sandra Bubendorfer-Licht.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dorothee Martin [SPD])

Sandra Bubendorfer-Licht (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diesen Antrag hat die CDU/CSU-Fraktion mit heißer Nadel gestrickt. Er wirkt, als ginge es weniger um nachhaltige Lösungen für Deutschland als um schnellen Applaus vor der Europawahl. Von dem, was Sie hier fordern, ist nicht alles falsch. Nur muss ich Sie daran erinnern, dass wir vieles davon längst tun und für etliches die Länder zuständig sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen Islamisten nach geltendem Recht abschieben. Da sind wir sofort dabei. Aber warum machen Sie das denn nicht in den Ländern, in denen Sie die Innenminister stellen? Ihren Antrag sollte sich doch der Herr Reul in NRW, der Herr Strobl in Baden-Württemberg oder der Herr Herrmann in Bayern hinter den Spiegel stecken. Haben Sie mit den Herren überhaupt schon mal

gesprochen? Das wäre nämlich der Moment, in dem Ihr (C) Antrag auf den Asphalt der Realität trifft und hart aufschlägt.

Sie wollen Islamisten mit doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsangehörigkeit entziehen. Gut gebrüllt, aber mit der Verfassung nicht so leicht vereinbar, wie Sie hier mit schlankem Fuß ganz einfach behaupten.

(Dorothee Martin [SPD]: Hört! Hört!)

Hinzu kommt: Es handelt sich bei den Betroffenen meist nicht um Menschen, die erst seit 2015 bei uns in Deutschland leben, sondern um junge Erwachsene, die bei uns aufgewachsen sind.

Natürlich, wir müssen dem Islamismus hierzulande mit allen Mitteln des Rechtsstaats die Stirn bieten. Wer mit Nachdruck einen Kalifat-Staat zu errichten trachtet, gehört bestraft, abgeschoben, inhaftiert, was auch immer der Rechtsrahmen hergibt. Aber wir dürfen das Kindlein nicht mit dem Bade ausschütten. So wehrhaft dieser Rechtsstaat ist: Er bleibt ein Rechtsstaat, und dazu gehört das Recht auf freie Meinungsäußerung.

(Beifall bei der FDP – Detlef Seif [CDU/CSU]: Aber nicht von Extremisten!)

Nicht jeder einzelne Satz oder jede einzelne Demonstration, die das Ziel hat, unserer Demokratie Schaden zuzufügen, rechtfertigt ein Verbot, und nicht alles, was sich gegen die Verfassung richtet, verstößt gegen die Verfassung. Auch deshalb sind wir ein freies Land.

Hier müssen wir künftig genau abwägen; das weiß auch die Union.

Sosehr in der öffentlichen Debatte die radikalen Hetzer mit ihren Kalifat-Forderungen dominieren, so wenig dürfen wir den Fehler machen, diese extremistische Minderheit mit der großen Mehrheit freiheitsliebender Muslime hier in unserem Land in einen Topf zu werfen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn genau damit täten wir den Extremisten den allergrößten Gefallen. Wer Muslim oder Muslimin ist und sich an die Gesetze hält, dem und der sollten wir nicht mit einem Mehr an Diskriminierung begegnen. Wir müssen stattdessen den radikalen Hetzern ihren ideologischen Nährboden entziehen.

Wir müssen vor allem junge Muslime von unserer offenen, wunderbaren Gesellschaft genau dort überzeugen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie denn?)

wo die radikalen Hetzer ihnen auflauern: auf den Schulhöfen, im Internet. Da brauchen wir mehr eigene Angebote und Gegennarrative. Die müssen wir für den Unterricht, für das Internet, für Social Media erarbeiten, vielleicht mit der Bundeszentrale für politische Bildung, in jedem Fall gemeinsam mit der muslimischen Community. Genauso müssen wir darauf hinwirken, dass autokratische Regime im Ausland weniger Einfluss auf Re-

Sandra Bubendorfer-Licht

(A) ligionsgemeinschaften in Deutschland haben. Es ist nicht völlig abwegig, dabei an die türkische Regierung oder den Iran zu denken.

Ich persönlich wäre auch offen dafür, den Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesinnenministerium neu zu etablieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber er darf sich nicht in Definitionsfragen verlieren, sondern er muss konkrete – die Betonung liegt auf "konkrete" – Empfehlungen für Maßnahmen erarbeiten, mit denen wir den Extremismus wirksam bekämpfen können. Deshalb gehören in diesen Expertenkreis Muslime, die Zugang zu muslimischen Lebensrealitäten haben, die erleben, wie islamistische Akteure in der Community agieren

Wenn wir dies alles geschafft haben, wenn uns dies alles gelingt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird auch die Opposition im Deutschen Bundestag wieder bessere Anträge schreiben

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion Christoph de Vries.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Christoph de Vries (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der politische Islam und der Islamismus sind eine ernsthafte Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie, für unsere offene Gesellschaft. Wir haben in den letzten Wochen gesehen: Diese Bedrohung ist enorm, und sie wird immer größer. Frau Kaddor, das muss ich Ihnen schon sagen: In so einer Zeit die Forderung nach einem Kalifat in Deutschland so zu verharmlosen, ist der Sache nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD] – Dorothee Martin [SPD]: Hat sie nicht gemacht! Das hat sie nicht gemacht!)

Gut, dass Robert Habeck und Ihr Parteivorsitzender an der Stelle anderer Meinung sind als Sie.

Unsere heutige Botschaft an die Innenministerin und an Sie als Kollegen der Ampel ist ganz einfach: Nehmen Sie diese Gefahr endlich ernst! Schauen Sie nicht länger weg! Hören Sie auf mit den ständigen Empörungsritualen, die am Ende ohne jede Konsequenz bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist auch Sinn unseres Antrags: Jetzt sind Taten statt Worte gefragt. Wir brauchen einen parteiübergreifenden Schulterschluss, um den Vormarsch dieser Islamisten zu stoppen und unsere offene Gesellschaft zu schützen. Lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen: Wir (C) achten das religiöse Bekenntnis eines jeden in unserem Land, und wir schützen es auch. Aber eine Ausprägung des Islam, der unsere Werte nicht teilt und der unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Lars Castellucci [SPD]: Generalverdacht!)

Wenn ich mir die Entwicklung auf der Straße der letzten Monate anschaue, dann sage ich Ihnen: Es war richtig und gut, dass wir als CDU diese klare Positionierung in unserem Grundsatzprogramm vorgenommen haben. Es wäre noch besser, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie das in Ihren Parteiprogrammen auch tun würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Denn es ist ja so: Wir haben es nicht nur mit ein paar verirrten radikalen Muslimen zu tun. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sprechen eine deutliche Sprache. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen kommt zum Ergebnis, dass zwei Drittel der befragten muslimischen Schüler die Regeln des Koran wichtiger finden als unsere Gesetze, und die Hälfte hält einen islamischen Gottesstaat für die beste Staatsform. Diese Woche hat ein Exzellenzcluster der Uni Münster sein Forschungsergebnis veröffentlicht, dass jeder zweite islamische Religionslehrer das Existenzrecht Israels nicht anerkennt.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was ist denn die Lösung bei diesen Menschen? Was schlagen Sie vor? Dann sagen Sie mal!)

Und jeder vierte Studienteilnehmer wurde als fundamentalistisch eingestuft. Schließlich hat Innenminister Herbert Reul diese Woche bei der Vorstellung des "Lagebilds Islamismus" gesagt: "Der Islamismus ist weiter auf dem Vormarsch."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Ergebnisse sind doch alarmierend. Sie zeigen auch, wie tief die Spuren sind, die der politische Islam in Deutschland schon hinterlassen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Kein Kind, kein Jugendlicher kommt von allein auf solche Gedanken. Das ist das Ergebnis systematischer Indoktrination in radikalen Moscheen, in den Koranschulen, aber auch immer mehr in den sozialen Netzwerken über islamistische Influencer, die unsere Kinder und Jugendlichen mit diesem radikalen, illiberalen Gedankengut verseuchen.

Frau Faeser hat vor der letzten Demonstration von "Muslim Interaktiv" in Deutschland richtigerweise angekündigt, sie prüfe, gegen Äußerungen zur Gründung eines Kalifats vorgehen zu wollen. Ich sage ausdrücklich: Gut so! – Aber ich möchte Sie auch fragen: Wo sind denn die Ergebnisse dieser Prüfung? Warum gibt es vonseiten der Bundesregierung keinen Maßnahmenplan, keinen

(D)

(B)

Christoph de Vries

(A) Aktionsplan gegen Islamismus in Deutschland, so wie wir das richtigerweise auch beim Rechtsextremismus machen?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum bleiben öffentliche Forderungen nach Errichtung eines Kalifats mit Schariarecht folgenlos, obwohl die Innenministerin schon im letzten Jahr nach der Demo in Essen gesagt hat, dass so etwas nicht toleriert werde? Ich muss das leider wie der Kollege Throm in aller Deutlichkeit sagen: Bei der Bekämpfung des Islamismus ist diese Innenministerin einfach ein Totalausfall, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich war in Hamburg, wo 1 100 Demonstranten von "Muslim Interaktiv" das Kalifat gefordert haben, das sei die Lösung. Ich will Ihnen sagen: Das Kalifat wäre das Ende unserer Demokratie. Ein Kalifat wäre das Ende von Menschenwürde, von Gleichberechtigung,

(Dorothee Martin [SPD]: Das sagen wir alle! – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer bestreitet das denn? Niemand!)

von Gewaltenteilung und auch das Ende von Meinungsfreiheit in Deutschland.

Die Menschen verstehen nicht, dass Leute aus einer Gruppierung, die extremistisch ist, öffentlich solche Forderungen erheben können. Das muss sich ändern, meine Damen und Herren. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat und keinen islamistischen Gottesstaat in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Deswegen sagen wir: Wer auf deutschem Boden die Errichtung eines Kalifats öffentlich fordert, der gehört in Zukunft auch bestraft. Das ist einfach unvereinbar mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland.

Jetzt frage ich mich: Sehen wir das alle so? Ich war auf der Gegendemonstration in Hamburg, die die Migrantenverbände dankenswerterweise organisiert haben. Wissen Sie, wer Anfang des Jahres dabei gewesen ist, als gegen Rechtsextremismus demonstriert wurde? Da waren der Erste Bürgermeister, die Zweite Bürgermeisterin, die Parlamentspräsidentin, alle Mitglieder des Hamburger Senats und die Parteivorsitzenden. Wie ist es gewesen, als wir am 4. Mai gegen die Islamisten demonstriert haben? Von diesen Personen ist kein einziger da gewesen.

(Dorothee Martin [SPD]: Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerschaft war da!)

Meine Damen und Herren, das ist auch ein Statement. Das zeigt, wie ernsthaft Sie den Kampf gegen den Islamismus in Deutschland nehmen. Das ist einfach fatal.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dorothee Martin [SPD]: Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerschaft war da! Das ist falsch, was Sie sagen!)

Lassen Sie mich das noch sagen, weil Sie das angesprochen haben, Frau Kaddor: Wir müssen vor allen Dingen auch handeln im Interesse der vielen friedliebenden Muslime in Deutschland, die unsere Grundwerte, (C) unser Verständnis von Freiheit und Toleranz mit uns teilen

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Welche Lösung haben Sie für die? Welche Lösung haben wir denn für diese Menschen?)

und die nicht aus islamistischen Diktaturen geflohen sind, damit sie so etwas wieder in unserem Land erleben müssen. Die Wahrheit ist doch: Alle, die sich aus diesem Milieu dafür einsetzen, dass diese Islamisten nicht weiterkommen, stehen ständig unter Polizeischutz,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja, ich auch! Tu ich auch, wie Sie wissen!)

bei jeder öffentlichen Anhörung. Die sollten wir nicht allein lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn Ihre Lösung, Herr de Vries?)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächste hat das Wort für die SPD-Fraktion Dorothee Martin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

Dorothee Martin (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die Bilder, die wir in Hamburg bei der Demonstration von "Muslim Interaktiv" gesehen haben, sind zutiefst verstörend. Auch mich machen diese Demonstrationen wirklich zornig. Bei der Gegendemo, lieber Christoph de Vries, waren übrigens Ihr Fraktionsvorsitzender und auch der Fraktionsvorsitzende der größten Bürgerschaftsfraktion, der SPD, anwesend. Es ist unredlich, dass Sie das hier nicht dargestellt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Aber ich möchte bei dieser Debatte auch sagen, dass wir uns als demokratische Politikerinnen und Politiker an Helmut Schmidt – das ist sowieso immer eine gute Idee – halten sollten. Helmut Schmidt hat einmal gesagt – ich zitiere –: Wir müssen alle "trotz unseres Zorns einen kühlen Kopf behalten". Und ich füge hinzu: Wir dürfen hier auch keinen Generalverdacht gegen Musliminnen und Muslime aussprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

In unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft hat Islamismus keinen Platz. Natürlich: Der politisch-extremistische Islam ist eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands. Der Staat muss hier wehrhaft sein, und er ist es auch.

(C)

Dorothee Martin

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Wo denn?) (A)

> Was aber immer klar sein muss: Die Rechtmäßigkeit steht an erster Stelle und nicht das Bauchgefühl, auch wenn das vielleicht emotional zu verstehen ist. Aber Abgeordnete und Regierung stehen nicht über Recht und Gesetz, stehen nicht über dem Grundgesetz.

> Bei allen Maßnahmen, die das Haus jetzt beschließt und das Innenministerium umsetzt, muss doch klar sein: Das muss machbar sein, muss aber vor allem rechtssicher und rechtskonform sein. Wer aber diesen Anspruch jetzt aufgibt, um vielleicht schnell politisch zu punkten, der verschafft doch den Islamisten womöglich ohne Not einen PR-Sieg auf Kosten von Demokratie und Sicherheit. Das kann doch keiner wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, werte Kollegen der CDU/CSU, es ist wiederholt unverschämt von Ihnen, uns und der Ministerin hier vorzuwerfen, wir würden den Kampf gegen Islamismus vernachlässigen.

(Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Das stimmt doch! - Detlef Seif [CDU/CSU]: Das stimmt aber!)

Das ist nichts anderes als billige Wahlkampfrhetorik; das muss man hier deutlich sagen.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Was habt ihr denn getan?)

Natürlich wird der Kampf gegen jede Form von Ex-(B) tremismus mit aller Entschlossenheit geführt.

> (Detlef Seif [CDU/CSU]: Wo denn? - Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

So, Herr Throm, wie es zum Beispiel gemacht wurde durch die Innenministerin beim Verbot von Samidoun und Hamas. Und ja, natürlich muss auch "Muslim Interaktiv" verboten werden, sobald das rechtssicher möglich ist. Aber das kündigt man vorher nicht an.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Aber der Bundeskanzler hat es getan! Der Bundeskanzler hat es angekündigt!)

Das prüft man und macht es dann einfach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des **BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)**

Das gilt auch für die Schließung des Islamischen Zentrums in Hamburg. Wenn wir das Verbot jetzt hoffentlich zeitnah rechtssicher aussprechen können, dann verdanken wir das einer sehr entschlossen handelnden Bundesinnenministerin Faeser,

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Da müsst ihr selber lachen!)

die im Gegensatz zu all ihren CDU-Vorgängern das Verfahren endlich vorangetrieben hat. Es ist nichts passiert unter den CDU-Innenministern, meine Damen und Herren; das muss man hier immer wieder deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie stellen hier nicht die Wahrheit dar.

Wir haben – gerade auch auf europäischer Ebene – mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem und auch nationalen Gesetzen Abschiebungen neu geregelt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Islamisten, Antisemiten ohne deutschen Pass einfach schneller auszuweisen und abzuschieben.

Wir machen noch viel mehr. Es wird jetzt eine Früherkennungseinheit gegen Desinformationskampagnen geben. Wir werden dem Verfassungsschutz mehr Befugnisse auch im Bereich der Finanzermittlungen geben, wir werden Ouick Freeze haben, eine Befugnisausweitung. Ja, wir müssen auch noch mal die Diskussion über die Speicherung von IP-Adressen führen und vieles mehr.

Ich möchte ausdrücklich - Kollegin Kaddor hat es schon gesagt - noch mal betonen, dass bei der Bekämpfung von Extremismus natürlich die Prävention ganz maßgeblich ist. Wir sehen doch jeden Tag, dass junge Menschen von Islamisten immer stärker auf Onlineplattformen angesprochen werden, um sie dann digital zu radikalisieren. Teil von Prävention ist deshalb auch, online härter durchzugreifen. Dazu gehört auch, dass der Digital Services Act konsequent umgesetzt wird.

(Beifall der Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen zudem auch eine Stärkung von Beratungsangeboten, einen besseren Austausch der vielen zivilen Akteure, die es gibt, wie zum Beispiel dem Violence Prevention Network oder ufuq. Dazu gehört auch (D) RADIS; das ganz große Forschungsnetzwerk zum radikalen Islam. Ich finde es sehr bedauerlich, dass in Ihrem Antrag davon nichts zu lesen ist. Das ignorieren Sie hier leider völlig.

Wir brauchen jetzt mehr denn je – ich muss es wirklich noch mal sagen - ein Demokratiefördergesetz zur Absicherung der vielen Programme zur Extremismusprävention. Wenn Sie es ernst meinen, CDU/CSU, mit dem Kampf gegen Islamismus, schließen Sie sich dem Demokratiefördergesetz einfach an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Sie hier versuchen, ein anderes Bild zu entwerfen: Die Sicherheitsbehörden des Bundes gehen ihrem gesetzlichen Auftrag sorgfältig nach, nutzen alle Mittel im Kampf gegen Extremismus.

Ich möchte zum Schluss zwei Dinge noch mal sehr deutlich betonen, auf die sich die Menschen in unserem Land verlassen können: Erstens. Unser Staat wird immer mit allen rechtsstaatlichen Mitteln Extremismus bekämpfen. Und zweitens. Unser Staat wird sich auch selbst immer an Recht und Gesetz halten. Das muss für das sichere Leben in Deutschland gewährleistet sein.

Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen sage ich: An der inneren Sicherheit darf nicht gespart werden.

Herzlichen Dank.

(B)

Dorothee Martin

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Als Nächster hat das Wort für die AfD-Fraktion Dr. Christian Wirth.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Christian Wirth (AfD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Meine Damen und Herren der deutschen demokratischen Fraktionen! "Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen": Guten Morgen, werte Kollegen der Union! Es müssen offenbar erst Tausende Islamisten auf unseren Straßen das Kalifat ausrufen und der Terrorangriff auf Israel mit kostenlosem Baklava gefeiert werden, um die Union aus ihrem Dornröschenschlaf zu holen.

Die Union schreibt dazu: "Die Tendenzen einer solchen Entwicklung zeichneten sich aber schon weit vor dem 7. Oktober 2023 ab." Seit wann sich diese Tendenzen abzeichneten, schreiben die Antragsteller leider nicht dazu. Das ist nicht verwunderlich; denn es betrifft die Zeit, als die Union die Bundesregierung führte.

Der Folgesatz ist eine Bankrotterklärung an Ihre eigene Integrationspolitik.

(Beifall bei der AfD)

"Im Zusammenhang mit diesen Demonstrationen sind vernetzte Gruppierungen von häufig gut ausgebildeten jungen Männern an die Öffentlichkeit getreten, die in der Regel in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen."

Da fragt man sich doch unvermeidlich, was da schiefgelaufen ist und wer das zu verantworten hat, liebe Union – nämlich die Union!

(Beifall bei der AfD)

Die Union schlussfolgert indessen, es handele sich um ein durch die sozialen Medien verursachtes Problem. Durch diese sei es Islamisten möglich, Jugendliche für den politischen Islam zu gewinnen. Meine Damen und Herren, wer ernsthaft glaubt, allein die sozialen Medien seien das Problem, der muss wirklich mit Scheuklappen durch die Gegend rennen. Man beklagt – man höre und staune – die unerlaubte Migration nach Deutschland. Plötzlich stört man sich daran, dass im vergangenen Jahr, 2023, nur 8 islamistische Gefährder abgeschoben worden seien von insgesamt 1 680. Da müssen Sie doch sich und Ihre eigenen Ministerpräsidenten in die Verantwortung nehmen. Mein Lieblingssatz:

"Kritische Stimmen, die bereits seit Jahren vor einer sich ausbreitenden Radikalisierung in Deutschland lebender Muslime warnten und warnen, wurden von der Bundesregierung systematisch ausgegrenzt."

Kritik wird "unreflektiert als Muslimfeindlichkeit abgetan". Ja, davon kann die AfD ein Lied singen. Die Einleitung des Antrags schließt: "Mit Ankündigungen und

Lippenbekenntnissen ist es nicht getan." Wir werden Sie (C) und Ihre Ministerpräsidenten, auch wenn Sie nicht zuhören, daran erinnern.

Allerdings wird auch dieser Antrag wieder Makulatur sein, wenn Sie mit einer dieser migrationsfetischistischen Parteien der Ampel eine Koalition demnächst bilden. Werte Kollegen von der Union, Sie wissen genau, dass es nur eine Partei gibt, mit der Sie diese Forderungen Ihres Antrags umsetzen können, und das ist die AfD. Wir reichen Ihnen hierzu gerne die Hand.

Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich grüße Sie zunächst einmal alle und gebe jetzt sofort das Wort an Marlene Schönberger für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Marlene Schönberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Dr. Christian Wirth [AfD]: Ach herrjeh! Der deutschen demokratischen Fraktionen!)

Islamistinnen und Islamisten verachten alles, was unsere Demokratie ausmacht: universelle Menschenrechte, Würde, Freiheit, Gleichheit. Hier gibt es nichts kleinzureden oder zu verharmlosen. Demokratinnen und Demokraten müssen Islamismus bekämpfen. Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Union setzt das Thema politischer Islam auf die Tagesordnung, und was wir bekommen, ist eine Bühne für Geraune und Ressentiments. Was wir nicht bekommen, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Fehlern der vergangenen Jahrzehnte. Damit meine ich: Jahrzehntelang wurden Musliminnen und Muslime ausgegrenzt. Ihnen wurde ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgesprochen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Quatsch! – Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Gleichzeitig wurde radikalen Akteuren wie der Muslimbruderschaft, Millî Görüş oder DITIB das Feld überlassen. In den meisten Regionen stellen Millî Görüş und DITIB die einzigen Strukturen für gläubige Musliminnen und Muslime dar. Immer wieder wurden radikale Akteure aufgewertet. Nach wie vor sind Vertreter/-innen von Dachverbänden, denen auch vom Verfassungsschutz beobachtete Vereine angehören, gern gesehene Gäste bei Veranstaltungen, und Politiker/-innen lassen sich mit ihnen ablichten. Mit kritischer Auseinandersetzung hat das aber auch rein gar nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Martina Renner [Die Linke])

D)

(D)

Marlene Schönberger

(B)

(A) Gleichzeitig gibt es kaum eine Debatte zum Kampf gegen den Islamismus ohne rassistische Stereotype. Immer wieder wird die schiefe Behauptung aufgestellt, das Problem lasse sich durch Abschiebungen und Passentzug lösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei wird doch vollkommen ignoriert, wer die ersten Betroffenen von Islamismus sind: Menschen mit Fluchterfahrung, andere Musliminnen und Muslime, aber auch Kurdinnen und Kurden, Jesidinnen und Jesiden und Assyrer/-innen. Wie beschämend ist es eigentlich, dass Menschen, die dem Terror des IS entkommen sind, feststellen müssen, welche Strukturen sich hier bei uns verfestigt haben? Wer darauf mit Rassismus antwortet, fällt den Betroffenen in den Rücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen ehrlich sein: Nach wie vor tun sich sowohl viele Konservative als auch viele in der politischen Linken schwer, den Islamismus und die extreme Rechte gleichermaßen zu verurteilen. Dann überrascht es auch wenig, dass die Gegenproteste zu den schäbigen Kalifat-Demos vor allem von migrantisierten Personen organisiert wurden. Ja, es war wichtig, dass in den letzten Monaten Hunderttausende gegen die extrem rechte Bedrohung auf die Straße gegangen sind. Aber ich wünsche mir, dass sich endlich das Bewusstsein durchsetzt: Diese Bedrohungen sind miteinander verbunden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Alexander Throm [CDU/CSU])

Eine der stärksten Gemeinsamkeiten extremer Rechter und islamistischer Kräfte ist der Antisemitismus, der glühende Hass auf Israel und gegen Jüdinnen und Juden als vermeintliche Stellvertreter des jüdischen Staates. Sie sind verbunden durch eine Ideologie, die moderne aufklärerische Errungenschaften und demokratische Werte bekämpft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Demokratie ist wehrhaft gegen die, die mit demokratischen Mitteln gegen unseren Rechtsstaat kämpfen, und gegen die, die das mit Gewalt tun. Ja, es ist beschämend, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten als Rückzugsort für die Hamas galt, dass hier Spenden für Terror gesammelt werden konnten, dass wir viel zu lange Appeasement-Politik gegenüber dem iranischen Regime betrieben haben und dass das IZH immer noch nicht geschlossen ist. Wer aber in rassistische und migrationsfeindliche Narrative verfällt, der untergräbt den Kampf gegen Islamismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir Demokratie stärken wollen, müssen wir endlich begreifen, wie erfolgreich sowohl islamistische Gruppen als auch Rechtsextreme in den sozialen Medien sind und dass autoritäre Regime wie Russland oder der Iran dabei ihre Finger im Spiel haben. Wir müssen zugeben, dass in unserem Bildungssystem etwas schiefläuft,

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das stimmt!) dass es mehr Räume braucht, in denen Sorgen und Ängste (C) artikuliert werden können,

(Steffen Janich [AfD]: Grüne Lehrer zum Beispiel! – Gegenruf des Abg. Bernhard Herrmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einfach mal zuhören! Unglaublich! Das gehört sich nicht!)

dass es mehr Demokratiebildung, Medienkompetenz, Debattenkultur, Wissen zu Antisemitismus und jüdischem Leben braucht.

(Zuruf des Abg. Martin Hess [AfD])

Das ist übrigens auch der Grund, warum alle, die gegen Islamismus kämpfen wollen, auch das Demokratiefördergesetz unterstützen sollten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die extreme Rechte und Islamistinnen und Islamisten von der Identitären Bewegung bis hin zu "Muslim Interaktiv" wollen im Kern das Gleiche: eine autoritär strukturierte Gesellschaft.

(Nicole Höchst [AfD]: Hören Sie sich eigentlich selber zu?)

Wir müssen uns entscheiden: Stehen wir auf der Seite derjenigen, die Homogenität und Identität aufzwingen wollen, oder bei denjenigen, die für emanzipatorische und aufklärerische Werte kämpfen? Es sollte nur eine Antwort geben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und der Abg. Martina Renner [Die Linke])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Das Wort erhält für die CDU/CSU-Fraktion die Kollegin Nina Warken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nina Warken (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der kommenden Woche feiern wir ein wichtiges Jubiläum. Unser Grundgesetz, das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wird 75 Jahre alt. "Freiheitlich" und "demokratisch" ist der Wesenskern unseres politischen Systems und unserer Wertvorstellungen, sozusagen unsere Leitkultur. Das Grundgesetz bildet den Rahmen für unser gesellschaftliches Miteinander und ist Garant dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland ein weltoffener, toleranter und stabiler Staat ist und bleibt. Berlin bereitet sich aktuell auf einen großen Staatsakt vor, um dieses Werk zu ehren.

Meine Damen und Herren, während wir das tun, gehen in Hamburg Hunderte von Menschen auf die Straße und fordern Kalifat und Scharia. Das ist einerseits unerträglich, andererseits habe ich den Verdacht, dass vielen gar nicht klar ist, was damit gemeint ist. Es ist schlichtweg der Gegenentwurf zu "freiheitlich" und "demokratisch". Das ist nicht das, was wir uns für unser Land vorstellen, meine Damen und Herren.

Nina Warken

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

Sosehr wir uns gegen solche Forderungen stellen müssen und stellen werden, so sehr müssen wir auch klarstellen – und da lassen wir uns von Ihnen, Frau Kaddor, auch keine Vorwürfe machen –: Nicht der Islam an sich bedroht den gesellschaftlichen Frieden, sondern es sind bestimmte politische Deutungen des Islams und die aus ihnen abgeleiteten verfassungsfeindlichen Praktiken.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann schreiben Sie es so in Ihren Antrag!)

Ich bin sehr froh, dass dies am vergangenen Wochenende in Hamburg ebenfalls sichtbar geworden ist. Viele Muslime sind auf die Straße gegangen, um sich zu unserem Land und unseren Werten zu bekennen. Das war ein wichtiges Zeichen, meine Damen und Herren. Aber man muss auch sehr deutlich sagen: Umso trauriger ist es, dass sich die rot-grüne Hamburger Führungsriege nicht hat blicken lassen. Wahrscheinlich wäre das ein zu großes Eingeständnis gewesen. Man hätte vielleicht gefragt werden können, warum man das von der CDU-Bürgerschaftsfraktion geforderte Verbot von "Muslim Interaktiv" nicht unterstützt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieses Netzwerk gilt seit Langem als radikal und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Aber es herrscht Funkstille bei den Verantwortlichen in Hamburg und im Umfeld Berlin. Sie verstecken sich hinter Ausreden. Dabei muss der Staat doch gerade das deutliche Signal senden: Wir dulden die zunehmende islamistische Radikalisierung nicht länger.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer in Deutschland leben will, muss das auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung tun. Und wer nicht dazu bereit ist, der soll sich gefälligst eine neue Heimat suchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns das Problem näher ansehen, stellen wir einerseits fest, dass es durch illegale Zuwanderung in unser Land entstanden ist. Wir müssen andererseits sehen, dass viele derjenigen, die im Visier der Sicherheitsbehörden sind, einen deutschen Pass haben und schon immer hier leben. Deshalb müssen wir nicht nur Antworten darauf finden, wie wir illegale Einwanderung beschränken, wie wir ausländische Extremisten abschieben können. Wir müssen auch einen Umgang mit denjenigen finden, die einen deutschen Pass haben und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen. Vor allem müssen wir das Problem endlich angehen. Es hilft ja nicht, wenn sich die Innenministerin und die Bundesregierung jedes Mal, wenn etwas wie in Hamburg vorfällt, dann betroffen zeigen, aber sich vor konkreten Maßnahmen drücken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Problem der sich ausbreitenden Radikalisierung in Deutschland lebender Muslime wurde lange Zeit von Ihnen ignoriert. Auch die heutigen Reden haben da zum Teil Bände gesprochen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Sie haben den Expertenkreis Politischer Islamismus abgeschafft und stattdessen Ihre eigene Agenda verfolgt,

(Dr. Lars Castellucci [SPD]: Das war doch Ihre Befristung!)

und das ist brandgefährlich, meine Damen und Herren.

Was wir in Hamburg sehen, ist weder einmalig noch einzigartig; es ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen und schnellstmöglich einen Aktionsplan erarbeiten, um der Radikalisierung vor allem von Kindern und Jugendlichen und Heranwachsenden zu begegnen. Wir müssen unsere jungen Menschen schützen. Wir müssen dieser Bewegung gemeinsam mit den Instrumenten einer wehrhaften Demokratie entgegentreten. Dabei werbe ich für ein Miteinander der demokratischen Parteien.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Nina Warken (CDU/CSU):

Dafür war Ihr Auftritt nicht hilfreich, Frau Kaddor.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Muhanad Al-Halak für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

Muhanad Al-Halak (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Union, ich kann die Wut, ich kann die Entrüstung in Ihrem Antrag verstehen. Genauso geht es mir auch, wenn ich diese ekelhaften Bilder von der Kalifat-Demo sehe. Wir haben in der Vergangenheit so einige Fehler gemacht, auch Sie, liebe Union. Wir erinnern uns: Wir haben Azubis von der Arbeit abgeführt und abgeschoben, und gleichzeitig durften Straftäter nicht konsequent abgeschoben werden.

(Beifall bei der FDP)

Zu dieser Einsicht lade ich Sie ein. Dann können wir gemeinsam richtige Schritte dieser Koalition, wie zum Beispiel die Abschiebeoffensive, gut umsetzen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Warum gehen Sie die denn nicht alleine? Da brauchen Sie uns nicht für!)

Manche Ihrer Forderungen heute kann man sicherlich diskutieren. Aber bevor wir das im Fachausschuss tun, möchte ich zwei Punkte ansprechen. Erstens. An vielen Stellen kann ich Ihre Forderungen nachvollziehen. Sie ziehen dann aber Schlüsse daraus, die Grundrechte betreffen und deswegen gut abgewogen werden müssen. Ich möchte ganz klar und deutlich sagen: Das Kalifat hat nichts, aber auch gar nichts mit unserer freiheitlichen Demokratie zu tun.

Muhanad Al-Halak

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber das eine ist, etwas zu sagen, und das andere ist, etwas machen zu wollen. Und etwas machen zu wollen, ist das Gefährliche für uns alle und für unsere Demokratie. Wer das will, geht in den Knast, meine Damen und Herren, und zwar zu Recht. Und das gilt auch für diese Kalifat-Gestörten.

Zweitens. Liebe Union, scheren Sie nicht alle über einen Kamm. Über 99 Prozent der Muslime hier im Land, egal ob gläubig oder nicht, brechen im Strahl und brechen im Kreis, wenn sie diese Kalifat-Demos sehen. Gerade in den sozialen Medien gibt es eine Flut der Wut von Muslimen gegen diese Kalifat-Gestörten, weil viele genau vor so einem Kalifat geflüchtet sind, und zwar in unsere wehrhafte Demokratie.

Wir Demokraten müssen sichtbarer werden. Wir Demokraten dürfen Extremisten nicht das Feld überlassen. Wir Demokraten müssen dafür sorgen, dass geltendes Recht auf das Schärfste durchgesetzt wird.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, etwas Persönliches. Mit meiner Fluchtgeschichte bin ich jeden Tag dankbar für unsere Demokratie. Für mich ist das alles hier nicht selbstverständlich. Um das zu bewahren, was wir hier haben, bitte ich Sie alle um Zusammenhalt in einer so schwierigen Zeit.

Vielen Dank.

(B) (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt erhält das Wort Dr. Silke Launert für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Silke Launert (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Verfassungsprinzip der wehrhaften, streitbaren Demokratie soll gewährleisten - und jetzt zitiere ich das Bundesverfassungsgericht –, "dass Verfassungsfeinde nicht unter Berufung auf die Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt, und unter ihrem Schutz die Verfassungsordnung oder den Bestand des Staates gefährden, beeinträchtigen oder zerstören". Der wehrhafte Staat, also wir, darf sich gegen Verfassungsfeinde wehren, und er muss es sogar, wenn er seinen Bestand erhalten will. Die wehrhafte Demokratie ist aber nur so wehrhaft wie die Menschen, die in ihr leben, und vor allem wie die politischen Vertreter, die Verantwortung dafür haben, dass das Verfassungsprinzip eingehalten wird, und ihren Auftrag erfüllen müssen. Wenn man allerdings die Aussagen der Bundesregierung dazu hört, dann muss man zwangsläufig zweifeln, ob sie diese Gefahren wirklich richtig einschätzt und diesem Auftrag nachkommt.

Nach dem Aufmarsch von über 1 000 Anhängern der (C) Gruppe "Muslim Interaktiv" in Hamburg vor knapp drei Wochen – die Anhänger haben faktisch ein Kalifat gefordert, indem sie gesagt haben, dass es die Lösung ist – hat Bundesjustizminister Buschmann auf X geschrieben: "Wem ein Kalifat lieber sein sollte als der Staat des Grundgesetzes, dem steht es frei auszuwandern."

(Daniel Baldy [SPD]: Richtig so!)

Das soll die Antwort unseres Rechtsstaats auf solche Forderungen sein?

(Daniel Baldy [SPD]: *Eine* Antwort! – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist *eine* Antwort!)

Es soll die Antwort unseres Landes gegenüber denjenigen sein, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, dass es ihnen freisteht, zu gehen? Das ist Ihr Ernst? Das ist nicht nur ein Witz; das ist brandgefährlich,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und zwar aus zweierlei Gründen. Auf der einen Seite: Was ist denn das für eine Botschaft an die potenziellen Anhänger? Sie können doch weitermachen wie bisher. Auf der anderen Seite – mindestens genauso gefährlich –: Was ist das für eine Botschaft an die Menschen, die Ängste haben, die eine Gefahr sehen, sie vielleicht auch überbewerten, aber vom Staat erwarten, dass er sie schützt?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da brauchen wir uns doch überhaupt nicht zu wundern, wenn von ihnen immer mehr zu extremistischen Parteien (D) überlaufen. Merken Sie nicht, dass Sie immer mehr Wähler verlieren? Und leider Gottes landen die nicht immer bei uns, sondern oft ganz links und ganz rechts.

(Daniel Baldy [SPD]: Ja, warum wohl? Weil Sie hier Anträge vorlegen, wo wir doch alle wissen, dass die niemals standhalten! – Gegenruf des Abg. Martin Hess [AfD]: Nein, weil Sie eine desaströse Politik betreiben!)

Das ist auch eine Gefahr. Sie ignorieren es. Ihre Redebeiträge haben so deutlich gezeigt, wie wenig Lust Sie haben,

(Daniel Baldy [SPD]: Nee, Ihr Antrag zeigt, dass Sie keine Lust haben!)

wirklich Lösungen für das Thema "islamistischer Extremismus" zu liefern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das war an Peinlichkeit und Unterstellungen nicht zu überbieten.

Es ist Ihre Aufgabe als Verantwortliche, gegen jede Form des Extremismus vorzugehen.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was kommt von Ihnen an Vorschlägen?)

Leider höre ich dazu wenig. Der Expertenkreis Politischer Islamismus ist stillgelegt. Was ist eigentlich aus der Ankündigung geworden, das Islamische Zentrum Hamburg zu schließen?

Dr. Silke Launert

(A) (Dorothee Martin [SPD]: Das haben Sie nicht gemacht, zehn Jahre lang!)

Was ist eigentlich aus der Ankündigung geworden, im Februar einen Gesetzentwurf zur Verfolgung und Unterbindung extremistischer Finanzströme vorzulegen?

(Daniel Baldy [SPD]: Was ist eigentlich aus der Rechtsstaatspartei geworden?)

Es reicht nicht, nur schön zu reden. Handeln ist im Moment gefragt. Die Leute haben Angst, vielleicht ist sie überzogen; aber faktisch muss ein Staat handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Silke Launert (CDU/CSU):

Wir haben Forderungen vorgelegt. Ein Kollege hat die meisten schon angesprochen.

Seien Sie mutig! Die Leute erwarten es von uns.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So mutig wie Sie die ganze Zeit in 16 Jahren!)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Für die SPD-Fraktion erhält das Wort Dr. Lars Castellucci.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Daniel Föst [FDP])

Dr. Lars Castellucci (SPD):

(B)

Herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen im Lande einige Aufmärsche und Demonstrationen erlebt, für die man sich nur schämen kann, wo sich Antisemitismus Bahn gebrochen hat, wo nach dem Kalifat gerufen wurde. Da schließe ich mich allen an, die sagen: Wer in einem Kalifat leben möchte, dem wünschen wir eine gute Reise.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP] – Steffen Janich [AfD]: Dann macht es doch endlich! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Reden reicht nicht!)

Zu einer richtigen Einordnung, wenn man sich die Zahlen anschaut, gehört aber auch: Sicherlich stehen Leute, die sich für ein Kalifat aussprechen, nicht auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Aber es gibt sehr viel mehr Menschen – deutsche Nazis, Reichsbürger, Ewiggestrige – im Land, die ebenso wenig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist aber kein Vergleich! – Martin Hess [AfD]: Immer diese Relativierungen! Das ist unglaublich! Sie sind doch das eigentliche Problem! Sie tun nichts!)

Diese Dinge muss man ins richtige Verhältnis setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Michael Sacher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde diese Aufmärsche skandalös. Sie sind schwer auszuhalten. Wir müssen aber in einer Demokratie wieder lernen, dass man bestimmte Dinge aushalten muss,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Aber das nicht!)

zum Beispiel, Frau Launert, dass man, wenn man keine rechtliche Grundlage hat, nicht einfach agieren kann.

(Beifall der Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP] – Zurufe von der CDU/CSU)

Die Rechtsstaatlichkeit ist auch für uns verbindlich, und das ist auch richtig so.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist schwer auszuhalten. Wir müssen aber auch lernen, Dinge wieder auszuhalten.

(Steffen Janich [AfD]: Nee, das müssen wir nicht! Wir müssen etwas tun!)

Ich mache mir Sorgen um unsere Debattenkultur. Die Extremisten dürfen unsere Debattenkultur im Lande nicht zertrümmern. Keiner, der in unserem Land Verantwortung trägt – in den Städten oder für Universitäten –, will hässliche Bilder von solchen Demonstrationen auf seinem Marktplatz oder in seiner Universität haben. So sind in den letzten Wochen auch Demonstrationen untersagt bzw. aufgelöst worden oder Veranstaltungen abgebrochen worden. Ich will an dieser Stelle klar festhalten: Behörden haben in diesem Land das Recht, wenn die öffentliche Sicherheit bedroht ist, solche Untersagungen auszusprechen. Sie haben sogar die Pflicht dazu.

(Steffen Janich [AfD]: Und sie werden durch die Politik ausgebremst!)

Diejenigen, die Verantwortung tragen und nach Abwägungen zu entscheiden haben, was in einer konkreten und aufgeheizten Situation zu tun ist, sind nicht zu beneiden. Ich möchte dafür plädieren, dass sie Respekt von uns erfahren, und wenn solche Anordnungen erfolgen, dann ist ihnen Folge zu leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das Dritte, was ich sagen will, ist an die gerichtet, die demonstrieren: Demonstriert! Meldet das an! Haltet euch an die Auflagen! Distanziert euch von extremen Trittbrettfahrern! Demonstriert laut, aber friedlich! Unter diesen Bedingungen muss es aber auch möglich sein, zum Beispiel seine Zerrissenheit und Verzweiflung angesichts der Bilder aus Gaza und dessen, was dort passiert, friedlich zum Ausdruck zu bringen. Ich mache mir Sorgen, wenn ein Raum dafür in Deutschland nicht mehr zur Verfügung steht. Deswegen will ich an dieser Stelle sagen: Solche Räume müssen wir bewahren.

(C)

Dr. Lars Castellucci

(A) (Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja! Sonst machen es Islamisten! – Zuruf von der CDU/CSU: Ihr seid die Regierung, Mensch!)

Dass nun eine große deutsche Boulevardzeitung quasi Fahndungsfotos von Professorinnen und Professoren veröffentlicht hat, die sich dafür einsetzen, dass solche Räume an ihren Universitäten bewahrt bleiben, und von "Universitätern" spricht, ist ein weiterer Tiefpunkt des deutschen Boulevardjournalismus. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken und der Abg. Sandra Bubendorfer-Licht [FDP])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage aus der Union?

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Ja, selbstverständlich.

Alexander Throm (CDU/CSU):

Herr Kollege Castellucci, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben in Ihrer Rede wohl die Demonstrationen – man kann auch von der Besetzung der Universitäten hier in Berlin reden – angesprochen und dann die Reaktionen erstens der Polizei und zweitens einer Vielzahl von Universitätsprofessoren beschrieben. Auf diesen Demonstrationen wurde das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt, ja sogar dafür geworben, dass Israel nicht mehr bestehen solle.

Kann ich Ihre Rede so verstehen, dass Sie erlauben wollen, dass an Universitäten oder auch anderswo in Deutschland dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen wird?

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Natürlich nicht! – Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte, ehrlich! Sie verschwenden unsere Zeit damit!)

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Ich bin froh, dass Sie mich fragen, ob Sie das so verstehen können, und nicht einfach behaupten, dass Sie das so verstanden haben.

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: Das ist schon mal ein Fortschritt!)

Selbstverständlich können Sie meine Rede so nicht verstehen. Ich habe gesagt: Diese Professoren haben sich, ohne Partei zu ergreifen, dafür eingesetzt, dass Räume des friedlichen, rechtsstaatlich einwandfreien Protestes in diesem Land bewahrt werden. Ich habe davor auch gesagt, was ich von denjenigen, die Demonstrationen anmelden und durchführen wollen, erwarte. Deswegen: Beruhigen Sie sich! Wir haben ein Land, in dem die Meinungsfreiheit durch unser Grundgesetz geschützt ist. Wir feiern es nächste Woche.

(Detlef Seif [CDU/CSU]: Aber nicht für Extremisten! – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Ist das auch im Rahmen der Meinungsfreiheit?)

Aber wir müssen dafür sorgen, dass solche Demonstrationen in diesem Land weiterhin möglich sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Antrag der Union. Ross und Reiter zu benennen, wenn es um Extremismus geht, ohne ganze Gruppen pauschal anzugreifen, das ist manchmal ein schmaler Grat. Da stürzt die Union regelmäßig ab.

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja, allerdings!)

Sie sind nicht für Wehrhaft in der Demokratie, sondern immer für Sippenhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Lachen des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD] – Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Unglaublich!)

So verhält es sich auch mit Ihrem Antrag. "Den politischen Islam als Gefahr ... bekämpfen" lautet die Überschrift. Und dann schreiben Sie gleich im ersten Satz: "Ein Viertel der Menschen in Deutschland hat mittlerweile einen Migrationshintergrund." Entschuldigung, was hat denn das eine mit dem anderen zu tun?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich wünsche mir, dass Sie, bevor Sie solche Sätze schreiben, einmal sagen: Danke Giuseppe, danke Ali, dass ihr dieses Land mitaufgebaut habt!

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: "Mitaufgebaut"!)

Danke, dass ihr den Laden am Laufen haltet! – Ich wünsche mir, dass Sie diese Menschen nicht immer pauschal in den Kontext von Extremismus stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Alexander Throm [CDU/CSU]: Sie spalten die Gesellschaft mit diesen Positionen, Herr Castellucci!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen Extremisten bekämpfen. Aber wir dürfen uns nicht immer gegenseitig verdächtigen. Wer sich gegenseitig verdächtigt, dem schnürt es nur die Kehle zu. Unsere Mütter und Väter der Verfassung haben uns mit ihrer Verfassung ein freiheitliches, ein offenes Land geschenkt. Das wollen wir bewahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Steffen Janich [AfD]: Und Sie machen eine Diktatur daraus!)

(D)

(A) Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Als Nächstes erhält das Wort Martina Renner für die Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Martina Renner (Die Linke):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Religiöser Fundamentalismus ist eine Gefahr für die Demokratie und die demokratische Gesellschaft. Das gilt für den gewaltbereiten Islamismus wie für alle Formen religiös begründeter Menschen- und Demokratieverachtung. Dazu zähle ich auch und ausdrücklich die Demonstrationen islamistischer Gruppen wie zuletzt in Hamburg, aber auch in Essen mit schwarzen Fahnen und der Forderung nach einem Gottesstaat. Gegen diese Aufmärsche sind bereits am 4. Mai - es ist hier schon mehrfach erwähnt worden - in Hamburg Hunderte Menschen der Zivilgesellschaft auf die Straße gegangen. Sie traten den Hasspredigern entgegen, die die Scharia über die Verfassung stellen und das Grundgesetz als Wertediktatur beschimpfen. Es braucht diese Zivilgesellschaft für einen wirksamen Einsatz gegen den Islamismus. Diese Zivilgesellschaft ist unsere stärkste Waffe, und wir sollten ihr unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Was wir nicht brauchen, sind solche scheinheiligen und populistischen Anträge. Scheinheilig ist der vorlie-(B) gende Antrag – ich will es erklären –, weil auch die CDU/ CSU im Kampf gegen den Islamismus versagt hat. Seit Langem ist doch offenkundig, welche Staaten islamistische und terroristische Gruppen und Netzwerke unterstützen. Weder die Türkei noch der Iran haben ernsthafte Konsequenzen zu befürchten. Türkische Islamisten und Faschisten wie die Grauen Wölfe verbreiten ihre Propaganda, bedrohen Menschen, und Abgeordnete lassen sich mit ihnen ablichten. Menschen, die sich dem IS-Faschismus entgegenstellen – die verfolgten Jesiden und Jesidinnen, die Kurden und Kurdinnen -, werden in diesem Land verfolgt und abgeschoben. An den Grenzposten der Türkei werden Flüchtlinge aufgehalten, während gleichzeitig Waffen und Terroristen ungehindert passieren. Und es ist die Union gewesen - vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr -.

> (Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Exakt!)

die über Jahrzehnte das Wirken der türkischen Religionsbehörden in Deutschland befördert hat.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Es wird ja grotesk, Frau Kollegin, wirklich grotesk!)

Vor diesem Hintergrund sind Ihre aktuellen Forderungen nach Kontrolle der Finanzierung von Moscheen nicht glaubwürdig. Ja, vielleicht haben Sie das alles vergessen. Schauen Sie mal auf Ihre Sicherheitspolitik der letzten Jahre!

(Lamya Kaddor [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sprachlosigkeit sagt ja alles!)

Ich habe erläutert, warum Ihr Antrag scheinheilig ist. (C) Ich will jetzt noch erläutern, warum Ihr Antrag populistisch ist

(Josef Oster [CDU/CSU]: Nicht nötig! – Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Kann man nicht ernst nehmen!)

Ihr Antrag ist populistisch, weil er mit der Praxis der Sicherheitsbehörden, deren Bedürfnissen und dem, was gerade passieren muss, überhaupt nichts zu tun hat. Sie wollen nicht die Praxis der Sicherheitsbehörden verbessern. Sie wollen lediglich leere und zum Teil – das ist schon mehrfach erwähnt worden – verfassungsrechtlich bedenkliche Vorschläge in die politische Arena einbringen, nur um sich selbst zu profilieren. Das hilft niemandem in diesem Land, –

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Martina Renner (Die Linke):

- der von Islamisten bedroht wird.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Diese Debatte droht der Tiefpunkt des heutigen Tages zu werden!)

Das sollte aber unsere Perspektive sein: an der Seite der Betroffenen zu stehen, immer da.

Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE (D) GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Die letzte Rede in dieser Aussprache hält Helge Lindh für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der AfD: Er hat Springerstiefel an!)

Helge Lindh (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich höre von der AfD, ich hätte Springerstiefel an. Lieber Springerstiefel am Fuß als im Kopf wie bei Ihnen, finde ich. – Kommen wir zum Thema. Gestern hatte Salman Rushdie einen bemerkenswerten Auftritt im Deutschen Theater, der Mann, gegen den Chomeini bekanntlich ein Todesurteil ausgesprochen hatte und der 2022 beinahe von jemandem ermordet wurde, der dieses Urteil aus islamistischen Gründen vollstrecken wollte. Dieser Mann ist an seinem ganzen Körper zutiefst gezeichnet. Aber er widerspricht dieser Unmenschlichkeit mit Humor und zutiefst menschlich.

Vor diesem Hintergrund ist es selbstverständlich berechtigt, dass wir heute über die sehr akuten Gefahren des Islamismus und der Radikalisierung sprechen. Und selbstverständlich ist es auch berechtigt, aktuelle Tendenzen der Radikalisierung wahrzunehmen, zum Beispiel Versuche einzelner Personen, mit charismatischen Tricks

Helge Lindh

(B)

(A) Jugendliche zu gewinnen. All das zu benennen, ist absolut legitim. Aber Ihre Analyse und die Schlussfolgerung, die die Union daraus zieht, reißen diesen berechtigten Ansatz weitestgehend wieder ein. Herr Throm, Sie haben den Beweis geliefert. Sie haben gesagt, besonders sei Ihr Antrag auch "an die vielen bestens integrierten, liberalen und säkularen Muslime" gerichtet. Jetzt frage ich mich: Was hat denn Muslimischsein mit Integration zu tun? Als ob Islam automatisch Einwanderung und Integrationsbedarf bedeuten würde. Fragen Sie mal die Musliminnen und Muslime in Ihren eigenen Reihen, ob sie das so geistvoll finden!

Definieren wir, dass Muslime säkular und liberal sein müssen? Was ist denn mit konservativen Muslimen, die ganz normal in diesem Land leben? Würden Sie auch bei Christen sagen, dass diejenigen, die säkular und liberal sind, auf dem Boden dieses Grundgesetzes stehen, aber nicht die konservativen Christen? Ich glaube, Sie würden das nicht tun. Und das ist Ihr Problem. Das kriecht aus jeder Pore Ihres Antrags, diese doppelten Standards, die Sie dort anwenden.

So ist es auch, wenn Sie fast schon verschwörungstheoretisch behaupten, kritische Stimmen würden von der Innenministerin ausgegrenzt und sie würde das Thema Muslimfeindlichkeit hochziehen. Ich erinnere Sie an Ihren eigenen Innenminister. Den Unabhängigen Expertenkreis hat nicht Nancy Faeser eingesetzt, sondern mit starkem Druck und Entschiedenheit war das Horst Seehofer,

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Und wer hat ihn abgeschafft?)

nicht verdächtig, Mitglied der SPD zu sein. Er hat ihn eingesetzt und besetzt. Also, hören Sie auf mit solchen verschwörungstheoretischen Vorstellungen!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen einen Fehler. Wenn es Ihnen wirklich darum ginge, diese Entwicklung zu bekämpfen, dann würden Sie selbstverständlich auch über das dramatische Problem der Muslimfeindlichkeit, des antimuslimischen Rassismus sprechen, und zwar weil man Islamismus nicht konsequent bekämpfen kann, wenn man nicht auch dieser Muslimfeindlichkeit entgegenwirkt.

Warum ist das so? Weil es a) den Alltag von vielen Muslimen betrifft und weil b) die Radikalisierer genau das nutzen und vermitteln: Ihr werdet diskriminiert. Die Muslimfeindlichkeit wird nicht anerkannt, aber wir schenken euch eine Stimme. Wir sind für euch da. – So machen sich doch letztlich radikale Islamfeinde und diejenigen, die solche radikalen islamistischen Ideen verbreiten, zu Komplizen, und wir haben eine Radikalisierungsspirale.

Eine Antwort aber, wie man es machen könnte, hat Salman Rushdie gegeben, indem er gestern gesagt hat, dass wir eben keine wandelnden Kategorien seien. Wir erschöpfen uns nicht darin, jüdisch zu sein oder muslimisch oder christlich oder einen Migrationshintergrund zu haben. Migrationshintergrund und muslimisch – ich wiederhole es noch mal; Beginn Ihres Antrages – sind nicht deckungsgleich.

Wenn Sie dann auch noch im zweiten Satz schreiben, (C dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung, ein Gewinn sein könne, wenn sie friedlich und auf dem Boden der Rechtsordnung erfolge, dann offenbaren Sie doch die Scheinheiligkeit, die Bigotterie und die doppelten Standards Ihres Antrags.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn Sie vermitteln nichts anderes als das: Kulturelle Vielfalt ist erst mal verdächtig.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Helge Lindh (SPD):

Grundverdacht gegen Muslime: Sie stehen nicht auf dem Boden der Grundordnung, sie sind ein Sicherheitsproblem, und sie sind nicht friedlich. So verlieren Sie Menschen.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Helge Lindh (SPD):

So treten Sie ganz vielen Musliminnen und Muslimen in diesem Land in den Hintern, und das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/11393 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir gehen weiter, und ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 25:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2024

Drucksache 20/11311

Überweisungsvorschlag: Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f) Wirtschaftsausschuss Ausschuss für Arbeit und Soziales Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Haushaltsausschuss

Ich bitte Sie, sehr zügig die Sitzplätze zu wechseln und die Beratungen nach draußen zu verlagern.

Für die Aussprache ist eine Dauer von 39 Minuten vereinbart.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz

(A) Wenn denn alle ihre Plätze gefunden haben, kann ich die Aussprache eröffnen. – Es beginnt für die Bundesregierung die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist Vizeeuropameister – noch nicht im Fußball, da kennen wir zwar den Kader, aber wir wissen natürlich noch nicht, wie es ausgeht, und müssen noch die Daumen drücken –, aber bei der Berufe-EM, den EuroSkills. Da hat die deutsche Berufe-Nationalmannschaft ordentlich abgeräumt: 23 Auszeichnungen, davon 5 Goldmedaillen. Vom Mechatroniker über die Malerin bis hin zum Bäcker – da haben wir echte Champions. Das sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Da zeigt sich: Deutschland ist ein Ausbildungsland, und wir können Ausbildung.

Wir alle wissen um die Stärken der beruflichen Bildung: das duale System, die einzigartige Kombination zwischen Theorie und Praxis, anerkannt und gefragt und international beneidet, auch in Zukunft. Die Elektronikerin, die unsere Häuser mit Smarthome-Systemen ausstattet, der Gärtner, der dafür sorgt, dass unsere Dächer und Fassaden begrünt sind, und die medizinische Fachangestellte, die eine Arztpraxis so koordiniert, dass genug Zeit für jeden Patienten ist – all diese Fachkräfte gibt es nur mit einer starken beruflichen Bildung.

Wie steht es um sie? Das sagt uns dieser Berufsbildungsbericht. Ich möchte zu Beginn drei positive Entwicklungen nennen:

Erstens. Mehr neue Ausbildungsverträge, ein Plus von 3 Prozent. Es entscheiden sich wieder mehr junge Menschen, diesen Weg zu gehen.

Zweitens. Auch bei der Übernahmequote stimmt der Trend. 77 Prozent der Auszubildenden werden übernommen. Wir liegen hier wieder auf dem Vorpandemieniveau.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Gesundheit, Soziales, Bildung – eine Ausbildung in diesen Bereichen ist 2023 wieder gefragt. Mit Blick auf den hohen Fachkräftebedarf, den wir in diesen wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft und Wirtschaft haben, ist das ein gutes Zeichen.

Insgesamt gilt also: 2023 war ein gutes Jahr des Fortschritts für den Ausbildungsmarkt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Doch es gibt natürlich auch Schatten. Ein besorgniserregender Befund ist: Einen Teil der jungen Menschen erreichen wir im Berufsbildungssystem nicht; das ist seit vielen Jahren schon so. Sie bleiben ohne formalen Berufsabschluss, und das ist inakzeptabel.

Jetzt liegt es in der Natur des Berichts, dass er bilanziert und Zahlen zusammenstellt; aber wichtig und entscheidend ist, dass wir die Ursachen angehen. Denn jeder fehlende Abschluss ist auch eine verpasste Chance. Deswegen, meine Damen und Herren, setzen wir weit vor der Ausbildung an: am Fundament des Bildungswegs, des Lebenswegs. Wir wollen Talent und Leistung von Anfang an stärken mit dem Startchancen-Programm.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ab dem kommenden Schuljahr investieren wir 20 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre für rund 1 Million Schülerinnen und Schüler. Denn wir wollen von Anfang an zeigen: Du kannst es schaffen. Du kannst vorankommen und etwas aus deinem Leben machen. Mehr Chancen für junge Menschen bedeuten dann auch für uns mehr Fachkräfte für unsere Betriebe.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter steigern. Dazu soll die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung beitragen. Es geht um Aufstieg. Es geht um Weiterkommen, Karriere mit und durch eine Ausbildung. Aber es geht vor allen Dingen auch um eins: Es geht um den Respekt für die berufliche Bildung, die wir in unserem Land haben. Die berufliche Bildung steht gleichwertig neben dem Studium. Mit ihr lässt sich genauso viel aus dem eigenen Leben machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen. Viele treibt die Sorge um, wie sie selbst beruflich weiterkommen, weil sie bisher keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Sie zeigen aber Tag für Tag, dass sie etwas gelernt haben. Sie sollen eine zweite Chance bekommen. Sie können in Zukunft berufliche Kompetenzen feststellen lassen, damit ihr Können schwarz auf weiß dokumentiert ist; wir werden später ja noch dazu beraten. Denn auch hier muss der Grundsatz gelten: Wenn ich mich anstrenge, dann lohnt sich das auch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber eines ist auch klar: Besser geht es natürlich mit einer Ausbildung.

Ich möchte noch auf einen Befund eingehen: Auf der einen Seite sind viel zu viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz, auf der anderen Seite sind aber noch mehr D)

(C)

Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger

(A) offene Stellen gemeldet. Es geht um die Berufsorientierung. Initiativen wie der Sommer der Berufsausbildung sind wichtig. Wir haben ihn gerade wieder mit deutschlandweiten Veranstaltungen gestartet, und wir arbeiten alle darauf hin, dass eine Berufsorientierung in alle Schulformen gehört – in jede Schulform, auch ans Gymnasium

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Bedarf ist da, das Potenzial ist riesig, und das Ziel von uns allen ist klar: mehr junge Menschen in die berufliche Ausbildung. Das ist eine Chance für jeden Einzelnen und für uns als Land.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächster Redner ist Stephan Albani für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Albani (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, alle Jahre wieder kommt der Berufsbildungsbericht. Und auch wenn die Hauptaufgabe immer darin besteht, so zu tun, als wäre hier und da etwas verändert, muss man sagen: Qualitativ hat sich bei Licht und Schatten nicht so viel verändert.

Ja, es ist richtig: Die Zahl der Ausbildungsverträge ist um 3 Prozent gestiegen. Das ist Licht. Es ist vor allen Dingen Licht, dass es mittlerweile auch in allen Bereichen so ist. Bis vor Kurzem war es im Wesentlichen in Industrie und Handel der Fall, jetzt in allen Bereichen. Ja, und wir liegen – das ist Schatten – wieder auf dem Niveau von vor Corona.

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Das nächste Licht ist: Wir haben eine Übernahmequote von 77 Prozent. Das ist so wie vor Corona, aber wir haben auch einen Fachkräftemangel. Das heißt, das ist ein Indiz dafür, dass hier eine große Not besteht.

Die Hauptzahl – Sie haben sie genannt – muss uns schwer beeindrucken. Sie ergibt sich aus der Tatsache, dass seit 2018 die Zahl der Nichtqualifizierten, also der Personen ohne Berufsabschluss, von 2,2 Millionen auf 2,9 Millionen gestiegen ist – 700 000 junge Menschen mehr ohne Abschluss. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu guter Letzt die jährliche Standardmeldung: Wir haben etwas mehr Angebot als Nachfrage; das ist positiv. Und so kommt man wie jedes Jahr zu dem Schluss: Es gibt Passungsprobleme; es gibt ein Problem bei der Mobilität, bei der Berufsorientierung usw. usw.

Es ist eine Definition des Wahnsinns, sagt Albert Einstein, immer das Gleiche zu tun und zu hoffen, dass sich etwas ändert. Richtig, das BMBF ist nicht untätig: Sie haben die Kürzungen bei den ÜLUs zurückgenommen; Sie haben mehr Geld in die Berufsorientierung gesteckt. Aber das reicht nicht.

Stellen Sie sich Folgendes vor: Eine Gruppe von Menschen steht an einem Fahrstuhl, der "Berufsorientierung" heißt. Der Knopf ist gedrückt; das Licht sagt, dass Sie den Fahrstuhl haben wollen, aber er kommt nicht. – Es gehen nicht mehr in das System hinein. Es verändert sich an dieser Stelle nicht so, wie wir es haben wollen. Aber es wird immer irgendeinen Trottel geben, der wieder auf den Knopf drückt und hofft, dass dann der Fahrstuhl kommt. Er kommt nicht!

Was man machen muss, ist: Man sucht vielleicht die Treppe. Die Treppe sind in diesem Fall die Ergebnisse der Enquete-Kommission, die wir in der letzten Legislatur hatten. Und sie sagt: Berufsorientierung ist wichtig, aber sie muss auch richtig gemacht werden. – Hierfür haben wir in unserem Antrag am Anfang der Legislatur klare Vorschläge gemacht.

Das heißt, ein individueller, auf einer Potenzialanalyse jedes Einzelnen aufbauender Suchprozess führt am Ende zum Ziel, nicht mehr Plattformen, Messen und Ähnliches. Es geht darum, den einzelnen jungen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das haben wir Ihnen vorgeschlagen; das hätten Sie bereits umsetzen können. Das Medikament "Startchancen-Programm" gibt es, soweit ich weiß, für unser Problem nicht.

Das Nächste ist die Herstellung der Gleichwertigkeit; Sie haben es gesagt. Aber es passiert an dieser Stelle nichts. Die Verrechtlichung des DQR – von uns vorgeschlagen – würde bedeuten, dass endlich nicht nur in den Sonntagsreden jeder immer sagt: "Ja, es ist gleichwertig, wenn auch andersartig". Es wäre gleichwertig, wenn wir es verbindlich und verlässlich machen und es verrechtlichen. Das haben wir Ihnen bereits vorgeschlagen. Leider ist auch hier nichts geschehen.

Ich komme zu dem Punkt: Der wesentliche Teil der Dinge hat sich nicht geändert. Sie drücken mit immer mehr Elan auf denselben Knopf und sind traurig darüber, dass sich das System qualitativ nicht ändert. Und ja, heute, in einer Stunde werden wir über die Frage reden, wie wir die Nichtqualifizierten bzw. nicht formal Qualifizierten – auch die erwähnten 700 000 jungen Menschen – besser in das System bekommen.

Insofern: Schalten Sie auch in einer Stunde wieder ein, wenn es nach dem Mittag heißt: "ValiKom goes Legislative" oder "Wie macht man aus einem erfolgreichen Pilotprojekt ein Gesetz nach dem Motto "Knapp daneben ist auch vorbei"?"!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Als Nächstes erhält das Wort Jessica Rosenthal für die SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Jessica Rosenthal (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Beginn einige Sätze zu Ihnen, Herr Albani. Tatsächlich werden wir uns als Ampel nicht einfach den Umständen ausliefern und immer wieder die gleichen Feststellungen machen und auf einen Knopf drücken.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Tut ihr doch!)

Wenn Sie in unseren Ausschussberatungen, aber auch hier im Plenum aufgepasst haben, werden Sie feststellen, dass wir viele strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, um genau die Probleme, die im Berufsbildungsbericht angesprochen werden, auch zu beheben. Also, vielleicht passen Sie bei meiner Rede ein bisschen auf

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Da ist das eine oder andere dabei, an das man sich noch mal erinnern kann.

(Zuruf des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Wir sind uns einig – das hat die Frau Ministerin ja auch schon deutlich gemacht –: Das Ausbildungssystem ist ein wichtiger Faktor für unsere wirtschaftliche Leistung, ein Erfolgsgarant für die Wirtschaft. Aber es ist eben nicht nur wichtig für die Wirtschaft, sondern ganz entscheidend für junge Menschen. Wer eine Ausbildung abschließt, der ist besser vor Armut geschützt und hat vor allem den Wegbereiter für ein erfolgreiches Berufsleben bekommen.

Es sind gerade schon von Ihnen, Frau Ministerin, einige positive Dinge herausgehoben worden. Ich möchte einen Punkt noch mal ganz besonders herausstellen: die Übernahmequote von 77 Prozent. Das ist eine verlässliche Perspektive für junge Menschen; darum geht es nämlich. Wer eine Ausbildung anfängt und nicht weiß, ob er am Ende auch übernommen wird, der hat natürlich gerade zum Ende der Ausbildung echte Fragen mit Blick auf seine Zukunft. Dass wir da bei 77 Prozent sind, ist super.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN] und Friedhelm Boginski [FDP])

Aber ich stehe hier nicht, um nur das Gute herauszuheben. Natürlich gibt es – ich denke, da sind sich die meisten, die hier sitzen, weitgehend einig – auch sehr alarmierende Zahlen. Anders als es gerade von Ihnen, Herr Kollege, angesprochen worden ist, bin ich der festen Überzeugung, dass wir in der beruflichen Bildung, in der Frage, wie es da läuft, Dinge erben, die schon viel früher ansetzen.

Das heißt, wenn wir als SPD immer wieder auf die frühkindliche Bildung verweisen, wenn wir immer wieder sagen, dass es um vernünftige schulische Ausbildung gehen muss und dass jeder die gleichen Chancen haben muss, dann tun wir das auch, weil natürlich später, im (C) beruflichen Bereich, die Früchte dieser ungleichen Bildungschancen zu sehen sind.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Deshalb streichen Sie die Sprach-Kitas!)

Deshalb verweise ich ganz deutlich auf das Startchancen-Programm.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist ein wichtiger Faktor, damit wir perspektivisch hier nicht immer wieder die gleichen Zahlen diskutieren müssen.

Zu der einen Zahl komme ich jetzt: Wir haben es nämlich mit 2,9 Millionen jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren zu tun, die 2022 keinen Berufsabschluss hatten. Das sind noch mal 250 000 junge Menschen mehr als im Vorjahr. Das ist ein extrem erschreckender Trend, den ich hier schon zum dritten Mal beobachten muss.

Jetzt kommen wir zu einer dieser großen Lösungen, wo Sie vielleicht noch mal aufpassen müssen. Es gibt jetzt die Ausbildungsplatzgarantie. Und die gibt es nicht, weil das nett klingt, sondern damit diese 2,9 Millionen Menschen endlich einen Berufsabschluss machen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Stephan Albani [CDU/CSU]: Das verstärkt das Problem eher! – Zuruf der Abg. Nicole Höchst [AfD])

Ich möchte auch noch auf eine Sache hinweisen, wo ich nuanciert einen anderen Schwerpunkt setzen möchte als die Frau Ministerin. Es geht noch mal um die Ausbildungsstellen, die nicht besetzt sind, die also unbesetzt bleiben. Das sind 73 400; das stimmt. Das ist erschreckend, und es zeigt uns, dass wir wirklich Probleme in der Passung haben. Dafür haben wir zum Beispiel den Mobilitätszuschuss auf den Weg gebracht,

(Zuruf des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

auch im Rahmen der Ausbildungsplatzgarantie.

Ich sage auch: Wer für seine Ausbildung woandershin ziehen will, dort aber keine Wohnung findet oder für ein WG-Zimmer wie bei mir in Bonn 420 Euro zahlen muss,

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Deswegen ist ja Ihre Wohnungsbaupolitik so erfolgreich! – Nicole Höchst [AfD]: Aber wir haben doch Platz! Wir haben Platz!)

der kann vielleicht am Ende auch gar keine Ausbildung machen. Das heißt, auf dem Wohnungsmarkt verschärfen sich Probleme. Deshalb investieren wir mit dem Programm "Junges Wohnen" jetzt 500 Millionen Euro jährlich in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

26 400 Ausbildungsinteressierte bleiben trotzdem noch ohne Ausbildungsplatz. Das geht nicht. Da müssen Unternehmen und die gesamte Gesellschaft gegensteu-

(D)

Jessica Rosenthal

(A) ern; das bleibt unsere Aufgabe. Man muss jungen Menschen eine Chance geben und sagen: Du schaffst das; ich glaube an dich.

In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Als Nächstes erhält Nicole Höchst für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Nicole Höchst (AfD):

(B)

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Werte Kollegen der deutschen demokratischen Fraktionen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "The same procedure as every year": Dieses Zitat stammt aus einem der wohl berühmtesten Theaterstücke; es wird jährlich an Silvester zur allgemeinen Freude und Belustigung abgespielt.

Die jährlich inszenierte Wiederkehr der Befassung des Berufsbildungsberichts hingegen gleicht einer Tragödie in Echtzeit, in der wir alle mehr oder minder freiwillig mitspielen. Sie endet leider immer mit überwiegend gleichbleibenden Tendenzen.

Dieses Jahr liegt der Bericht dem BIBB zum wiederholten Male nicht rechtzeitig zur Begutachtung vor – Zitat –: "Eine angemessene Beratung war daher nicht möglich."

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch jetzt die erste Beratung!)

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ist eine umfassende, fundierte und begründete Befassung mit diesem Bericht etwa gar nicht gewollt? Absicht? Scham? Ratlosigkeit?

Dabei gibt es auch latent Positives zu berichten. Die Ausbildungsnachfrage ist immerhin um satte 3 Prozent gestiegen. Und die Einmündungsquote ausbildungsinteressierter junger Menschen erreichte mit 68,9 Prozent den höchsten Wert seit 2009.

Das Berufsbildungssystem in Deutschland steht sehr viel mehr unter Druck als noch in den vergangenen Jahren: Scheitern der Schulsysteme am staatlichen Bildungsauftrag, abnehmende Ausbildungsreife, Coronamaßnahmenspätfolgen, demografischer Wandel, Lehrermangel, Dekarbonisierung, Digitalisierung, Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ... Rechtsextremismus, Neofaschismus!)

Aber Hand aufs Herz, meine Damen und Herren, vor allen Dingen die der deutschen, demokratischen, schon länger hier regierenden Fraktionen: All diese Probleme sind hausgemacht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der AfD)

Und nein, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Ihre Politik der offenen Grenzen führt nicht zu mehr Fachkräften, auch nicht in spe. Zitat: "Auch Personen mit Migrationshintergrund blieben (C) überdurchschnittlich häufig ohne formale Qualifizierung. Im Jahr 2022 lag die nfQ-Quote"

- das ist die Nichtqualifiziertenquote -

"der 20- bis 34-jährigen ... Migranten mit eigener Migrationserfahrung bei 39,1 %."

Dazu kommt – Zitat –:

"Die nfQ-Quote in der Gruppe der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten betrug 2022 57,4 %."

Das können Sie nachlesen auf Seite 108.

Wie viele der nicht qualifizierten Personen sind darüber hinaus Analphabeten? Wie vielen fehlt die geistige Grundeinstellung für Qualifikation und Berufstätigkeit? Was bringen da Ausbildungsplatzgarantien, Frau Kollegin, wenn niemand einen Ausbildungsplatz besetzen kann oder möchte? Da fehlt die Verpflichtung.

(Beifall bei der AfD)

Nicht falsch verstehen: Wir freuen uns über jeden gut integrierten Migranten, der hier arbeiten und mit uns in Frieden leben möchte – nach unseren Gesetzen, gerne mit unserer Kultur. Aber:

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber!)

Die ungehemmte Migration ist das i-Tüpfelchen Ihres (D) verfehlten Inklusions- und Integrationsdogmas, das unsere Bildungslandschaft und damit die Zukunft unseres Landes nachweislich volle Kanne gegen die Wand fährt.

(Beifall bei der AfD)

Dies ist aber nicht die einzige fatale Entwicklung, die der Bildungsbericht aufzeigt. So kann nur jeder dritte Kleinbetrieb seine Ausbildungsstellen besetzen. Die Ausbildungsplatzgarantie funktioniert ja auch nicht, Frau Kollegin; aber Hauptsache, wir haben wieder irgendwas gemacht, was nach Betriebsamkeit aussieht. – Das, was Generationen vorher mühselig aufgebaut und vererbt haben, stirbt aus und wird in der Fläche bitter fehlen. Das ist Ihr Ergebnis.

Guido Westerwelle hat 2004 das Jahr der Bildung ausgerufen. Ich teile seine damalige Auffassung. Er sagte: Ich glaube, in der Bildungspolitik brauchen wir einen völligen Neuanfang. – Das war vor 20 Jahren. Es ist immer noch wahr. Meine Damen und Herren, diesen Neuanfang gibt es nur mit der AfD.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Als Nächstes erhält das Wort Dr. Anja Reinalter für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(A) **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, wir machen wieder konstruktiv weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vielleicht erinnern Sie sich: Letztes Jahr stand ich hier und habe eine Zeitreise ins Jahr 2030 gemacht. Und da habe ich gefragt: Wie wäre denn ein idealer Berufsbildungsbericht? Und was müsste bis dahin passiert sein?

Heute starte ich in der Realität. Und optimistisch, wie ich bin, fange ich natürlich mit den guten Nachrichten an, und das sind einige; da ist viel Licht. Erstens. Zum dritten Mal in Folge ist die Zahl junger Menschen, die sich für eine Ausbildung entschieden haben, gestiegen. 2023 waren es 490 000 neue Ausbildungsverträge. Das ist eine Steigerung von 3 Prozent, und das ist nicht nichts. Zweitens. Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist um 3,4 Prozent gestiegen. Und drittens. Seit 23 Jahren hatten wir nicht mehr so eine hohe Übernahmequote. 77 Prozent der Azubis wurden nach ihrer Ausbildung übernommen. Das zeigt: Da ist viel Licht, und die duale Ausbildung ist ein toller Einstieg in ein attraktives Berufsleben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Besonders aber freuen mich die Zahlen zu den Azubis ohne deutschen Pass. In wichtigen Branchen wie im Handwerk, in der Industrie, im Handel, im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen hat sich die Zahl der Azubis ohne deutschen Pass in den letzten 15 Jahren verdoppelt und in der Landwirtschaft sogar verdreifacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Und Achtung – das ist wichtig –: Menschen mit deutschem Pass und Einwanderungsgeschichte sind da noch nicht einmal mitgezählt. Das heißt: Fakt ist, Azubis leisten einen extrem wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und für unsere Wirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Friedhelm Boginski [FDP])

Denn die Azubis sind die Fachkräfte von morgen, die wir so dringend brauchen.

Und ja, es gibt Herausforderungen im Bericht 2024, und da müssen wir auch ganz genau hinschauen. Es stimmt: 74 000 Ausbildungsstellen blieben unbesetzt. Zeitgleich haben 2,86 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren keinen formalen Berufsabschluss, und das mitten in einer Fachkräftekrise. Das ist irgendwie paradox und alarmierend. Beim differenzierten Betrachten dieser heterogenen Gruppe wird aber auch schnell klar, dass wir unterschiedliche Maßnahmen brauchen, um diese Menschen zu erreichen und um sie zu unterstützen.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Und genau das machen wir doch mit dem Startchancen-Programm,

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein!)

mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein!)

und auch mit der Ausbildungsgarantie,

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein!)

dem Aus- und Weiterbildungsgesetz und mit dem – nachher beraten wir es – Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz – super Name!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Friedhelm Boginski [FDP])

Da sind also sehr viele Knöpfe, die wir drücken können, und die drücken wir auch. Wir freuen uns, wenn Sie sie mit uns drücken. Ich freue mich darauf.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Stephan Albani [CDU/CSU]: Den einen Knopf gibt es noch, den zweiten Knopf gab es schon immer, den dritten Knopf verhindern Sie!)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Norbert Maria Altenkamp für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Maria Altenkamp (CDU/CSU):

(D)

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Frau Reinalter, ich fange natürlich erst mal wieder mit dem negativen Teil an.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber bedauerlich! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oah!)

Denn wir sehen die duale Ausbildung weiter unter Druck. Mein Kollege Stephan Albani hat es ja auch gesagt – täglich grüßt das Murmeltier —: Jedes Jahr sehen wir ähnliche Zahlen, gleichwohl natürlich bestimmte Dinge auch besser werden. Aber es geht nun mal kein Weg daran vorbei: Wir haben nach wie vor immer mehr Schulabbrecher. Ein Fünftel der jungen Menschen zwischen 20 und 34 hat keinen Berufsabschluss, bei der Gruppe der Zugewanderten sind es sogar doppelt so viele – das ist leider Gottes ein neuer Negativrekord.

Und nicht nur, dass sich immer weniger Betriebe an der Ausbildung beteiligen, vor allem die kleinen, dass immer mehr junge Menschen keinen Ausbildungsplatz und immer mehr Betriebe keine passenden Bewerber/-innen finden, dass immer mehr Ausbildungsverträge aufgelöst werden – auch der leichte Anstieg bei neuen Azubis und der rein zahlenmäßig insgesamt stabile Ausbildungsmarkt sind kein Anlass zur Entwarnung. Aber was mich tatsächlich besorgt: Der Bericht geht nicht darauf ein, dass sich die Probleme spätestens ab 2030 noch weiter verstärken können; denn dann drängen wieder die geburtenstärkeren Jahrgänge ab 2014 auf den Ausbildungs-

(C)

Norbert Maria Altenkamp

(A) markt. Diese dann eigentlich positive Entwicklung enthält Sprengpotenzial, wenn nicht nachhaltig gegengesteuert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber welche neuen Rezepte hat die Ampel dafür? Es reicht nicht, sich auf der rudimentären Stellungnahme des BIBB-Hauptausschusses am Ende des Berichts auszuruhen. Es reicht nicht, ständig auf die Exzellenzinitiative Berufliche Bildung hinzuweisen. Und ob der Pakt für berufliche Schulen und das Berufsbildungsvalidierungsund -digitalisierungsgesetz wesentliche Impulse geben können, um vor allem die vielen Ungelernten wieder anschlussfähig zu machen, werden wir uns noch genau anschauen, und wir beschäftigen uns ja gleich auch noch damit.

Wir müssen schneller frischen Wind in die Ausbildungslandschaft bringen und alle Register ziehen, nicht nur die bereits genannten. Wir müssen vor allem noch viel früher anfangen und die Startchancen auch schon in den Kitas verbessern, damit alle Kinder die deutsche Sprache richtig erlernen; denn das ist die Basis für alles Weitere.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade die Kinder mit Migrationshintergrund sind für uns ein demografischer Schatz, den es zu heben gilt. Ohne diese Kinder können wir faktisch unseren Laden in Zukunft dichtmachen.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Junge Leute müssen sich auch ausprobieren können. Deshalb muss es auch hier eine Kultur des Scheiterns geben. Wer ein- oder zweimal die Ausbildung wechselt, sollte nicht entmutigt oder stigmatisiert werden – ganz im Gegenteil! Wir sollten auch ernsthaft darüber nachdenken, ob wir nicht eine Ausbildungspflicht für die wachsende Zahl junger Menschen einführen sollten, die gar nicht erst eine Ausbildung beginnen, sondern lieber gar nichts tun oder eine unqualifizierte Arbeit annehmen, die sie nicht weiterbringt, aber zunächst vielleicht besser bezahlt wird. Wir müssen uns außerdem den Realitäten der falschen Anreize durch das Bürgergeld stellen. Auch der stetig steigende Mindestlohn fördert eher das Verharren in unqualifizierten Tätigkeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So oder so: Die Ampel muss bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen ganz klare Prioritäten auf die berufliche Bildung setzen.

Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Oliver Kaczmarek für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Oliver Kaczmarek (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist richtigerweise schon darauf hingewiesen worden, dass der Berufsbildungsbericht im Vergleich zum vergangenen Jahr viele positive Trends aufweist. Aber die Wahrheit ist – und dem müssen wir uns auch stellen –: Wenn wir mit dem Blick von mehreren Jahren darauf schauen, müssen wir feststellen: Der Ausbildungsmarkt hat noch nicht wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht. Wir haben insbesondere weniger Ausbildungsstellen, und deshalb ist es für uns notwendig, an der Stelle auch dranzublei-

Das klingt paradox: auf der einen Seite unbesetzte Stellen, auf der anderen Seite die Forderung, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen. Aber wenn wir uns vor Augen halten, was sich in den nächsten Jahren für ein Fachkräftebedarf entwickelt, was allein schon durch die Verrentung der Babyboomer ausgelöst wird, dann wird deutlich: Wir brauchen alle Anstrengungen, insbesondere der Betriebe, aber auch der Gesellschaft, für mehr Ausbildungsplätze, und zwar in allen Regionen, und für die frühzeitige Besetzung der vorhandenen Stellen. Das ist nicht nur eine Aufgabe für ein Jahr, sondern sicherlich für ein Jahrzehnt, das vor uns liegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es ist so wie immer: Der Ausbildungsmarkt weist teilweise tiefgreifende regionale Unterschiede auf. Wir müssen ihn auch regional betrachten. Das ist bei mir zu Hause im Ruhrgebiet anders als in der Lüneburger Heide oder noch woanders. Wir haben derzeit überall unbesetzte Stellen. Aber wir haben – wenn wir uns den langfristigen Trend anschauen, sehen wir das – auch Regionen, in denen wir eher von einer Unterversorgung ausgehen müssen. Deswegen ist es nicht nur wichtig, dass wir den Ausbildungsmarkt regional betrachten, sondern auch, dass wir ein regional abgestimmtes Instrumentarium bereitstellen. Unsere Antwort darauf ist tatsächlich die Ausbildungsgarantie.

Einige Wortbeiträge hier haben deutlich gemacht, dass man noch mal erklären muss, was das ist. Die Ausbildungsgarantie hat zum Ziel, den gelungenen Übergang von der Schule in den Beruf herzustellen, und zwar für die Betroffenen so schnell wie möglich: berufliche Orientierung vor, während und nach der Ausbildung, Hilfen bei der Aufnahme einer Ausbildung, Mobilitätszuschuss. Einiges ist hier schon genannt worden.

Die Ausbildungsgarantie ist die Antwort auf regional unterschiedliche Bedarfe. Sie bietet ein Instrumentarium für den besseren Übergang von der Schule in den Beruf in der Region. Deswegen ist mein Appell und der Appell meiner Fraktion an die Sozialpartner in den Regionen, noch einmal genau hinzuschauen und sich dabei nicht nur auf das jetzige Ausbildungsjahr zu beziehen, sondern auch auf die Jahre davor und auf die, die kommen. Es geht darum, das Instrument der Ausbildungsgarantie jetzt zu nutzen. Die Ausbildungsgarantie hilft, besser zu vermitteln zwischen dem Angebot und der Nachfrage. Sie ist notwendig gewesen, und es ist gut, dass wir sie haben.

))

Oliver Kaczmarek

(A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen Blick werfen auf eine Gruppe von Ausbildungsberufen, die oft nicht so im Fokus stehen. Wir beziehen uns oft auf die Ausbildung im Handwerk und in der Industrie; das ist richtig, das ist notwendig, und das müssen wir auch machen. Ich will mich einmal auf die Sozial- und Gesundheitsberufe beziehen; denn sie haben eine Schlüsselfunktion, nicht nur für den sozialen Zusammenhalt, sondern auch für den Wohlstand in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Alleinerziehende sollen Arbeit aufnehmen; wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern. Wie soll es gelingen, dass sich Menschen entscheiden, mehr Vollzeitarbeit oder mehr Teilzeitarbeit zu leisten, also höhere Stundenzahlen arbeiten zu gehen, wenn wir nicht gleichzeitig Kinderbetreuung und Pflege professionell unterstützen? Die Sozial- und Gesundheitsberufe sind zentral für den sozialen Zusammenhalt und für den Wohlstand in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen müssen wir genau hinsehen. Es ist alarmierend, dass die Kapazitäten der Pflegeschulen im Moment zu 72 Prozent ausgelastet sind; auch das ist regional sehr unterschiedlich. Das macht aber deutlich, dass wir zweierlei brauchen:

(B) Wir brauchen zum einen eine gute und gezielte Vorbereitung, auch auf die Pflegeberufe und die Sozialund Bildungsberufe, Stichwort "Berufsvorbereitung"
oder "Demonstrationszentren". Ich glaube, da können
wir noch eine ganze Menge machen, um mehr Menschen
für diese tollen Berufe zu gewinnen.

Zum Zweiten brauchen wir attraktive Arbeitsbedingungen, weil junge Menschen sich gezielt überlegen: Wo habe ich eine langfristige Perspektive? Auch da haben wir etwas geschafft, beispielsweise mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz oder mit der Tariftreueregelung in der Altenpflege, die bewirkt hat, dass die Löhne in der Altenpflege steigen. Auch das ist ein Beitrag, Menschen dafür zu gewinnen, diese tollen Berufe zu ergreifen. Ich glaube, das ist richtig. Tariftreue an der Stelle wirkt, und wir freuen uns darauf, dass demnächst auch das Tariftreuegesetz hier beraten wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Die nächste Rednerin ist Nicole Gohlke für die Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Nicole Gohlke (Die Linke):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist absurd: In nahezu allen Branchen stehen wir vor einem krassen Fachkräftemangel, aber Deutschland leistet sich (C) fast 3 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss: 19 Prozent der 20- bis 34-Jährigen. Das besagt der aktuelle Berufsbildungsbericht. Wir leisten uns, dass immer mehr junge Menschen die Schule verlassen und dann wirklich im Nirgendwo stranden, etliche von ihnen übrigens mit einem durchaus guten Abschluss, aber trotzdem ohne Perspektive, wie es für sie weitergehen kann. Sie sind schon in jungen Jahren frustriert und entmutigt. So etwas leisten wir uns, und gleichzeitig wissen wir aber nicht, wie wir den Mangel an Pflegekräften und Erziehern, an Handwerkerinnen und Handwerkern oder Technikern beheben sollen. Das ist völlig verrückt!

(Beifall bei der Linken)

Die Wahrheit ist: Das Schul- und Ausbildungssystem gehört reformiert und aufgepäppelt. Es gehört in die Lage versetzt, seinem Bildungsauftrag nachzukommen und nicht nur den Notbetrieb aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der Linken)

Da gehört Geld reingesteckt. Die Arbeitsbedingungen für die Lehrenden gehören attraktiv gemacht, und die Bildungseinrichtungen müssen natürlich auch modern und inklusiv werden.

(Zuruf von der FDP)

Das ist die Antwort, wenn wir nicht jedes Jahr noch schlimmere Zahlen lesen wollen.

(Beifall bei der Linken)

Ich finde es fatal, wenn den jungen Menschen immer wieder eingeredet wird, sie seien selbst schuld, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen. Nein, wenn jedes Jahr 250 000 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden und dann in einem Übergangssystem ohne Aussicht auf einen Berufsabschluss landen, dann läuft da gewaltig etwas schief, und zwar im System und nicht bei den Jugendlichen. Was es jetzt vor allem braucht, ist ein Rechtsanspruch für jeden jungen Menschen auf eine voll qualifizierende Ausbildung

(Beifall bei der Linken)

und nicht nur eine halbgare Ausbildungsgarantie für eine Handvoll Jugendliche. Das ist an dieser Stelle zu wenig.

Was es zudem braucht, ist mehr Commitment vonseiten der Unternehmen und der Betriebe. Es sind keine 19 Prozent der Betriebe mehr, die überhaupt noch ausbilden; aber die fertig ausgebildeten Arbeitskräfte werden dann natürlich ganz gerne von allen genommen. Deswegen müssen wir darüber reden, wie wir mehr Unternehmen dazu bringen, auch selbst auszubilden.

(Beifall bei der Linken)

Deswegen sage ich: Legen Sie endlich ein Konzept vor für eine solidarische Ausbildungsplatzumlage, damit die Betriebe, die ausbilden, gut unterstützt werden können, der Rest sich aber nicht weiter aus der Verantwortung stehlen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

(A) Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Kai Gehring für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Letztes Jahr wurden in Deutschland Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von über 14 Gigawatt installiert, fast doppelt so viele wie im Vorjahr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Erneuerbare-Energien-Boom ist auch das Werk top ausgebildeter Handwerkerinnen und Handwerker. Für die digitale und klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft brauchen wir akademisch und beruflich Ausgebildete gleichermaßen, also es braucht Master und mehr Meister.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Gut ausgebildete Fachkräfte sorgen an vielen Stellen dafür, dass unser Land funktioniert: in Krankenhäusern und Arztpraxen, von Verkehrsbetrieben bis hin zu Kitas. Sie versorgen, sie erziehen, sie sanieren, sie packen an und erarbeiten unseren Wohlstand.

2023 haben sich 489 200 junge Menschen für eine Berufsausbildung entschieden. Zum dritten Mal in Folge ist diese Zahl gestiegen; das ist gut. Es gibt wieder mehr Ausbildungsplätze und eine höhere Nachfrage. Junge Menschen sehen also in der Ausbildung die Chance auf eine attraktive Karriere. Und auch das ist gut so! Der Blick auf die Zahlen des Berichts zeigt aber auch, dass viele Potenziale ungenutzt bleiben. Rund 73 000 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt, während über 26 000 Personen keinen Platz fanden. Das heißt, dass das Matching dringend noch besser werden muss.

Rund 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss; darauf haben viele Kolleginnen und Kollegen hingewiesen. Das ist zum einen eine schwere Hypothek der Vorgängerregierung und zum anderen eine des Schulsystems. Deshalb brauchen wir hier dringend eine Trendwende hin zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wir müssen Angebot und Nachfrage besser zusammenbringen, Bildungsqualität steigern und alle Potenziale heben, und das Ganze müssen wir gemeinsam tun; denn das duale System ist ein Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern und Kommunen, gemeinsam mit Schulen, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Kammern und der Bundesagentur für Arbeit. Die müssen noch enger kooperieren

Wir haben vieles initiiert, das auch wirken wird. Seit dem 1. April gilt die Ausbildungsgarantie, mit der junge Menschen auch ohne Ausbildungsbetrieb eine voll qualifizierende Ausbildung beginnen können. Wir starten endlich mit dem Pakt für berufliche Schulen und stärken seit

vielen Monaten die Gleichwertigkeit von beruflicher und (C) akademischer Bildung, unter anderem auch mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung; denn die steigert die Attraktivität der Berufsausbildung. Und wir sorgen für bessere Berufsorientierung; das ist so wichtig, gerade auch an den Gymnasien, um deutlich zu machen: Ein Studium ist nicht das allein Glückseligmachende.

Das Programm "Junges Wohnen" ist wahnsinnig wichtig. Zehn Jahre wurde im Land diskutiert, dass nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende Wohnraum brauchen. Wir machen es. Und als Grüne setzen wir uns weiter dafür ein, dass auch Azubis ein vergünstigtes Deutschlandticket bekommen. Wir dürfen kein Talent zurücklassen. Deshalb ist es so wichtig, besser und gezielt in unser ganzes Bildungs- und Ausbildungssystem zu investieren. Ich freue mich auf die weiteren Debatten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Thomas Jarzombek für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die duale Ausbildung ist eine wirklich große Stärke des Standorts Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und wir tun gut, daran weiter zu arbeiten. An dieser Stelle möchte ich erst einmal allen jungen Menschen, die sich für eine berufliche Ausbildung entschieden haben oder gerade eine machen, sagen: Ihr macht das Richtige.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Eine berufliche Ausbildung ist ein guter Grundstock, ein gutes Fundament für eure berufliche Zukunft. – Und so mancher Meister verdient auch deutlich mehr als der eine oder andere Masterabsolvent.

Ich möchte an dieser Stelle auch den Betrieben und den Unternehmerinnen und Unternehmern danken, insbesondere den kleineren und mittleren Unternehmen. Ich weiß aus meinem eigenen Betrieb – zu meiner Zeit hatten wir zwei Auszubildende –, wie viel Arbeit und Mühe und Entbehrungen darin stecken, um jungen Menschen etwas beizubringen. Großen Respekt für Ihre Leistung – vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Bei all den positiven Daten, die es hier heute aus dem Bericht zu verkünden gibt – meine Kollegen Stephan Albani und Norbert Altenkamp haben es schon gesagt –, möchte ich den Blick auf ein großes Problem lenken: 630 000 junge Menschen machen weder eine Ausbil-

Thomas Jarzombek

(A) dung, noch haben sie eine abgeschlossen, noch sind sie in Arbeit. Das sind so viele Menschen, wie in Düsseldorf insgesamt wohnen. Hier müssen wir ran. Hier müssen wir etwas tun. Das kann uns nicht ruhen lassen.

Meine Damen und Herren, wir haben als CDU im letzten Jahr sehr lange über unser Grundsatzprogramm diskutiert und letzte Woche auch einen klaren Beschluss dazu gefasst: Die Probleme entstehen vor allem im Zeitraum vor der Grundschule. Jedes vierte Kind verlässt die Grundschule, ohne richtig lesen und schreiben zu können – jedes vierte Kind. Das können wir so nicht mehr hinnehmen; denn die weiterführenden Schulen können das nicht mehr auffangen. Das mündet am Ende darin, dass junge Menschen nicht ausbildungsfähig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was wir tun müssen, ist, verbindliche, verpflichtende Tests im dritten und vierten Lebensjahr einzuführen: Sprachtests, aber auch andere Tests, mit denen wir Kompetenzen herausfinden können. Und dann muss es eine verpflichtende Vorschule geben. Meine Damen und Herren, wir fangen damit an. In Schleswig-Holstein wird jetzt das Vorschulprogramm ausgeweitet. Nordrhein-Westfalen beispielsweise beginnt mit digitalen Assessments und auch mit verpflichtender Vorschule. Wir alle sind aufgerufen, in unseren Bundesländern, aber auch unterstützt mit Programmen des Bundes, mehr zu tun. Sie haben das Startchancen-Programm verabschiedet. Es ist immer noch nicht da, es ist zu klein, es kommt zu spät. Wir müssen in den ersten sechs Lebensjahren ansetzen. Das ist unsere zentrale Aufgabe, um den jungen Menschen eine Perspektive zu geben

(Beifall bei der CDU/CSU)

und um das Viertel der jungen Menschen, die heute Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, wirklich so zu fördern, dass sie zum Erfolg kommen. Lassen Sie uns daran arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der letzte Redner in dieser Aussprache ist Hannes Walter für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hannes Walter (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche gerne über ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt: die duale Ausbildung im Handwerk. Diese Ausbildung made in Germany steht für Qualität und ist ein weltweiter Exportschlager.

Liebe Frau Bundesbildungsministerin, ich bin dankbar, dass Sie angesprochen haben, wie wichtig die Berufsberatung ist. Ich würde an dieser Stelle gerne vorschlagen, dass wir das SGB III so ändern, dass nicht nur die Arbeitsagenturen zur Berufsberatung berechtigt sind, sondern auch die Handwerkskammern und die Industrieund Handelskammern. Es ist ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir hier vorangehen und die jungen Leute wissen,

welche Berufe es gibt, welche Berufe man erlernen kann. (C) Und ich freue mich, dass viele junge Leute auf der Besuchertribüne sitzen.

(Beifall der Abg. Maja Wallstein [SPD])

Es gibt über 133 Handwerksberufe, die man erlernen kann. Da ist für jeden was dabei. Sucht euch einen aus, und dann geht es los.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Friedhelm Boginski [FDP])

Ich selber habe meine Berufsausbildung als Kfz-Mechaniker 2004 abgeschlossen. Danach habe ich leider nur BWL studiert; aber ich bin jetzt trotzdem hier. Das Oberstufenzentrum Elbe-Elster, das ich besucht habe, wird derzeit mit Bundesmitteln erweitert. Auch hier zeigen wir: Wir legen einen wirklich großen Schwerpunkt auf die Berufsausbildung.

(Beifall der Abg. Maja Wallstein [SPD])

Der Fokus liegt dabei zu 100 Prozent auf Digitalisierung und einer modernen Ausstattung – genau so muss es sein.

Wir haben in Deutschland mehr als 1 Million Handwerksbetriebe. Ich weiß aus den Gesprächen, die ich deutschlandweit mit diesen Betrieben führe, dass wir vor großen Herausforderungen stehen; der Fachkräftemangel wurde angesprochen. Aber es wurden letztes Jahr, nicht nur bei der Handwerkskammer Cottbus, sondern auch deutschlandweit – nach dem Vorbild der Lausitz, liebe Maja Wallstein –, mehr Ausbildungsverträge (D) abgeschlossen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedhelm Boginski [FDP])

Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehören bessere Mobilitätsangebote, und – Jessica Rosenthal hat es schon erwähnt – wir brauchen auch Wohnraum für junge Menschen. Im Vergleich zum Studium gibt es Azubi-Wohnheime und Azubi-WGs in Deutschland leider viel zu selten.

Der vielleicht wichtigste Aspekt ist aber die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Bildungswege gleichermaßen respektiert und gefördert

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Friedhelm Boginski [FDP])

Ein wirklich positives Beispiel dafür ist das triale Studium. Dabei kann man neben einer Berufsausbildung auch einen Bachelorabschluss und einen Meister im Handwerk machen.

In diesem Sinne rufe ich dazu auf, gemeinsam für eine starke und zukunftsfähige Ausbildung im Handwerk einzutreten. Lassen Sie uns die Chance nutzen, die das Handwerk bietet, um unsere Gesellschaft zu stärken und zu gestalten.

Vielen Dank und Glück auf!

Hannes Walter

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten (A) des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/11311 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann machen wir das so.

Wir gehen weiter in der Tagesordnung. – Bitte beeilen Sie sich mit dem Sitzplatzwechsel.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China

Drucksachen 20/9323, 20/11424

Für die Aussprache ist eine Dauer von 39 Minuten vereinbart. – Spätestens jetzt müssten Sie alle sitzen. Das scheint halbwegs der Fall zu sein.

Dann eröffne ich die Aussprache, und das Wort erhält für die Bundesregierung die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Franziska Brantner.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dr. Franziska Brantner, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke der CDU/CSU dafür, dass sie dieses wichtige Thema "Umgang mit China" auf die Tagesordnung setzt. Es ist richtig, wenn festgestellt wird, dass sich Chinas Politik in den letzten zehn Jahren geändert hat. Wir sehen, dass Freiheitsräume geschlossen wurden; da brauchen wir noch gar nicht über Xinjiang und Zwangsarbeit zu reden. Wir sehen aber auch, dass China sehr konsequent in den Aufbau von Lieferketten bei neuen Technologien, etwa bei digitalen oder bei den Erneuerbaren oder in der E-Mobilität, investiert hat und sehr strategisch vorgegangen ist. Dadurch haben wir es heute mit entsprechenden Abhängigkeiten zu tun.

Wir wissen, dass sich China zum Beispiel bis heute immer noch nicht zum Beschaffungsinstrument der WTO bekennt. Das heißt, wir gestatten den Zugang zur Vergabe unserer öffentlichen Aufträge, und auf der anderen Seite ist das eben nicht immer entsprechend der Fall. Wir wissen aber auch, Herr Spahn, dass diese Entwicklung nicht ganz neu ist und nicht erst in den letzten zwei Jahren entstanden ist, sondern dass die China-Politik der letzten zehn Jahre auch maßgeblich durch die Vorgängerregierungen geprägt wurde. Das, was neu hinzugekom-

men ist, sind noch stärkere Überkapazitäten und unfaire (C) Handelspraktiken und natürlich die Rolle Chinas im Ukrainekrieg.

Aber China ist auch ein spannender, großartiger Wachstumsmarkt - momentan nicht der stärkste, aber ein relevanter Innovations- und Exportmarkt für unsere

Sie haben konkrete Punkte aufgeschrieben, und es ist gut, dass Sie das getan haben. Weite Teile davon haben wir nicht nur adressiert, sondern auch schon abgearbeitet.

Erster Punkt von Ihnen: Rohstoffimporte und Identifikation von Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten. Das haben wir nicht nur deutschlandweit gemacht, sondern EUweit haben wir genau das aufgearbeitet: die Stoffe identifiziert, die Abhängigkeiten aufgezeigt. Da einen Haken dran: schon gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Und: Wir haben nicht nur die Probleme identifiziert, sondern auch schon Konsequenzen ergriffen, unter anderem mit dem europäischen Rohstoffakt und, auf deutscher Seite, auch mit dem Rohstofffonds.

Zweiter Punkt. Exportumfang und staatliche Absicherung von Auslandsinvestitionen sollen wir uns anschauen - haben wir gemacht, da einen Haken dran. Auch das haben wir schon abgearbeitet, indem wir nämlich gesagt haben: Wenn in einem Land der Anteil an den Gesamtgarantien über 20 Prozent ist, wird das Garantieentgelt leicht erhöht: von 0,5 auf 0,55 Prozent. Und wir (D) haben für diese Länder dann auch einen Plafond eingezogen: 3 Milliarden Euro pro Konzern pro Land. Auch hier: Hausaufgaben schon gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Jens Spahn [CDU/CSU]: Wenn es denn so wäre!)

Sie haben dann als nächsten Punkt De-Risking bei bestimmten Importgütern angesprochen. Auch das haben wir gemacht, zum Beispiel im Bereich Medizin: Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitsministerium sind mit uns zusammen sehr konsequent genau diese Abhängigkeiten durchgegangen. Auch hier: Haken dran -

Ist deswegen alles geklärt? Nein. Wir haben weiterhin große Herausforderungen. Wir wissen, dass wir bei Exporten und auch bei Innovationen Abhängigkeiten haben von einem Land, das sich nicht immer an das Level Playing Field hält, das nicht immer reziprok handelt und zusätzlich ein Systemrivale ist.

Wir wissen, dass China auf technologische Unabhängigkeit setzt und dass es das sehr stark macht, und wir wissen, dass wir nicht den amerikanischen Weg mit hohen Zöllen und einer Abschottung des Marktes gehen wollen. Präsident Macron hat deswegen jetzt gesagt und dazu aufgerufen: Wir müssen Reziprozität neu durchbuchstabieren, neu gestalten. - Und wir haben jetzt natürlich die Aufgabe, das zu beantworten.

Parl. Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner

(A) In unserer Industrie gibt es sehr widersprüchliche Interessen: Was die einen gut finden, finden die anderen schlecht. Was die einen fürchten, wünschen sich die anderen

(Zuruf des Abg. Stefan Rouenhoff [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Frau Kollegin, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass Sie jetzt die Redezeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen beanspruchen.

Dr. Franziska Brantner, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz:

Zwei Sätze noch. – Herr Spahn, wenn Sie es in Ihrem Antrag ernst meinen, dass das auf Konsens aufbauen soll, dann lassen Sie uns uns gemeinsam hinsetzen und überlegen, wie wir hier was Gutes aufbauen, das die noch verbleibenden Herausforderungen wirklich angeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächster Redner ist Jens Spahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Jens Spahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin, wenn es denn so wäre mit Ihrer China-Strategie! Wir müssen nach einem Jahr eigentlich sagen: Ihre China-Strategie ist das Papier nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum? Wissen Sie, Ihre China-Strategie sieht eine bessere Abstimmung mit der EU vor, mit der Europäischen Union. Aber was passiert? Der Kanzler fährt nach China, und das Erste, was er macht, noch bevor er in Peking angekommen ist: Er stellt die Maßnahmen der EU, was die Antidumpingüberprüfung bei den E-Autos angeht, infrage.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Er ist noch nicht mal angekommen in Peking und untergräbt die Autorität der EU-Kommission.

Präsident Macron lädt den deutschen Bundeskanzler ein, um in Paris gemeinsam mit Präsident Xi und der Kommissionspräsidentin zu reden. Europa hätte gemeinsam stark auftreten können. Was macht der Kanzler? Er sagt ab, brüskiert Frankreich, schadet der EU. So wird das nichts mit einer abgestimmten Strategie innerhalb der Europäischen Union.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Sebastian Roloff [SPD])

Eine China-Strategie zu haben, hieße auch, einheitlich und kohärent zu handeln. Aber in Wahrheit, Frau Staatssekretärin, haben Sie doch drei verschiedene Strategien: Der Kanzler macht sein Ding, von COSCO bis hin zur (C) Schwächung der EU, gerade angesprochen. Er führt – ja, das ist auch richtig – ausdrücklich die Gespräche in Peking. Die FDP-Minister fahren nach Taiwan, ohne Absprache mit irgendjemandem.

(Gyde Jensen [FDP]: Stimmt ja nicht!)

Der grüne Wirtschaftsminister war noch nie in China. Die grüne Außenministerin nennt den chinesischen Präsidenten einen "Diktator".

(Zuruf der Abg. Gyde Jensen [FDP])

Unabhängig davon, welche Position man von den dreien jetzt richtig findet: Eine kohärente, einheitliche, gemeinsame Linie ist das nicht. Sie handeln nach dem Motto "Jeder in der Ampel macht seins", und damit ist diese Strategie das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Maik Außendorf [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und sowieso – auch das soll mal gesagt sein –: Die Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland hat den chinesischen Präsidenten einen "Diktator" genannt. Ich frage mal: Wem hat das eigentlich geholfen? Hat das für irgendjemanden in China die Lage verbessert? Hat es irgendjemandem auf dieser Welt geholfen? Oder hat es nicht, andersherum, die Position der Bundesregierung, die Position Deutschlands geschwächt?

Ich habe, wie andere auch, in den Gesprächen in Peking gemerkt: Unsere Außenministerin wird dort aktuell (D) nicht mehr ernst genommen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Wenn wir wirklich was für Menschenrechte beim Thema Zwangsarbeit erreichen wollen, dann müssen wir doch Gesprächskanäle haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und deswegen muss es aufhören, dass Außenpolitik viel zu oft eigentlich als Innenpolitik gemacht wird. Es wird die eigene Blase hier bedient, und es werden nicht außenpolitische Interessen vertreten. Das schadet am Ende dem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine China-Strategie beginnt zudem zuerst daheim. Was ist denn Deutschlands Hebel in der Welt? Unsere wirtschaftliche Stärke. Warum wollen China, Indien und andere mit uns auf Augenhöhe reden, ja, auch verhandeln? Weil wir Exportnation sind, weil wir eine der größten Volkswirtschaften der Welt sind,

(Zuruf von der AfD: Waren!)

weil wir ein innovatives Industrieland sind – noch.

Denn nie waren die Bedingungen so schlecht. Wir sind das einzige Industrieland, das schrumpft. Investitionen wandern ab; der Standort wird immer unattraktiver. Wer soll eine Bundesregierung des Abschwungs im Ausland eigentlich ernst nehmen?

(A) Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Otto Fricke?

Jens Spahn (CDU/CSU):

Ich mache den Gedanken zu Ende; dann kann der Kollege Fricke fragen. – Souveränität entsteht nicht aus Abgrenzung und Abkopplung; Souveränität entsteht zuerst aus eigener Stärke. Und deswegen: Tun Sie zuerst mal etwas für Wachstum daheim! Dann klappt es auch mit der China-Strategie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Gut, ich lasse die Zwischenfrage jetzt noch zu. Bitte schön.

Otto Fricke (FDP):

Danke, Frau Präsidentin. Danke, Herr Spahn, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben gerade kritisiert, dass die Außenministerin Herrn Xi als "Diktator" bezeichnet hat. Dann würde ich, weil ich mich als Haushaltspolitiker in solchen Dingen nicht so ganz auskenne, Sie fragen, ob nach Ihrer Meinung Herr Xi ein Diktator ist oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jens Spahn (CDU/CSU):

(B) Herr Kollege Fricke, soweit wir uns kennen, weiß ich: Eigentlich Sie sind ja durchaus auch mit außenpolitischen Fragen und bilateralen Kontakten vertraut. Die Frage ist eine andere, und die habe ich ja gerade auch –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Otto Fricke [FDP]: Nee, nee, nee! Nein, nein! Sie haben das kritisiert! Dann haben Sie Ihre Meinung! – Reinhard Houben [FDP]: Nein, die Frage ist eindeutig! – Mike Moncsek [AfD]: Er hat das gar nicht verstanden!)

- Herr Kollege Fricke, mit der Freiheit müssen Sie umgehen: Sie können Ihre Fragen stellen; ich kann meine Antworten geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit müssen Sie schon klarkommen.

(Reinhard Houben [FDP]: Sie sagen mir jetzt, was für Werte wir haben! – Dr. Sandra Detzer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch eine klare Antwort, Herr Spahn! Mehr müssen wir doch gar nicht wissen!)

Die Frage ist eine andere: Hat die Aussage der Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland – das ist nicht irgendjemand, nicht irgendeine Abgeordnete, nicht irgendein Bürger,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Kristian Klinck [SPD]: Völlig entlarvend, Ihre Antwort! – Sebastian Roloff [SPD]: Ja oder nein? Ja oder nein?)

sondern die Außenministerin der Bundesrepublik (C) Deutschland – für irgendjemanden in China irgendetwas verbessert? Oder hat es nicht unsere Chancen, mit einem solchen Hebel irgendwas zu erreichen für die Menschen, verschlechtert?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer wirklich etwas erreichen will für Menschenrechte, wer wirklich etwas erreichen will gegen Zwangsarbeit, der äußert sich als Außenministerin öffentlich nicht so, sondern der kümmert sich in Gesprächen in Peking.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aktuell wird die Ministerin doch gar nicht mehr in Peking empfangen. Das ist das eigentliche Problem, und das schadet der Bundesrepublik Deutschland.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: So, noch eine Frage! – Dr. Kristian Klinck [SPD]: Unfassbar!)

 Dass Sie Russlandfreunde hier noch rumschreien. – Ah, nein, die SPD war das. Das verwischt da hinten etwas zwischen Linkspartei und SPD. Deswegen habe ich jetzt den Falschen adressiert. Ich dachte, es wäre die Linkspartei gewesen. Das ziehe ich zurück.

(Takis Mehmet Ali [SPD]: BSW!)

- Na ja, ihr sitzt da ja alle munter miteinander.

(Zurufe von der SPD)

China und Deutschland haben in den letzten 30 Jahren wirtschaftlicher Beziehungen stark voneinander profitiert. Wenn diese wirtschaftlichen Beziehungen reziprok sind, fair sind, auf einem Level Playing Field, dann ist das okay, dann kann man sie auch ausbauen. Aber China ändert sich massiv, wird autokratischer, protektionistischer, auch imperialer, und das Ziel der Reziprozität rückt in weite Ferne. Deswegen, ja, müssen wir stärker differenzieren, auch in der Frage: Wo sind wir eigentlich wie abhängig? Es gibt Fragen, bei denen es um unsere Souveränität bei Halbleitern, Biotechnologie, Militärtechnologie geht. Da müssen wir die Dinge auch selbst können, und da ist es richtig, auch mit Unterstützung – mit Milliarden, mit Rahmensetzung – Souveränität herzustellen.

Es gibt Bereiche, in denen wir im Wettbewerb sind: Automotive, Maschinenbau, aktuell Elektroautos. Da geht es um ein Level Playing Field, um Reziprozität, und da muss klar sein: Was deutschen Unternehmen in China nicht erlaubt ist, darf chinesischen Unternehmen in Deutschland und Europa nicht erlaubt sein. Da müssen wir klar handeln. Das ist die einzige Sprache, die Peking versteht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und – auch das sei gesagt –: Es gibt Massenprodukte, bei denen sich die Frage der Souveränität nicht stellt: Spielzeug, Bekleidung und nach meiner Einschätzung übrigens auch im Bereich der Solarpaneele. Man könnte etwas überspitzt sagen: Wenn China bei einem Massenprodukt wie Solar mit Milliarden den Ausbau hier in Europa fördert, dann muss das ja nicht nur zu unserem Schaden sein.

))

Jens Spahn

(A) (Lachen des Abg. Mike Moncsek [AfD])

Insofern würde ich sagen: Lasst uns mal anfangen, da zu differenzieren!

(Zuruf der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

– Nein, es sind alle immer in den Reflexen; alles ist sofort eine Souveränitätsfrage. Das, glaube ich, ist nicht klug.

Ich glaube, wir müssen in dieser Debatte stärker und besser differenzieren. Von daher unser Vorschlag: Wir brauchen mehr China-Kompetenz. – Das sagen alle.

(Markus Töns [SPD]: Für mich widerspricht sich das nicht!)

Wir brauchen mehr China-Kompetenz hier im Deutschen Bundestag.

(Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

Unser Vorschlag ist: institutionalisiert, eine Kommission aus Experten, aus Abgeordneten, die einmal jährlich tief reingeht und prüft: Wo sind Abhängigkeiten? Wo sind diese problematisch? Welche Maßnahmen können wir ergreifen, um sie zu adressieren? Nur wenn wir tiefer einsteigen und uns schlauer machen, können wir den entscheidenden Unterschied machen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss?

Jens Spahn (CDU/CSU):

(B)

Ja, aber ein Letztes noch: Wissen Sie, Sie selbsternannte Patrioten: spionieren für China und hier rumkrakeelen. Am Ende sind Sie vaterlandslose Gesellen. Deswegen sollten Sie in dieser Debatte ruhig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Widerspruch bei der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächster Redner ist Esra Limbacher für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Esra Limbacher (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Spahn, in einem Punkt muss ich Ihnen recht geben: Innenpolitik ist nicht gleich Außenpolitik. Diese Botschaft sollten Sie aber nicht an uns richten, sondern an Ihren Parteikollegen Herrn Söder, der genau das in China betreibt, indem er nämlich versucht, Innenpolitik zu Außenpolitik und Außenpolitik zu Innenpolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU: Hä?)

Das ist ein großer Fehler. Die Kritik ist richtig, aber an der (C) falschen Stelle.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

In den letzten Monaten wurde auch hier im Bundestag viel darüber diskutiert, wie der richtige Umgang Deutschlands mit der Volksrepublik China ist, zuletzt über den Antrag der Unionsfraktion. Ich finde, das war richtig und vor allen Dingen überfällig. Richtig, weil sich in den vergangenen Jahren vieles verschoben und verändert hat. China spielt nicht mehr nach den Regeln der internationalen Weltordnung, auch nicht im Bereich der Wirtschaft. Und überfällig, weil dennoch in den letzten Jahren in Deutschland eines immer gefehlt hat, nämlich eine kohärente Strategie, ein Selbstverständnis der Bundesregierung, wie wir mit diesem veränderten China umzugehen haben und umgehen wollen.

Das haben wir mit der China-Strategie der Bundesregierung und den chinapolitischen Leitlinien des Bundeswirtschaftsministeriums geändert, und das zeigt: Wir sind nicht blind, und wir sind nicht naiv. Wir wollen Kooperation mit China, aber auf Augenhöhe und entlang nationaler und europäischer Interessen. Diese Bundesregierung geht auch international wirtschaftspolitische Herausforderungen, wie ich finde, aktiv an.

Lassen Sie mich eines ganz deutlich sagen: Es ist ein gutes Zeichen, dass unser Bundeskanzler in diesen schwierigen Zeiten bereits zum zweiten Mal in China zu Gast war und mit dem Präsidenten gesprochen hat. Es ist doch offensichtlich ein Irrglaube, Konflikte nur mit Konfrontation lösen zu können.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, sage es den Grünen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen diesen Austausch heute dringender denn je!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das bedeutet ja nicht, dass solch ein Besuch ohne kritische Worte stattfindet, dass die deutschen und europäischen Interessen gegenüber der Volksrepublik vernachlässigt werden. Dazu zählt natürlich, auch heute hier klar zu sagen: Die staatlich subventionierte Überkapazität der chinesischen Industrie ist ein echtes Problem und bedroht europäische Wertschöpfung und europäischen Wohlstand ganz konkret.

Nein, unter Wirtschaftspartnern muss klar sein: Faire Wettbewerbsbedingungen sind die grundlegende Voraussetzung für einen fairen und guten Handel untereinander. Wir dürfen uns da sicherlich nicht an der Nase herumführen lassen und müssen uns weiter dafür einsetzen, dass sich China an die Regeln der freien und fairen Marktwirtschaft hält. Das ist im Interesse unserer Unternehmen, im Interesse Deutschlands und langfristig auch im Interesse Chinas. Am Ende profitiert nämlich niemand von einem Subventions- und Strafzollwettlauf. Deswegen bin ich froh, dass der Kanzler in dieser Sache seriös, besonnen und bestimmt handelt. Und ich bin davon überzeugt, dass wir zusammen mit unseren europäischen Partnern einen Weg finden, wie wir zukünftig handelspolitisch mit China umgehen werden.

(D)

(D)

Esra Limbacher

(A) Andere Politiker in Deutschland haben indes gezeigt, wie es nicht geht – ich habe es schon erwähnt, Herr Spahn, und kann Ihnen das leider nicht ersparen – : Das hat nämlich vor Kurzem der bayerische Provinzpolitiker Söder bewiesen: Lustige Panda-Bilder, Unterwürfigkeit und Duckmäusertum sind eben nicht die richtige Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, lieber Herr Spahn, das schwächt unser Land und unsere Verhandlungsposition gegenüber der Volksrepublik wirklich; das muss man an dieser Stelle ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

An die Adresse der AfD: Sie dürfen ja heute noch reden. Wer soll Ihnen aber bei diesen Reden überhaupt noch zuhören, wenn es um China geht? Jeder hier weiß doch, dass die AfD in Deutschland nicht für Deutschland arbeitet, sondern für Putin und China. Sie lassen sich von Autokraten einspannen,

(Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

machen sich zum Vasallen der Demokratiefeinde und verraten unser Land offensichtlich jeden Tag; das muss man hier auch noch mal in dieser Debatte ganz klar so betonen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömming [AfD])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Esra Limbacher (SPD):

Ich komme zum Schluss und sage: Das ist ein wichtiger Antrag, in dem Fall von der Unionsfraktion. Wir können dem Vorschlag leider nicht folgen. Wir halten die Einsetzung einer solchen Kommission nicht für zielführend.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit ganz im Sinne der Idee: mehr China-Kompetenz in unserem Parlament, weniger Bestechung.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Dr. Malte Kaufmann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Malte Kaufmann (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Bürger! Herr Limbacher, Herr Spahn, wenn Sie uns hier vorwerfen, irgendwie für China zu arbeiten:

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Nicht irgendwie! (C) Offensichtlich!)

Es ist schon sehr haarsträubend, solche Verleumdungen in den Raum zu stellen. Bei uns gab es einen Fall

(Sebastian Roloff [SPD]: Bisher! – Weitere Zurufe von der SPD)

eines Mitarbeiters eines Abgeordneten im EU-Parlament, der offenbar vom Verfassungsschutz eingeschleust

(Dr. Johannes Fechner [SPD]: "Eingeschleust"?)

wurde bzw. Kontakt hatte.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Was ist mit Herrn Bystron?)

Dem wurde gekündigt.

Und bei Ihnen? Sie haben einen der größten Spenderskandale in Nordrhein-Westfalen am Hals. Gerade kam die Meldung, dass sogar der Innenminister der CDU, Reul, mit Schleusergeld Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen gemacht hat.

(Zurufe von der AfD: Aha!)

Sie sollten sich für solche Verleumdungen schämen und erst mal in Ihrem eigenen Laden kehren und aufräumen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz Frömming [AfD]: Reiche Chinesen waren das übrigens! – Leni Breymaier [SPD]: Sagen Sie auch noch etwas zum Antrag?)

Den Antrag der Union, eine Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China einzusetzen, unterstützen wir. Wir sehen auch überhaupt gar keinen Grund, das ablehnen zu wollen. Frau Brantner, wenn Sie das im Ministerium schon untersucht haben, ist das ja gut; man kann das einfließen lassen. Aber wir wollen das Parlament damit befassen und nicht den inkompetenten Wirtschaftsminister weiter mit der Untersuchung solcher Verstrickungen betrauen.

Wir müssen kritische Infrastruktur und deutsche Schlüsselindustrien schützen, auch und gerade vor zu viel Einfluss aus dem Ausland. Das Beispiel KUKA-Industrieroboter – seit 2016 in chinesischer Hand – sollte uns da als mahnendes Beispiel präsent sein. Wenn man jetzt ganz aktuell die rasanten chinesischen Fortschritte beim Bau humanoider Roboter sieht, erkennt man, welche Gefahren durch den Abfluss von Know-how gerade im Hightechbereich drohen.

Der Schutz unseres mühsam erarbeiteten Wissens ist also elementar für deutsche Interessen. Allerdings muss dies in vernünftiger Art und Weise erfolgen und darf unsere guten wirtschaftlichen Beziehungen mit China nicht aufs Spiel setzen. Solche Überlegungen erkennen wir auch in Ihrem Antrag, liebe Kollegen von der Union. Es sollen Lieferketten untersucht werden, um dabei Abhängigkeiten aufzudecken, gerade im Bereich maßgeblicher Technologien. Das ist gut; denn unser Land darf sich zu große Abhängigkeiten von Produkten aus einzelnen Ländern nicht leisten – auch nicht aus China.

Dr. Malte Kaufmann

(A) Ferner sollen Abhängigkeiten von Exportmärkten und deutschen Auslandsinvestitionen analysiert werden. Auch hier klare Zustimmung; denn wer zu stark von einzelnen Regionen auf der Welt abhängig ist – egal welche es sein mögen –, ist natürlich nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht einem unnötig hohen Risiko ausgesetzt, sondern auch politisch leicht unter Druck zu setzen.

(Beifall bei der AfD)

Zudem sollen Investitionen von chinesischer Seite in die kritische Infrastruktur überprüft werden, auch hinsichtlich der Frage, ob man diese in Zukunft restriktiver handhaben möchte; Herr Spahn hat das Thema Reziprozität oder Wechselseitigkeit ja bereits angesprochen.

Schließlich sollen als letzte Teilaufgabe der geplanten Kommission Möglichkeiten zum Abbau von identifizierten Abhängigkeiten beleuchtet werden.

Ganz generell sieht die AfD beim Blick auf die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen die Gefahr, dass deutsche Interessen durch die Naivität der Ampel – Stichwort "feministische Außenpolitik" – nicht ausreichend gewahrt werden. Insbesondere muss endlich auch berücksichtigt werden, dass auf chinesischer Seite häufig große Staatskonzerne mit entsprechender Finanzkraft hinter diesen Investments stehen, während deutsche Unternehmen in China aus eigener Kraft agieren müssen. Da ist also keine Waffengleichheit. Und diesem Umstand muss die Politik in Zukunft durch passende Regelungen Rechnung tragen.

(B) (Beifall bei der AfD)

Kurz gesagt: Wir dürfen uns nicht über den Tisch ziehen lassen und müssen unsere Interessen klug und klar vertreten, ohne aber die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen mit China zu gefährden. Dafür und nur dafür steht die Politik der AfD. Wir sind die einzige echte patriotische Kraft und Partei in diesem Parlament.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Johannes Fechner [SPD]: Da müssen Sie selber lachen!)

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Reinhard Houben für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reinhard Houben (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stichwort "Serviceregierung", lieber Jens Spahn: Minister Habeck fliegt vom 17. bis 21. Juni nach China. Das ist von denen, die aus der Union eingeladen worden sind, vielleicht noch nicht zu Ihnen durchgedrungen; das wollte ich zunächst nur mal kurz bemerken.

(Beifall des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD] – Jens Spahn [CDU/CSU]: Hat ja nur zweieinhalb Jahre gedauert!)

Zweitens. Es ist völlig unstrittig, dass wir uns mit (C) China intensiv beschäftigen müssen. China ist einer der größten Handelspartner Deutschlands. Vor einem knappen Jahr hat die Bundesregierung auch deswegen eine umfangreiche China-Strategie vorgelegt. Die Anhörung dazu – das ist vielleicht das Beste an dem ganzen Antrag, den Sie hier eingebracht haben – war wirklich interessant. Wenn Sie also sagen, wir tun da nichts: Das ist falsch! – Die Bundesregierung unterstützt beispielsweise über den Haushalt MERICS, das Mercator Institute for China Studies. Deren Experte hat in der Anhörung gesagt: Wir sind in einer neuen Phase der geopolitischen Globalisierung, und der Bundestag ist gut beraten, Kompetenz aufzubauen, um bei der Analyse von strategischen Abhängigkeiten, Handlungskompetenzen etc. selbstständiger zu werden und besser aufgestellt zu sein. – Das ist eine größere Herausforderung als nur China allein. Also, meine Damen und Herren, es geht natürlich nicht nur um China.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt möchte ich aber die Nebelkerze, die Sie hier gezündet haben, mal etwas beiseiteschieben und zu Ihrem Antrag kommen. Dazu würde der Rheinländer, der Kölner vielleicht sagen: Wat soll dä Quatsch?

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist so das Niveau Ihrer Debatte!)

Ich will es Ihnen gerne erklären.
 Lieber Herr Spahn, wir haben am Anfang der Legislaturperiode angeregt, einen Unterausschuss zum Thema Handel einzuführen.

Da bin ich damals nach Rücksprache mit den Obleuten von SPD und Grünen zum Kollegen Durz gegangen und habe gesagt: Lieber Kollege Durz, ist es nicht im gemeinsamen Interesse, einen Unterausschuss Handel einzuführen? Daraufhin hat der Kollege Durz gesagt: Ja, ich hole mal Feedback aus meiner Fraktion. – Das ist ja vollkommen in Ordnung. Und er kam dann nach zwei Wochen wieder zurück zu mir und sagte: Tut mir leid, Herr Houben, das wollen wir nicht.

(Markus Töns [SPD]: Hört! Hört! So ist das gewesen! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Es geht um eine Expertenkommission!)

Denn Handelsthemen sind so wichtig; die müssen wir zwingend im Wirtschaftsausschuss debattieren. Deswegen wollen wir dazu als CDU/CSU-Fraktion keinen Unterausschuss gründen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Markus Töns [SPD]: So ist das!)

Dann finde ich einen solchen Antrag einfach nur noch unehrlich, Herr Spahn.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Sie haben es nicht verstanden! Eine Expertenkommission ist was anderes als ein Ausschuss!)

Sie haben ja eben kritisiert, dass es zweieinhalb Jahren gedauert habe mit dem Flug des Wirtschaftsministers nach China. Man muss dafür nicht nach China fliegen. Wir hätten seit zweieinhalb Jahren in einem Unteraus-

Reinhard Houben

(A) schuss eben nicht nur über die Frage der Beziehungen zu China, sondern auch zu anderen Ländern debattieren können, hinsichtlich Handelspolitik zum Beispiel, was die Frage Mercosur angeht, was die Frage von Verträgen mit Indonesien, mit Australien angeht, mit all den Problemen, die wir auch auf EU-Ebene haben. Also: Wir haben Ihnen am Anfang dieser Legislaturperiode die Hand gereicht; Sie haben die Handreichung nicht angenommen. Vor dem Hintergrund finde ich einen solchen Antrag einfach nur noch unehrlich.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Erlauben Sie mir eine kleine spezielle Bemerkung: Sie leiden auch darunter, in die Feinsteuerung einsteigen zu wollen. Ich habe es schon im Wirtschaftsausschuss gesagt – vielleicht wird der Kollege Rouenhoff uns gleich noch erklären, wie Sie das Problem gelöst haben –: Sie haben uns sogar vorgegeben, wie die Aufteilung zwischen den Fraktionen denn stattfinden und was die Größe dieses Ausschusses sein sollte. Sie schreiben dann, dass die *Fraktion* Die Linke doch bitte einen Platz haben sollte. Das entspricht nun nicht mehr den politischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das kann man ja einfach ändern!)

Wenn man ein Papier sechs Monate nicht anfasst und noch nicht einmal in der Lage ist, es redaktionell anzupassen, finde ich auch das kritikwürdig.

Deswegen: Wir lehnen Ihren Antrag ab. Wir haben Ihnen das Angebot gemacht; Sie wollten es nicht. Ich bin gerne bereit, in der Debatte mit den Obleuten, dem Kollegen Durz und den Kollegen aus den Ampelfraktionen, darüber zu sprechen, dass wir sofort wieder einen Unterausschuss Handel im Deutschen Bundestag einführen. Wenn Sie da mitmachen, finden wir, glaube ich, schnell zusammen, und dann kommen wir auch schnell zu Ergebnissen, und zwar nicht nur zum Thema China.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Stefan Rouenhoff für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stefan Rouenhoff (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Reinhard Houben, jetzt muss ich noch mal zu Ihrem Punkt kommen. Wenn Sie so kleinkariert hier unterwegs sind und sich an der Frage aufhängen, wie die Kommission am Ende personell zusammengesetzt ist,

(Beifall der Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU] – Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, allerdings!)

ob wir den Antrag hätten erneuern müssen oder nicht, (C) dann finde ich das bedauerlich, und es wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte auch noch mal sehr deutlich sagen: Warum haben wir denn den Unterausschuss Handel damals abgelehnt? Weil wir uns prominent im Wirtschaftsausschuss mit handelspolitischen Fragen beschäftigen wollen

(Beifall der Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU] – Markus Töns [SPD]: So ein Quatsch!)

und diese Fragen eben nicht in einen Unterausschuss abschieben wollten,

(Markus Töns [SPD]: Das ist kein Abschieben, und das weißt du!)

der die öffentliche Aufmerksamkeit nicht so genießt wie ein Ausschuss.

(Beifall bei der CDU/CSU – Reinhard Houben [FDP]: Ist das Ihre Meinung zu Unterausschüssen, Herr Kollege? – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen möchte ich Sie noch mal daran erinnern, dass es eine Expertenkommission sein soll und eben keine Kommission mit einer großen Zahl von Abgeordneten: ein Expertenausschuss, der ganz explizit an der Sache arbeitet.

(Reinhard Houben [FDP]: Einmal im Jahr!)

Jetzt möchte ich noch mal zu dem langen Hin und Her (D) kommen, das die Bundesregierung bzw. die Koalition von SPD, Grünen und FDP an den Tag gelegt hat. Sie haben wirklich sehr lange gebraucht, um die China-Strategie auf den Weg zu bringen. Aber wir sind natürlich froh,

(Dr. Sandra Detzer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: ... dass sie so gut geworden ist!)

dass es am Ende eine Regierungsstrategie gibt, die einen koordinierten Umgang mit China vorsieht. Das begrüßen wir als Unionsfraktion ausdrücklich. Aber, liebe Ampelkoalition, wenn man sich Ihr Regierungshandeln anschaut, so ist das Ergebnis doch sehr, sehr ernüchternd. Wie in so vielen anderen Bereichen irren Sie auch hier völlig unkoordiniert und orientierungslos durch die Gegend.

(Zuruf der Abg. Dr. Sandra Detzer [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Das zeigt sich einmal mehr an dem Thema der Telekommunikationsinfrastruktur, der Telekommunikationsnetze in Deutschland. Die SPD-Innenministerin fordert den Ausschluss der chinesischen Ausrüster Huawei und ZTE aus dem 5-G-Mobilfunknetz. Wir sehen den FDP-Digitalminister, der das ablehnt, der eine ganz andere Auffassung vertritt. Und was macht Bundeskanzler Olaf Scholz? Bundeskanzler Olaf Scholz zeigt wieder einmal keine politische Führung und eiert bei dem Thema weiter herum, und das schon seit Monaten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stefan Rouenhoff

(A) Genauso wie beim Streit um die Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns COSCO am Hamburger Hafen so zeigt sich auch hier: Der Bundesregierung fehlt hinsichtlich der sicherheitsrelevanten Beziehungen mit China ein klarer Kurs und ein entschlossenes Handeln.

Liebe Frau Brantner, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten schon sehr viele Aufgaben gelöst. Ich habe gerade das Beispiel der 5-G-Netze genannt. Und was ist denn mit dem Thema Investitionsprüfungsgesetz? Warum kommen Sie denn da seit vielen Monaten nicht voran und legen einen Entwurf auf den Tisch? Ich sage Ihnen an dieser Stelle sehr deutlich: Die öffentliche Anhörung hat gezeigt, dass die Bundesregierung und die Regierungsfraktionen nicht in der Lage sind, bei den großen Themen die China-Strategie wirklich mit Leben zu füllen. Sie müssen Ihre Hausaufgaben noch machen, und bitte kommen Sie endlich dazu.

Herr Limbacher, ich möchte Sie noch mal auf ein Thema ansprechen. Sie reden die ganze Zeit von Markus Söder. Ich will mal nicht davon reden, welche Ministerpräsidenten bei Ihnen das eine oder andere machen, was man infrage stellen könnte;

(Esra Limbacher [SPD]: Wer denn?)

da denke ich zum Beispiel an Frau Schwesig. Ich möchte Sie daran erinnern, Markus Söder gehört nicht der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion an.

(Sebastian Roloff [SPD]: Da sind Sie aber sehr froh! - Weiterer Zuruf von der SPD: Distanzieren Sie sich? – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich will sehr deutlich unterstreichen, dass Sie etwas auf die Agenda heben, was mit dieser Diskussion um die Expertenkommission überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Ampelkollegen, lassen Sie den Worten Ihrer China-Strategie endlich Taten folgen! Stimmen Sie für die Einsetzung einer China-Kommission! Und nutzen Sie endlich das vorhandene Expertenwissen, um so eine bessere China-Politik zu machen!

Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächste Rednerin ist Dr. Sandra Detzer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

> (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Sandra Detzer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung von US-Präsident Biden für Importzölle auf chinesische E-Autos und andere Waren hat uns in den letzten Tagen sehr beschäftigt. An der Stelle muss ich klar sagen, dass ich diese Entscheidung für mehr halte als Wahlkampfgedöns. Sie führt direkt zu der vielleicht entscheidenden wirtschaftspolitischen Frage unserer Zeit: Wie können wir die Zukunft eines regelbasierten, fairen Welthandelssystems gestalten? Das ist natürlich gerade für Deutschland als starke Ex- (C) portnation mit einem Anteil der Exportquote am deutschen BIP in Höhe von 47 Prozent eine ganz vitale Frage; hier geht es um ein ganz entscheidendes Interesse.

China hat allein 2019 221 Milliarden Euro Subventionen in seine Industrie gesteckt. Die innenpolitischen Probleme momentan in China führen zu dem Versuch, sich über Exporte und Überkapazitäten gesundzuwachsen. Der Masterplan "Made in China 2025" zielt darauf ab, China mit allen Mitteln einer staatlich gelenkten Wirtschaft zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt zu machen. Ich sage das noch mal, um deutlich zu machen, dass insbesondere die Floskel von Herrn Söder – er wurde in dieser Debatte ja schon öfter angesprochen - "Partnerschaft statt EU-Zölle" ins Leere laufen muss, dass das eine gefährliche Haltung ist. Das ist nicht die Haltung dieser Bundesregierung; und das ist genau richtig so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Reinhard Houben [FDP] - Jens Spahn [CDU/CSU]: Weiß der Kanzler davon? Nimmt der Kanzler die Haltung der Bundesregierung

Es ist nicht nur legitim, sondern auch wirtschaftspolitisch geboten, Gegenmaßnahmen zu ergreifen: gegen Wettbewerbsverzerrungen und, ja, auch für Wirtschaftssicherheit, gegen Preisdumping, gegen Repressionen, wie China sie gegen Litauen eingesetzt hat. Solche Wettbewerbsverzerrungen zerstören die industriepolitische Basis dieses Landes und Europas, und sie bringen unsere liberale Demokratie in Schwierigkeiten. Dem stellen wir (D) uns an dieser Stelle entgegen, und zwar mit geeinten Kräften, Herr Spahn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Deswegen finde ich es richtig und wichtig, dass die Präsidentin der Europäischen Kommission Antidumpinguntersuchungen eingeleitet hat. Wir müssen mit dem gesamten Instrumentarium auftreten: von klugen Verhandlungen über Investment Screenings bis hin zu Antidumpinguntersuchungen und, wenn nötig, natürlich auch mit Zöllen, Importquoten und Local-Content-Regelungen – gemeinsam in der Europäischen Union, gemeinsam mit unseren G-7-Partnern in der transatlantischen Partnerschaft. Das wird dann die Gretchenfrage werden. Ich bin gespannt, wie sich die CDU/CSU in den konkreten Fragen positioniert.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Der Kanzler muss sich positionieren!)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Markus Töns für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(C)

(A) Markus Töns (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir, die wir am Freitagmittag im Plenum sitzen, wie auch das Publikum, das zum Teil auf der Tribüne die Plenardebatte verfolgt, dürften sich schon wundern, was hier so alles erzählt wird. Dabei geht es eigentlich um ein spannendes Thema.

Ich will zunächst einmal sagen, dass die Anhörung, die wir durchgeführt haben, wichtig und richtig war; denn das Geschäft mit China als systemischer Rivale der Europäischen Union und des deutschen Handels und die sich daraus ergebenden Risiken sind von enormer Bedeutung. Das ist richtig. Darüber haben wir uns unterhalten. Aber Ihr Antrag – das muss ich Ihnen wirklich sagen; Herr Houben und Frau Detzer haben es schon erwähnt, wofür ich ihnen dankbar bin – geht vollkommen in die falsche Richtung.

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Also, Sie wollen kein Expertenwissen!)

Herr Kollege Rouenhoff,

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Sie wollen kein Expertenwissen!)

Sie hatten überhaupt kein Argument, warum Sie gegen einen Unterausschuss sind.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Er hat's doch erklärt! Waren Sie nicht da?)

Dieses Parlament ist ein Arbeitsparlament.

(B) (Jens Spahn [CDU/CSU]: Dann macht ihn doch, wenn ihr wollt! Ihr habt doch die Mehrheit!)

- Hören Sie doch mal zu, Herr Spahn! Das hilft Ihnen vielleicht.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ihr habt doch die verdammte Mehrheit!)

Wir sind ein Arbeitsparlament. Der Ausschuss – Sie können dort ja nicht immer sein, Herr Spahn, aber vielleicht können Sie ja mal Ihre Kolleginnen und Kollegen, etwa Frau Klöckner, fragen – hat eine umfassende Tagesordnung. Wir beschäftigen uns da mit vielen Themen. Unser Vorschlag war, uns über Handelsthemen, die so enorm wichtig sind für unser Land,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Dann macht es doch!)

für unseren Wirtschaftsstandort, in einem Unterausschuss noch gezielter zu unterhalten.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Macht es doch!)

Alles, was da besprochen wird, kann dann natürlich auch an den Wirtschaftsausschuss gehen.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Ja, ja!)

Aber Sie haben gesagt: "Das machen wir nicht,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ihr habt doch die Mehrheit!)

wir wollen eine neue Kommission",

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Einfach das Thema abstimmen und von der Agenda nehmen! Das ist der Punkt!)

was auch wieder zu mehr Bürokratie etc. führt. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist vollkommen falsch und war von Anfang an der falsche Ansatz. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf gekommen sind. Aber vielleicht gehen Sie noch mal in sich. Vielleicht kriegen wir ja dann doch noch einen Unterausschuss, der sich inhaltlich vernünftig mit den Fragen beschäftigt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ich verstehe das nicht! Ihr habt doch die Mehrheit! Dann macht doch! – Zuruf der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Das wäre durchaus eine Möglichkeit.

Was ich bei Ihrem Antrag gänzlich vermisse – das hat übrigens die Anhörung deutlich hervorgebracht –, ist die fehlende europäische Dimension. Das entscheiden wir hier nicht allein.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ah! Deshalb ist der Kanzler auch nicht nach Paris gefahren! – Zuruf des Abg. Stefan Rouenhoff [CDU/CSU])

Die Handelskompetenz und die Antwort auf die Frage "Wie gehen wir mit systemischen Rivalen um?" obliegt der Europäischen Kommission in Brüssel. Das passiert gemeinsam mit unseren 26 Partnern in der Europäischen Union. Und genau da sind Sie wieder zu kurz gesprungen.

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Sagen Sie das mal Ihrem Kanzler!) (D)

Sie reden immer nur von der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist extrem wichtig. Hier müssen wir uns darum kümmern, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen und die richtigen Wege gehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Kanzleramt, aber auch der Bundeswirtschaftsminister die richtigen Wege mit uns zusammen gehen.

Wir können das auch weiter diskutieren. Das werden wir auch tun. Aber wir müssen es trotzdem europäisch denken. Wenn wir es nicht europäisch denken,

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Sagen Sie das mal Ihrem Kanzler, dass er europäisch denkt! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Warum war denn der Kanzler nicht in Paris?)

dann machen wir den entscheidenden systemischen Fehler. Und der ist in Ihrem Fall grundsätzlich – –

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Warum war der Kanzler nicht in Paris? Das ist die Frage!)

 Das ist eine interessante Frage, Herr Spahn. Ich will Sie mal laut wiederholen: Warum war der Kanzler nicht in Paris? – Vielleicht haben Sie es noch nicht mitbekommen: Es gibt deutsch-französische Regierungskonsultationen, übrigens jetzt bald.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Als Xi da war! Macron hat ihn eingeladen, mit Xi zusammen zu reden! Wo war er? Wo war er? – Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Er war nicht da!)

Markus Töns

(A) Es geht darum, dass wir auf europäischer Ebene eine deutsch-französische Haltung abstimmen, und das passiert in den nächsten Wochen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Er hat die Einladung ausgeschlagen!)

Seine Reise zu Xi nach China war ja richtig. Im Übrigen will ich Sie fragen: Wo ist denn Ihre Haltung zu China? Welche Haltung haben Sie denn?

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Welches Signal haben Sie denn bei der China-Reise ausgesendet?)

Das wird in Ihrem Antrag gar nicht deutlich. Was ist denn Ihre Strategie? Ich kann sie nicht erkennen, Herr Rouenhoff. Es gibt keine Strategie bei Ihnen.

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Welches Signal haben Sie bei der China-Reise ausgesendet? – Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Ich sage es Ihnen noch mal ganz deutlich: Wir müssen es erstens europäisch machen. Zweitens müssen wir uns, wenn wir es europäisch machen, zunächst mit unserem wichtigsten Partner in der Europäischen Union abstimmen. Das passiert bei den Regierungskonsultationen. Und drittens: Gehen Sie noch mal in sich! Ein Unterausschuss würde helfen,

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Dann macht's doch! Ihr müsst doch nicht unsere Stimmen haben!)

auch diese Fragen fachlich und vernünftig zu bearbeiten.

(B) Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Warum war der Kanzler jetzt nicht in Paris? Ich weiß es immer noch nicht!)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner spricht für die Gruppe BSW: Christian Leye.

(Beifall beim BSW)

Christian Leye (BSW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Ampel ist man sich wieder mal nicht ganz einig, auch nicht in der China-Strategie, was das Konzept "Gallisches Dorf als Regierungskoalition" aufs internationale Parkett hebt. Klar ist aber, dass die Gefahr droht, dass die Bundesregierung den USA gedankenlos in den nächsten offenen Handelskonflikt folgen könnte. Und davor wollen wir warnen.

(Beifall beim BSW)

Denn für die Zukunft der deutschen Wirtschaft wäre das brandgefährlich.

Allein bei der Umstellung auf erneuerbare Energien sind wir von chinesischen Rohstoffen abhängig. Beispiel Windkraftanlagen: 89 Prozent der seltenen Erden kommen aus China. Ohne diesen Rohstoff können die Anlagen nicht gebaut werden. Beispiel Sonnenenergie: Ohne

Gallium, Germanium und Indium keine Solarzellen, (C) wenn sie nicht eh schon aus China importiert werden. Beispiel Halbleiter: Als Folge des aufziehenden Handelskonfliktes hat China kürzlich Exportrestriktionen bei der Ausfuhr von Gallium und Germanium beschlossen. Die braucht man nun mal auch bei der Produktion von Mikrochips. Die vielen Milliarden Euro Fördergelder für die Chipfabriken in Magdeburg und Dresden wären für die Tonne, wenn diese Rohstoffe nicht mehr verfügbar wären.

Nun muss man sagen, dass China seine wirtschaftspolitischen Interessen mit harten Bandagen vertritt. Aber auf eine harte Interessenpolitik aus China kann die Antwort nicht eine rein ideologische sein, die die eigenen Interessen ausblendet.

(Beifall beim BSW)

Das betrifft sowohl die Frage nach einem weiteren selbstmörderischen Handelskonflikt als auch das wiederholte Zerdeppern von chinesischem Porzellan auf internationalem Parkett.

Abschließend möchte ich sagen, dass wir dem Antrag der Union nicht zustimmen werden. Was soll sich durch eine Kommission ändern, die aus den hier sitzenden Akteuren zusammengesetzt ist, außer dem BSW,

(Stefan Rouenhoff [CDU/CSU]: Es sind Experten! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Experten! Experten!)

und die dann im Konsens entscheiden soll? Das Problem ist doch vielmehr das Ignorieren von ökonomischen Interdependenzen bestimmter Akteure, und das ändert sich auch nicht durch eine Kommission.

Danke schön.

(Beifall beim BSW – Jens Spahn [CDU/CSU]: Sagt die fünfte Kolonne Putins!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sebastian Roloff hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sebastian Roloff (SPD):

Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiges Thema ist nicht nur chronisch, sondern es ist die letzten Tage besonders akut geworden. Durch die Entscheidung der US-Regierung, die Einfuhrzölle für E-Autos von 25 auf 100 Prozent zu erhöhen, haben wir einmal mehr gesehen, dass wir vor einer außerordentlich harten Handelsauseinandersetzung stehen. Wenn Präsident Biden offensichtlich glaubt, Trumps "America first" nicht anders beizukommen als mit diesen protektionistischen Methoden, ist für uns klar, dass wir darauf reagieren müssen und dass wir uns an diesen Diskussionen kraftvoll beteiligen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Sebastian Roloff

(A) Protektionismus auf dem Weltmarkt ist nie die Lösung. Deswegen müssen wir gucken, dass jetzt keine Gegenmaßnahmen in Kraft gesetzt werden, die am Ende uns allen schaden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir und insbesondere die deutschen Automobilhersteller werden mit Blick auf den Markt sehr genau darauf achten müssen, welche konkreten Konsequenzen dies jetzt auch für den Fall einer chinesischen Antwort, die ja nicht unwahrscheinlich ist, zeitigt. Wenn die Chinesen Europa zum Beispiel in Mithaftung nehmen, kann das ganz massive Auswirkungen haben. Hier brauchen wir eine möglichst abgestimmte europäische Strategie. Ich hoffe auf eine gute, starke und geeinte Europäische Kommission nach dem 9. Juni, weil die Zeiten es wirklich erfordern.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Eine geeinte Bundesregierung!)

Klar ist aber auch: Mit Blick auf China ist der USamerikanische Protektionismus nicht der Anfang des Problems, selbstverständlich nicht. Die US-Regierung hat
völlig recht, wenn sie sagt, dass China die globalen
Märkte mit künstlich verbilligten Exporten flutet, eine
massive staatliche Subventionspolitik betreibt, Steuergutschriften, aber auch einfache Zugänge zu billigen Finanzierungen und Krediten gewährt und man deswegen
natürlich nicht von fairem Wettbewerb sprechen kann. Im
Übrigen – deswegen wäre ich da mit Hinweisen immer
ein bisschen vorsichtig, Herr Spahn; Sie haben es ja sogar
selber erwähnt – sehen wir seit der bekannten AltmaierDelle, was passiert, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht
machen: Deswegen wird jetzt ein Großteil der Solarpaneele in China produziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist dann wohl jetzt die Baerbock- und Habeck-Delle!)

So darf es nicht sein. Deswegen müssen wir darauf achten, dass wir bei den weiteren Themen unsere Hausaufgaben machen. Rohstoffabhängigkeit – wir sind dran. Frau Dr. Brantner hat es gesagt: Das Thema Menschenrechte, insbesondere mit Blick auf die Uiguren, ist eins, das man ansprechen muss. – Wir sehen uns bei den Fragen der Wirtschaftssicherheit und Cybersicherheit vor große Herausforderungen gestellt. Selbstverständlich bleibt auch die Komplexität für ausländische Direktinvestitionen ein Thema. Auf der anderen Seite haben wir ganz offensichtlich sehr starke wirtschaftliche Verbindungen, und China ist ein wichtiger Absatzmarkt.

Dementsprechend müssen wir darauf hinwirken, dass China seine Wettbewerbsvorteile nicht so stark ausspielen kann. Wir müssen weiter darauf achten, dass der deutsche Markt für E-Autos gerade im bezahlbaren Segment stark bleibt. Wir müssen De-Risking und Decoupling weiterbetreiben. Da bleiben wir hoffentlich in der Diskussion beieinander, weil die Herausforderungen auf dem globalen Markt groß genug sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. - Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel "Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China". Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 20/11424, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/9323 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen und das BSW. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU/CSU und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Gruppe der Linken. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 27 a und 27 b:

 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVaDiG)

Drucksache 20/10857

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Digitales

(D)

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Nicole Gohlke, Clara Bünger, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke

Ausbildungsqualität verbessern – Berufsbildungsgesetz umfassend novellieren

Drucksache 20/10801

Überweisungsvorschlag: Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f) Ausschuss für Arbeit und Soziales Ausschuss für Digitales

39 Minuten sind für die Aussprache vorgesehen.

Ich eröffne die Aussprache. Für die Bundesregierung gebe ich jetzt Bettina Stark-Watzinger das Wort.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon über den Berufsbildungsbericht gesprochen und über die fast 2,9 Millionen Menschen ohne formalen Berufsabschluss. Auch darüber, wie wir gegensteuern wollen: Durch bessere Schulen. Bessere Berufsorientierung. Indem wir die berufliche Bildung noch attraktiver machen. Denn: Der klassische

Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger

(A) Weg über eine Ausbildung ist der beste Weg. Die beste Basis für eine erfolgreiche Karriere. Das steht fest.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber was ist mit der Frau, die ihr Studium abgebrochen hat, die schon immer gut mit Computern umgehen konnte und in einer Firma seit Jahren IT managt? Was ist mit dem Mann, geboren mit Trisomie 21, der erfolgreich in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung im Gartenbau arbeitet? Was ist mit zugewanderten Menschen, die über keinen formalen Abschluss, aber viel Berufserfahrung verfügen? Für sie ist dieses Gesetz eine zweite Chance. Und das Signal: Eure Leistung zählt.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer ohne Abschluss Vergleichbares leistet wie andere mit Abschluss, der kann sich das in Zukunft amtlich bescheinigen lassen: Inwiefern entspricht das eigene Wissen und Können dem, was andere in der beruflichen Bildung gelernt haben? Die Frau aus der IT zum Beispiel könnte feststellen lassen, ob ihre Kompetenzen vergleichbar mit denen einer Fachinformatikerin sind.

Nein, ich kenne die Sorgen. Wir legen die Latte hoch – die ist auch für die Betroffenen hoch –: Bei der Dauer der Berufspraxis. Auch was diese Berufspraxis inhaltlich abdecken muss. Die Berufsbilder sind immer umfangreich. Und prüfen werden diejenigen, die sich auskennen, etwa die Kammern. Damit sichern wir den Standard. Denn es geht um mehr Bildung und Möglichkeiten und den Zugang zu Bildung und nicht um weniger.

Am Ende profitieren alle: Die Menschen, die es dann schwarz auf weiß haben, was sie können. Ihnen öffnen sich neue Türen: Auf dem Arbeitsmarkt. In der Fort- und Weiterbildung. Für den Aufstieg. Sie erhalten den Anschluss auch ohne Abschluss. Die Wirtschaft profitiert. Denn die Fachkräfte sind das Dringendste, was Unternehmen derzeit suchen. Das vorliegende Gesetz eröffnet Chancen für Menschen ohne Abschluss, aber auch für Unternehmen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie der Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt auch für den zweiten Teil des Gesetzes. Durch ihn wird vieles digitaler und unbürokratischer. Drei Punkte: Der digitale Ausbildungsvertrag kommt. Prüferinnen und Prüfer werden nicht mehr vor Ort sein müssen. Das geht auch virtuell. Und wir schaffen die Grundlage für den sogenannten digitalen Workflow. Denn das erwarten die Unternehmen. Aber vor allem erwarten es die jungen Menschen in diesem Jahrhundert. Die konsequente Digitalisierung der beruflichen Bildung ist längst überfällig.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wer von Ihnen ist ernsthaft dagegen, dass wir Menschen diese zweite Chance geben? Dass wir das Aufstiegsversprechen erneuern? Dass wir die Fachkräftebasis in unserem Land verbreitern und Bürokratie abbauen? Die vorgesehenen Änderungen, das ganze Gesetz dient diesen Zielen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Stephan Albani für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Albani (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist – eine Gerade. In der vom Menschen unberührten Natur gibt es aber komischerweise keine Geraden. So ist es auch mit den Lebensläufen der Menschen. Viele Lebensläufe sind nicht so gerade, wie wir sie uns wünschen, wie wir es vielleicht durch unsere Angebote ermöglichen. Das ist etwas, was natürlich vorkommt, dem wir uns stellen müssen und wofür wir vernünftige Lösungen finden müssen.

So hat man sich 2014, damals unter Ministerin Wanka, auf den Weg gemacht. Wie viele schöne Geschichten beginnt auch diese mit den Worten: "Es war einmal". So auch heute: Es war einmal das Projekt "ValiKom". Es hatte das Ziel, Menschen ohne formalen Berufsabschluss den Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen.

"Ihnen fehlt ein anerkannter Nachweis über ihr fachliches Know-How und das, was sie können. Insbesondere wenn sie arbeitslos werden, kann dies ein (D) handfestes Problem sein, denn auf dem Arbeitsmarkt werden sie leicht übersehen und unterschätzt."

So steht es auf der Homepage von "ValiKom".

Dieses Projekt wurde in insgesamt zwei Perioden von 2015 bis 2018 durchgeführt und war sehr erfolgreich. Am Ende erstellen die Kammern ein Zertifikat und überprüfen die Fähigkeiten. Die Vorteile für die Unternehmen sind: Sie haben am Ende einen vertrauenswürdigen Nachweis über die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter, ein genaues Abbild ihres berufspraktischen Könnens und können sie vollständig einsetzen. Für die Mitarbeiter: Sie befinden sich nunmehr in einem gesicherten Zustand, haben bessere Chancen am Arbeitsmarkt, haben ein Sichtbarmachen ihrer Person erreicht. Alles könnte gut sein, die Geschichte könnte enden: Und sie lebten glücklich bis an ihr Lebensende.

Leider ist das nicht so; denn nun muss aus dem Projekt ein Gesetz werden. Und leider greift hier der Spruch: Kunst kommt von Können, käme es von Wollen hieße es Wulst. – Die große Gefahr bei der Umsetzung von ValiKom ist, dass man die bisherige Berufsausbildung durch diesen Sonderpfad unter Umständen beschädigt. Deswegen drei Kritikpunkte am derzeitigen Gesetzentwurf.

Zum einen ist es wichtig, dass man eine Altersbegrenzung einführt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Albani

(A) Diejenigen, die diese Validierung vornehmen lassen, müssen ein Mindestalter von 25 Jahren haben. Dies ist erstens deswegen sinnvoll, weil man eine gewisse Zeit braucht, um eine einschlägige Erfahrung durch handwerkliches Können und dergleichen mehr – Learning on the Job – zu erwerben. Und zweitens muss klar sein, dass Menschen unter 25 Jahren lieber den Weg in die reguläre Ausbildung gehen sollten. Das ist ein erster Punkt.

Der zweite Punkt ist: Das Projekt war mit Fördergeldern begleitet. Das haben wir jetzt nicht. Wir müssen Wege finden, wie das bezahlt werden kann. Ja, es gibt Unternehmen, die das für ihre Mitarbeiter bezahlen. Aber Mitarbeiter, die in dieser Situation sind und das allein machen müssen, werden die 1 000 bis 3 000 Euro für eine solche Validierung nicht aufbringen können. Ihnen wäre nicht geholfen, wenn man sie zum Wasser führt, aber sie nicht trinken lässt. Das können wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der letzte und dritte Punkt ist der Einführungszeitraum. Wir haben aus dem Projekt heraus ungefähr 16 Berufe, die so definiert worden sind, dass es dafür ein Validierungsverfahren gibt. Wir haben aber etwa über 300 Berufe, die vom Grund her dafür infrage kämen. Wenn man nun den Kammern auferlegt, ab morgen bzw. in Kürze dieses in voller Gänze umzusetzen, dann ist dieses mehr als sportlich, um nicht zu sagen: völlig unmöglich. Hier einen sinnvollen Weg vorzugeben, wie dieser zu sein hat, wäre, glaube ich, für den Erfolg dieses Gesetzes eine notwendige Voraussetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind drei Punkte, die wir dringend anmahnen an dieser Stelle zu tun. Ich gehe davon aus, dass wir im parlamentarischen Verfahren die Geschichte am Ende dann doch von einem Märchen in die Wirklichkeit führen. Denn man muss sich immer wieder klar vor Augen halten: Ja, es sind glücklicherweise nicht so fürchterlich viele. Aber für jeden, der in dieser Sackgasse angekommen ist, kann es die Veränderung seines Lebens bedeuten und ein Märchen wahr werden lassen. Lassen Sie uns das in vernünftiger Art und Weise im parlamentarischen Verfahren sicherstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht Jessica Rosenthal.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jessica Rosenthal (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor: Sie sind Mitte 40, haben 20 Jahre lang als Koch, als Mechatronikerin oder im Einzelhandel gearbeitet. Mit dieser Arbeit ernähren Sie Ihre Familie und haben sich ein Leben aufgebaut. Trotz

langjähriger Berufserfahrung wird aber nicht immer diesem Können entsprechend bezahlt. Das ist die Realität von vielen Menschen in unserem Land, ganz besonders leider im Niedriglohnsektor.

In Deutschland arbeiten über 60 Prozent der Geringqualifizierten in einer Fachtätigkeit, obwohl sie leider – das muss man sagen – keinen Berufsabschluss besitzen. Nach einer langjährigen Berufstätigkeit heißt ein fehlender Abschluss aber nicht immer – wie beim Beispiel des Kochs –, dass Kenntnisse fehlen, sondern im Gegenteil. Oft hat man diese Kenntnisse, und die Arbeit, die diese Menschen leisten, ist unerlässlich. Vielleicht gab es für sie nie die Möglichkeit, eine Ausbildung abzuschließen. Nach der Schule wollte man direkt Geld verdienen oder musste es sogar, Kinder mussten betreut werden. Und mittlerweile sind leider die Verpflichtungen so groß, dass es unrealistisch ist, eine Ausbildung nachzuholen.

Mit diesem Gesetzentwurf gibt es endlich eine Perspektive für diese Menschen. Wer einschlägige Berufserfahrung nachweisen kann, dem steht künftig der Weg in die Nachqualifizierung oder sogar in die externe Prüfung bundesweit offen. Wenn die Berufskompetenzen mit einer abgeschlossenen Ausbildung vergleichbar sind, dann öffnet sich auch der Zugang zur Fortbildung. Damit zeigen wir: Auch langjährige Berufserfahrung zahlt sich aus und wird in Deutschland geschätzt. Dadurch steigen schließlich auch die Löhne; denn gute Arbeit – das ist nicht nur unsere Überzeugung als Sozialdemokratie, sondern auch als Ampel – verdient immer Wertschätzung.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE (D) GRÜNEN)

Das Verfahren richtet sich ganz besonders an die Menschen, die keinen Berufsabschluss haben, aber lange in einem Beruf gearbeitet haben. Sobald sie das Anderthalbfache der für den Beruf vorgeschriebenen Ausbildungszeit in dem Beruf gearbeitet haben, können sie sich ihre Fähigkeiten bescheinigen lassen. Dabei orientiert sich das Verfahren – das ist wichtig – immer an den Qualitätsmaßstäben der dualen Berufsausbildung, an der auch nicht gerüttelt wird. Lebenslanges Lernen – das ist unser Versprechen. Dieses Versprechen müssen wir auch einhalten. Deutschland kann und soll Weiterbildungsnation sein; denn jeder soll bei uns die Chance haben, sich in jeder Lebenslage weiterzubilden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Aber es ist auch klar, dass damit die Arbeit nicht getan ist. Für Beschäftigte mit kleinem Geldbeutel braucht es zukünftig auch finanzielle Unterstützung, damit der Einstieg in die Verfahren möglich ist, damit wir möglichst viele Menschen für die Weiterqualifizierung gewinnen und Fachkräftemangel effektiv begegnen. Gleichzeitig muss klar sein: Wir bevorzugen immer den Weg in die Berufsausbildung, besonders für junge Menschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Jessica Rosenthal

(A) Die duale Berufsausbildung ist eine deutsche Erfolgsgeschichte und muss deshalb auch geschützt werden. Das neue Validierungsverfahren muss sich eindeutig an Menschen über 25 richten, für die eine Ausbildung als Bildungsweg nicht mehr infrage kommt. Alle unter 25 sollen auf Ausbildung setzen und erst alle darüber sollen, wenn sie möchten, in dieses Validierungsverfahren einsteigen dürfen.

Aus diesem Grund sind auch gute Beratungsangebote unumgänglich. Zum einen müssen junge Menschen bis 25 den Weg in die Ausbildung finden. Wir haben darüber schon beim Berufsbildungsbericht diskutiert. Zum anderen müssen Berufserfahrene auch wissen, welche Weiterbildungsmöglichkeiten ihnen offenstehen. Da haben wir noch richtig viel Nachholbedarf, gerade bei denjenigen, die es so dringend brauchen.

Und deshalb – mit Blick auf junge Menschen – sage ich an dieser Stelle noch mal klar: Wir müssen auch die Jugendberufsagenturen vernünftig unterstützen, damit junge Menschen vor allem das tun, was sie tun sollen, nämlich eine Ausbildung machen. Trotzdem freue ich mich, dass das Validierungsverfahren auf den Weg gebracht wird, gerade für diejenigen, die die Ausbildung nicht mehr machen wollen oder können.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Barbara Benkstein hat das Wort für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Barbara Benkstein (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Frau Ministerin! Wir beraten heute in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz.

Meine Damen und Herren, was verbirgt sich hinter diesem sperrigen Begriff? Aus meiner Sicht erscheint der Entwurf durchaus sinnvoll; denn immer mehr Menschen eignen sich berufliche Kompetenzen an, die nicht in die üblichen Ausbildungsschemata passen. Im vorgelegten Gesetzentwurf sollen nun praktisch erworbene Berufserfahrungen und -kompetenzen festgestellt, bewertet und bescheinigt werden. Das Vorhaben geht prinzipiell in die richtige Richtung.

Wie hat sich denn unser Arbeitsmarkt in den letzten Jahren entwickelt? Er ist wesentlich dynamischer geworden. Die Zeiten sind vorbei, dass man von Beginn bis zum Ende eines Berufslebens bei einem Arbeitgeber bleibt. Wie sehr sich künstliche Intelligenz auf das Berufsleben auswirkt, können wir heute nur erahnen. Vor diesem Hintergrund muss ein rohstoffarmes Land wie Deutschland verstärkt in Bildung und Ausbildung investieren.

(Beifall bei der AfD)

Hochschulabschlüsse werden ihre Bedeutung ebenso be- (C) halten wie die Prüfungen vor den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern.

Wie ich in der Einleitung bereits gesagt habe, richtet sich der Blick dieses Gesetzentwurfs auf Menschen mit – ich sage mal – unorthodoxen Ausbildungsbiografien. Denken Sie doch einmal an den Studienabbrecher Steve Jobs, der mit Apple eines der erfolgreichsten Unternehmen der Digitalindustrie gegründet hat.

Meine Damen und Herren, hier taucht nun für mich die Frage auf: Wird dieser Gesetzentwurf den neuen dynamischen Entwicklungen auch gerecht? Wir sehen im zweiten Teil des Titels, dass dieser Entwurf insgesamt zu kurz greift. Das zeigt sich folgendermaßen: Das, was unter dem Etikett der Digitalisierung auszumachen ist, umfasst nicht mehr als die virtuelle Teilnahme eines Prüfers an einer Prüfung sowie die Verwendung digitaler Dokumente im Arbeits- und Prüfungsprozess. Damit wird aber die Kultur der Digitalität in unserer Arbeitswelt und unserer Gesellschaft nur unzureichend abgebildet.

(Beifall bei der AfD)

Heranwachsende lernen heute via Youtube, wie sie mit HTML und Python Webseiten und Apps programmieren. Im Sparring mit generativer KI lernen sie spielerisch Coding und Prompting und erwerben dabei Fähigkeiten, von denen gestandene Informatiker noch nicht einmal wissen, dass sie ihnen fehlen. Leider schweigt der vorgelegte Gesetzentwurf dazu, wie sich dieses permanent erweiternde Wissen des Machens in anerkannte Abschlüsse und Zertifikate gießen lässt.

Ich empfehle Ihnen, Ihren Entwurf mit den Positionen der sächsischen Handwerkskammern und damit auch aus der Praxis zu ergänzen. Dazu hat Kollege Albani auch schon ausgeführt. Es braucht unter anderem eine klare Altersgrenze für den Zugang zum Validierungsverfahren. Schließlich ist eine Validierung keine Alternative zu einer Berufsausbildung.

Bei den Ausschussberatungen und weiteren Lesungen kann die Bundesregierung zeigen, ob sie noch lernfähig und überhaupt guten Willens ist. Frau Ministerin, es hat mich gefreut, dass Sie zumindest schon mal festgestellt haben, dass noch mehr Digitalisierung in der Berufsbildung notwendig ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat Dr. Anja Reinalter jetzt das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dr. Anja Reinalter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind im Wonnemonat Mai, und da geht es traditionell um Ausbildung und Arbeit. Es freut mich sehr, dass wir diese Woche schon einige Debatten zur beruflichen Bildung geführt haben. Das ist gut so, und das zeigt: Da geht

D)

Dr. Anja Reinalter

(A) was. Wir haben das deutsch-französische Abkommen zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und die 29. BAföG-Novelle auf den Weg gebracht. Heute Morgen haben wir den Berufsbildungsbericht beraten.

Und jetzt geht es um das Gesetz mit dem ganz einfachen Namen "Berufsbildungvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz". Das kann man sich eigentlich gut merken, nicht wahr? Man kann es sich wirklich gut merken; denn da ist ziemlich genau das drin, was draufsteht: die Validierung und Digitalisierung der beruflichen Bildung.

Warum braucht man das? Es ist – wir haben es gerade schon gehört – wirklich wichtig und dringend. Der Punkt "Digitalisierung" erschließt sich quasi von selbst. Ein Beispiel ist die Digitalisierung des Ausbildungsvertrags, endlich vom Papierzeitalter ins digitale Zeitalter. Das ist gut so; denn die Welt der jungen Menschen ist digitaler und sie ist papierloser. Darauf gibt das Gesetz eine Antwort und trägt damit gleichzeitig sehr zum Bürokratieabbau bei. Und auch das ist wirklich wichtig und gut so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Beim Punkt "Validierung" ist es wichtig zu wissen, dass es drei Formen der Bildung gibt: Es gibt formale Bildung, non-formale Bildung und informelle Bildung. Die formale Bildung ist der klassische Abschluss wie zum Beispiel Abitur oder ein Gesellenbrief. Das nonformale und informelle Lernen begleitet den Menschen ein Leben lang. Ich habe diese drei Formen der Bildung meinen Studierenden immer anhand des Beispiels "Englisch lernen" nahegebracht. Formale Bildung heißt, Englisch in der Schule lernen. Das kennt jeder. Das funktioniert oft, aber nicht immer. Non-formale Bildung heißt, die Sprache in einem Sprachkurs zu lernen. Da ist die Motivation oft höher als in der Schule. Das funktioniert oft, aber leider auch nicht immer. Informelles Lernen hingegen bedeutet, die Sprache auf eine ganz lockere Art zu lernen, zum Beispiel mit Musik, durch Filme oder durch den Umgang mit Native Speakern. Und wenn sie sich dann noch in einen Amerikaner oder in eine Britin verlieben, dann funktioniert das quasi by the way. Das funktioniert eigentlich immer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Dr. Lina Seitzl [SPD])

Durch dieses Beispiel wird eigentlich klar, wie wichtig Kompetenzen und Fähigkeiten sind, die wir informell lernen. Das Ergebnis informellen Lernens ist oft sogar noch besser; denn unser Gehirn kann eines nicht: Es kann nicht nicht lernen. Dieses informelle Lernen bekommen wir quasi immer on top.

Heute Morgen bei der Debatte zum Berufsbildungsbericht haben wir aber auch gehört: 2,86 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen formalen Abschluss, und das mitten in der Fachkräftekrise. Ich habe es heute Morgen schon gesagt: Das ist paradox, und das können wir uns nicht leisten. – Es ist wichtig, dass wir bei dieser Gruppe genau hinschauen; denn sie ist heterogen. Das sind Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen oder mit ganz unterschiedlichen Kompetenzen und Fähigkeiten. Darunter

sind Menschen, die teilweise – wir haben die Beispiele (C) gehört – richtig viel Berufserfahrung haben. Leider können wir bisher diese Menschen mit den klassischen Möglichkeiten der beruflichen Bildung nicht mehr erreichen. Darum ist es total wichtig, dass wir endlich Alternativen anbieten, um Brücken für die berufliche Qualifizierung zu bauen. Und genau das machen wir mit dem Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Mit dem Gesetz öffnen wir den Weg, die persönliche Berufserfahrung und die Kompetenzen endlich sichtbar zu machen. Damit schaffen wir zum ersten Mal eine gesetzliche Grundlage, um die in der Praxis erworbenen Kompetenzen ins formale System der beruflichen Bildung zu integrieren. Damit bieten wir eine Chance auf einen Abschluss und auf eine bessere Zukunft als Fachkraft. Und wir wissen doch alle ganz genau, was es bedeutet: mehr Ansehen, ein höheres Einkommen und eine bessere Versorgung im Alter.

Ein Berufsabschluss – das wissen wir auch – ist nach wie vor immer noch eine der nachhaltigsten Investitionen in die Zukunft. Wir sind uns einig, dass die duale Ausbildung das Kernstück der beruflichen Bildung ist und bleibt und immer Vorrang hat. Darum sind wir auch dafür, Herr Albani, dass ein Validierungsverfahren erst ab einem Alter von 25 Jahren möglich ist.

Und zum Schluss. Ja, wir hätten dem Gesetz sicher auch einen anderen Namen geben sollen. Aber jetzt heißt es halt so. Vielleicht brauchen Sie einmal einen langen Begriff für Scrabble. Der Gesetzestitel hat 48 Buchstaben. Es gibt viele Punkte. Aber im Ernst: Es ist nicht entscheidend, wie das Gesetz heißt. Wichtig ist, dass das Gesetz jetzt zügig verabschiedet wird. In den Zeiten einer Fachkräftekrise können wir es uns nicht leisten, jetzt kein sportliches Tempo anzuschlagen und immer noch mal was zu optimieren. Es ist wichtig, dass wir jetzt damit starten.

Ich freue mich auf die parlamentarische Beratung. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Vielen Dank. – Gitta Connemann hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Jan mok dat": So heißt das bei uns auf Platt. "Jan, der alles kann": Hausmeister, Kalfaktor, Mädchen für alles. Jeder von uns kennt so einen Jan: oft ein Praktiker, der von der Pike auf alles gelernt hat, oder aber ein Quereinsteiger ohne Abschluss, aber nicht ohne Qualifikation. Allerdings ist das bei uns in Deutschland so eine Sache, wenn Können nicht zertifiziert ist. Denn bei uns reicht es nicht, einfach ein Praxis- oder ein IT-Talent zu sein. Dieses Talent muss belegt werden.

D)

Gitta Connemann

(A) Unser Bildungssystem ist heute immer noch darauf ausgelegt, Qualifikationen zu beweisen. Zu oft werden Fähigkeiten, die außerhalb des formalen Bildungssystems erworben werden, nicht ausreichend gewürdigt. Menschen ohne Abschluss haben es dann auch auf unserem Arbeitsmarkt schwerer. Ihnen fehlt ein anerkannter Nachweis über das, was sie können. Gerade im Fall von Arbeitslosigkeit wird das dann zum handfesten Problem; denn sie werden leicht übersehen oder auch unterschätzt. So verlieren wir Talente wie Jan, die sich zum Beispiel das Programmieren oder die Holzbearbeitung selbst beigebracht haben, anstatt eine Ausbildung oder ein Studium vorweisen zu können – und das beim eklatanten Fachkräftemangel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich brauchen wir Fachwissen. Aber wir müssen erkennen, dass Erfahrungen und Kompetenzen auch in der Praxis erworben werden können, dass diese Kompetenzen allerdings sichtbar gemacht werden müssen. Ich bin sehr froh, dass hier in diesem Haus darüber eine große Einigkeit besteht. Das ist in den Redebeiträgen deutlich geworden.

Dafür gibt es übrigens mit der Validierung ein innovatives Instrument, erprobt im Praxisversuch. Mein Kollege Stephan Albani hat bereits ValiKom dargestellt – übrigens seinerzeit gefördert von der damaligen Bundesforschungsministerin Johanna Wanka. Es wurde ein Verfahren entwickelt und erprobt, mit dem berufsrelevante Kompetenzen bewertet und zertifiziert, also validiert werden können. Diese Sichtbarmachung, diese Validierung jetzt in Gesetzesform zu gießen, ist genau der richtige Schritt; denn so bekommt eine gelebte Praxis den rechtlichen Rahmen, den sie dem Grunde nach braucht.

Aber gut gemeint ist im Regelfall nicht immer gut gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen tatsächlich – und ich bin der Kollegin Rosenthal sehr dankbar, dass sie die Altersgrenze angesprochen hat – eine Altersgrenze, die bei 25 Jahren liegt. Bislang ist diese im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Sie hat sich aber im Praxisprojekt bewährt. Sie sorgt für Akzeptanz – übrigens auch bei Betrieben und bei Prüfenden – und sie schützt die duale Ausbildung. Denn eines darf nicht passieren: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Validierung eine Abkürzung vorbei an der dualen Berufsausbildung ist. Damit würden wir die duale Berufsausbildung als *das* Erfolgsmodell Deutschlands entwerten, und das kann in keinem Fall richtig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Zweite ist: Die ampeltypische Bürokratie treibt auch hier wieder Blüten. Das Gesetz soll bis 2025 in Kraft treten. Bis dahin sollen Kammern und Verbände für bis zu 300 Berufe die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Das ist utopisch. Deshalb ist es erforderlich, das Verfahren spät und abgestuft in einem geordneten Prozess auszulösen,

(Zuruf der Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]) übrigens mit den entsprechenden Verbänden und Kammern und auch den Sozialpartnern. Mit diesen sollte man dann auch besprechen, dass die Verpflichtung, die jetzt in dieses Gesetz reingemogelt worden ist, die Berufsschulnote auf einem Kammerzeugnis auszuweisen, wirklich nichts für Qualität tut,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

sondern nur für mehr Aufwand und Verzögerung sorgt.

Vor diesem Hintergrund wäre es aber erforderlich, liebe Frau Bundesministerin, mit den entsprechenden Verbänden zu sprechen. Ein Hinweis an dieser Stelle sei mir gestattet: Wenn man Verbänden in einem Verfahren ohne Eilbedürfnis genau acht Arbeitstage gibt, in einem ganz komplexem Verfahren Stellung zu beziehen, dann bekommen diese Verbände nicht den Eindruck, dass sie wirklich gewünscht sind. Wenn man in einem Gesetz, das für Praktiker gedacht ist, über Praktiker spricht, dann sollte man Praktikern jedenfalls die formale Möglichkeit geben, sich zu Wort zu melden.

Deswegen würde ich uns empfehlen – dies an die Kolleginnen und Kollegen der Ampel –, dass wir das im Gesetzgebungsverfahren gemeinsam besser machen und dann eben auch die Praktiker so einbeziehen, wie es ihnen gebührt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Friedhelm Boginski hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Friedhelm Boginski (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht mal ein paar Bemerkungen vorab: In Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs haben wir natürlich alle unheimlich viele Gespräche mit den Kammern geführt, mit verschiedenen Interessenverbänden, mit dem ZDH und mit allen, die dazugehören. Ich weiß, dass das auch der Staatssekretär Jens Brandenburg gemacht hat. Zu sagen, die Verbände wurden nicht angehört, das stimmt hier nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Acht Tage!)

Bei dieser Problematik haben wir gemerkt, dass immer wieder die Angst besteht: Wird denn die duale Ausbildung vielleicht beschädigt? Nein, das wird sie nicht; darin sind wir uns alle einig. Die Altersgrenze 25 Jahre wird eingeführt; darüber gibt es überhaupt keine Diskussion.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Bisher gibt es aber eine unendliche!)

Da sind wir auch mit dem Ministerium schon auf einem guten Weg. Das ist also schon mal ein großer Baustein, den wir dort in den Vorgesprächen abgeräumt haben,

Friedhelm Boginski

(A) (Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein, das ist er nicht!)

und ich glaube, das ist auch ganz wichtig.

Trotzdem haben wir heute gehört – das haben auch alle Vorrednerinnen und Vorredner gesagt –, dass wir einen enorm großen Anteil von Menschen haben, die keine Berufsausbildung haben, die aber Profis sind und schon lange in ihrem Job arbeiten. Genau für diese Menschen versuchen wir jetzt mit diesem Gesetz eine Möglichkeit zu schaffen, ein Zertifikat bzw. einen Abschluss zu bekommen, der durch die Validierung dementsprechend zertifiziert werden kann.

Ich finde, es ist eine große Leistung, dass wir Menschen, die sehr lange sehr erfolgreich gearbeitet haben, diese Möglichkeit geben. Das ist auch mehr als notwendig. Davon werden sowohl die Unternehmen als natürlich auch die Menschen profitieren, die es in diesem Fall betrifft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bin ich auch den Verbänden sehr dankbar für ihre positiven Stellungnahmen, in denen sie gesagt haben: Ja, es ist richtig, dass ihr damit anfangt, und ja, es ist richtig so, wie ihr es jetzt im Moment macht. Ihr habt unsere Sorgen und Nöte gehört.

Deshalb glaube ich, wir sind hier auf einem richtig guten Weg. Ich freue mich sehr, dass uns dieser Gesetzentwurf jetzt hier vorliegt. Ich denke, im Verfahren werden wir den einen oder anderen Punkt da auch noch aus-(B) räumen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dr. Lina Seitzl hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Lina Seitzl (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir haben es auch heute Vormittag schon diskutiert: Die Berufsbildung ist einer der zentralen Pfeiler unseres Bildungsund Arbeitsmarktsystems. Sie bildet zum einen die Fachkräfte für den Arbeitsmarkt aus und eröffnet zum anderen jungen Menschen die Chance auf Qualifizierung und Bildung. Es ist deswegen auch kein Wunder, dass viele Länder mit etwas Neid auf unser Land und unser duales Ausbildungssystem blicken und versuchen, dieses bei sich zu etablieren.

Aber – auch das haben wir heute Morgen schon diskutiert – die Berufsbildung kränkelt. Einerseits bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Auf der anderen Seite verlassen viele junge Menschen die Schule und machen keine Berufsausbildung oder studieren nicht. Das heißt,

sie haben dann weniger gute Arbeitsmarktchancen, während gleichzeitig Fachkräfte, die wir ganz dringend brauchen, fehlen – so weit bekannt.

Aber da sind noch die anderen Menschen, von denen hier gerade auch schon ganz viel gesprochen wurde, die eben keinen Berufsabschluss haben, aber viele Jahre in einem Beruf gearbeitet und dort ohne Frage berufliche Kompetenzen erworben haben, aber eben ohne einen formalen Berufsabschluss mit den entsprechenden Kompetenzzuschreibungen bezüglich Karriereentwicklung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Einkommen und Jobsicherheit. Um genau diese Menschen geht es jetzt.

Das Validierungsverfahren, über das wir heute sprechen, gibt genau diesen Menschen eine Chance. Sie können ihre beruflichen Kenntnisse von den zuständigen Stellen validieren lassen, bis hin zur Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen, um dann einen höheren Berufsabschluss, zum Beispiel einen Meister oder einen Techniker, zu erreichen. Das ist gut, und ich freue mich auch, dass hier im Plenum die Grundsätzlichkeit dieses Ansatzes von allen Fraktionen begrüßt wurde, die bisher hierzu gesprochen haben.

Wichtig ist – auch das wurde gesagt –: Die Ausbildung bleibt aber erst mal die Priorität. Sie muss auch die Priorität bleiben. Wir wollen die duale Ausbildung nicht ersetzen, sondern sie bleibt der Weg, den junge Menschen eigentlich gehen sollen.

Deswegen ist dieses BVaDiG nicht nur ein Berufsbildungsvalidierungsgesetz, sondern eben auch ein Berufsbildungsdigitalisierungsgesetz. Ich freue mich ganz besonders, dass das Thema "digitale Lernmittelfreiheit" dort ebenfalls aufgenommen wurde, weil klar ist: Digitalisierung gehört in die Bildung, sie gehört auch in die Berufsbildung. Das ist ein Lernmittel, das den jungen Menschen in Ausbildung zur Verfügung stehen muss. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt durch dieses Gesetz auch digitale Lernmittelfreiheit ermöglichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Nicht nur wir hier in der Debatte im Plenum, sondern auch die Verbände, die Kammern und die Gewerkschaften – das haben wir ihren Stellungnahmen entnommen – begrüßen das Gesetz. Insgesamt ist es sinnvoll, es ist vernünftig. Es ist richtig, dass wir das tun, und es ist gut, dass wir das jetzt in den nächsten Wochen in die parlamentarischen Beratungen und dann auch zum Abschluss bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Nicole Gohlke für die Gruppe Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

D)

(A) **Nicole Gohlke** (Die Linke):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine zwei Stunden her, da haben wir hier darüber diskutiert, wie dramatisch die Situation in der beruflichen Bildung ist: fast 3 Millionen junge Menschen bis 34 Jahre ohne Berufsabschluss, reihenweise Betriebe, die jammern und sagen, dass sie keine Auszubildenden finden und fast 30 Prozent ihre Ausbildung abbrechen.

Jetzt novelliert die Ampel das Berufsbildungsgesetz; sie fasst damit auch wirklich wichtige Sachen an. Das Berufsbildungsgesetz ist das Gesetz, das die betriebliche Berufsausbildung regelt. Aber die Ampel geht die Punkte nicht an, die zu mehr Ausbildungsqualität und auch zu mehr Rechten für die Auszubildenden beitragen könnten. Ich finde, damit versäumen Sie es, die Situation für die Azubis besser und damit die Ausbildung attraktiver zu machen. Ich verstehe nicht, warum Sie das nicht anpacken.

(Beifall bei der Linken)

Ich appelliere wirklich dringend an Sie, sich den Antrag der Linken vielleicht noch mal anzuschauen und unsere Vorschläge auch noch mit aufzunehmen; denn so schwer ist es eigentlich nicht, die berufliche Bildung zu stärken.

Wenn junge Menschen mit einem prekären Lebensstandard rechnen müssen, dann ist es natürlich nicht sehr attraktiv, eine Ausbildung zu beginnen oder sie auch durchzuhalten. Die Inflation und die steigenden Mieten machen auch vor den Azubis nicht halt. Deswegen muss die Mindestausbildungsvergütung erhöht werden. Sie muss mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung betragen. Das ist überfällig.

(Beifall bei der Linken)

Es kann auch nicht sein, dass nicht nur die Bezahlung nicht existenzsichernd ist, sondern dass dann auch noch die Schutzrechte nicht für alle Azubis gleichermaßen gelten, und es ist seit Langem der Fall, dass sie für Auszubildende, die nicht mehr dem Jugendarbeitsschutz unterliegen, dass sie für dual Studierende oder für die schulisch-betriebliche Ausbildung nicht gelten. Das kann man aus meiner Sicht so nicht stehen lassen. Das müssen Sie dringend ändern.

(Beifall bei der Linken)

Die Ampel geht andere wichtige Punkte an. Wir teilen Ihre Argumente – oder viele der hier vorgetragenen Argumente – zur Validierung und zur Digitalisierung. Ich finde dennoch: Das, was Sie hier vorlegen, ist eine zu magere, eine zu dürftige Novelle. Sie sollten sie dringend nachbessern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ruppert Stüwe hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ruppert Stüwe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Durch den demografischen Wandel fehlen in den nächsten 15 Jahren ungefähr 4 Millionen Arbeitskräfte. Das Recht, eine Ausbildung zu machen, sich beruflich weiterzuentwickeln, ist für uns immer ein individuelles Recht. Es hat aber durchaus volkswirtschaftliche Auswirkungen. Das will ich gerne in den Mittelpunkt stellen; denn das Ziel der Arbeit dieser Koalition ist es, zu schauen: Woran liegt es eigentlich, dass Menschen nicht in qualifizierte Arbeit kommen? Da macht es durchaus Sinn, sich auch anzuschauen: Wer arbeitet denn eigentlich in Deutschland? Und man muss sagen: Der deutsche Arbeitsmarkt ist schon lange international. Über 15 Prozent der 35 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland kommen aus dem Ausland. Dieser Anteil hat sich seit 2010 verdoppelt. "Made in Germany" bedeutet also schon lange nicht mehr nur "made by Germans". Deutschland ist vielfältiger geworden. Unter den nicht englischsprachigen Staaten sind wir einer der attraktivsten Arbeitsstandorte. Und wir brauchen dringend Pflegekräfte, Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Lehrkräfte, Menschen, die in den Kindertagesstätten oder auch im öffentlichen Dienst arbeiten.

Aber viele Menschen, die aus dem Ausland zu uns kommen, haben das Gefühl, dass ihre Kompetenzen und ihre Berufserfahrung nicht wertgeschätzt werden. Deswegen möchte ich diesen Aspekt jetzt noch einmal in den Mittelpunkt der Debatte stellen. Mit diesem Gesetz eröffnen wir den Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind und schon lange hier arbeiten, die Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren. Sie erhalten erstmals die Möglichkeit, Kompetenzen und ein "Training on the job" schneller, unkomplizierter, digital und sachgerecht anerkannt zu bekommen. Damit schaffen wir neben der Wertschätzung auch die Möglichkeit einer fairen Bezahlung dieser Menschen in unserem Arbeitssystem. Das ist mir an diesem Gesetz besonders wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Umfragen aus dem letzten Jahr zeigen, dass die fehlende Wertschätzung sowohl die Menschen ausländischer Herkunft betrifft, die bei uns als regulär Beschäftigte arbeiten, als auch diejenigen, die aus Krisengebieten zu uns kommen und denen wir immer vorwerfen, dass sie hier nicht arbeiten wollen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir sind es, die ihre Kompetenzen oft viel zu spät anerkennen.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir da schon einen richtigen Schritt gemacht. Dieses Gesetz knüpft jetzt genau daran an: Es erhöht die Wertschätzung für diejenigen, die aus dem Ausland zum Arbeiten zu uns kommen. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir die Anerkennungspraxis und die Möglichkeiten, die wir dadurch schaffen, bekannter machen, dass wir mit dem Städte- und Gemeindebund und mit den Wohlfahrtsverbänden reden, wie wir dafür sorgen können, dass dieses Gesetz dann auch allen zugutekommt. In diesem Sinne

D)

(C)

Ruppert Stüwe

(A) freue ich mich auf die Debatte, die wir dazu im Ausschuss noch führen werden, und dann auch auf das Gesetz zur Berufsbildungsvalidierung und -digitalisierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Die Vorlagen auf den Drucksachen 20/10857 und 20/10801 sollen an die Ausschüsse überwiesen werden, die auf der Tagesordnung stehen. – Damit sind Sie einverstanden. Vielen Dank. Dann verfahren wir so.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 10:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Aufschwung für Deutschland – Starke Wirtschaft und soziale Verantwortung

Drucksache 20/11378

Überweisungsvorschlag: Wirtschaftsausschuss (f) Finanzausschuss Ausschuss für Arbeit und Soziales Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ausschuss für Klimaschutz und Energie Haushaltsausschuss

Hierzu wollen wir 39 Minuten debattieren.

(Zuruf der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort an Leif-Erik Holm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Leif-Erik Holm (AfD):

(B)

Liebe Bürger! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die lange Phase der Stagnation ist vorüber, sagt die EU-Kommission. Gute Nachricht für die EU, aber leider nicht für Deutschland. Die Prognosen für unseren Standort bleiben düster wie die Nacht. IWF, EU-Kommission, Wirtschaftsweise, alle kommen zum gleichen Schluss: Die deutsche Wirtschaft steckt in einer strukturellen Dauerkrise. Firmen geben auf oder flüchten ins Ausland, Schlüsselindustrien drohen wegzubrechen, internationale Investoren bleiben weg. Wir sind das Schlusslicht der großen Volkswirtschaften, und das liegt eben nicht nur an Krisen, die alle zu bewältigen haben, es liegt an einer völlig verfehlten grün-ideologischen Politik, die nichts bringt, sondern unser Land ruiniert. Herr Habeck, Sie sind der Ruinator Deutschlands.

(Beifall bei der AfD)

Anderswo geht es aufwärts, Deutschland strauchelt. Der Sachverständigenrat sagt: Die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft bleiben, gemessen am Produktionspotenzial, bis zum Ende des Jahrzehnts schwach. – Wir haben 2024. Umso mehr überrascht der Bundeswirtschaftsminister, der eine Trendwende sieht.

Es gebe wieder einen Hoffnungsschimmer. Wo denn? Ihr Aufschwung findet im Nachkommastellenbereich statt: Statt mit 0,2 Prozent Wachstum rechnet die Bundesregierung jetzt mit 0,3 Prozent für dieses Jahr. Klasse! Die Weltwirtschaft wächst um 3 Prozent, und die Ampel gibt sich mit einem Zehntel davon zufrieden nach dem Motto: Wenn die Sonne tief steht, werfen auch Zwerge lange Schatten.

(Beifall bei der AfD)

Aber das passt ja auch: Die Ampel ist schließlich auf dem Ritt in den Sonnenuntergang.

Nur, wir können nicht mehr warten, bis Kanzler Scholz und sein Wirtschaftsminister aufs Altenteil geschickt werden. Wir dürfen nicht noch weitere anderthalb Jahre dabei zusehen, wie die Ampel Deutschland in den Niedergang regiert. Wir müssen jetzt handeln. Deutschland braucht Reformen, einen Masterplan für die Wirtschaft, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.

(Beifall bei der AfD)

Wir geben mit diesem Antrag ein Signal nach draußen: Wir wollen unsere erfolgreiche soziale Marktwirtschaft zurück. Wir wollen die Geisterfahrt der sozialökologischen Transformation endlich beenden und unser Land wieder zu alter Stärke zurückführen mit weniger Steuern, einer brummenden Wirtschaft, mit einem fairen und leistungsstarken Sozialsystem.

(Beifall bei der AfD)

Wir machen Deutschland fit für unsere Kinder und Enkelkinder.

Der wichtigste Schlüssel dazu sind die Energiekosten. Die müssen endlich runter, für Unternehmen und für Bürger. Gerade flattern ja die Heizkostenabrechnungen ins Haus: 44 Prozent Steigerung bei Gas – inklusive Preisbremse –, ein Drittel bei Öl. Der Staat muss helfen, die Preise zu senken. Das geht, indem wir die Energiesteuern senken – beim Heizen, beim Tanken, beim Strom – und indem wir das Stromangebot erhöhen durch die Reaktivierung der Kernenergie.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen die Kernkraft wieder am Netz, und das ist auch möglich; das sagen ja auch Ihre eigenen Fachleute in den Ministerien, wie wir gerade lesen können. Warum hören Sie eigentlich nicht auf die? Aber so ist es immer bei den Grünen: Ideologie statt Vernunft. Genau das schadet unserem Land massiv.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen steuerliche Entlastungen: Grundsteuer weg, Soli komplett streichen. Wir wollen die verringerte Mehrwertsteuer für die gebeutelte Gastrobranche wieder einführen, und wir wollen die Steuersätze bei der Lohnund Einkommensteuer für alle Bürger senken; denn Arbeit muss sich endlich wieder lohnen in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer auf 14 000 Euro erhöhen. Das hilft auch vielen Geringverdienern. Wir wollen den Rentnern die Möglichkeit geben, sich zusätzlich bis zu 12 000 Euro im Jahr

(D)

Leif-Erik Holm

(A) steuerfrei dazuzuverdienen. Mehr Netto vom Brutto ist die Devise. Das ist echte Hilfe für unsere gebeutelten Bürger, die jeden Tag ranklotzen, um ihre Familien mit etwas Geld und Wohlstand zu versorgen.

Das Bürgergeld wollen wir durch eine aktivierende Grundsicherung ersetzen. Wir wollen selbstverständlich die Bedürftigen im Land unterstützen. Aber diejenigen, die arbeiten können, die sollen es auch tun. Wer Arbeitsangebote auf Dauer ablehnt, der muss zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Wir sehen es nicht ein, dass erwerbsfähige Menschen die Solidarität der fleißigen Bürger ausnutzen, die das Ganze bezahlen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Und wir werden Bürokratie abbauen. Lieferkettengesetz: Mumpitz. Heizungsgesetz: muss weg. Berichts-, Dokumentations-, Kontrollpflichten kürzen wir konsequent. Antragsgenehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen wir. Es ist alles machbar, man muss es nur wollen. Denn Deutschland ist kein schwaches Land. Wir werden nur wahnsinnig schlecht regiert. Wir haben eine leistungsstarke Wirtschaft und viele fleißige Unternehmer. Man muss sie nur machen lassen und darf ihnen nicht immer neue ideologische Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei der AfD)

Machen Sie die Augen auf, Herr Habeck! Ihr teurer ökosozialistischer Quatsch löst keine Probleme, sondern schafft nur welche. Wir brauchen keine neuen sozialistischen Experimente mit Verboten und ideologischer Gängelei, sondern freie Entfaltungsmöglichkeiten. Lassen Sie den Bürgern und Unternehmen mehr Geld in der Tasche. Dann wird auch wieder angepackt im Land. Genau das ist unser Plan für Deutschland: ein Plan für mehr Freiheit und Wohlstand. Also: Ampel abschalten, blauen Turbo anschmeißen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Holm, die Redezeit ist vorbei.

Leif-Erik Holm (AfD):

AfD: Aufschwung für Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Danke schön. – Das Wort hat Sebastian Roloff für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sebastian Roloff (SPD):

Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben wieder mal ein Paradebeispiel der Strategie der AfD: die üblichen Worthülsen schön für Youtube, Tiktok usw. aufgesagt,

(Steffen Janich [AfD]: Ihr kriegt doch eh nichts auf die Reihe!)

aber einen absolut peinlichen Schaufensterantrag vorgelegt, bei dem massive Mehrausgaben massive Mindereinnahmen bedingen, garniert mit einer Überschrift, die nicht falscher sein könnte. Es ist völlig richtig – wir sehen es heute einmal mehr –, dass der DGB Sie als "Feind der Beschäftigten" bezeichnet. Die Vorstandsvorsitzenden von Deutscher Bahn, Deutscher Bank und Siemens halten das Wählen der AfD für einen – ich zitiere – schweren Fehler – Zitat Ende –, weil es dem Wirtschaftsstandort schaden würde. Ganz genau so ist es.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie wollen mit Ihrer Wirtschaftspolitik, wo sie denn überhaupt stimmig ist, zurück in das letzte Jahrhundert und bemühen immer Ihr Gespenst der sozialökologischen Transformation, die angeblich alles bedroht.

(Enrico Komning [AfD]: So ist es!)

Dabei hat sich die Welt längst entschieden. Die USA fördern mit dem IRA umweltfreundliche Technologien im Umfang von fast 400 Milliarden Dollar.

(Beatrix von Storch [AfD]: Die fördern neue Kernenergie! – Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

China hat alleine im letzten Jahr ungefähr 300 Gigawatt an erneuerbaren Energien zugebaut. Das sind fast 60 Prozent der weltweit installierten Leistung.

(Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Da sieht man, wo die Märkte von morgen liegen. Wenn wir daran Anteile haben, halten oder ausbauen wollen, müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen.

(Enrico Komning [AfD]: Das klappt ja total gut!)

Und das haben wir im Gegensatz zu Ihnen Gott sei Dank verstanden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das Krisenmanagement dieser Koalition hat dafür gesorgt, dass die Inflation deutlich rückläufig und auf einem gesunden Niveau ist.

(Enrico Komning [AfD]: Vor allem ist auch die Wirtschaft rückläufig!)

Die Industrieproduktion hat sich spürbar erhöht.

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Das Konsumklima erholt sich ebenfalls. Der ifo-Geschäftsklimaindex hellt sich wieder auf, und die Erwerbstätigenzahlen sind auf einem Allzeithoch. Die Entwicklung des BIP zeigt in die richtige Richtung.

Und ja, es wird weiter Thema sein, dass wir nach Corona und dem russischen Angriffskrieg mit all seinen Folgen neben den Herausforderungen der Transformation, aber auch der Digitalisierung und einem gewissen Investitionsstau immer noch zu langsam mit diesem Turnaround sind. Er geht aber in die richtige Richtung. Deswegen werden wir daran weiterarbeiten, zum Bei-

(C)

Sebastian Roloff

(A) spiel auf Basis des Wachstumschancengesetzes, das jetzt endlich in Kraft ist, oder auch des heute eingebrachten Bürokratieentlastungsgesetzes IV.

Sie wissen, dass ich mich in der SPD immer sehr für weitere konjunktursteigernde und Dynamisierungsmaßnahmen einsetze. Ich gönne jedem Koalitionspartner seinen Punkteplan; wir haben auch einen gemacht. Ich bin sicher, dass wir in den nächsten Wochen da zu einem guten Ergebnis kommen werden und noch vor dem Sommer mehr Dynamisierung schaffen.

Ich glaube, wir brauchen eine langfristige Planbarkeit bei den Strompreisen, insbesondere für die energieintensiven Industrien. Und wir müssen – ich kann es nicht oft genug sagen – auch die Kaufkraft stärken, insbesondere für Geringverdienerinnen und Geringverdiener; denn das Geld fließt wieder in den Binnenmarkt und kurbelt die Konjunktur an, und zwar kurzfristig. Wir haben diese Woche - mindestens mit dem Bundeskanzler - die Debatte über den Mindestlohn eröffnet, und das Bundestariftreuegesetz ist ebenso wie das Vergaberecht, das wir in diesem Jahr noch gut hinbekommen werden, richtig, um in diese Richtung Anreize zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, es bleibt richtig: Wir brauchen massive Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes. Auch Topökonomen, nicht nur Gewerkschaften oder Sozialdemokraten, sehen einen Finanzierungsbedarf von ungefähr 600 Milliarden Euro, den man zum Beispiel über ein Sondervermögen abbilden könnte. Darüber müssen wir konkret diskutieren. Klar ist aber auch, dass Schulden kein Selbstzweck sind und natürlich zu vermeiden sind, wenn es möglich ist. Der Investitionsstau in Deutschland ist aber auch nicht zu leugnen.

> (Steffen Janich [AfD]: Den habt ihr ja verursacht!)

Dementsprechend müssen wir uns zusammensetzen und überlegen, wie wir schnelle, sachlich sinnvolle Lösungen finden. Das sind wir den nächsten Generationen schuldig.

Ich freue mich auf die weiteren wirtschaftspolitischen Debatten hier im Haus, wäre aber froh, wenn die grundlegenden Anträge ein bisschen mehr Substanz hätten

(Lachen des Abg. Enrico Komning [AfD])

und nicht so peinlich wären wie der, über den wir heute reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Julia Klöckner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist ernst. Herr Roloff, Sie sprachen davon, Sie hätten als Regierung den Turnaround geschafft. Sie haben einen Turnaround geschafft, nämlich vom Wirtschaftswachstum hin zur Stagnation.

(Beifall bei der CDU/CSU - Gabriele Katzmarek [SPD]: Oh, Frau Klöckner! -Jamila Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was sind denn die Gründe dafür, Frau Klöckner?)

Mit Ihrem Schönreden schaffen Sie es nicht, das Schlechtreden der AfD in dem Antrag, den sie vorgelegt hat, zu nivellieren.

Ich finde, dazu gehört auch ein Stück weit Ehrlichkeit, eine ordentliche Diagnose. Schauen wir uns mal die Zahlen an.

(Sebastian Roloff [SPD]: Was sind die Gründe für die Situation?)

Die Wirtschaftsweisen haben an diesem Mittwoch ihre Prognose für das BIP-Wachstum für dieses Jahr nach unten auf 0,2 Prozent korrigiert. Diese wirtschaftliche Schieflage schlägt sich auf die Steuerprognose durch: Minus 20 Milliarden Euro für Bund, Länder und Kommunen werden erwartet. Jetzt ist nicht die Zeit, Papiere in der Koalition vorzulegen, zu gucken, wer irgendwas gut findet nach dem Motto "Gibst du mir was, gebe ich dir was". Es muss jetzt gehandelt werden. Wir sind in einer so dramatischen wirtschaftlichen Lage, dass Arbeits- (D) plätze bedroht sind, dass Kapital abfließt, dass die Zahl der Insolvenzen steigt, dass Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz nicht langfristig haben und dass Steuereinnahmen letztlich sinken und der Sozialstaat unter massiven Druck gerät. Das müssen Sie anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Maik Außendorf [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN])

Deshalb brauchen wir ein Handeln und kein Ankündigen. Investitionsanreize und Freiräume für Unternehmen sind wichtig, ebenso Arbeitsanreize für Beschäftigte

(Zuruf von der AfD)

und auch Zumutungen bei liebgewonnenen Subventionen. Da muss man ran. Deshalb haben wir Vorschläge für eine Wirtschafts- und Wachstumswende gemacht. Wir als Union haben mehrere sehr konkrete Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht, und Sie haben es wieder getan: In dieser Woche haben Sie im Ausschuss wieder vier Anträge zur Wirtschaftswende von uns blockiert, damit man noch nicht einmal darüber diskutiert, was gut und was besser ist für Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist unverantwortlich, zumal die FDP in ihrem Paralleluniversum – der Parteitag ist ja ein Paralleluniversum zu dem, was Sie in der Ampel machen – fast wortgleiche Vorschläge wie die, die wir schon vorgeschlagen haben, selbst eingebracht hat. Aber hier wollen Sie nicht darüber reden. Das ist das eine.

Julia Klöckner

(A) Wenn es um Verantwortung geht, schaue ich mir natürlich auch mal den Antrag der AfD an. Bei den Begriffen "Verantwortung" und "AfD" ergibt sich eine Text-Bild-Schere. Sie setzen auf Abschottung. Ihr wirtschaftspolitischer Ansatz ist der, dass Sie ein abgeschottetes, schönes, feines, kleines, heiliges Deutschland wollen.

(Zuruf von der AfD: Nein, überhaupt nicht!)

- Sie sagen: "Nein, überhaupt nicht!"

(Enrico Komning [AfD]: Wirtschaftsunion wollen wir! – Weiterer Zuruf von der AfD)

Das Interessante an Ihrem Ansatz ist: Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland ist vom Export abhängig, während das Wort "Export" kein einziges Mal in Ihrem Wirtschaftsantrag vorkommt.

(Dr. Astrid Mannes [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Das muss man sich mal vorstellen. Thema Handel. Wenn es konkret wird, sind Sie immer wieder gegen Freihandelsabkommen. Sie wollen Protektionismus. Sie wollen Nationalismus.

(Enrico Komning [AfD]: Das ist Quatsch! – Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

- Sie sagen: "Das ist Quatsch!" Jetzt kommen Sie in Stimmung.

Es gibt gestandene Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, die erkannt haben, was das Ergebnis ist, wenn die AfD in diesem Land Verantwortung hätte.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das sind CDU-, SPD- und FDP-Mitglieder!)

Ich halte das Papier von den Familienunternehmern "Die wirtschaftsfeindliche Politik der AfD" mal hoch

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Dr. Malte Kaufmann [AfD]: Das ist alles Fake News, was da drinsteht! – Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

und zitiere:

(B)

"Entgegen den eigenen Behauptungen hat sich die AfD entschieden gegen die Interessen des familiengeführten deutschen Mittelstands und zum Schaden des Standorts Deutschland aufgestellt."

(Zurufe von der AfD)

Sie kennen Herrn Würth, ein gestandener Unternehmer, Stihl, Fischer, Kirchhoff – erfolgreiche Unternehmen, die sich stark für diesen Standort machen. Das sind wahre Patrioten, die wollen, dass hier an diesem Standort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Chance haben. Deshalb handeln sie auch national und international. Nikolas Stihl bringt es auf den Punkt: "Die AfD ist wirtschaftlich schädlich, völkisch und realitätsfremd", und damit hat er recht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der AfD: Quatsch mit Soße!)

– Sie sagen: "Quatsch mit Soße!" Wir schauen uns weiter Ihre Positionierungen an.

Noch wirtschaftsschädlicher sind nämlich die Forderungen, die Sie in Ihrem Antrag verschweigen. Sie wollen den Austritt Deutschlands aus der EU.

(Jörn König [AfD]: Das stimmt auch nicht! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das stimmt so auch nicht!)

Ich meine, das kann man mal fordern. Das kommt vielleicht ganz gut in einem kurzen Video auf Tiktok. Aber gehen wir mal inhaltlich rein: Wir – Deutschland – sind die größten Profiteure

(Zurufe von der AfD)

von einem Binnenmarkt mit 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten. Und Sie wollen genau das aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Weidel nennt es "Dexit". Herr Höcke sagt: Die EU muss sterben.

(Dr. Malte Kaufmann [AfD]: Das Zitat ist eine Unterstellung! – Weitere Zurufe von der AfD)

Ich kann Ihnen sagen: Wir wollen, dass die EU lebt. Die EU ist ein Friedensprojekt. Die EU ist ein Sicherheitsprojekt. Die EU ist ein Wohlstandsprojekt. – Jetzt höre ich, das Zitat ist schon alt. Oder was haben Sie gemeint?

Sie sind schon alt gewesen, bevor Sie als AfD entstanden sind; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Denn Sie wissen noch nicht mal, wie Zitate historisch eingeordnet werden. Sie wissen nicht, was in Büchern geschrieben worden ist. Immer wenn es eng und ungemütlich wird, sagen Sie: Das haben wir so nicht gemeint.

Zu Ihrer Wirtschaftspolitik gehört auch, dass Sie die Zahl von Kitaplätzen und Ganztagsschulplätzen reduzieren wollen. Überlegen Sie mal, was das für unsere Wirtschaft, was das für die Frauen heißt.

(Jörn König [AfD]: Das steht doch da gar nicht drin!)

 Das steht nicht drin, sagen Sie. Ja, das genau ist Ihr Problem.

(Enrico Komning [AfD]: Wo steht's denn? Wo steht's denn, Frau Klöckner?)

Sie haben jetzt das Papier; da steht es nicht drin. Sie halten aber Reden und haben Programme, die Sie sonst vorlegen,

(Jörn König [AfD]: Ach, das ist doch Quatsch, Frau Klöckner, ehrlich! Reine Unterstellung! Das ist doch totaler Unsinn!)

Julia Klöckner

(A) nur nicht im Deutschen Bundestag. Glauben Sie, dass wir das eine nicht mit dem anderen verbinden? Wenn Sie dran wären, würden Sie den ganzen Mist hier auch durchsetzen, und das ist ein Problem für unsere Wirtschaft.

> (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage Ihnen ein Weiteres: Sie wollen die Rente mit 63. Sie wollen, wenn wir uns das weiter anschauen, Nord Stream 2 wieder in Betrieb nehmen. Da stehen Sie auf der falschen Seite; Sie wollen einen Kuschelkurs. Sie wollen die CO₂-Bepreisung wieder abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

– Ja, sehen Sie.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Julia Klöckner (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss. – Sie rufen auch dazu auf, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu missachten. Eines kann ich Ihnen sagen:

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Julia Klöckner (CDU/CSU):

(B) Mit Ihnen hätten die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr Geld in der Tasche, sondern weniger. Deshalb kann ich sagen: Dem Antrag stimmen wir nicht zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Chantal Kopf für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Chantal Kopf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat hier offenbar mal wieder eine Anleitung aus Moskau erhalten,

(Lachen bei der AfD)

diesmal zum Thema "Wie treibt man Deutschland schnellstmöglich an den wirtschaftlichen Abgrund?".

(Jörn König [AfD]: Nee, das schaffen Sie ganz alleine!)

Es gibt eine ganze Reihe von großen Aufgaben, von denen man in den Unternehmen, die man besucht, immer hört. Auf keine einzige hat die AfD eine hilfreiche Antwort. Die Regierungskoalition hat schon vieles auf den Weg gebracht, aber natürlich gibt es noch viel zu tun.

Erstes Thema: Arbeits- und Fachkräftebedarf. Fremdenfeindliche Stimmung und Deportationsfantasien sind natürlich Gift für die Attraktivität des deutschen Arbeitsmarktes.

(Beifall des Abg. Felix Banaszak [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Bernd Baumann [AfD]: "Deportationsfanasien" ist Quatsch! Das hat "Correctiv" zurückgenommen! Das ist eine Lüge!)

Wir haben in Deutschland endlich ein modernes Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Dieses Thema hatte die Union leider jahrelang verschlafen. Was hier aber noch zu tun ist, ist, bürokratische Hürden weiter zu senken und vorhandene Potenziale besser zu nutzen, zum Beispiel durch die Schaffung von Anreizen für längeres Arbeiten im Alter und für Frauenerwerbstätigkeit und durch die Abschaffung von Arbeitsverboten für Geflüchtete.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Sebastian Roloff [SPD])

Zweites Thema: Bürokratie. Hier geht es der AfD eigentlich vor allem um die Abschaffung von jeglichem Klimaschutz.

(Leif-Erik Holm [AfD]: Wir wollen doch Kernkraftwerke! Das ist der beste Klimaschutz!)

Mit dieser ideologischen Politik würden Sie uns direkt wieder in die gefährliche und teure fossile Abhängigkeit treiben und uns gleichzeitig im globalen Wettbewerb ins (D) Aus schießen.

(Beifall des Abg. Felix Banaszak [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Und Ihre antieuropäische Politik würde nur zu mehr Bürokratie im Handel mit unseren europäischen Partnern führen. Zum Szenario eines Dexit, den Sie ja immer wieder ins Spiel bringen, sagt das IW, dieser würde 2,2 Millionen Arbeitsplätze gefährden und Tausende Euro Wohlstand pro Kopf in Deutschland kosten. Wir gehen den nötigen Bürokratieabbau zielgerichtet an, wie wir heute in der Debatte zum Bürokratieentlastungsgesetz gehört haben.

Drittes Thema: fairer Wettbewerb. Es ist völlig klar, dass der AfD hier an keiner Lösung gelegen ist. Wir müssen eine Flutung des europäischen Marktes mit künstlich verbilligten chinesischen Produkten befürchten, und dies können wir teils schon beobachten. Dieses Produktdumping ist ein Angriff auf den freien Markt.

(Enrico Komning [AfD]: Ach, Chantal!)

Wir erleben aber auch seit Jahren, dass die AfD die deutsche Politik mit billigen Forderungen und Parolen flutet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Sebastian Roloff [SPD])

deren Vertreter ebenfalls von ausländischen Staaten subventioniert werden. Dieses Politikdumping ist ein Angriff auf die Demokratie.

Chantal Kopf

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Forderung, wieder Gas über Nord Stream 2 einzukaufen, zeigt ja, wessen Lied die AfD hier singt. Und ja, es ist immer leicht, darüber Witzchen zu machen, aber es ist eine extrem ernsthafte Angelegenheit, wenn Volksvertreter in diesem Haus nicht die Interessen des deutschen Volkes.

(Enrico Komning [AfD]: Sie hat "deutsches Volk" gesagt! – Gegenruf des Abg. Jörn König [AfD]: Bingo!)

sondern die unserer autokratischen Systemrivalen wie China und Russland vertreten, während sie von parlamentarischen Privilegien und Informationsrechten profitieren. Wenigstens können wir Ihre Anträge einfach ablehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Manfred Todtenhausen hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Manfred Todtenhausen (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als FDP fordern tatsächlich schon seit Monaten, neue Wege in der Wirtschaftspolitik zu gehen. Aber welchen Weg würde die AfD gehen? Ich habe mich damit sehr beschäftigt. Es ist meine feste, tiefste Überzeugung, dass die Wirtschaftspolitik der AfD nicht nur unverantwortlich ist. Nein, sie ist auch äußerst schädlich für unser Land.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Wirtschaftsverbände – wir haben dazu schon einiges gehört – warnen vor den Folgen der Wirtschaftspolitik der AfD. Die Familienunternehmer nennen die Vorschläge sogar "mittelstandsfeindlich". Ich möchte einige Punkte der schädlichen Wirtschaftspolitik der AfD benennen.

Die AfD ist eine Partei, die unsere Facharbeiter und Facharbeiterinnen aus dem Land werfen will.

(Jörn König [AfD]: Was? – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Quatsch! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Ich kann Ihnen das gerne aufzeigen. Schauen Sie bitte auch mal bei der "Tagesschau" nach!

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nee, die würde ich nicht schauen!)

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels dürfen wir unsere Fachkräfte nicht verlieren. Vielmehr brauchen wir gerade im Gesundheitsbereich und im Handwerk dringend mehr Fachkräfte. Doch die AfD fordert Einschränkungen der EU-Personenfreizügigkeit sowie die (C) Einführung einer Vorrang- und Alternativprüfung bei Arbeitsplatzvergabe. Da geht es nicht mehr um Qualität, sondern um Nationalität bei der Frage, ob jemand den Arbeitsplatz bekommt.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Dabei haben wir wirklich große Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte für unsere Krankenhäuser, Kitas und Unternehmen zu finden, die so dringend gebraucht werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörn König [AfD]: Das machen ungefähr 150 Länder in der Welt! Es gibt hervorragende Alternativen, in Kanada zum Beispiel! – Weiterer Zuruf von der AfD)

Apropos Kitas: Die AfD möchte die Zahl der Kitaplätze und Ganztagsschulplätze reduzieren; die Kollegin hat es schon gesagt. Was ist damit verbunden? Bisher berufstätige Eltern müssen die Betreuung ihrer Kinder zu Hause selber sicherstellen. Dadurch verlören wir weitere, vor allen Dingen weibliche Fachkräfte.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und die queeren vor allen Dingen, die queeren!)

Wir können und wollen es uns nicht leisten, dass berufstätige Eltern Beruf und Familie nicht vereinen können.

Zum Thema Europa. Wir haben es schon gehört: Die AfD sieht die EU als gescheitertes Projekt an und möchte, wenn sie sich nicht nach ihren Vorstellungen neu aufstellt, aus der EU austreten. Damit einhergehen würde auch der Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt, dem wichtigsten Handelsraum für Deutschland.

(Jörn König [AfD]: Herr Todtenhausen, Sie wissen ganz genau, dass das nicht drinsteht! Wir wollen den Binnenmarkt! – Weiterer Zuruf von der AfD – Gegenruf der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD]: Das sind Schreihälse!)

Die EU kann man für vieles kritisieren, insbesondere für ausufernde Bürokratie. Aber ein Austritt aus der EU würde in unserem Land zu hohen Wohlstandsverlusten führen,

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

ganz abgesehen vom Verlust der europäischen Idee, den gemeinsamen Werten und Zielen, die die Europäische Union teilt und eint.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Stichwort "Freihandelsabkommen". Die AfD lehnt Freihandelsabkommen ab. Sie möchte Deutschland isolieren.

(Jörn König [AfD]: Deswegen stimmen wir ja auch für Mercosur, nicht? – Weiterer Zuruf von der AfD)

D)

Manfred Todtenhausen

(A) Sie möchte unsere Exportnation zugrunde richten. Große EU-Freihandelsabkommen der letzten Jahre wie CETA lehnte die AfD ab. Auf der anderen Seite – das zeigen nicht nur die Vorkommnisse der vergangenen Wochen – wendet sich die AfD Russland zu.

(Zuruf von der AfD: Ihr wollt doch Deutschland verscherbeln! – Gegenruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit ignoriert die AfD komplett, dass unser Land eine Exportnation für die ganze Welt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mein letzter Punkt: Digitalisierung. Die AfD sträubt sich gegen Digitalisierung. Das widerspricht den Zielen des Bürokratieabbaus. Ein Beispiel: Die AfD möchte den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf analoges Leben geben. Somit ist eine digitale und damit schnellere Verwaltung nicht möglich; denn beides nebeneinander geht ja nicht. Das dringend benötigte Once-Only-Prinzip wäre damit gestorben. Es wäre naiv, zu glauben, dass eine Wirtschaftspolitik nach den Vorstellungen der AfD zu Wohlstand und Wachstum führte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaftspolitik der AfD ist eine Politik des Rückschritts. Sie würde unser Land isolieren, unsere Wirtschaft schwächen, unsere Zukunft gefährden. Wir brauchen eine Politik, die für Offenheit und Zusammenarbeit steht, eine Politik, die an dieses Land glaubt, eine Politik, die langfristig denkt, eine Politik, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.

Die Wege in der Wirtschaftspolitik der demokratischen Parteien, der Ampel und der Union, unterscheiden sich in manchen Punkten.

(Zuruf des Abg. Jörn König [AfD])

Aber – das muss man auch sagen – wir gehen in die gleiche Richtung und haben dasselbe Ziel. Dieses Ziel eint uns und unterscheidet uns erheblich von dem Ziel der AfD. Wir wollen diese Wirtschaft stärken und unseren Wohlstand sichern. Dazu brauchen wir aber nicht die Vorschläge der AfD. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bernhard Loos hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernhard Loos (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass dieser AfD-Antrag wirklich kein Kassenschlager ist, hat die AfD offensichtlich schon selbst gemerkt. Ansonsten hätten Sie den Antrag wohl nicht von der letzten Sitzungswoche auf diese Sitzungswoche vertagt und dann in dieser Woche nochmals auf den buchstäblich vorletzten Platz verbannt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. (C) Pascal Kober [FDP])

Dieser Antrag ist ein Sammelsurium von Forderungen aus allen Bereichen: von der Wirtschaftspolitik über die Zuwanderung bis hin zur Rente. Sie haben sich inhaltlich querbeet – auch bei anderen Parteien – bedient, legen aber kein geschlossenes, kein seriöses, kein durchfinanziertes Konzept vor. Und zwischen den einzelnen Forderungen lässt sich dann doch erkennen, dass Sie die Unterstützer Moskaus sind, wenn Sie in Punkt 2 a die Inbetriebnahme der Nord-Stream-2-Gaspipeline fordern und gleichzeitig unter Punkt 2 d die Beendigung des "unnötigen Netzausbaus" als Ziel haben. Ihr vorgelegter Antrag zeigt eines klar: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der AfD sind die einer rückwärtsgewandten Wirtschaftspolitik.

(Zuruf von der AfD: Nö, das wäre billige Energie!)

Im Gegensatz dazu stehen wir als Union für eine wettbewerbs- und ordnungspolitisch technisch-innovative, leistungsfördernde und damit zukunftssichere Wirtschaftspolitik für Deutschland.

Diese Debatte gibt uns aber immerhin Anlass, eine Zwischenbilanz der Wirtschaftspolitik der Ampel zu ziehen: Deutschland ist ein starkes Land, aber dieses Land wird schlecht regiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen leider feststellen: Die Ampel wirkt – nach nur zwei Jahren ist Deutschland von der wirtschaftlichen (D) Zugmaschine der EU zur roten Laterne durchgereicht. Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat sich als Rückschrittsbündnis herausgestellt. Der IWF schickt uns einen Sorgenbrief – so weit ist es schon gekommen.

Alle Daten zeigen es: Wir haben statt Aufschwung wie in den USA und anderen Industrieländern in Deutschland Stagnation, aktuell 0,2 Prozent Wachstum, und das auch nur wegen Sondereffekten und einer milden Witterung. Das ist zu wenig, um unseren Wohlstand zu sichern. Die Zahlen brechen immer mehr ein. Noch vor einem halben Jahr hatten die Wirtschaftsweisen ein Wachstum von 0,7 Prozent erwartet.

Die Ursachen sind bekannt: Es ist die ideologiegetriebene Wirtschaftspolitik vor allem der Grünen. Sie haben mit dem sinnlosen und unnötigen Atomausstieg statt eines gefahrlosen Weiterbetriebs der sicheren AKWs Deutschland zu einem Energieimporteuer werden lassen.

(Felix Banaszak [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ach Gott! So wenig Ahnung!)

Sie haben internationale Wirtschaftsabkommen so lange zerredet und überfrachtet, bis der Zeitpunkt zum möglichen Abschluss vorbei war. Sie haben eine desaströse verfassungswidrige Haushaltspolitik betrieben. Der Effekt wird jetzt sichtbar, wenn Sie Ihre Versprechen im Dauerstreit kassieren müssen. Die deutsche Wirtschaft aber braucht Verlässlichkeit und keine Hängepartien, Planbarkeit und keine Scheinbuchungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernhard Loos

Liebe Kollegen von der FDP, wenn Sie schon wissen, was Sie falsch machen und besser machen müssten, dann handeln Sie doch bitte! Wir als Union wollen Entlastungen für den Mittelstand, weil Deutschland 20 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen hätte, wenn wir ein Wirtschaftswachstum im Eurozonendurchschnitt hätten. Dazu gehören unter anderem: die Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent und eine Entlastung der arbeitenden Mitte, eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, indem die gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Tag im Sinne einer Flexiwoche zu einer Höchstarbeitszeit pro Woche weiterentwickelt wird, Steueranreize für mehr persönliche Leistung, zum Beispiel durch eine Steuerfreistellung von Überstunden, eine Energiepolitik, die keine Energieform ideologisch ausschließt, und wieder Strompreise, die die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig machen.

(Sebastian Roloff [SPD]: Haben Sie einen Finanzierungsvorschlag?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende, bitte.

Bernhard Loos (CDU/CSU): Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(B) Das hat nahezu gepasst. – Johannes Arlt hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Johannes Arlt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen! Es gibt ja nichts Schöneres, als über AfD-Antragspotpourris am Freitagnachmittag zu sprechen. Ich möchte meine Assoziationen teilen, die ich beim Lesen dieses Antrags hatte. Ich musste nämlich an Mundgeruch denken. Aber keine Sorge, es wird jetzt nicht um die Mundpflege der AfD-Abgeordneten gehen.

(Enrico Komning [AfD]: Das ist ja Hass und Hetze! Das ist unparlamentarisch, was Sie hier erzählen! – Jörn König [AfD]: Äußerst sachlich!)

Sie fabulieren hier von vermeintlichen ideologischen Verboten und Diskriminierungen, die die Wirtschaft blockieren. Ihre Alternative: Es muss ideologiefrei sein. Damit kommen wir zum Mundgeruch. "Ideologie" – so das Bonmot von Terry Eagleton – "ist wie Mundgeruch immer das, was die anderen haben." Um im Bild zu bleiben: Der Atem der AfD stinkt so sehr nach Ideologie, aber wahrhaben wollen Sie es nicht. Wer sich also ideologiefrei gibt, ist meist besonders ideologisch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich gebe Ihnen auch sehr gerne zwei Beispiele für den (C) ideologischen Mundgeruch in Ihrem Antrag.

(Enrico Komning [AfD]: Wir wollen ja nicht wissen, was Sie im Mund hatten!)

Erstens fordern Sie kostengünstige und sichere Energie. Zugestanden, wir brauchen in Deutschland niedrigere Energiepreise. Wir wollen auch gerne den Industriestrompreis. Energiepreise sind ein wichtiger Standortfaktor. Aber Ihr ideologischer Atem vernebelt Ihnen leider den Blick für die Ursache: der russische Angriffskrieg.

(Leif-Erik Holm [AfD]: Jetzt kommt wieder dieselbe Leier!)

Ihre Lösung: ideologisch. Gestoppt werden soll nämlich der Ausbau der Wind- und Solarenergie. Zufällig sind diese Energiequellen aber die günstigsten in der Produktion von Strom. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn, wie Herr Loos schon gesagt hat, Gas über Nord Stream 2 aus Russland als Alternative empfohlen wird. Es ist natürlich ein sehr schöner Zufall, dass ausgerechnet Sie nach russischem Gas schreien; denn – wie soll man ihn nennen? – Ihr Außenwirtschaftsexperte Herr Bystron hat ja offenbar Geld aus Russland erhalten und sich dann auch noch über die große Stückelung der Geldscheine beschwert.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nichts "offenbar"!)

Sie sind auf jeden Fall ideologisch, Sie sind wahrscheinlich bestechlich, und Sie stellen sich dabei noch nicht einmal besonders geschickt an.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und des Abg. Henning Rehbaum [CDU/CSU] – Zuruf des Abg. Sebastian Roloff [SPD])

Zweites Beispiel: Fachkräftemangel. Sie stellen immerhin fest, dass es Deutschland an Fachkräften mangelt.

(Jörn König [AfD]: Ja! 10 Millionen sind gekommen und keine Fachkräfte dabei!)

Laut einer aktuellen Studie des IW entsteht so ein Schaden von jährlich 50 Milliarden Euro. Das ist übrigens eine sehr konservative Schätzung. Der Grund dafür: Wir haben zu wenig Fachkräfte. Wir brauchen also mehr Fachkräfte. Ich muss es so einfach erklären; denn offensichtlich verstehen Sie diesen Zusammenhang nicht. Schauen wir in Ihren Antrag: Sie wollen Abwanderung verhindern. Eine gute Idee, aber uns fehlen Fachkräfte, also: Wir brauchen mehr Fachkräfte. Ihre Maßnahme führt nur dazu, dass der Mangel nicht noch größer wird. Und warum? Weil Sie ideologisch sind.

(Zurufe von der AfD)

Eigentlich liegen die Lösungen auf der Hand. Zum einen könnte man die Erwerbsquote von Frauen steigern durch flexiblere Arbeitsbedingungen, bessere Kinderbetreuungsangebote, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Aber Moment: Ihr Frauenbild ist ja in den 30er-Jahren oder in den 50er-Jahren stecken geblieben, wo die Frau zu Hause war und dem Mann gehorcht hat.

(D)

Johannes Arlt

(A) (Jörn König [AfD]: Das ist unmöglich! Also, Herr Arlt, das ist wirklich unmöglich!)

Daher findet sich auch kein Wort dazu im Antrag, wie man Frauen unterstützen sollte.

Zum anderen sollte man Fachkräftemangel durch Einwanderung von Fachkräften und Integration in den Arbeitsmarkt lösen. Das fordern übrigens auch die Wirtschaftsverbände aus dem Osten, und die sind alle bekanntermaßen keine Fans der Ampel. Aber ideologisch, wie Sie sind, nehmen Sie halt lieber einen Milliardenschaden für die Wirtschaft in Kauf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, das Problem am Mundgeruch ist ja, dass man selber gar nicht merkt, wie unangenehm der eigene Atem ist. Das liegt daran, dass sich der eigene Geruchssinn ständig an den eigenen Atemduft anpasst.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sind das Selbsterfahrungen?)

Das ist schön für Sie, aber, liebe AfD, jeder in Deutschland kann Ihre Ideologie riechen. Allen anderen wünsche ich ein mundgeruchfreies Pfingstwochenende.

Tschüs!

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Hier stinkt's! – Weiterer Zuruf von der AfD: Weniger Sozialismus!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Klaus Ernst vom BSW hat seine Absicht, hier eine Rede zu halten, geändert.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Muss zum Zug! Muss zum Flieger!)

Mithin hat jetzt für Bündnis 90/Die Grünen Felix Banaszak das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Felix Banaszak (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich grüße Sie, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich gar nichts zur Union sagen, weil ich es wirklich gut fand, in welcher Eindeutigkeit und Schärfe Frau Klöckner auf diesen Antrag reagiert hat. Aber, Herr Loos, man braucht schon eine gewisse Chuzpe, der Ampel vorzuwerfen, dieses Land zum Energieimporteur gemacht zu haben, nachdem es unionsgeführte Regierungen waren, die uns Schritt für Schritt sukzessive zu 55 Prozent Erdgasabhängigkeit vom autoritären Russland geführt haben. Sie sollten sich mal mit dem europäischen Stromsystem beschäftigen, um etwas über Energieabhängigkeit zu lernen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Bernhard Loos [CDU/CSU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie viele von Ihnen (C) bin auch ich in diesen Wochen unterwegs, weil vor der Europawahl am 9. Juni auch Debatten mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen stattfinden. Wie viele von Ihnen erlebe ich dort dann auch Streit, harten Streit in der Sache, Konflikte über den richtigen Kurs. Aber eines ist ganz klar auf all diesen Terminen: die rigorose Ablehnung Ihrer Politik von allen Unternehmen und all ihren Verbänden. Alle in der Wirtschaft wissen: Sie sind nicht nur die falschen Freunde der sogenannten kleinen Leute, Sie sind auch die falschen Freunde der Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dass sich Reinhold Würth und viele andere – zum Beispiel Christian Kullmann von Evonik, der sagt: wer AfD wählt, gefährdet die Wirtschaft – so deutlich äußern, ist ein Zeichen für die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft vor dem rechtsextremen Gift.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dass sich seit Wochen und Monaten immer wieder Zehntausende Leute auf die Straße begeben, um gegen Rechtsextremismus und Faschismus zu demonstrieren, zeigt die Widerstandsfähigkeit dieser Demokratie. Und dass seit dieser Woche reihenweise Gerichtsurteile gegen diese Partei und ihre Funktionäre ergehen,

(Enrico Komning [AfD]: Das sind Beschlüsse, keine Urteile! Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

dass klar ist, dass der Verfassungsschutz Sie als rechtsextremen Verdachtsfall weiter beobachten kann und soll, dass einer Ihrer höchstrangigen Funktionäre in Thüringen demnächst vorbestraft ist wegen des Vortragens von Naziparolen

(Enrico Komning [AfD]: Das Urteil ist noch gar nicht rechtskräftig!)

und dass hier reihenweise Büros und Privaträume durchsucht werden, das alles zeigt: Auch dieser Rechtsstaat ist wehrhaft gegen die Gefahr von rechts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wochenende steht bevor. Diese Woche war eine gute für unsere widerstandsfähige Demokratie. Diese Woche war eine schlechte für die rechten Akteure in diesem Saal.

(Enrico Komning [AfD]: Hass und Hetze war das!)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass noch viele schlechte für Sie folgen!

Vielen Dank. Schönes Wochenende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Robin Mesarosch hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Enrico Komning [AfD]: Noch so einer!)

Robin Mesarosch (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als Kinder lernen wir: Es gibt keine dummen Fragen, es gibt nur dumme Antworten. Werden wir etwas älter, lernen wir hoffentlich, dass es doch dumme Fragen gibt: Das sind die, die nur dumme Antworten produzieren können. Reden wir über die Wirtschaft in Deutschland, wabert immer diese Frage im Raum: Geht es der deutschen Wirtschaft schlecht? Dann sind die Reflexe: "Ja, …" oder "Nein, …".

(Zuruf von der AfD: Die Wirtschaft ist gut, nur die Zahlen sind schlecht!)

Da liegt doch der Fehler. Beantworte ich die Frage mit: "Ja, ihr geht es schlecht", dann lasse ich unter den Tisch fallen, dass letztes Jahr Investitionen aus dem Ausland in Höhe von 34,8 Milliarden Euro nach Deutschland gekommen sind,

(Beatrix von Storch [AfD]: Sagen Sie mal, spinnen Sie?)

dass große Unternehmen investiert haben und wir viele Unternehmen haben, die große Gewinne einfahren. Beantworte ich die Frage mit Nein und sage: "Der deutschen Wirtschaft geht es gut", dann lasse ich unter den Tisch fallen, dass es Unternehmen gibt, die über Stellenabbau nachdenken oder schon Stellen abgebaut haben, und dass es Unternehmen gibt, die vor riesigen Herausforderungen stehen.

Das Ganze nennt sich Differenzierung. Man muss also genau hinschauen: Wo läuft es gut? Wo läuft es schlecht? Aber ich beobachte, dass immer weniger Menschen daran interessiert sind, und das betrifft leider nicht nur die AfD. Warum wollen uns manche die Antwort geben: "Der deutschen Wirtschaft geht es in Gänze schlecht"? Ich habe vorhin nur über große Konzerne gesprochen.

(Enrico Komning [AfD]: Haben Sie eigentlich einen Berufsabschluss?)

Die deutsche Wirtschaft, das sind aber auch Bäckereien, das sind Handwerksbetriebe, das sind Mittelständler, das sind nicht nur große Konzerne. Deshalb stellt sich schon die Frage: Was ist gemeint mit "Wirtschaft"?

(Enrico Komning [AfD]: Was sind Sie eigentlich von Beruf?)

Manche Fraktionen hier im Haus wollen uns aber in dieser Ungewissheit lassen und wollen uns nur weismachen: Alles geht den Bach runter. Warum? Weil sie neben den Maßnahmen für die Wirtschaft – und manchem unterstelle ich doch, dass er es ernst damit meint, der Wirtschaft zu helfen – auch noch andere Ideen im Gepäck haben, nämlich Sozialleistungen zu streichen, Steuern für Reiche zu senken oder – Sie von der AfD schreiben das ja selbst in Ihrem Antrag; ich denke mir das nicht aus – Migration zu stoppen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Herr Kollege, Frau von Storch möchte Ihnen eine Frage stellen.

Robin Mesarosch (SPD):

Das möchte ich nicht. Danke. – Sie schreiben Dinge in Ihren Antrag, mit denen Sie der Wirtschaft angeblich helfen wollen, die der Wirtschaft aber schaden. Der Wirtschaft fehlen Fachkräfte, und Sie wollen ihr noch mehr wegnehmen. Der Standort Deutschland lebt davon, dass er einer der sichersten und einer der stabilsten der Welt ist, und Sie reden davon, dass Sie den Menschen die soziale Sicherung in Deutschland komplett wegnehmen wollen.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist das Gegenteil dessen, was uns hilft. Das schadet uns allen in Deutschland. Das ist eine dumme Antwort auf eine dumme Frage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen, wo es in Deutschland Herausforderungen gibt, aber Sie wollen uns einreden, dass es unwirksam ist, nur weil wir da sehr präzise sind. Aber nur, weil wir ins Detail gehen, heißt das nicht, dass wir verzagt sind. Wir wissen: Den Unternehmen fehlt Wasserstoff. Sie brauchen einen Energieträger, mit dem sie viel Energie produzieren können, mit dem sie viele Anlagen betreiben können.

(Enrico Komning [AfD]: Haben Sie eigentlich einen Berufsabschluss?) (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen bitte zum Ende, Herr Kollege.

Robin Mesarosch (SPD):

Deswegen stecken wir Milliarden da rein, um präzise zu helfen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Robin Mesarosch (SPD):

Wir geben kluge Antworten auf kluge Fragen.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Enrico Komning [AfD]: Auf die Schulbank, Herr Mesarosch!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 20/11378 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Weitere Vorschläge sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Ich rufe den Zusatzpunkt 16 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der AfD

Mögliche Zahlungen an CDU und SPD aus dem Umfeld mutmaßlicher Schleuser aufklären

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD hat Stefan Keuter das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Keuter (AfD):

Liebe Kollegen, bleiben Sie ruhig hier, es betrifft nämlich gerade Sie von SPD und CDU. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Jahren 2016 und 2017 fielen Banken schon untypische Zahlungen auf, und es kam zu Geldewäscheverdachtsanzeigen. Auch das deutsche Konsulat in Kanton, China, gab Hinweise auf auffällige Visaanträge.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: In Geldwäsche kennen Sie sich ja aus! Tipptopp!)

Was passierte? Jahrelang nichts. Mitte April dieses Jahres kam dann Schwung in die Sache. Es erfolgte eine bundesweite Großrazzia, bei der insgesamt über hundert Wohnungen und Geschäftsräume durchsucht wurden, auch Rechtsanwaltskanzleien. Ein Abgrund der Korruption wurde offengelegt: Ein Schleusernetzwerk, bestehend aus zwei Rechtsanwälten und vielen Helfern und Helfershelfern aus dem Großraum Köln an der Spitze, besorgte Hunderten reicher Chinesen Aufenthaltstitel, Meldeadressen, Scheinfirmen, Scheingehaltsabrechnungen, Beschäftigungsverhältnisse, ja, und auch deutsche Staatsbürgerschaften.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ach so! Wie Herr Bystron!)

In diesem Zusammenhang wurden zehn Beschuldigte festgenommen, darunter auch ein Rechtsanwalt. Einer der festgenommenen Anwälte soll der Kopf der Schleuserbande sein, der in der Presse als "Luxus-Schleuser" bezeichnet wird

Jetzt, liebe Damen und Herren, wird es spannend. Der Kopf dieser Bande war CDU-Mitglied. Sein Schleusernetzwerk hat der CDU in mehreren Tranchen insgesamt 52 000 Euro im Vorfeld des Landtagswahlkampfes 2022 gespendet, verteilt an zwei Kreisverbände, den Bundesund den Landesverband der Jungen Union – immer schön unter der Berichtsgrenze von 10 000 Euro. Ich habe mir Ihre Berichte angeschaut, aber ich habe da nichts gefunden. Offensichtlich war auch Ihr Landes- oder Bundesschatzmeister nicht sehr aufmerksam; dem würde sonst auffallen, wenn mehrere Zahlungen knapp unter der Meldegrenze eingehen. Also, wie gesagt, im Rechenschaftsbericht ist das nicht auffindbar.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Weitere Verhaftungen folgten; pikant: ein CDU-Mann und ein SPD-Geschäftsführer. Letzter, ein ehemaliger Landrat, erhielt 300 000 Euro für dauerhafte Aufenthaltstitel. Der Letzte sitzt auch jetzt noch in U-Haft. Natürlich

gilt für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung; aber (C) wenn die Beweislast so erdrückend groß ist, dann erwarten wir von Ihnen, von der SPD und von der CDU, entsprechende Taten.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt kam heraus, dass selbst der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, der Herr Reul, persönlich betroffen war. Offensichtlich hat Ihr CDU-Ministerpräsident seinen Laden in Nordrhein-Westfalen nicht im Griff.

(Beifall bei der AfD)

Der Herr Reul hat sich immer als der harte Hund der Bekämpfung der Clankriminalität generiert. Und was ist jetzt passiert? Jetzt hat er 28 000 Euro von genau diesem Schleusernetzwerk für seinen Landtagswahlkampf persönlich eingesetzt – 28 000 Euro an Schmiergeldern.

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

Die Clankriminalität hingegen hat er nicht nennenswert bekämpft; da passiert in Nordrhein-Westfalen nämlich nichts. Jetzt hat Herr Reul vor den Medien ausgesagt, dass er nicht mal auf die Idee gekommen wäre, dass der Spender etwas mit Verbotenem zu tun gehabt haben könnte, der gute, alte Parteifreund. Das erinnert doch ein bisschen an eine neue Amigo-Affäre bei Ihnen. Meine Damen und Herren, der Fall stinkt zum Himmel. Ich glaube nicht an Zufälle. Niemand spendet solche Summen an eine Partei, ohne damit irgendetwas erreichen zu wollen,

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sie sprechen aus Erfahrung! Das ist richtig!)

auch nicht große Konzerne, die Sie großartig mit Spenden bedenken oder Ihre Parteitage finanzieren – alleine bei den Grünen über 300 000 Euro.

Die AfD-Fraktion fordert hier eine lückenlose Aufklärung.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bei Ihnen! Alles muss raus!)

Es muss auch aufgeklärt werden, inwieweit die Spender Einfluss nehmen wollten auf CDU-geführte Kreisverwaltungen, um hier Aufenthaltstitel für ihre Klientel zu ergaunern. Warum hat dies nicht vorher jemand in der CDU bemerkt? War der Bundesschatzmeister hier so nachlässig? Oder ist er so mit Geld zugeschüttet worden, dass ihm zahlreiche Transaktionen unterhalb der Meldegrenze gar nicht aufgefallen sind – schön gestückelt, unter der Meldegrenze? Ist man in der CDU schon so dermaßen mit Geld umsorgt, dass einem gar nicht mehr auffällt, was hier auf den Konten passiert?

Das ist nicht nur eine landespolitische Affäre. Hier wurde ganz offensichtlich aus niedrigen Motiven unserem Gemeinwesen und dem ganzen Land schwerer Schaden zugefügt.

(Beifall bei der AfD)

Wo bleibt da Ihre sonst so gerne zelebrierte Empörung, meine Damen und Herren?

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: ARD und ZDF!)

Stefan Keuter

(A) Der Sumpf der Schlepper und ihrer Helferorganisationen geht offenkundig weit in das Parteiensystem der Altparteien hinein, liebe Freunde.

(Beifall bei der AfD)

Die Verantwortlichen müssen sowohl politisch als auch juristisch zur Rechenschaft gezogen werden.

Neben der juristischen Aufklärung durch die Strafverfolgungsbehörden ist ein Untersuchungsausschuss zum gesamten Themenkomplex der illegalen Einwanderung und zu möglicher Rechtsbeugung das geeignete Format. In diesem Zusammenhang wird dann auch über die fortschreitende Islamisierung

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Das fehlte gerade noch! Der vorgeschriebene Satz der Woche!)

und Unterwanderung von CDU und SPD – vor allem, aber keineswegs nur in Nordrhein-Westfalen – zu sprechen sein und darüber, welchen Einfluss diese Personen und Strukturen auf Ihre für unser Land so katastrophale Migrationspolitik haben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ihre Redezeit ist vorbei.

Stefan Keuter (AfD):

(B)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und ein gesegnetes Pfingstfest.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Sind noch alle Scheiben in Ihrem Glashaus heil? – Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Werden Sie schon wieder durchsucht? Oder warum müssen Sie hier immer Reden halten?)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Peggy Schierenbeck hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Wenigstens einen Satz zum Thema! Versuchen Sie mal! – Gegenruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Bystron hatten wir gestern schon! – Gegenruf des Abg. Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, was ist denn mit dem? Hat er denn jetzt ausgepackt?)

Peggy Schierenbeck (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man nehme ein emotional aufgeladenes und ohne Frage wichtiges Thema, füge "endlich wirksam bekämpfen" hinzu und zaubere dann schnell eine Aktuelle Stunde daraus – alles natürlich zum Wohle dieses Landes! Das ist die AfD-Vorgehensweise. Wenn man dann aber Ihrem Wortbeitrag zuhört, ist hier nichts an Fürsorge, Verantwortung oder gar Menschlichkeit zu erkennen. Nein, vielmehr klingt es so, als ob Sie ein weiteres Zeitfenster brauchen, um Hass und Hetze zu verbreiten. Vielleicht

ist es aber auch einfach nur so, dass Sie eine Kulisse für (C) weitere Tiktok-Videos brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Gabriele Katzmarek [SPD]: So wird es sein!)

Gestern lautete der Titel für diese Aktuelle Stunde der AfD noch "Schleuserkriminalität endlich wirksam bekämpfen". Dann hat sie sich aber umentschieden, und nun lautet der Titel: "Mögliche Zahlungen an CDU und SPD aus dem Umfeld mutmaßlicher Schleuser aufklären".

(Enrico Komning [AfD]: Das ist doch dasselbe!)

Nun, beides ist mir recht. Ich nutze dieses Zeitfenster jetzt auch, um Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, mit Fakten zu versorgen, die Sie übrigens überall nachlesen können.

(Jörn König [AfD]: Dann ist das ja nicht nötig! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Dann brauchen Sie ja nichts mehr zu sagen!)

Es ist mir wichtig, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken; denn unsere Demokratie ist das höchste Gut.

Die Schleuserkriminalität hat sich zum profitablen Geschäftszweig der Organisierten Kriminalität entwickelt.

(Stefan Keuter [AfD]: Und wohl auch der SPD! – Enrico Komning [AfD]: Und der NGOs!)

Auf die Gesundheit und das Leben der Geschleusten und der kontrollierenden Polizeibeamtinnen und -beamten (D) wird dabei keine Rücksicht genommen. Dieses illegale Geschäft bedroht nicht nur die Sicherheit unserer Gesellschaft, sondern es missbraucht auch die Not und Verzweiflung von Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind.

Aber: Wir haben große Fortschritte im Kampf gegen Schleuserkriminalität gemacht.

(Stefan Keuter [AfD]: Ja, klar! Ihr holt die ja rein!)

Neben verstärkten Grenzkontrollen und einer Ausweitung der Schleierfahndung hat unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser endlich wirksame Maßnahmen und Gesetzesinitiativen gegen die Schleusung von Menschen auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Enrico Komning [AfD]: Es geht um den Spendensumpf!)

Ich sage "endlich"; denn, ja, ich möchte es mir nicht verkneifen: In den 16 Jahren Innenministerium unter Horst Seehofer ist viel zu wenig passiert.

(Alexander Throm [CDU/CSU]: So lange war er nicht Innenminister!)

Ja, wir gehen entschlossen gegen Schleuserkriminalität vor. Wir sprechen nicht zufällig von einem Neustart in der Migrationspolitik. Die Sicherheitsbehörden haben zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Schleuserkriminalität auf nationaler und transnationaler

Peggy Schierenbeck

(B)

(A) Ebene implementiert. Dazu z\u00e4hlt unter anderem die Einrichtung einer Operativen Zentrale zur Analyse der Schleusungskriminalit\u00e4t, die F\u00e4lle zentral auswertet, analysiert und zusammenf\u00fchrt, um auch pr\u00e4ventiv zu wirken.

Die noch engere Kooperation von Polizei und Justiz erhöht den Verfolgungsdruck auf Schleuser. Wir verbessern den operativen Datenaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Wir investieren in Präventionsmaßnahmen, um Menschen für die Gefahren der Schleppung zu sensibilisieren und alternative, legale Migrationswege aufzuzeigen.

Das am 27. März 2024 in Kraft getretene Rückführungsverbesserungsgesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt,

(Enrico Komning [AfD]: Was ist denn das für ein Märchen, aus dem Sie hier vorlesen?)

indem wir die Ausweisung von Schleusern erleichtern und das Strafmaß empfindlich erhöht haben.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Wie viele sind denn schon ausgewiesen?)

Auch beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem hat die Bundesinnenministerin Nancy Faeser das geschafft, was all ihre Unionsvorgänger nicht geschafft haben.

(Enrico Komning [AfD]: Ist das das neue Märchenbuch von Habeck?)

Wir haben endlich eine Einigung gefunden – nach acht Jahren Stillstand. Danke, liebe Nancy.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der AfD – Beatrix von Storch [AfD]: Das ist ja fast niedlich! "Danke, liebe Nancy"! Sehr rührend!)

All dies hat bereits zu messbaren Erfolgen geführt. Die Zahl der illegalen Einreisen geht deutlich zurück.

Der Bundespolizei ist vor drei Tagen ein harter Schlag gegen die internationale Schleuserkriminalität gelungen. Den etwa 1 170 Einsatzkräften der Bundespolizei und des Zolls, die über 40 Objekte in sechs Bundesländern durchsuchten, danke ich an dieser Stelle für diesen starken Einsatz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Unsere Sicherheitsbehörden leisten täglich eine wichtige und gute Arbeit. Auch die großangelegte Razzia im letzten Monat hat das bestätigt.

Nun möchte ich ja nicht unhöflich sein und den neuen Titel dieser Aktuellen Stunde ignorieren. Dazu kann ich nur sagen: Auch hier funktioniert der Rechtsstaat. Parteienfinanzierung ist ein sensibles Thema, und Missbrauch wird strafrechtlich verfolgt. Auch dafür hätte es diese Aktuelle Stunde nicht gebraucht; denn die Behörden sind bereits am Arbeiten.

Nun wünsche ich Ihnen allen ein schönes Wochenende. Behalten Sie Frieden im Herzen, und bleiben Sie vor allen Dingen demokratisch! (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der AfD: Dank an die Spender nicht vergessen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Aber noch bleiben wir hier und hören als Nächstes Alexander Throm für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Throm (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD schenkt uns eine Nachspielzeit durch eine weitere Aktuelle Stunde. Offensichtlich will die AfD nicht, dass ihre Woche der Schmerzen und Nackenschläge für sie ein Ende hat. Deswegen wiederhole ich das gerne:

Am Montag gab es das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster. Sie sind mit Ihrer Klage krachend gescheitert. Sie sind als rechtsextremer Verdachtsfall bestätigt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Am Tag danach kam das Urteil gegen Ihren Oberanführer Höcke –

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

verurteilt wegen der Verwendung von Nazivokabular.

Dann gestern die Hausdurchsuchung bei Petr Bystron! Ihm wird Spionage und Bestechlichkeit vorgeworfen. (D Wir sind gespannt, was alles dabei herauskommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Gar nichts! – Weiterer Zuruf von der AfD: Zum Thema!)

Und dann wurde ebenfalls gestern die Immunität Ihres AfD-Abgeordneten Hannes Gnauck aufgehoben, weil er als ehemaliger Soldat vom MAD als Extremist eingestuft wurde.

(Jörn König [AfD]: Er hat das vor drei Jahren schon angeboten!)

Last, but not least: sinkende Umfrageergebnisse. Die Umfragewerte sind zwar noch zu hoch, aber sie brechen ein. Insofern danke ich für die Gelegenheit, heute hier das alles noch mal darstellen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ja, Schleusertum ist ein barbarisches Geschäft, und wir müssen leider feststellen, dass das Schleusertum in den letzten Jahren zugenommen hat. 2022 waren es 29,5 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Und bei der schlimmsten Form der Schleusung, der Schleusung mit Todesfolge oder dem gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusen, gab es sogar eine Zunahme um 237,5 Prozent. Dagegen müssen wir etwas tun, und zwar gegen jede Form von Schleusung.

(C)

(B)

Alexander Throm

(A) Aber wir müssen auch über diejenigen sprechen, die die schlimmsten Schleuser sind, die momentan in Europa und der Welt unterwegs sind. Und der Schlimmste von ihnen ist Wladimir Wladimirowitsch Putin. Putin setzt illegale Migration gezielt als hybride Waffe gegen Europa und Deutschland ein.

(Jörn König [AfD]: Das ist jetzt aber sehr weit weg vom Thema!)

Er instrumentalisiert Migration, um unsere Gesellschaft zu destabilisieren und Menschen zu verunsichern.

Wir wissen, dass die syrischen Migranten systematisch aus der Türkei nach Russland und Weißrussland geflogen und dann weiter nach Europa geschleust werden.

(Beatrix von Storch [AfD]: Bestechungsgelder an CDU und SPD aus dem Umfeld von Schleusern!)

Wir wissen, dass Putin seinen Einfluss in der Sahelzone nutzt, um die Menschen über Schleuserrouten aus Afrika nach Europa zu bringen. Auf eine Anfrage von mir im letzten Jahr wurde bekannt, dass wir 19 526 Personen im Hellfeld feststellen konnten, die über Russland und Belarus nach Europa gekommen sind. Daher finde ich es besonders interessant, dass ausgerechnet die fünfte Kolonne Putins hier im Deutschen Bundestag Schleusungen als Thema für eine Aktuelle Stunde einbringt.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Dr. Karamba Diaby [SPD] – Gähnen des Abg. Jörn König [AfD])

Ja, Sie sind der verlängerte Arm Putins, des Oberschleusers, hier im Deutschen Bundestag.

(Jörn König [AfD]: Dann sind Sie aber Aserbaidschans fünfte Kolonne!)

Es ist eine gute Idee, aufzuklären, was Sie alles mit Putin und Russland zu tun haben.

Klären Sie von der AfD doch mal das Umfeld Ihres Kollegen Bystron auf! Wie viele Tausend Euro hat er denn von Russland bekommen?

(Jörn König [AfD]: Das macht unser Rechtsstaat! Das müssen wir nicht machen! – Gegenruf des Abg. Max Lucks [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach so! Deswegen haben Sie sich enthalten!)

Jedenfalls bin ich mir sicher, Sie müssten unter dem Aspekt Aufklärungswille auch begrüßen, dass es gestern Durchsuchungen gegeben hat.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: So ist das! – Stefan Keuter [AfD]: Na selbstverständlich! Die müssen jetzt bei Ihnen stattfinden!)

Gegenteilig habe ich Sie, Herr Kollege Baumann, gestern in den Medien vernommen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nee!)

Klären Sie das Umfeld von Björn Höcke auf, der erklärt hat – er überschätzt sich ein bisschen –, dass er, wenn er Bundeskanzler wäre, als Erstes nach Moskau reisen würde! (Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wahrscheinlich flieht er schon vorher nach Moskau vor der deutschen Justiz!) (C)

(D)

Klären Sie auf, was Ihr Spitzenkandidat Maximilian Krah mit seinen russischen Verbindungen gemacht hat, und klären Sie auch, was Ihr Parteichef Chrupalla so alles mit der russischen Botschaft hier in Deutschland zu tun hat!

(Karsten Hilse [AfD]: Muss man hier gar nicht mehr zum Thema sprechen? Was ist denn jetzt das Thema? Da steht was von CDU! – Gegenruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Warum sich selbst anklagen? Macht ihr bei uns auch nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD] gewandt: Ist auch wieder wahr!)

Es ist eine feindlich gesinnte Macht, die durch Schleusungen einen hybriden Krieg entfacht, und Sie sind die Unterstützer dieser Schleuser hier in Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD.

(Beifall des Abg. Hannes Walter [SPD] – Jörn König [AfD]: Herr Throm, zum Thema war's nicht, ne? – Karsten Hilse [AfD]: Um Gottes willen!)

Das, was Sie hier und in anderen Bereichen machen, ist alles andere als patriotisch.

Herr Baumann, Sie haben hier heute Morgen bei einer anderen Debatte das Wort "Landesverrat" in den Mund genommen.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ja!)

Sie von der AfD wissen inzwischen offensichtlich sehr genau, was Landesverrat ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie des Abg. Max Lucks [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN] – Zuruf von der AfD: Die CDU hat Landesverrat begangen!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Marcel Emmerich hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Stephan Thomae [FDP])

Marcel Emmerich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn ein Schleuserring in diesem Land denkt, er könne mit einer Art Rundum-sorglos-Paket den Rechtsstaat untergraben, dann hat er die Rechnung ohne den Rechtsstaat gemacht. Es ist vollkommen klar, dass wir es nicht dulden können und es geradezu ein Hohn gegenüber jenen ist, die sich anstrengen, die wissen, was es bedeutet, sich um einen Aufenthaltstitel zu kümmern, die auch diese Last kennen, wenn man gerade in der Auseinandersetzung mit Ausländerbehörden ist, dass es Menschen gibt, die glauben,

(C)

(D)

Marcel Emmerich

 (A) man könne sich Aufenthaltstitel hierzulande kaufen bzw. man könne sie verkaufen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Kann man! Bei der CDU und bei der SPD! – Gegenruf der Abg. Anke Hennig [SPD]: Ruhe dahinten! – Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD] – Zuruf des Abg. Kay Gottschalk [AfD])

Deswegen ist es so wichtig, dass der Rechtsstaat hier sehr klar agiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Stephan Thomae [FDP])

Das zeigt, wie professionell solche Schleuserbanden vorgehen; das zeigt aber auch, dass die Behörden wachsam sind und einschreiten. Und das verdeutlicht uns noch mal, dass wir uns der Organisierten Kriminalität und der Korruption entschieden entgegenstellen müssen.

Das bedeutet aber natürlich auch, dass wir durchaus darüber reden müssen, dass die im Raum stehenden Vorwürfe und Verbindungen in die Politik zentrale, relevante Fragen aufwerfen. Man muss an der Stelle schon auch sagen, dass die Parteispenden von den Beschuldigten an die CDU in Höhe von über 50 000 Euro durchaus Aufklärung erfordern. Hier braucht es maximale Transparenz; da darf es kein Vertun geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Stephan Thomae [FDP])

(B) Dieser Fall richtet den Scheinwerfer aber auch noch mal auf das Geschäft der Organisierten Kriminalität, gerade mit Blick auf Menschenhandel und Schleusung. Weltweit sind international agierende Netzwerke in einem Goldrausch: Wie beim Waffenhandel werden Millionen umgesetzt.

(Stefan Keuter [AfD]: Milliarden!)

Ihr Geschäft ist ein Geschäft mit menschlichem Leid. Menschen, die vor Gewalt, vor der Klimakrise, vor Bomben oder vor politischer Verfolgung fliehen, sind davon betroffen. Skrupellose kriminelle Netzwerke nutzen diese Verzweiflung von Menschen aus, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Das ist eine der gravierendsten Formen der Ausbeutung, mit der wir es hier zu tun haben.

Deswegen ist es so entscheidend, dass wir entschlossen gegen diese Organisierte Kriminalität und gegen Schleusungskriminalität vorgehen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass die Betroffenen konsequent geschützt und Hilfsorganisationen an dieser Stelle nicht kriminalisiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

An die Damen und Herren von der AfD: Auch ich kann es Ihnen nicht ersparen, Sie noch mal mit dieser Woche zu konfrontieren, die wirklich eine historische, legendäre Woche ist.

(Beatrix von Storch [AfD]: Nee! Jetzt bin ich aber überrascht! Jetzt bin ich aber echt überrascht! – Lachen des Abg. Karsten Hilse

[AfD] – Gegenruf der Abg. Dunja Kreiser [SPD]: Peinlich, dass Sie es lustig finden, dass so etwas bei Ihnen passiert!)

Und wenn man sich gerade die Vorwürfe des Kollegen Keuter angehört hat, dann hat man schon gemerkt, dass da sehr viel Erfahrungswissen vorhanden ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Keuter [AfD]: Wozu genau, Herr Kollege?)

Es ist vollkommen klar, dass wir auch noch mal darüber reden müssen, welche Fraktion diese Aktuelle Stunde beantragt hat. Und was auch klar ist: Die Vorfälle mit dem Schleuserring, die geschehen sind, müssen aufgearbeitet, aufgeklärt und ausermittelt werden.

(Beatrix von Storch [AfD]: Komma, aber!)

Aber was auch vollkommen klar ist: Diese AfD steht genau in einer Reihe mit solchen korrupten, kriminellen Leuten. – Um das zu erkennen, kann man sich einfach diese Woche noch mal vor Augen führen:

Am Montag gab es das Urteil aus Münster, dass die AfD ein rechtsextremistischer Verdachtsfall bleibt.

(Beatrix von Storch [AfD]: Alles für die Bundesrepublik Deutschland!)

Am Dienstag wurde Björn Höcke zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er Naziparolen verwendet hat.

Dann gab es noch einen weiteren Spion im Umfeld Ihres – man muss es noch mal sagen – Spitzenkandidaten zur Europawahl, Maximilian Krah.

(Kay Gottschalk [AfD]: Es gilt Unschuldsvermutung, Herr Kollege! Was reden Sie da für einen Stuss!)

Außerdem wurde Hannes Gnauck die Immunität entzogen, weil er eine Disziplinarklage am Hals hat. Er ist der Chef der Jungen Alternative, die ja wiederum auch als rechtsextrem eingestuft ist.

(Beatrix von Storch [AfD]: Vor vier Jahren! Und jetzt plötzlich! – Kay Gottschalk [AfD]: Machen Sie sich nicht lächerlich!)

Und dann war gestern noch richtig was los im JKH, weil Herr Petr Bystron Polizisten und die gesammelte Hauptstadtpresse vor der Tür hatte.

(Helge Limburg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wo ist denn der Bystron eigentlich hin? – Stefan Keuter [AfD]: Die Presse war schon vorher da! – Steffen Janich [AfD]: Ihr unterdrückt doch die Opposition!)

Daran sehen wir einfach, wie gefährlich die AfD ist und welche Auswirkungen Ihre Politik hat.

Und da kann man einfach noch mal sagen – weil Sie immer davon reden, dass Sie irgendwie Ordnung in dieses Land bringen –: Sie haben ja nicht mal Ordnung in Ihrem eigenen Laden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Marcel Emmerich

(A) Wie sollen Sie es denn dann hinbekommen, in diesem Land überhaupt irgendwas hinzubekommen, wenn Sie es bei sich selbst nicht gebacken bekommen? Das ist doch die Realität; das ist die Lage, mit der man es bei Ihnen zu tun hat.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir hier noch mal darüber reden, zu was allem die AfD in der Lage ist, nämlich niente.

Schöne Pfingsten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP] – Kay Gottschalk [AfD]: Gut gebellt!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Stephan Thomae hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Max Lucks [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Stephan Thomae (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen lief es ja nicht besonders gut für die

(Stefan Keuter [AfD]: ... SPD!)

AfD, muss man sagen.

(B)

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Erzählen Sie doch noch mal! Montag! – Gegenruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Ihr habt das doch beantragt! Ihr wollt das doch hören! Sonst hättet ihr das doch nicht gemacht! – Gegenruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD]: Aber so langweilig hätte ich es nicht gewollt!)

Das OVG Münster hat bestätigt, dass die AfD und die JA als rechtsextremistische Verdachtsfälle vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen.

Das Landgericht Halle hat Björn Höcke zu einer Geldstrafe wegen Naziparolen verurteilt.

(Stefan Keuter [AfD]: Noch gar nicht rechtskräftig! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Dienstag!)

Mario Müller, ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt, ist in der Potsdamer Villa im November 2023 neben Martin Sellner eine der Hauptfiguren gewesen.

(Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

Wladimir Sergijenko, ein Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Eugen Schmidt, hat sich als russischer Spion entpuppt.

(Stefan Keuter [AfD]: Bitte was? Sagen Sie das mal außerhalb vom Rednerpult! Das gibt eine einstweilige Verfügung! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Keiner hat sich als Spion entpuppt! – Konstantin Kuhle [FDP]: Das wussten die teilweise noch gar nicht!)

Jian Guo, ein Mitarbeiter des Spitzenkandidaten der (C) AfD für die Europawahl, Maximilian Krah, hat sich als chinesischer Spion entpuppt.

Der gleiche Maximilian Krah hat einem gewissen Janus N. einen Besucherausweis für das Europaparlament verschafft. Dieser Janus N. ging im EP ein und aus und ist jetzt in Polen wegen Spionage für Russland angeklagt worden.

Gegen den bayerische AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Halemba wird wegen Volksverhetzung ermittelt.

(Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

Drei bayerische MdL der AfD, nämlich Ulrich Singer, Andreas Jurca und Elena Roon, sind auf Einladung des Kreml als Wahlbeobachter nach Russland gereist.

Gestern hat der Deutsche Bundestag auf Antrag des Verteidigungsministeriums die Immunität des AfD-Abgeordneten Hannes Gnauck aufgehoben.

(Kay Gottschalk [AfD]: Ein genialer Zeitpunkt, Herr Kollege, oder? Alles Zufall, was?)

Und schon erwähnt worden ist, dass, ebenfalls gestern, Durchsuchungen und Beschlagnahmen bei dem AfD-Abgeordneten Petr Bystron durchgeführt wurden, weil er Geld von dem russischen Propagandasender "Voice of Europe" erhalten hat.

(Stefan Keuter [AfD]: Haben soll! – Gegenruf der Abg. Dagmar Andres [SPD]: Schämen sollten Sie sich! Schämen! – Gegenruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD]: Schämen Sie sich!)

(D)

Wenn man sich dieses Sündenregister mal anschaut, dann kriegt man Herzrhythmusstörungen.

Meine Damen und Herren, die Opferrolle zieht nicht mehr.

(Kay Gottschalk [AfD]: Das ist keine Opferrolle!)

Deshalb ist es nur ein Ablenkungsmanöver, was Sie von der AfD hier heute veranstalten, um davon abzulenken, dass Ihr Laden ein Saustall ist.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen sich jetzt hierhin und sagen, dass Parteispenden, die Herbert Reul und die CDU Nordrhein-Westfalen erhalten haben, von Personen stammen, von denen sich später herausstellte, dass sie reichen Arabern und Chinesen Einreise- und Aufenthaltserlaubnisse für Deutschland beschafft haben. Ja, das muss man untersuchen; bei diesen Personen muss man hinschauen. Da gibt es ja auch Ermittlungsverfahren. Aber daraus jetzt zu machen, dass Herbert Reul und die CDU mit Schleusernetzwerken unter einer Decke stecken würden?

(Beatrix von Storch [AfD]: Ach nee! Ach nee! Das geht natürlich nicht, oder was? Das geht nur bei unseren Abgeordneten, was?)

Stephan Thomae

(A) Man muss kein Fan von Herbert Reul und der CDU sein – das bin ich auch nicht, und ich bin nicht der Wahlpflichtverteidiger von Herbert Reul und der CDU –, aber das daraus herzuleiten, ist einfach nur infam, meine Damen und Herren.

> (Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU/ CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Und das darf er Ihnen auch nicht durchgehen lassen.

In der Politik wird auch mal mit harten Bandagen gefochten. Und ja, in der Hitze des Gefechts kann es auch mal passieren, dass man den Bogen überspannt. Aber Sie überspannen den Bogen permanent, und Sie haben null Gespür für diese Linie, die man einhalten muss. Sie wissen nicht, wo etwas noch demokratischer Meinungswettstreit ist und was einfach zu viel ist. Und deswegen, weil Sie diese Linie nicht kennen und weil Sie diese Linie permanent überschreiten, den Bogen permanent überspannen, weil das nicht mehr demokratischer Meinungswettstreit ist, sind Sie eine Gefahr für die Demokratie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss man den Wählerinnen und Wählern auch einfach sagen: Eine Partei, die ihre Spitzenkandidaten verstecken muss, ist keine Alternative für Deutschland, sondern eine Gefahr für Europa und für unser Land.

(B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD] begibt sich zum Sitzungsvorstand)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

In der Aktuellen Stunde gibt es keine Zwischeninterventionen, -fragen oder irgendwas; das ist da nicht vorgesehen.

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einfach mal in der Geschäftsordnung nachgucken! – Gegenruf des Abg. Karsten Hilse [AfD]: Eine persönliche Erklärung kann immer abgegeben werden!)

Und Sie haben ja auch noch einen Redner, nämlich Kay Gottschalk, den ich jetzt für die AfD aufrufe und der alles richtigstellen kann, was Ihnen wichtig ist.

(Beifall bei der AfD – Dr. Till Steffen [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Der kann alles raushauen!)

Kay Gottschalk (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Konstantin Kuhle [FDP]: Haben Sie auch schon was gekriegt?)

Ich lege jetzt bewusst den Maßstab an, den Sie in den (C) letzten sechs Monaten bei der AfD angelegt haben.

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sie legen doch gar keinen Maßstab an sich an!)

Insoweit haben wir heute einen Abgrund von Landesverrat in den Reihen der CDU/CSU und anscheinend auch in der SPD.

Vor drei Wochen haben Beamte eine Großrazzia in acht Bundesländern durchgeführt. Zehn Verdächtige – mein Kollege hat es eben ausgeführt – wurden verhaftet, darunter der Rechtsanwalt – was noch wichtig sein wird – Claus Brockhaus und der Kölner Rechtsanwalt Johannes Dähnert. Außerdem wurden mehrere Politiker festgenommen – festgenommen! –, meine Damen und Herren, von der CDU zum Beispiel der langjährige Landrat Werner Stump und von der SPD – das wird gleich noch sehr interessant bei der SPD – der Geschäftsführer Jens Bröker, der 300 000 Euro Bestechungsgeld angenommen haben soll.

Es geht um Schleusertätigkeit für reiche Chinesen, Inder und Araber. Nach Geldwäscheverdachtsmeldungen – und das ist noch pikanter – vom deutschen Konsulat in Kanton wurden Ermittlungen aufgenommen. Eine Frau Jing Hu aus Peking gab 11 Millionen Euro und eine Generalvollmacht für Herrn Bröker, ein SPD-Mitglied, über den Tod hinaus ab, um den Erwerb des "Pascha" in Köln – das größte Bordell Deutschlands – entsprechend zu ermöglichen. Darf ich die SPD nach den Maßstäben, die Sie anlegen, jetzt offiziell auch die "Ludenpartei" Deutschlands nennen? Das ist doch hier die Tatsache!

(Beifall bei der AfD – Dunja Kreiser [SPD]: Immer freundlich! – Anke Hennig [SPD]: Widerlich!)

Nebenbei: Bröker und Dähnert sollen laut den Ermittlern in NRW rund 300 reiche Chinesen und Araber für bis zu 360 000 Euro pro Fall nach Deutschland eingeschleust und ihnen bei Politikern von CDU und SPD Aufenthaltsgenehmigungen verschafft haben.

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Chinesen, die Geld zahlen, kennen Sie ia!)

Darunter sollen sich übrigens tatsächlich auch chinesische Spione befinden. Führt bei Ihnen jetzt die Spur nach Peking, Genossinnen und Genossen der SPD?

(Beifall bei der AfD – Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, aber bei Ihnen!)

Meine Damen und Herren, die nordrhein-westfälische CDU – Herr Tebroke vom entsprechend betroffenen Kreisverband sitzt ja hier –

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Sagen Sie mal was zu Herrn Krah und China!)

erhielt dann sogar Spenden über 52 000 Euro

(Alexander Throm [CDU/CSU]: Ich habe geglaubt, jeder Mensch hat ein gewisses SchamD)

Kay Gottschalk

(A) gefühl, aber es gibt bei Ihnen kein Schamgefühl!)

 Sie können sich jetzt aufregen –, unter anderem für Innenminister Reul.

(Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch hier lege ich den gleichen Maßstab an, den Sie gegenüber meinen Kollegen anlegen, obwohl Sie ihn aufgrund der Unschuldsvermutung nicht anlegen dürften. Natürlich muss ich dann behaupten: Anscheinend ist der Innenminister des Landes NRW käuflich, meine Damen und Herren. So sieht es doch aus!

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Wie war das mit Alice Weidel?)

Bei gleicher Fallkonstruktion würden Sie doch Ähnliches sagen. Das nennt man dann "Doppelmoral", meine Damen und Herren von den sogenannten demokratischen Parteien.

(Zuruf von der SPD: Ablenkungsmanöver! – Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, dass Sie sich trauen, das Wort "Doppelmoral" in den Mund zu nehmen, das ist ja ungeheuerlich!)

Die sogenannte öffentlich-rechtliche Presse titelte kürzlich, wir seien "vaterlandslose Gesellen".

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was ist denn Ihr Vaterland? China? Russland? Nordkorea?)

(B) Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, das scheint bei diesen Fakten wohl eher bei Ihnen der Fall zu sein. In NRW sind mittlerweile Aufenthaltstitel bei Ihnen käuflich durch Spenden.

Das scheint ja auch Methode zu haben beim Ministerpräsidenten Herrn Wüst. Ich fühle mich da nämlich an käufliche Gespräche und Fotoaufnahmen mit Ministerpräsident Rüttgers aus dem Jahre 2010 erinnert. Damals musste der heutige Ministerpräsident Wüst, damals noch CDU-Generalsekretär, zurücktreten. Damals so wie heute! Und bitte auch als Ministerpräsident jetzt zurücktreten! Er ist für diesen Sumpf in Nordrhein-Westfalen verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Würde man das Wort Korruption mit "C" schreiben, so wüsste man, wofür das "C" bei CDU/CSU steht: Strauß und Starfighter, Kohl und seine schwarzen Koffer und das Ehrenwort, Liechtensteiner Konten und ein vorbestrafter Finanzminister namens Schäuble, Amigo-Affäre, Bäderkönige, Frau von der Leyen und die Deals mit Pfizer, Maskendeals in Ihren Reihen – Löbel und Nüßlein, auch von der CDU –, das Echternach-Prinzip

(Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber die sind weg, und Ihre Leute sind noch im Wahlkampf!)

und dann noch die Tochter des Ex-Generalsekretärs Tandler, die 43 Millionen Euro bei Maskendeals

(Stefan Keuter [AfD]: ... nicht versteuern wollte!)

verdient hat. Meine Damen und Herren, die Democrazia (C) Cristiana ist Ihnen gegenüber noch eine echte Waisenknaben-Partei gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Aber warum ist das so? In einem Land, in dem Medien und Staatsanwälte unabhängig sind – der Europäische Gerichtshof hat ja gesagt, wir dürfen nicht mal Haftbefehle vollstrecken, weil bei uns eben die Staatsanwälte weisungsgebunden sind –, würde es Ihre Partei, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, gar nicht mehr geben. Beispiel gefällig? 17 Prozent der Funke Mediengruppe gehörten mal einem Herrn Holthoff-Pförtner bei uns in Nordrhein-Westfalen, einem Parteifreund von Armin Laschet, der ihn dann im August 2017 sogar noch zum Minister für internationale Beziehungen und Medien berufen hat. Noch Fragen zur Korruption in Ihrer Partei?

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, was Ihnen hier aufgetischt wird, ist eine große Scharade. Die AfD ist das beste Rezept – und deswegen werden wir in diesem Lande von Ihnen mittlerweile verfolgt und so an die Wand gestellt –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

um diese Beutegemeinschaft irgendwann auf die Oppositionsbank zu schicken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Lächerlich! – Dr. Irene Mihalic [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal, wie viele Abgeordnete bei Ihnen noch Immunität haben!)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Helge Lindh hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Stephan Thomae [FDP])

Helge Lindh (SPD):

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gottschalk, Sie haben jetzt gerade meine ganze Rede kaputtgemacht; ich muss es doch anders machen.

Habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie haben gefragt: Darf ich fragen, ob die SPD jetzt die Ludenpartei ist? – Dann könnte ich fragen: Darf ich fragen, ob die AfD die neonationalsozialistische Partei ist? – Die Frage darf man ja aufwerfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Sie fragen: Wohin gehen die Spuren? – Wenn ich in einer Partei wäre, deren Spuren so direkt in den Kreml, in autoritäre Regime,

(D)

Helge Lindh

(A) (Dr. Bernd Baumann [AfD]: Was ist denn mit Ihrem Schröder-Kanzler? Der ist doch im Kreml!)

in alles, was gegen Demokratie ist, und direkt auch noch ins Dritte Reich führen, dann würde ich hier erst mal jahrelang die Klappe halten und mich mit Demut unterm Tisch verstecken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das kennen Sie überhaupt nicht! Was verstehen Sie von Demut?)

Das ist wirklich tragisch. Denn dieser Umstand, den ich nicht bagatellisieren will – die Frage von Korruption, SPD, CDU; ich werde dazu noch kommen; aber ich muss ja leider Ihretwegen mein Manuskript im Kopf ändern –, hätte ja die Möglichkeit geboten, wenn bei Ihnen ein Mindestmaß an Intelligenz und politischer Strategie vorhanden gewesen wäre, das hier sachlich vorzubringen. Sie haben es aber in einer Weise gemacht, die offenlegt, was das Prinzip der AfD ist: reine Spiegelfechterei und Ablenkung, Bigotterie und Scheinheiligkeit, dass es wehtut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei Abgeordneten der AfD)

ein rein instrumentalisierendes Verhalten. Ihnen geht es doch null Komma null um Rechtsstaatlichkeit, Ihnen geht es null Komma null darum, dass bei den Ausländerbehörden alles funktioniert und dass Einwanderung geregelt ist, und Ihnen geht es vor allem null Komma null um Ihre eigenen Wählerinnen und Wähler; die sind Ihnen völlig egal. Sie betrachten Menschen als Stimmvieh, und so agieren Sie hier auch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Gucken wir es uns doch an:

Erstens. Sie treten hier so auf, aber fraternisieren regelmäßig mit Assad, Putin und anderen,

(Kay Gottschalk [AfD]: Kümmern Sie sich um Herrn Schröder!)

sorgen also für Flucht, sind selbst Fluchtursache. Also reden Sie bitte nicht über Fluchtursachenbekämpfung oder Ähnliches!

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja, eben!)

Zweitens. Sie sind seit dieser Woche – man muss das ja auch mal erwähnen – ein bestätigter Verdachtsfall.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Das ist ja nicht irgendwas. Sie haben mit Höcke eine Leitfigur, der SA-Parolen verwendet und dafür verurteilt ist

(Stefan Keuter [AfD]: War das nicht eine SPD-Parole?)

Man kann es ja gar nicht alles aufzählen. Sie haben noch Herrn Gnauck, Herrn Krah usw.

Es vergeht ja fast keine Woche, in der nicht jemand aus (C) der AfD-Fraktion austritt, weil er die AfD nicht ertragen kann oder weil er noch extremistischer ist als die AfD. Sie sind wirklich eine Soap; Sie haben eine Serie von Skandalen. Das ist in der Geschichte der deutschen Politik einmalig.

(Stefan Keuter [AfD]: Nee!)

Wenn so eine Dauerserie, eine Soap Opera der Menschenfeindlichkeit, der Skandale,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Hass und Hetze!)

der Peinlichkeit, gerade hier als Verteidiger des Rechts auftreten will, dann ist doch ein Fehler im System.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Haben Sie das nicht begriffen? Es nimmt Ihnen doch kein Mensch ab, dass Sie das ernsthaft meinen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genau das Problem, dieses instrumentelle, missbrauchende Verhältnis, bei dem es Ihnen eben nicht um die Menschen geht, sondern um das Benutzen von anderen für Ihre Zwecke. Und das ist nichts anderes als unmoralisch, nein, es ist sogar amoralisch, wie Sie agieren.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Und nicht nur das: Sie treten doch hier regelmäßig auf und sagen: Dieser Staat, der Verfassungsschutz, der verfolgt uns, der arbeitet nicht korrekt. – Sie greifen die Presse an als vermeintlich links-grün oder sonst wie.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nicht vermeintlich! – Weitere Zurufe von der AfD)

Aber jetzt plötzlich berufen Sie sich auf die gute Arbeit von deutschen Ermittlungsbehörden.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ja natürlich!)

Sie berufen sich auf die Presse. Sie berufen sich nämlich genau dann auf den deutschen Staat und genau dann auf die Presse, wenn es Ihnen passt. Wenn es Ihnen aber nicht passt, wenn es darum geht, mal Selbstkritik zu üben, mal sich selbst anzugucken, sich im Spiegel zu sehen und sich zu erbrechen, wenn man sieht, was da für eine Unerträglichkeit an Gesetzesfeindlichkeit und skandalösem Auftreten und Gebaren ist, dann passiert nichts.

(Zurufe von der AfD)

Das ist der Unterschied. Das ist die Pointe, die Sie ja leider nicht begreifen,

(Zuruf des Abg. Kay Gottschalk [AfD])

die mittlerweile sogar Ihre Schwestern und Brüder im Rechtsextremismus begriffen haben, sodass sich die französischen Rechtsextremen mittlerweile Ihrer schämen.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Das muss man erst mal hinbekommen, dass sich der Rassemblement National der AfD schämt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Helge Lindh

(A) Jetzt kommt die Lehre: Demokratische Parteien wie zum Beispiel CDU und SPD gehen mit solchen Vorwürfen seriös um. Ich kann viel Kritisches über Herrn Reul sagen; aber ich habe ihn immer als einen seriösen Politiker erlebt, mit dem man telefonieren kann.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist ja toll!)

Selbstverständlich wird die CDU und auch die SPD, weil ja auch ein SPD-Politiker betroffen ist, das aufklären, und zwar zwingend lückenlos aufklären. Aber wir stellen uns dem. Da kommt keine Schweigespirale, keine Ablenkung, sondern offensive Flucht in die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der AfD)

Das macht den Unterschied: Der Umgang mit Skandalen, mit Angreifbarkeit, das ist die Schwelle. Und damit haben Sie heute – das ist Ihre Meisterleistung, zu der ich Ihnen gratuliere – den Beweis erbracht, warum Sie verfassungswidrig sind, warum Sie in diesem Hause nichts zu suchen haben und warum wir zusammen für diese Demokratie stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Kay Gottschalk [AfD]: Setzen, sechs! – Weitere Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(B) Marc Henrichmann hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marc Henrichmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Spaß bei der Arbeit ist so wichtig. Ich hatte jetzt gerade schon Angst, hier auf dem Geifer von Herrn Gottschalk auszurutschen.

(Karsten Hilse [AfD]: Ich denke, von Herrn Lindh! – Beatrix von Storch [AfD]: Oder war es der Geifer von Herrn Lindh? – Gegenruf der Abg. Anke Hennig [SPD]: Hört doch mal zu!)

Als Sie die Aktuelle Stunde angemeldet hatten, hatte ich ja noch eine gewisse Hoffnung, Sie würden es mal mit Sachpolitik versuchen. Da war der Titel noch "Schleuserkriminalität wirksam bekämpfen". Aber Sachpolitik? Man muss ja nur in die Berichterstattung dieser Tage schauen! Im Landtag des Saarlandes ein Antrag der Union auf Regelung, Begrenzung, Steuerung der Migration – abgelehnt von der AfD mit der Begründung: Das ist doof. Wir haben das Thema schon länger und wollten es immer schon. Aber zustimmen können wir nicht. – Also, Kooperation, demokratische, parlamentarische Arbeit, das ist definitiv nicht Ihres.

(Beatrix von Storch [AfD]: Machen Sie doch ein Angebot! Ist das ein Angebot für Kooperation? – Weitere Zurufe von der AfD) Konservativ, habe ich einmal gelernt, sei eine behutsame Veränderung. Veränderung setzt aber Gestaltung voraus. Das heißt: Sie sind alles, nur nicht bürgerlich oder konservativ, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Karsten Hilse [AfD]: Sie wissen schon, dass wir ab und zu Ihren Anträgen zustimmen?)

Es hätte ja auf der Hand gelegen. Wir haben Ihnen so viel Munition geliefert, um darüber parlamentarisch zu diskutieren. Das CDU-Grundsatzprogramm, der Parteitag setzt sich auseinander mit dem Konzept der sicheren Drittstaaten, mit der Regelung und Steuerung von Migration, mit einer Integration, die keine Überlastung der Kommunen schafft. Das hätten Sie aufnehmen können.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch nur Papier! In den Ländern macht ihr was ganz anderes! – Zuruf des Abg. Kay Gottschalk [AfD])

Sie hätten, wenn Sie es parlamentarisch betrieben hätten, auch einen Punkt gehabt, weil die Ampel definitiv einen wunden Punkt hat. Die Wahrnehmung der Menschen da draußen ist ja allzu oft: Die Bundesregierung kümmert sich um alles, bis in den Heizungskeller der Menschen; aber bei Migration und Integration ist man in der Blase unterwegs. Sie hätten Ihren Punkt gehabt. Und was machen Sie hier? Ein clowneskes Theater!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann nur ausdrücklich sagen: Wenn man Populisten bekämpfen will, dann schaut man mal auf die Zahlen und Umfragewerte 2020. Als durch beherzte Unionspolitik auch die Migration in deutlich geregelten Bahnen verlief

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nein!)

– 122 000 Asylanträge pro Jahr –, war diese Truppe nicht mal halb so stark, wie die Umfragen es jetzt prognostizieren.

(Kay Gottschalk [AfD]: Da war Corona, Herr Kollege, aber egal!)

Wir müssen auch solche Fragen regeln, damit solche Populisten hier keinen Stich machen, meine Damen und Herren

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Andres [SPD])

Wir können uns ja freuen, dass selbst den internationalen Mitbewerbern der Populisten, beispielsweise in Frankreich, diese Truppe hier schon zu schmuddelig erscheint. Aber ich frage auch Sie mal: Macht Ihnen das eigentlich Spaß? Das kann ja keinen Spaß machen, hier im Parlament zu sitzen, und niemand redet mit Ihnen, und das ja auch völlig zu Recht.

(Stefan Keuter [AfD]: Sie reden doch gerade mit uns! – Gegenruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Er spricht *zu* Ihnen, nicht *mit* Ihnen!)

Sie haben 100 Mitarbeiter aus dem extremistischen Spektrum, sagt der Verfassungsschutz.

Marc Henrichmann

(A) (Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch Quatsch!)

Im Jahre 2018 – ich war Mitglied des Petitionsausschusses – quittierte eine Mitarbeiterin des Sekretariats den Dienst, weil sie von Ihren Truppen belästigt und behelligt worden ist. Das ist die Realität!

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist genauso ein Quatsch!)

Herr Altmaier, damals Kanzleramtsminister, wurde hier auf dem Flur wüst beschimpft. Das ist Ihr Umgang mit Menschen! Und mittlerweile verschließen hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Bürotüren, weil sie Angst vor Ihnen haben. Sie haben sogar Sicherheitsknäufe.

(Beatrix von Storch [AfD]: Das ist so ein dummes Zeug! – Weitere Zurufe von der AfD)

Da muss man wirklich sagen: Man kann ja politisch überall unterschiedlicher Auffassung sein. Aber Übergriffe und Angriffe auf Menschen, auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: ... gibt es keine stärkeren als auf uns!)

das geht überhaupt gar nicht. Deswegen sind Sie auch zu Recht isoliert.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Karsten Hilse [AfD]: Das ist echt blöd, was Sie hier abliefern! Das ist schwach!)

(B) Warum dieses Theater? Am 15. Mai schreibt die "Bild": "Jetzt bröckelt der 'harte Kern' der AfD". Einen Tag später: "AfD-Umfrageschock im nächsten Bundesland". Ihnen gehen die Leute von der Fahne,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sagt die CDU! – Stefan Keuter [AfD]: Warten Sie die Wahl ab!)

weil sie nämlich merken, was Sie hier für ein Spiel spielen

Demokraten würden jetzt über ihren Kurs nachdenken. Was machen Sie? Sie werfen hier mit Schmutz und Exkrementen. Am Montag – es wurde zitiert – das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, gestern hier das Großspektakel: Immunität von Bystron und Gnauck aufgehoben.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: "Spektakel", genau!)

Für Sie ist es ja immer nur die große Verschwörung: alle gegen die arme AfD. Gleichzeitig gibt es heute die Berichterstattung, dass Herr Krah über seine Rechtsanwaltskanzlei sogar Spenden und Zuwendungen aus China abgerechnet haben soll.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: "Haben soll"! – Weitere Zurufe von der AfD)

Ihre Sicht auf Rechtsstaat und Justiz ist die einer Willkürjustiz, und die kann in diesem Land wirklich niemand wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur mal ganz hypothetisch:

(Zuruf von der AfD: Ihre ganze Rede ist hypothetisch!) (C)

Es ginge Ihnen um wirkliche Mitarbeit in diesem Parlament, und Sie wollten wirklich die Schleuserkriminalität in diesem Land bekämpfen und eindämmen, dann hätte ich eine Frage: Wie viele Schleuser und Schlepper

(Beatrix von Storch [AfD]: Und Schleuserinnen und Schlepperinnen?)

hätten die 11 Staatsanwälte und die 70 Polizeibeamten eigentlich dingfest machen können,

(Stefan Keuter [AfD]: Sie sollen sich doch auch haben schmieren lassen!)

die gestern vor dem Büro Ihres Kandidaten für die Europawahl Bystron gestanden und die Razzia durchgeführt haben? Sie blockieren doch mit Ihren ganzen Taten und Umtrieben die deutsche Justiz und den deutschen Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was Sie machen, ist nicht bürgerlich, es ist nicht konservativ. Es ist unredlich, es ist schäbig, und Sie sollten sich schämen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Lachen bei der AfD – Stefan Keuter [AfD]: Herr Henrichmann, Sie "sollen" korrupt sein!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Die Grü-

Max Lucks hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Jetzt kommt wieder "Jugend forscht"! – Gegenruf von der SPD: Sagt die Prinzessin!)

Max Lucks (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wissen Sie, was ich in meiner Jugend auch gemacht habe, Frau von Storch?

(Stefan Keuter [AfD]: Auf jeden Fall nicht gearbeitet! – Weitere Zurufe von der AfD)

Da habe ich mich mit Mitschülern in Wattenscheid gegen die Neonazis zur Wehr gesetzt.

(Dagmar Andres [SPD]: Richtig so! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das ist doch gut! – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Und wir werden es weiter tun, genauso wie es jetzt gerade Menschen in Dortmund tun, die vor dem Wahlkreisbüro von Matthias Helferich demonstriert haben gegen die Neonazis in Dortmund, gegen die rechten Treffpunkte. Sie werden unsere Demokratie nicht kaputt machen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dass uns heute ausgerechnet die AfD am Freitagnachmittag erklärt, was Landesverrat ist, finde ich schon ein bisschen absurd.

Max Lucks

(A) (Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kennen sich damit aus! – Kay Gottschalk [AfD]: Sie wissen doch gar nicht, was ein Land ist, Herr Lucks!)

Das ist ein bisschen so, wie wenn ein Wolf das Schaf zum Candle-Light-Dinner einlädt.

(Stefan Keuter [AfD]: Ist das ein Habeck-Märchen? – Weitere Zurufe von der AfD)

Die Landesverräter sitzen ganz rechts in diesem Haus. Sie sind hier die Landesverräter. Sie sind hier die vaterlandslosen Gesellen.

(Zuruf von der AfD)

Sie haben sich bei der Abstimmung zur Aufhebung der Immunität von Petr Bystron enthalten. Und Sie haben sich deshalb enthalten, weil Sie voll sind mit Verachtung für unseren Rechtsstaat, für unsere Demokratie, für unser Parlament. Nichts anderes drückt Ihr Verhalten hier aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, die AfD ist die Stimme der Autokraten im deutschen Parlament. Gestern kritisiert die AfD den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Abends gibt es einen interessanten Angriff auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Der ehemalige türkische Oppositionsführer Selahattin Demirtaş wurde gestern Abend zu mehr als 40 Jahren Haft verurteilt, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine sofortige Freilassung empfahl. Und hier in diesem Hause sitzen die besten Freunde der AKP,

(Lachen bei der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: AKP? – Weitere Zurufe von der AfD)

die das europäische Menschenrechtssystem infrage stellen. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Wir werden unsere Demokratie verteidigen. Wir werden das europäische Menschenrechtssystem verteidigen, egal wie sehr Sie es angreifen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Wenn wir den menschenverachtenden Zuständen an den EU-Außengrenzen wirklich etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir entschieden die Organisierte Kriminalität bekämpfen,

(Beatrix von Storch [AfD]: Die größten Freunde der AKP!)

meine Damen und Herren. Dann müssen wir illegale Finanzströme endlich offenlegen, sie nachhaltig angehen. Dafür ist es auch notwendig, dass wir hier unsere Strukturen überarbeiten; denn Organisierte Kriminalität führt zu elenden Zuständen

(Kay Gottschalk [AfD]: Auch im Wirtschaftsministerium! Familienbande!)

im Süden Europas und dazu, dass Menschen aktiv leiden. (C) Dieses Leid muss ein Ende haben. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel durch den Schwarzmarkt in Deutschland Menschenrechtsverbrechen

(Beatrix von Storch [AfD]: Diese Theatralik! Und dabei von nichts eine Ahnung haben! Einfach nur labern!)

in Lateinamerika, in Nordafrika oder sonst wo finanziert werden. Dem müssen wir einen Riegel vorschieben.

(Beatrix von Storch [AfD]: Menschen leiden, und ihr labert!)

Dafür braucht es unsere Arbeit hier im Parlament.

(Beatrix von Storch [AfD]: Und dann "verschiedene Nebentätigkeiten"!)

- Warum kommen Sie denn nicht mal ein bisschen runter?

(Beatrix von Storch [AfD]: Weil es einfach so lächerlich ist, dass Leute, die völlig unqualifiziert sind, uns die Welt erklären! –Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Einfach weiterreden! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Ihnen unsere Demokratie niemals überlassen.

(Karsten Hilse [AfD]: Gehen Sie einfach mal arbeiten! Gehen Sie einfach mal einer ganz normalen Arbeit nach, anstatt nur rumzulabern! Sie haben noch nichts geschafft! Nichts! – Weitere Zurufe von der AfD)

(D)

Das Schöne an freiheitlichen Debatten ist, dass Menschen über das sprechen, was Menschen für richtig halten. Es ist unglaublich, dass Sie alles angreifen, was an diesem Land großartig ist.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Dieses Land ist großartig in seiner Vielfalt. Dieses Land ist großartig mit seiner Demokratie. Dieses Land ist großartig mit seinem Rechtsstaat, den Sie angreifen wollen.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Frau von Storch bestreitet ja, dass es den Rechtsstaat gibt!)

All das gehört zu einem modernen Patriotismus dazu. Diesen Patriotismus greifen Sie an. Wir werden uns aus Überzeugung zu diesem Land Ihrer vaterlandslosen Gesellenschaft entschieden entgegenstellen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Schönes Wochenende!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Karsten Hilse [AfD]: Das ist ja so was von lächerlich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dr. Ann-Veruschka Jurisch hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich fasse mich kurz.

Erstens: Gewaltenteilung. Der hier zur Rede stehende Fall von mutmaßlicher Schleusungskriminalität gekoppelt mit dem Anfangsverdacht mutmaßlicher Korruption ist ein Fall für die Justiz, und die ermittelt. Da gibt es im Moment eigentlich nicht viel, worüber wir hier im Parlament reden müssen.

(Beatrix von Storch [AfD]: Aha!)

Wir machen die Gesetze. Die Justiz und andere Behörden wenden sie an, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Korruption. Korruption ist des Teufels. Es gibt sie leider in jedem Land, auch in Deutschland. Aber sie grassiert vor allem da, wo es keine Freiheit gibt.

Es gibt eine beeindruckende Grafik auf Statista vom Januar 2024, die die starke Korrelation zwischen Pressefreiheit und dem jeweiligen Maß an Korruption darstellt. Länder ohne Freiheit haben die höchste Korruption. Auch deswegen verstehe ich einfach nicht, warum Menschen, die in diesem demokratischen Parlament Abgeordnete sind, mit den Autokratien dieser Welt nicht nur flirten, sondern mit ihnen im Bett liegen.

(Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das kann man auch nicht verstehen!)

Es ist ein gutes Zeichen, dass bei uns mutmaßliche Korruption nicht nur strafrechtlich untersucht wird, sondern auch in der Presse publik gemacht wird.

(Konstantin Kuhle [FDP]: So ist es!)

So muss es sein. So funktionieren Rechtsstaat und Demokratie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens: Schleuser. Schleusungskriminalität untergräbt Ordnung und Kontrolle in der Migration. Sie untergräbt auch die Akzeptanz von Deutschland als Einwanderungsland. Schleuserkriminalität verletzt Menschenwürde und Menschenrechte und Menschen ganz direkt.

Deswegen ist es richtig, dass wir in der Koalition in den letzten Monaten viele Maßnahmen auf den Weg gebracht haben, die sich gegen Schleuserkriminalität wenden. Die Erhöhung des Strafrahmens für Schleuser, die vereinfachte Abschiebung von Schleusern, die Einführung der Bezahlkarte, die sich gegen das Geschäftsmodell der Schleuser richtet, und geeignete polizeiliche Maßnahmen an Deutschlands Außengrenzen: All das haben wir in der Koalition auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fast 3 000 Schleuser wurden im letzten Jahr festgenommen. Für diesen Fahndungserfolg danke ich den Beamtinnen und Beamten, ganz besonders auch von der Bundespolizei, sehr, sehr herzlich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und zum Abschluss. Mir fällt zu dieser Aktuellen Stunde und zu den Initianten vor allem das Sprichwort ein: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Oder, eigentlich noch viel passender angesichts der aktuellen Umstände, die abgewandelte Form dieses Sprichworts, in der eine Klopapierrolle eine maßgebliche Rolle spielt. Aber das passt nicht zur Würde dieses Hauses. Deswegen sage ich es hier nicht.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende und schöne Pfingsten. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU] – Konstantin Kuhle [FDP]: Beste Rede!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Dr. Volker Ullrich hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schleuser spielen mit der Hoffnung und mit der Würde von Menschen – mit der Hoffnung auf ein besseres Leben. Aber sie gefährden die Menschen an Leib und Leben und an ihrer Seele. Das beginnt nicht an unseren Grenzen, sondern oftmals dort, wo wir es nicht sehen: in den weiten Wüsten Afrikas oder an den Küsten des Mittelmeers. Wenn wir Schleuserkriminalität bekämpfen wollen, dann müssen wir dort ansetzen, wo sie entsteht und wo sie passiert.

Wenn Schleuser ihren Schleusungserfolg nicht mehr fortsetzen können, dann werden wir auch ihr Geschäftsmodell zertrümmern. Voraussetzung dafür ist, dass wir in Europa selber entscheiden, wer Zugang zu unserem Kontinent bekommt. Der Rechtsstaat und nicht die Schleuser! Deswegen war es wichtig, dass die Europäische Union sich im letzten Monat auf einen gemeinsamen Asyl- und Migrationspakt geeinigt hat. Das ist auch ein starkes Signal gegen Schleusertum.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Roger Beckamp [AfD])

Wenn man sich allerdings das Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament ansieht, stellt man fest: Alle Abgeordneten der AfD haben dem nicht zugestimmt.

(Konstantin Kuhle [FDP]: Ja, klar!)

Dr. Volker Ullrich

(A) Das heißt: Das, was Sie hier wollen, setzen Sie nicht im Europäischen Parlament um, weil Sie keine europäische Verantwortung haben, weil es Ihnen um Show geht und nicht um das Lösen von Problemen.

> (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Europawahl steht ins Haus. Da müssen wir nach dieser Woche schon darüber sprechen, dass möglicherweise Ihr Spitzenkandidat Krah

(Karsten Hilse [AfD]: Jetzt wird es aber wirklich langweilig!)

Geld aus China erhalten haben soll. Laut Berichten des NDR, des WDR und der "Süddeutschen Zeitung" stehen über 50 000 Euro im Feuer.

(Kay Gottschalk [AfD]: Hätte, könnte, sollte, würde! – Gegenruf von der SPD: Konjunktive sind bei Ihnen ja an der Tagesordnung!)

Maximilian Krah auf Platz eins der AfD-Liste, möglicherweise mit einer Nähe zu China.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise auch nicht! – Zuruf des Abg. Steffen Janich [AfD])

Platz zwei: Petr Bystron. Er hat möglicherweise Geld aus Moskau erhalten über das Netzwerk "Voice of Europe".

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie möglicherweise auch!)

(B) 30 000 Euro stehen im Feuer. Also: Platz zwei der AfD-Liste mit einer Nähe zu Moskau.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Nee!)

Jetzt habe ich mir gedacht: Wer hat denn eigentlich – das schaue ich mir mal an – Platz drei der AfD-Liste? Ein gewisser René Aust

(Roger Beckamp [AfD]: Guter Mann!)

aus Thüringen, vorgeschlagen durch Björn Höcke, der diese Woche übrigens verurteilt worden ist, weil er eine Naziparole gebraucht hat.

(Stefan Keuter [AfD]: SPD-Parole! – Zuruf des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Höcke hat diesen Mann auf Ihrem Parteitag vorgeschlagen. Platz drei also ein Höcke-Mann.

Dann habe ich mir gedacht: Wer hat denn eigentlich Platz vier? Platz vier hat Christine Anderson. Ich habe gestern Abend noch Twitter oder jetzt X aufgemacht und geschaut, was sie zuletzt geschrieben hat. Zuletzt hat Frau Anderson geschrieben – ich zitiere; 20.41 Uhr gestern Abend –: "Das EU-Parlament ist ein Irrenhaus."

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Das sind Ihre Leute: Nähe zu China, Nähe zu Moskau, Nähe zu Björn Höcke und auf Platz vier eine Person, die das Europäische Parlament verächtlich macht. Damit machen Sie auch die europäische Idee verächtlich, unsere Demokratie verächtlich. Das ist der Kern Ihres Vorgehens.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hinter dem steht etwas anderes.

(Stefan Keuter [AfD]: Machen Sie weiter mit Platz fünf! Wir hören!)

Hinter dem steht, dass Sie nicht nur geistig und möglicherweise finanziell,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise!) sondern auch moralisch eine Nähe zu autoritären Regimen haben.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise!)

Es geht Ihnen darum, dass Sie nicht auf der Seite der wehrhaften, rechtsstaatlichen, liberalen Ordnung stehen,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise!) sondern auf der Seite von autoritären Diktaturen.

(Steffen Janich [AfD]: Und ihr auf der Seite der Schleuser!)

Das ist der Unterschied, der bei 75 Jahren Grundgesetz und 75 Jahren Europarat richtig zutage tritt: dass es auf der einen Seite parlamentarische Kräfte gibt, die diese Ordnung verbessern wollen, die die Demokratie leben, und dass es auf der anderen Seite Kräfte gibt,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise!)

die diese Ordnung infrage stellen. Deswegen stellen wir Sie infrage und bekämpfen Sie politisch weiterhin mit vollem Elan.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat Matthias Helferich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Matthias Helferich (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Es gibt wohl in jeder Partei schwarze Schafe. Da gibt es zum Beispiel Abgeordnete, die sich vor Jahren in einem privaten Chat eines dunklen Humors bedient haben. Da gibt es aktuell einen Freien Demokraten, der sich mit einem Führerbart aus Kot filmte und dabei Reichsminister Goebbels grüßt sowie den Koran schändete. Eklig, oder?

Oder den Grünen, der Höcke anzeigte und wegen Fahrerflucht nach einem schweren Unfall verurteilt wurde. Aber auch die Genossen haben nicht nur Engelchen in ihren Reihen. Dieses lästige Pädoproblem scheint Sie irgendwie zu verfolgen: erst Edathy, nun ein Ex-Bürgermeister.

Dass sich Sozialdemokraten an der Massenzuwanderung bereichern, verwundert nicht. Nun sitzt einer von ihnen in Untersuchungshaft. Aber wenn man sich regelmäßig moralisch gibt wie die Union als Verteidigerin des bürgerlichen Anstands, dann muss man schon eine ganz weiße Weste haben.

(C)

(D)

Matthias Helferich

(A) (Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sind Sie eigentlich sauer, dass Bystron noch nicht rausgeflogen ist, aber Sie schon?)

Damit kommen wir zur CDU in Nordrhein-Westfalen. Ich habe folgende Fragen: Geht CDU-Innenminister Reul lediglich deshalb mit sanften Nadelstichen gegen Clans vor, weil sein Kreisverband von einem Schleuserring bestochen wurde? Verkündet Wüst deshalb, dass NRW nicht mehr abschiebe, weil er die spendablen Schleuser nicht verärgern will?

Was die CDU mit dem Geld machen sollte, wäre Folgendes: Erstens. Ministerpräsident Wüst einen Rechtschreibkurs finanzieren. Dann blamiert man sich auch nicht so bei den Nazijagden; man schreibt nämlich "sät" nicht mit "h". Zweitens. Einen Tanzkurs für Ministerpräsident Günther finanzieren, der sich als Aushilfs-Antifa-Aktivist samt schriller Tanzeinlage jüngst auf Ihrem Bundesparteitag zum Affen machte.

Kehren Sie endlich vor der eigenen Haustür! Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Hakan Demir hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B) Hakan Demir (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleusung, Bestechung, Bestechlichkeit, Amtsmissbrauch:

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Möglicherweise!)

Den Ermittlungsbehörden ist mit ihrem Schlag gegen das Netzwerk in Nordrhein-Westfalen ein großer Erfolg gelungen. Dieser Fall ist sehr komplex, und es braucht weiter intensive Arbeit der Ermittlungsbehörden. Wir demokratischen Parteien stärken ihnen dabei den Rücken und sorgen für eine gute Ausstattung, die sich in solchen Ermittlungserfolgen auch auszahlt.

Die Ermittlungen gehen zurzeit weiter. Alle Vorwürfe müssen vollständig aufgeklärt werden. Das gilt für die Landesverbände der CDU, genauso für den Landesverband der SPD. Fest steht: Die CDU NRW und insbesondere Innenminister Herbert Reul müssen aktiv an der Aufklärung mitwirken, um einen Vertrauensverlust in die Politik abzuwenden. Punkt!

Sehr geehrte Damen und Herren, einen Unterschied machen wir Demokratinnen und Demokraten, wie wir mit solchen Fällen umgehen: indem wir mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeiten, kooperieren und unsere Informationen teilen. Das passiert in dem vorliegenden Fall; denn wir glauben an den Rechtsstaat. Wir bekämpfen ihn nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ihre Taktik, die demokratischen Parteien heute gegeneinander aufzubringen, um von den politischen Katastrophen, die Sie in den letzten Tagen und Wochen erreichten, abzulenken, funktioniert nicht; das haben wir heute gesehen. Wenn gesellschaftsschädigende Punkte sich bei uns demokratischen Parteien bewahrheiten, dann gibt es zum Beispiel ein Parteiausschlussverfahren. Bei Ihnen ist es andersrum: Sie setzen solche Personen an die Spitzen der AfD-Wahllisten. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Strategie, um das mal einzuordnen, ist es, dieses Land schlechtzureden, damit Sie sich als einzige Lösung zeigen können, die Sie aber nicht sind. Ihre Lösung ist nicht mehr Demokratie, sondern die Abschaffung der Demokratie. Und – das wissen wir auch – Ihre Strategie ist es, sich als Opfer zu stilisieren, um zu verdecken, dass Sie der eigentliche Angreifer auf diese Demokratie sind. Das erkennt man immer wieder. In dieser Woche haben wir es auch erkannt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ann-Veruschka Jurisch [FDP])

Es sind die Mitglieder der rechtsextremen AfD, die angezeigt werden wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Geldwäsche, Geheimnisverrat an andere Staaten, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Planung eines gewaltsamen Angriffs auf das Reichstagsgebäude. Ich frage hier ganz offen: Ist das die Liebe, die Sie immer meinen, wenn Sie sagen, Sie lieben Deutschland? Ich glaube, nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zuruf von der SPD: Nee, sie hassen auch Deutschland! – Steffen Janich [AfD]: Wir sitzen hier!)

Es sind Mitglieder der AfD, die verurteilt werden aufgrund des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder wegen Körperverletzung. Es sind Mitglieder der AfD, die offiziell als "Nazis" bezeichnet werden dürfen und die vom Militärischen Abschirmdienst als Extremisten eingestuft werden. Das, was die AfD heute zeigt, ist nichts anderes – das haben wir auch in den Beiträgen von den anderen gehört – als ein Ablenkungsmanöver.

(Roger Beckamp [AfD]: Gucken Sie uns doch mal an, Herr Demir! Sie reden über uns!)

Drei Beispiele an dieser Stelle. Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden hat Vorermittlungen gegen Maximilian Krah wegen möglicher Zahlungen aus Russland und China eingeleitet.

(Stefan Keuter [AfD]: Vorermittlungen!)

Maximilian Krah ist ja nicht irgendwer; das ist der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Krahs Mitarbeiter, von dem sich der Abgeordnete mittlerweile getrennt hat, wurde wegen des Verdachts auf Spionage für China festgenommen.

(D)

Hakan Demir

(A)

(Zurufe von der AfD)

Direkt dahinter, auf Platz zwei der Europaliste der AfD, steht Petr Bystron. Seine Immunität wurde gestern von uns aufgehoben. Gegen ihn wird wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und Geldwäsche ermittelt, und zwar, weil er Geld von dem prorussischen Propagandanetzwerk "Voice of Europe" erhalten hat.

(Widerspruch der Abg. Kay Gottschalk [AfD] und Stefan Keuter [AfD])

Und diese Liste geht weiter. Ich bräuchte 20, 30, 40 Minuten, um diese Liste einmal vorzutragen.

(Dagmar Andres [SPD]: So ist es!)

Die Zeit habe ich leider nicht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Marcel Emmerich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, dass die rechtsextreme AfD nach dem Satz ihres ehemaligen Pressesprechers und Leiters der Kommunikationsabteilung Christian Lüth lebt.

(Zuruf von der AfD)

Der hat mal gesagt: "Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD." Deshalb setzt die AfD alles daran, den innenpolitischen wie auch außenpolitischen Interessen dieses Landes zu schaden. Der Rechtsstaat wird das nicht zulassen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich freue mich sehr, Sie alle in der nächsten Woche zu sehen, wenn wir den Geburtstag unseres Grundgesetzes hier feiern. Davor liegt noch Pfingsten. Das passt ganz gut zusammen. Denn nachdem die einsprachige Menschheit versucht hatte, im Größenwahn einen Turm in den Himmel zu bauen, nämlich in Babel, wurde sie mit mehreren Sprachen verwirrt. Danach hat Gott es verstanden, dafür zu sorgen, dass man eine Sache trotz der jeweiligen Verschiedenheit der Sprachen gemeinsam versteht.

Es ist sozusagen ein Fest der Demokratie. Das können wir also feiern. Die Geschenke und die Traditionen sind am geringsten. Seien Sie entspannt! Feiern Sie die Verschiedenheit und die Demokratie! Wir sehen uns nächste Woche.

Danach sehen wir uns am 5. Juni um 13 Uhr. Dazu berufe ich die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ein.

Die Sitzung ist geschlossen. Machen Sie es gut!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(Schluss: 15.27 Uhr)

(B)

(D)

(C)

Anlagen zum Stenografischen Bericht (C)

Anlage 1

(A)

Entschuldigte Abgeordnete

	Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)			
	Ahmetovic, Adis	SPD	Jongen, Dr. Marc	AfD		
	Al-Dailami, Ali	BSW	Kappert-Gonther,	BÜNDNIS 90/		
	Baerbock, Annalena	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Kirsten Kemmer, Ronja	DIE GRÜNEN CDU/CSU		
	Benner, Lukas	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kindler, Sven-Christian	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		
	Beyer, Peter	CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg	CDU/CSU	U/CSU U/CSU NDNIS 90/ E GRÜNEN U/CSU U/CSU (D)	
	Breher, Silvia	CDU/CSU	Klein, Volkmar	CDU/CSU		
	Cotar, Joana	fraktionslos	Kleinwächter, Norbert	AfD		
	Dietz, Thomas	AfD	Lenz, Dr. Andreas	CDU/CSU		
	Domscheit-Berg, Anke	Die Linke	Loop, Denise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		
	Ebner, Harald	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Lucassen, Rüdiger	AfD		
	Feiler, Uwe	CDU/CSU	Magwas, Yvonne	CDU/CSU		
	Ferschl, Susanne	Die Linke	Malottki, Erik von	SPD		
)	Fester, Emilia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Michel, Kathrin	SPD		
			Moll, Claudia	SPD		
	Friedhoff, Dietmar	AfD	Nasr, Rasha	SPD		
	Gava, Manuel	SPD	Naujok, Edgar	AfD		
	Görke, Christian	Die Linke	Oppelt, Moritz	CDU/CSU		
	Gramling, Fabian Grosse-Brömer, Michael	CDU/CSU CDU/CSU	Otte, Karoline (gesetzlicher Mutterschutz)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		
	Grund, Manfred	CDU/CSU	Özdemir, Cem	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		
	Grundmann, Oliver	CDU/CSU	Pohl, Jürgen	AfD		
	Güler, Serap CDU/CSU Harder-Kühnel, Mariana Iris AfD		Reichardt, Martin	AfD		
		AID	Reichinnek, Heidi	Die Linke		
	Helling-Plahr, Katrin	FDP	Riexinger, Bernd	Die Linke		
	Hellmich, Wolfgang	SPD	Rohde, Dennis	SPD		
	Hitschler, Thomas	SPD	Schauws, Ulle	BÜNDNIS 90/		
	Hocker, Dr. Gero Clemens	FDP		DIE GRÜNEN		
	Hostert, Jasmina	SPD	Schmid, Dr. Nils	SPD		
		CDU/CSU	Simon, Björn	CDU/CSU		
			Skudelny, Judith	FDP		

(A) Abgeordnete(r)

Spallek, Dr. Anne Monika BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN BÜNDNIS 90/ Spellerberg, Merle (gesetzlicher Mutterschutz) DIE GRÜNEN Staffler, Katrin CDU/CSU Stamm-Fibich, Martina SPD Stefinger, Dr. Wolfgang CDU/CSU Strack-Zimmermann, **FDP** Dr. Marie-Agnes Stumpp, Christina CDU/CSU Ulrich, Alexander **BSW** Wadephul, Dr. Johann CDU/CSU David Walter-Rosenheimer, Beate **BÜNDNIS 90/** DIE GRÜNEN Weeser, Sandra **FDP** Weisgerber, Dr. Anja CDU/CSU Weishaupt, Saskia BÜNDNIS 90/ (gesetzlicher Mutterschutz) DIE GRÜNEN Weyel, Dr. Harald AfD Wiesmann, Bettina Marga-CDU/CSU Witt, Uwe fraktionslos Zeulner, Emmi CDU/CSU

Anlage 2

(B)

Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung

Der Bundesrat hat in seiner 1043. Sitzung am 26. April 2024 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen:

- Neuntes Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes
- Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesschuldenwesengesetzes
- Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im

Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG)

- Zweites Gesetz zur Änderung des Umweltstatistikgesetzes, zur Anpassung bestimmter Vorschriften über den Schutz geografischer Herkunftsangaben im Landwirtschaftsbereich und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze
- Gesetz zur Änderung des Funkanlagengesetzes und weiterer Gesetze
- Zweites Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

- Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, das geplante Wasserstoffbeschleunigungsgesetz für den beschleunigten Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und die dafür erforderlichen genehmigungsrechtlichen Erleichterungen zeitnah auf den Weg zu bringen.
- 2. Der Bundesrat setzt sich im Zuge der weiteren Beratungen und Abstimmungen für eine ausgewogene kapitalmarktfähige Umsetzung der Finanzierungsfrage des Wasserstoff-Kernnetzes ein. Dies ist für die schnellstmögliche Errichtung des Wasserstoff-Kernnetzes mit dem damit verbundenen Markthochlauf zum Erreichen der Klimaziele dringend geboten. In Abwägung mit Investitionsmöglichkeiten in anderen Bereichen der Energiewirtschaft ist es daher von allergrößter Bedeutung, Investoren für den Bereich Wasserstoff und damit für die Errichtung und Anlauf des Wasserstoff-Kernnetzes zu gewinnen und langfristig zu halten. Die derzeit vorgesehenen Finanzierungsregelungen durch das vorliegende Gesetz schaffen diesbezüglich noch keinen ausreichenden Anreiz. Neben dem Verfehlen der Klimaschutzziele würden sich hieraus auch weitreichende wirtschaftliche Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland ergeben, da das Wasserstoff-Kernnetz die Basis für Investitionsentscheidungen entlang der Wertschöpfungskette zahlreicher Industrieunternehmen darstellt.
- 3. Vor diesem Hintergrund bekräftigt der Bundesrat die in seiner Stellungnahme vom 15. Dezember 2023 (BR-Drucksache 590/23 (Beschluss)) dargestellten Änderungsvorschläge zur Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes und fordert die Bundesregierung auf, diese bei der weiteren Gesetzgebung zum Wasserstoff-Kernnetz zu berücksichtigen. Es ist erforderlich, für potentielle Investoren Verlässlichkeit und Rechtssicherheit für das Was-

D)

(C)

- (A) serstoff-Kernnetz sowie mit klaren Regelungen Anreize für schnelle Investitionen in das Wasserstoff-Kernnetz zu schaffen.
 - 4. Des Weiteren weist der Bundesrat darauf hin, dass neben dem Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes auch der weiterhin dringend notwendige beschleunigte Ausbau des Stromnetzes nicht außer Acht gelassen werden darf. Der Ausbau der Stromund Wasserstoffnetze muss für den Erfolg der Energiewende gemeinsam betrachtet und die entsprechenden Netzentwicklungspläne müssen deutlich stärker als bislang vorgesehen miteinander verzahnt werden, um dem Ziel einer echten Systementwicklungsplanung näher zu kommen. So sind etwa die neuen Gas-/Wasserstoffkraftwerke, aber auch große Elektrolyseure, insbesondere an netzdienlichen Standorten zu fördern und in die neue flexible Netzinfrastruktur zu integrieren. Nur mit rechtzeitigem, beschleunigtem und effizientem Ausbau beider Netzbereiche kann die Energiewende gelingen.
 - 5. Vor diesem Hintergrund weist der Bundesrat darauf hin, dass auch im Bereich der Stromnetze in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erhebliche Investitionen erforderlich sein werden. Der Bundesrat ist daher der Überzeugung, dass das bisherige System zur Finanzierung der Netzausbaukosten über die Stromnetzentgelte und damit über die Strompreise an seine Grenzen stößt. Weiter steigende Netzentgelte würden aus Sicht des Bundesrates zu einer nicht zu vertretenden Belastung des Strompreises führen und damit erhebliche Nachteile sowohl für die Sektorkopplung, den Klimaschutz als auch für den Industriestandort Deutschland nach sich ziehen.
 - 6. Aus diesem Grund bittet der Bundesrat die Bundesregierung, das derzeitige System zur Finanzierung des Netzausbaus zu prüfen und ein Alternativmodell vorzulegen, das zu einer spürbaren Reduzierung der Netzentgelte für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen führt. Aus Sicht des Bundesrates wäre hier insbesondere der Einsatz von bundesseitigen Steuermitteln geeignet, da überregionale Stromtrassen genau wie beispielsweise große Verkehrsstraßen oder das Schienennetz öffentliche Infrastrukturprojekte von erheblicher, bundesweiter Bedeutung darstellen, deren Ausbau im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt und somit der Daseinsvorsorge dient.
 - Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung

Die folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass sie gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absehen:

Rechtsausschuss

(B)

 Unterrichtung durch den Nationalen Normenkontrollrat Jahresbericht 2022 des Nationalen Normenkon- (C) trollrates

Bürokratieabbau in der Zeitenwende – Bürger, Wirtschaft und Verwaltung jetzt entlasten

Drucksachen 20/5495, 20/5887 Nr. 1.2

 Unterrichtung durch den Nationalen Normenkontrollrat

Jahresbericht 2023 des Nationalen Normenkontrollrates

Weniger, einfacher, digitaler. Bürokratie abbauen. Deutschland zukunftsfähig machen.

Drucksachen 20/9710, 20/10131 Nr. 1.4

Haushaltsausschuss

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushalts- und Wirtschaftsführung des Klimaund Transformationsfonds 2022;

Mitteilung gemäß § 4 Absatz 2 Satz 6 des Haushaltsgesetzes 2022 i. V. m. § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung über die Erteilung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 6092 Titel 893 10 – Förderung von Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich – bis zur Höhe von insgesamt 2.610.250.000 Euro

Drucksachen 20/5093, 20/5293 Nr. 9

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ÖPP-Projekte (D) im Betrieb

Drucksachen 20/8720, 20/8962 Nr. 5

Wirtschaftsausschuss

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 2023/24 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Drucksache 20/9300

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht über die wesentlichen Entwicklungen und Perspektiven der Deutschen Industrie- und Handelskammer, der Industrie- und Handelskammern und des Netzwerkes der deutschen Auslandshandelskammern

Drucksachen 20/9840, 20/10238 Nr. 1.1

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Arbeit der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen im Jahr 2022

Drucksachen 20/9867, 20/10131 Nr. 1.13

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahr 2022

(A) (Rüstungsexportbericht 2022)

Drucksachen 20/10010, 20/10131 Nr. 1.20

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2023

Drucksachen 20/10295, 20/10466 Nr. 7

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 2024 der Bundesregierung

Drucksache 20/10415

Verkehrsausschuss

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Nationale Hafenstrategie der Bundesregierung für die See- und Binnenhäfen

Drucksachen 20/10900, 20/11044 Nr. 1.7

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Ausschuss für Inneres und Heimat

Drucksache 20/7697 Nr. A.2 Ratsdokument 9508/23 Drucksache 20/8303 Nr. A.13 Ratsdokument 11657/23 Drucksache 20/8303 Nr. A.14 Ratsdokument 11723/23 Drucksache 20/8829 Nr. A.3 Ratsdokument 12925/23 Drucksache 20/9261 Nr. A.3 Ratsdokument 13574/23 Drucksache 20/9261 Nr. A.4 Ratsdokument 13582/23 Drucksache 20/9425 Nr. A.1 Ratsdokument 14008/23 Drucksache 20/9620 Nr. A.2 Ratsdokument 14009/23 Drucksache 20/9842 Nr. A.8 Ratsdokument 15313/23 Drucksache 20/10143 Nr. A.9 Ratsdokument 15074/23

Drucksache 20/11062 Nr. A.4

(B)

Ratsdokument 7315/24 Drucksache 20/11062 Nr. A.5 Ratsdokument 7323/24

Finanzausschuss Drucksache 20/565 Nr. A.46 Ratsdokument 10290/21 Drucksache 20/1112 Nr. C 12 Ratsdokument 11051/20 Drucksache 20/1112 Nr. C.13 Ratsdokument 11052/20 Patsdokument 11052/20
Drucksache 20/1112 Nr. C.14
Ratsdokument 11053/20
Drucksache 20/1112 Nr. C.15
Ratsdokument 11055/20 Drucksache 20/11062 Nr. A.9 EU-Dok 89/2024 Drucksache 20/11062 Nr. A.10 Ratsdokument 7762/24 Drucksache 20/11221 Nr. A.5 Ratsdokument 8178/24

Haushaltsausschuss Drucksache 20/11062 Nr. A.12 Ratsdokument 7102/24

Wirtschaftsausschuss Drucksache 20/1831 Nr. A.4 Ratsdokument 7765/22 Drucksache 20/1831 Nr. A.5 Ratsdokument 7854/22 Drucksache 20/4448 Nr. A.16 Ratsdokument 12572/22 Drucksache 20/4448 Nr. A.17 Ratsdokument 12573/22 Drucksache 20/4448 Nr. A.18 Ratsdokument 12576/22 Drucksache 20/9620 Nr. A 7 Ratsdokument 14754/23 Drucksache 20/10481 Nr. A.4 EP P9_TA(2024)0011 Drucksache 20/10689 Nr. A.16 Ratsdokument 5998/24 Drucksache 20/10833 Nr. A.3 Ratsdokument 6622/24

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft Drucksache 20/11062 Nr. A.16 Ratsdokument 7723/24

Ausschuss für Arbeit und Soziales Drucksache 20/10143 Nr. A.19

Ratsdokument 15550/23

Verkehrsausschuss Drucksache 20/11062 Nr. A.19 Ratsdokument 7519/24

(C)

(D)

